

hochschule ost

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

Leipzig 3. Quartal 1996

3/96

5. Jahrgang

ISSN 0944-7989

Thema & Autoren:

Frauenforschung Ost: Geschichte & Bilanz des Neubeginns: Renate Liebsch & Angelika Haas, Monika Stein, Irene Dölling, Astrid Franzke, Ulrike Diedrich & Heidi Stecker

Weitere Beiträge von Reinhard Siegmund-Schultze, Burchard Brentjes, Dieter Wittich, Claudia Salchow, Lothar Mertens, Wieland Keinath, Manfred Wölfling, Karin Reiche, Bernd Markert, Günter Wirth u.a.



Cartoon: Oswald Huber / Baaske

hochschule ost 3/96

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

Herausgegeben für den Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit
beim StuRa der Universität Leipzig von Peer Pasternack
Redaktion: Sonja Brentjes, Frank Geißler, Monika Gibas,
Matthias Middell, Peer Pasternack, Georg Schuppener

Redaktionsanschrift: Universität Leipzig, PF 920, 04009 Leipzig. Hausanschrift:
Augustusplatz 11, 04109 Leipzig. Tel. (0341) 3027 855 und (0171) 614 61 64, Fax
(0341) 97 37 859. E-Mail: hso@stura.uni-leipzig.d400.de. *hso* im Internet: <http://www.uni-leipzig.de/~stura/sturaags.html#agoeff>.

hochschule ost erscheint quartalsweise.

Schutzgebühren: Einzelheft DM 25,-. Jahresabonnement (4 Ausgaben) DM 98,-.
PrivatabonnentInnen DM 42,-. Nichtverdienende DM 31,-. (Abo-Gebühren incl. DM 10,-
Versandkosten)

Konto: 45 37 343, Bayerische Vereinsbank Leipzig, BLZ 860 200 86.

Die Artikel geben selbstverständlich nicht in jedem Falle Meinungen des Arbeitskreises HpÖ bzw. der Redaktion wieder.

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten (Ausdruck + Diskette) ein. Ein Veröffentlichungsanspruch besteht nicht.

Gem. § 33 BDSG weisen wir unsere AbonnentInnen darauf hin, daß wir Namen und Anschrift ausschließlich zum Zweck der Abonnementverwaltung maschinell gespeichert haben.

ISSN 0944-7989

INHALT

Editorial	7
THEMA:	
Frauenforschung Ost: Geschichte & Bilanz des Neubeginns	9
<i>Renate Liebsch & Angelika Haas:</i>	
„Forschungen zu Frauen, aber keine Frauenforschung?“ (Selbst-) Kritische Reflexionen zweier Wissenschaftlerinnen über ein Forschungsgebiet in der DDR	9
<i>Monika Stein:</i>	
Frauen-Prisma. Wissenschaftliche Beiträge zur Frauenforschung. Bericht über die Etablierung dieser Zeitschrift	21
<i>Irene Dölling (lv.):</i>	
„...diese Professur ist ein Ergebnis des Druckes von unten!“ Erfahrungen bei der Institutionalisierung von Frauen- und Geschlechterforschung an ostdeutschen Hochschulen	24
<i>Astrid Franzke:</i>	
Frauen- und Geschlechterforschung in Sachsen - Wege in die Institution?	33
<i>Ulrike Diedrich & Heidi Stecker:</i>	
Von der alma mater zu alma. Zur Etablierung von Frauenforschung aus der Perspektive außeruniversitärer Forschungseinrichtungen	40
Dokumentation	
Frauenforschungsprofessuren an Hochschulen in Ostdeutschland	51
Gelesen	
Frauenforschung in Sachsen. Auswahlbibliographie in drei Teilen (<i>M. Gibas</i>)	53
FORUM	
<i>Reinhard Siegmund-Schultze:</i>	
Zu den ost-westdeutschen mathematischen Beziehungen bis zur Gründung der Mathematischen Gesellschaft der DDR 1962	55
<i>Hans-Joachim Kittel:</i>	
Die Ausbildung an der Evangelischen Predigerschule der Kirchenprovinz Sachsen in Wittenberg und Erfurt 1948 - 1993 als Beispiel für den Zugang zum Pfarramt auf dem zweiten Bildungsweg	64
<i>Burchard Brentjes:</i>	
As I seem to remember!	71
<i>Dieter Wittich:</i>	
Erkenntnistheorie und Erkenntniswirklichkeit in der DDR	83

<i>Claudia Salchow:</i>	
Plädoyer für das Erinnern. Anmerkungen zu Leben, Werk und Nachlaß von Wolfgang Heise	92
<i>Lothar Mertens:</i>	
Studentinnen in der DDR. Erst gefördert - dann vom Staat benachteiligt	102
<i>Wieland Keinath:</i>	
Geisteswissenschaftliche Forschungsschwerpunkte/Zentren. Einige Anmerkungen im Rückblick	114
<i>Manfred Wölfling:</i>	
Sorgenkind Industrieforschung Ost	121
<i>Karin Reiche:</i>	
Ein Studienführer für mathematisch-naturwissenschaftlich begabte Frauen. Überlegungen zu einem realisierten Projekt	132
<i>Karin Reiche:</i>	
Bewerben - auswählen - berufen: Hochschullehrerin an der TU Dresden? ...	140
<i>Bernd Markert:</i>	
Was kostet ein Pfund Ehrlichkeit? Der „Ethikkonsens“ als funktio- nales Leitbild einer sozial-ökologisch orientierten Marktwirtschaft	146

REAKTION

<i>Günter Wirth:</i>	
Nachsätze zu „Kulturprotestantische Öffentlichkeit in der DDR“, <i>hso</i> 1/96	158

BERICHTE

Stellenausstattung der Hochschulen in den alten Ländern leicht gestiegen - Stellenabbau in den neuen Ländern (<i>Wissenschaftsrat</i>)	164
„Neustrukturierung“ der PH Erfurt - Schließung der Math.-Nat. Fakultät (<i>PH-Report Erfurt</i>)	165
Das Ende des aufrechten Ganges? Die Archive, Verbände und Forschungsorganisationen der Opfer der DDR-Staatsrepression stehen bald vor dem finanziellen Aus (<i>W. Rüdtenklau</i>)	166

DOKUMENTATION

WissenschaftspolitikerInnen in Berlin	172
Ostdeutsche SozialwissenschaftlerInnen melden sich zu Wort. Öffentliche Erklärung	175
Streit um eine Stiftungsprofessur: Militärgeschichte in Potsdam	182

PUBLIKATIONEN	191
----------------------------	-----

ZUM SCHLUSS	201
--------------------------	-----

"Ich hoffe, daß die Professoren in ihrer wissenschaftlichen Arbeit mehr Sorgfalt walten lassen als beim Verfassen von Protestbriefen."

Der sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf, dem aus Zeiten, als alles noch viel besser war, Verdienste um die Mitbestimmung nachgesagt werden, am 3.7.1996 zu dem Umstand, daß es Leipziger ProfessorInnen drängte, die Absicht des Finanzministeriums zu kommentieren, 20% der sächsischen Hochschulpersonalstellen zu streichen

Feministische Wissenschaftlerinnen konstatieren für die alte Bundesrepublik seit Beginn der achtziger Jahre eine „Verstaatlichung der Frauenfragen“ und eine deutliche „Abnahme feministischer Aktivitäten“ in der zivilgesellschaftlichen Sphäre. Im Bereich der Wissenschaften sei eine „Professionalisierung der sogenannten Frauenforschung“ feststellbar, die eine „Bedienung der alten Arbeitsteilung - hier Wissenschaft, dort Politik“ einschließe. (Kornelia Hauser)

Diese kritische Bilanzierung des Einzugs des Feminismus in die etablierte Wissenschaftslandschaft der Bundesrepublik in den letzten anderthalb Jahrzehnten zielt - so nehme ich jedenfalls an - nicht auf eine generelle Ablehnung jeglicher Professionalisierung feministischer Wissenschaft. Eher macht die Autorin wohl auf die Ambivalenz solcher Prozesse der Etablierung von kritischer Wissenschaft ins staatliche Wissenschaftssystem aufmerksam: Der von der westdeutschen Frauenbewegung erstrittene Einbau von Frauen- und Geschlechterforschung in den Fächerkanon der Hochschulen und Universitäten berge auch die Gefahr der Entschärfung des ursprünglichen radikalen gesellschaftskritischen Ansatzes des Feminismus in sich. Mir scheint diese Gefahr allerdings vernachlässigbar. Denn bis heute kann m.E. nicht die Rede sein von einer der Bedeutung des Feminismus im Rahmen innovativer Gesellschaftsanalyse und -kritik auch nur annähernd entsprechenden strukturellen Verankerung im Wissenschaftssystem der alten Bundesländer. Eher ist auf eine andere Gefahr zu verweisen: Es scheint durchaus nicht abwegig, von einer *intendierten Ghettoisierung* feministischer Wissenschaft im Zuge der Durchsetzung der konservativen Gesellschafts- und Wissenschaftsstrategie auszugehen. Reduziert auf „Frauen- und Geschlechterforschung“ und selbst dann noch möglichst auf Einzelprofessuren begrenzt, wird sie zwar nicht gänzlich ausgegrenzt. Aber es wird versucht, die Etablierung feministischer Wissenschaft mit ihrem weitgreifenden methodischen Ansatz einer generellen Kritik männlichen Welt- und Wissenschaftsverständnisses zu behindern.

Die vorläufige Bilanz der Verankerung feministischer Wissenschaft im Rahmen des Umbaus des ostdeutschen Wissenschaftssystems erhärtet diese Wahrnehmung. Hier war feministische Wissenschaft und ihre struktu-

relle Verankerung in Form von Lehrstühlen an den Hochschulen nicht einmal mehr vorgesehen, auch nicht mit Feigenblatt-Funktion. Nur durch massiven Druck von der Basis, nur mit enormer Frauen-power und etwas Glück war den männlich dominierten Architekten-Teams der ostdeutschen Wissenschaftsstruktur hier ein Minimalergebnis abzutrotzen. Ganze zwei (!) C4-Professuren für Frauen- und Geschlechterforschung wurden an Ost-Hochschulen installiert. An einen weiteren Ausbau ist offensichtlich nicht gedacht. Mit dem Totschlag-Argument „Finanzmisere“, das die verwertungsgerechte Zurichtung des gesamten Bildungs- und Kultursektors legitimieren soll, versucht *Mann*, dem Druck der nach wie vor engagiert und hartnäckig um größere Spielräume für feministische Wissenschaft kämpfenden Frauen zu begegnen. Die Abwehr des patriarchalen Wissenschaftssystems gegen den weiteren Einzug feministischer Wissenschaft ist deutlich spürbar und noch immer oder schon wieder sehr erfolgreich. Die verfeinerte Strategie setzt nicht mehr auf (zumindest zur Zeit noch nicht wieder gesellschaftsfähige) Denunzierung feministischer Wissenschaft. Sie rechnet auf Zermürbung durch permanente Überforderung der wenigen existenziell gesicherten, weil gezwungenermaßen besoldeten Akteurinnen innerhalb der etablierten Wissenschaft und der in ungesicherten Arbeits- und Existenzverhältnissen (Drittmittelforschung, ABM-Stellen) an der feministischen Front Forschenden. Nach diesem Befund ist wohl eines klar: Eine breit angelegte und vor allem dezidiert gesellschaftskritische Bearbeitung der nach wie vor als Herrschaftsverhältnisse existierenden Geschlechterverhältnisse, die das Projekt der Transformation der derzeitigen bürgerlichen Gesellschaft in eine Zivilgesellschaft befördern könnte, ja, ohne die eine solche Transformation nicht gelingen wird, ist offenbar nicht erwünscht, wahrscheinlich sogar gefürchtet. Daher wohl soll solche Forschung gar nicht erst in auch nur annähernd relevanter Quantität strukturell im Wissenschaftssystem verankert und als legitimer Zweig intellektueller Anstrengung ausgewiesen und staatlich gefördert werden.

Auch über zwanzig Jahre nach Beginn der „neuen Frauenbewegung“ hat sich dies also nicht geändert. Das gesellschaftliche Klima für eine Akzeptanz oder gar eine großzügigere Unterstützung feministischer Wissenschaft scheint sich eher zu verschlechtern. „Alles wird besser, aber nichts wird gut“! Feministische Gesellschaftsanalyse und -kritik bleibt unverzichtbarer Bestandteil „eingreifenden Denkens“. Ohne die Ermöglichung einer wesentlichen Erweiterung ihres Potentials wird sich der patriarchal-konservative Umbau der bundesdeutschen Gesellschaft perpetuieren.

m.g.

THEMA: Frauenforschung Ost: Geschichte & Bilanz des Neubeginns

„Forschungen zu Frauen, aber keine Frauenforschung?“¹

(Selbst-)Kritische Reflexionen zweier Wissenschaftlerinnen über ein
Forschungsgebiet in der DDR. Eine Aufforderung zur Diskussion

Renate Liebsch (Berlin):

Der folgende Beitrag ist kein Ergebnis einer gründlichen und schon abgeschlossenen Analyse zur DDR-Frauenforschung. Er soll vielmehr dazu anregen, eine solche in Angriff zu nehmen. Er entstand im Laufe von Archivarbeiten für „GrauZone“, die Dokumentationsstelle zur nichtstaatlichen Frauenbewegung der DDR. Anliegen von „GrauZone“ ist es u.a. auch, ihre Sammlung durch Dokumente zu erweitern, die eigenständige wissenschaftliche Bestrebungen von Frauen im Interesse von Frauen belegen. Die Dokumentationsstelle bewahrt bereits einige solcher Arbeiten aus dem Ende der 80er Jahre auf, u.a. Dokumente aus dem Umkreis der Kirche im Zusammenhang mit der feministischen Theologie, Arbeiten zur Situation der Lesben in der DDR und zur Situation Alleinlebender und Alleinerziehender, konzeptio-

nelle Ansätze zur Untersuchung von Gewalt gegen Frauen und anderes. Aus eigenen Recherchen und Hinweisen von Nutzerinnen wissen wir, daß in privaten ForscherInnenkreisen, aber auch darüber hinaus Forschungsvorhaben diskutiert und auch realisiert worden sind, die an der tatsächlichen Interessenlage der Frauen orientiert waren, die realen Geschlechterverhältnisse aufdecken sollten und damit die DDR-offizielle Sicht mehr oder weniger unterliefen.

Das Vorhaben, gezielt nach solchen Arbeiten bzw. Dokumenten für solche Forschungsansätze zu suchen, führte uns zunächst zu der Frage nach den Kriterien dafür und zu der Frage, ob von vornherein wissenschaftliche Arbeiten im Rahmen des staatlichen Wissenschaftsbetriebes der DDR ausgeklam-

mert werden sollten. Das Urteil, das sowohl von westlichen Feministinnen als auch von Frauenforscherinnen Ostdeutschlands zu diesen Forschungen gefällt worden ist, würde ein solches Herangehen nahelegen: Denn es läuft darauf hinaus, daß es in der offiziellen Wissenschaftslandschaft der DDR keine wirkliche „Frauenforschung“ gegeben hat. Die Forschungen zu den Frauen taugten heute „allenfalls als Grabbelkiste für den einen oder anderen empirischen Beleg“.²

Einen öffentlichen Verständigungsprozeß dazu im Sinne einer differenzierten Prüfung und Auseinandersetzung hat es allerdings bisher nicht bzw. nur in Ansätzen gegeben.³ Wenn Irene Dölling 1992 schrieb, daß Frauenforschung heute „ohne ein Aufarbeiten der Geschichte der DDR und ihrer 'realsozialistischen' Form der Geschlechterverhältnisse nicht möglich“ sei, so schließt dies auch die Aufarbeitung der Geschichte der Forschungen zu den Geschlechterverhältnissen ein.⁴ Daß inzwischen an der Technischen Universität Dresden und am Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung der Humboldt-Universität zu Berlin Bibliografien zu Frauen- bzw. Geschlechterforschungen in der DDR entstanden sind, die eine gute Grundlage für eine Beschäftigung mit diesen Arbeiten bilden könnten, scheint uns ein Beleg dafür zu sein, daß das Interesse an einer solchen differenzierten Auseinandersetzung existiert.

Mehrere Gründe sprechen dafür, daß wir uns selbst ein relativ genaues, zu-

treffendes Bild unserer eigenen Forschungsgeschichte machen. Einmal brauchen wir es als Korrektiv zur offiziellen Geschichtsschreibung. - Die Tatsache, daß uns heute bei genauerer Betrachtung manches aus unserer eigenen Geschichte schon wieder erstaunt, hat ja nicht nur mit dem zeitlichen Abstand und der Unzulänglichkeit unseres Gedächtnisses zu tun, sondern auch damit, daß unsere Erinnerungen mittlerweile überlagert sind von dem, was andere über uns urteilen. Dem sollten wir entgegenarbeiten. Gleichzeitig brauchen wir den vorurteilslosen Blick auf unsere Forschungsgeschichte zum Lernen aus unseren Begrenzungen. Die Beschäftigung mit unseren Defiziten der zurückliegenden Jahrzehnte könnte uns helfen, heutige Forschungen in einem kritischen Lichte zu sehen. Unseres Erachtens gibt unser (nach der Wende) neu gewonnenes Wissen um die patriarchale Unterdrückung von Frauen den zahlreichen empirischen Untersuchungen, die unter dem Etikett „Frauenforschung“ betrieben wurden und werden (auch denen, die heute wieder auf der OSTFEM vorgestellt wurden) nicht von vornherein eine andere Qualität.

Was das Sammlungsvorhaben unseres Archivs angeht, so sind wir zu dem Standpunkt gelangt, daß wir nicht umhin können, uns zunächst einmal einen wenigstens groben Überblick über Themen bzw. Ergebnisse staatlich geförderter Forschungen zu Frauen in der DDR zu verschaffen. Wir haben dieses versucht (und in sehr begrenztem Umfang realisiert) anhand der „Grünen

Reihe“⁵, die nicht nur Aufschluß gibt über Forschungsthemen, sondern auch über Ergebnisse und Schlußfolgerungen. Wir haben uns zwanzig Jahrgänge dieser Zeitschrift, von 1971 bis 1990, also zwanzig mal sechs Hefte, genauer angesehen und wollen (nachdem wir nur einen Bruchteil dessen, was interessant wäre, in Augenschein genommen haben) zunächst weiter nichts als einige dieser Forschungen in Erinnerung zu rufen. Wir legen heute keine Analyse vor. Vielmehr wollen wir dafür plädieren, daß dies in team work eines größeren Kreises von Forscherinnen in Angriff genommen wird.

In der DDR wurde der Begriff der „Frauenforschung“ seit den 80er Jahren für alle Forschungen verwendet, die sich im weitesten Sinne mit der Situation der Frauen beschäftigten. Im Westen war der Begriff der „Frauenforschung“ zu dieser Zeit schon von feministischen Wissenschaftlerinnen genauer definiert und dabei jeweils mit ganz bestimmten Maßstäben verbunden worden, denen sich heute auch ostdeutsche Forscherinnen anschließen. Bei allen Differenzen zwischen den Autorinnen gibt es heute weitgehend Übereinstimmung in einer Reihe von Kriterien. Dazu gehört - die Handhabung von Geschlecht als gesellschaftliche Strukturkategorie, die über hierarchische bzw. Unterdrückungsverhältnisse unterschiedliche soziale Chancen und Perspektiven für Männer und Frauen vermittelt; - ein klar formuliertes weibliches Forschungsinteresse (Frauen als Subjekte der Forschung), das nicht nur auf die Aufdeckung von Benachteiligung zielt,

sondern auch auf Veränderung der Verhältnisse;

- feministische Wissenschaftskritik.⁶

Diese Kriterien werden von der Menge der Forschungen zu Frauen in der DDR (auch von den in diesem Papier erwähnten) zweifellos nicht bzw. jeweils nur punktuell erfüllt. Vor allem deckten sie die patriarchalen Verhältnisse nicht als Herrschaftsverhältnisse auf. Dennoch erscheint es uns nach der Sichtung der „Grünen Reihe“ und von Bibliografien zu frauenrelevanten Forschungen wichtig, hier festzustellen:

Es hat in der DDR, im staatlichen Wissenschaftsbetrieb, nicht nur eine äußerst große Zahl von Forschungsarbeiten zu Frauen gegeben. Uns hat auch erstaunt, wieviel wir dank dieser Forschungsergebnisse über die reale Situation der Frauen in der DDR wußten bzw. hätten wissen können. (Der Konjunktiv bezieht sich darauf, daß der größte Teil dieser Ergebnisse nicht der breiten Öffentlichkeit zugänglich war. Aber wir Forscherinnen waren von der Kenntnisnahme nicht ausgeschlossen.)

So wurde zum Beispiel immer wieder belegt, daß trotz rechtlicher Gleichstellung, gleicher Bildungschancen, einer gleich hohen beruflichen Qualifikation (zumindest bei den jüngeren Jahrgängen) und einer fast vollständigen Berufstätigkeit der Frauen die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung sowohl in der Volkswirtschaft als auch im Bereich der reproduktiven Sphäre eindeutig zu Lasten der Frauen ging. Es war bekannt, daß dieser sich immer wieder reproduzierende Tatbestand die

Bedingungen für die Persönlichkeitsentwicklung für Frauen gegenüber denen der Männer deutlich einschränkte; daß eklatante Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen existierten und diese auch sozialpsychologische Relevanz für die Partnerschaft erlangten; daß Frauen in weit stärkerem Maße als Männer Arbeitsplätze besetzten, die sie mit monotoner, einseitig belastender und unschöpferischer Arbeit in ihrer Qualifikation weit unterforderten; daß Frauen vor allem in höheren Leitungsfunktionen stark unterrepräsentiert waren.

Diese in zahlreichen Forschungsprojekten belegten Tatbestände veranlaßten Wissenschaftler der Martin-Luther-Universität Halle und der Akademie der Wissenschaften 1977, von „sozialer Ungleichheit zwischen Männern und Frauen“ zu sprechen. Gericke und Sauerzapf wandten 1982 die von Grundmann und Lötsch erhobenen Kriterien für die Unterscheidung von sozialen Gruppen auf die Geschlechter an und explizierten damit noch einmal, daß Männer und Frauen in der DDR sich unterscheiden

- in der Stellung innerhalb des Systems der gesellschaftlichen Produktion;
- in der Art und Höhe des Einkommens, des Besitzes;
- nach ihren Arbeits- und Lebensbedingungen und der Lebensweise;
- nach ihren Bedürfnissen und Interessen.

Sie stellten damit fest, daß Männer und Frauen nicht nur demografische Gliederungen, sondern große soziale

Gruppen sind, die wiederum klassen- und schichtspezifisch gebrochen sind. Außerdem schlugen sie vor, geschlechtsspezifische Arbeitsteilung als politökonomische Kategorie auszuarbeiten. (Es wäre heute interessant zu erkunden, welche Vorstellungen sie damit verbanden.)⁷

Die Einschätzung hinsichtlich der sozialen Unterschiede zwischen Männern und Frauen hat übrigens auch Inge Lange⁸ auf einer Konferenz 1979 vorgebracht. Sinngemäß stellte sie fest, daß es nicht ausreicht, lediglich die Gleichberechtigung der Frau zu verwirklichen. Es gehe auch um ihre soziale Gleichstellung und diese erfordere gleiche Bedingungen, wie sie der Mann zur Entfaltung seiner Fähigkeiten und Talente hat.⁹

Bereits in den 70er Jahren setzte sich Anita Grandke (damals Sektion Rechtswissenschaften der HUB, später Akademie der Wissenschaften) mit der vielzitierten „Einheit von Frauen- und Familienförderung“ auseinander und machte deutlich, daß damit Männer aus ihrer Verantwortung für die Familie entlassen werden. Zu sozialpolitischen Maßnahmen wie der Verkürzung der Arbeitszeit sagte sie: „Doch soweit mit den genannten Maßnahmen besondere Rechte der Frau gewährt werden, mit Rücksicht auf 'ihre' familiären Aufgaben und diese Rechte mit einer Verringerung ihrer Aktivitäten im Arbeitsprozeß verbunden sind, sollte man sie möglichst nicht weiter ausdehnen. Sie könnten die Rolle der Frau im Arbeitskollektiv, vor allem in allen Fragen der Mitwirkung und Leitung verringern. Au-

ßerdem sind sie objektiv geeignet, die alte Arbeitsteilung in der Familie zu erhalten und die überlebten Anschauungen dazu sowie die besonderen Probleme der berufstätigen Mutter immer wieder neu zu reproduzieren.“¹⁰ In den 80er Jahren, als erneut Maßnahmen in diesem Sinne beschlossen werden, nimmt Anita Grandke wiederholt dazu Stellung.

An pädagogischen Hochschulen, z. B. in Erfurt, und an der Akademie der pädagogischen Wissenschaften ergaben in den 80er Jahren Schulbuchanalysen, daß Inhalt und Struktur von Geschlechtsrollenbildern die alten patriarchalen Muster reproduzierten.¹¹ Ingrid Wölfel, Sektion Erziehungswissenschaften/Pädagogische Psychologie der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald wies in einer Untersuchung nach, wie Pädagogen und vor allem Pädagoginnen durch ihre unreflektierten Geschlechtsrollenbilder in ihrer Arbeit die Selbstbilder von Mädchen und Jungen im Sinne der Rollenklischees befestigten.¹²

In einer Untersuchung von Rita Wenzel zur Rechtsverwirklichung in Ehe und Familie an der Sektion Rechtswissenschaften der Humboldt-Universität wurde mit dem Vorurteil aufgeräumt, daß die Benachteiligung der Frau unmittelbar in der Tatsache ihrer Mutterschaft begründet sei. Bei der Befragung zeigten die Antworten der Männer und Frauen ohne Kinder, daß die Tendenz einer Einschränkung der gleichberechtigten Entwicklung der Ehefrau „schon durch die Ehe selbst vorhanden ist“.¹³

Eine Vielzahl von Untersuchungen war der relativ hohen Teilzeitarbeit von Frauen (27 Prozent) gewidmet. Die Tatsache, daß auch die Einführung der 40-Stunden-Woche für Mütter mit mehreren Kindern diese Quote nicht zu beeinflussen vermochte, veranlaßte einige WissenschaftlerInnen, die Aufmerksamkeit auf die in der Familie geleistete Reproduktionsarbeit zu lenken bzw. einige bisher unterbelichtete Gesichtspunkte stärker in das Bewußtsein zu rücken (auch wenn insgesamt die Reproduktion als Forschungsgegenstand weiterhin ausgespart blieb). So verwies Renate Dippman von der Sektion Wirtschaftswissenschaften der TH Karl-Marx-Stadt darauf, daß es auch schöpferische Elemente in der Hauswirtschaft - Leiten, Planen, Wirtschaften - gibt, schöpferische produktive Arbeit wie Schneidern, Kochen, Erziehung der Kinder. „Für viele Frauen“, so ihre Schlußfolgerung, „bietet dazu die Arbeit im Betrieb kein entsprechendes Äquivalent.“ Vielmehr nur geringe schöpferische Anforderungen, keine Freizeit und dazu niedrige Bezahlung!¹⁴

Eine von verschiedenen Forscherinnen mehrfach geäußerte Kritik richtete sich dagegen, daß es im Grunde keine differenzierten geschlechtsspezifischen Forschungen gab, bzw. keine Forschungen zu Männern, die einen wirklichen Vergleich zwischen beiden Geschlechtern ermöglicht hätten. Die Praxis, so Herta Kuhrig, bestand vielmehr darin, Forschungsgegenstände, die für Frauen und Männer gleichermaßen relevant waren, nur für Frauen zu untersuchen und die Ergebnisse dann einfach ge-

schlechtsspezifisch zu interpretieren.¹⁵ Uta Bruhm-Schlegel bekräftigte diese Erfahrung dahingehend, daß von Geschlechtsbesonderheiten bezeichnen- derweise nur im Zusammenhang mit der Frau gesprochen werde, das Wesen, das Verhalten des Mannes als viel weniger beschreibungs- und erklärungsbedürftig angesehen werde, weil es offensichtlich als das Normale gelte, das der Frauen dagegen als das Besondere.¹⁶

Die Reihe der Beispiele verdeutlicht vielleicht: Es geht bei der Bewertung von Forschungen zu Frauen in der DDR gar nicht allein darum, was wir wußten bzw. nicht wußten, sondern vor allem um die Frage: Was haben wir aus dem,

Angelika Haas (Berlin):

Festzuhalten ist nach der Sichtung schon allein der veröffentlichten Beiträge von FrauenforscherInnen aus DDR-Zeiten in der „Grünen Reihe“ also, daß wir so viele Analysen und theoretische Überlegungen, soziologische „Befunde“ haben, wie nicht erwartet - sogar solche weitgehenden, wie den, daß Männer um ihre Arbeitsplätze durch Frauenkonkurrenz fürchten - und doch blieb die wesentliche Folgerung ausgeschlossen - daß es sich um Herrschaftsverhältnisse handelte, um sich reproduzierende sogar. Wo lagen die Ursachen für solche Erkenntnisblockaden? Waren sie empirischer Natur, sind sie in der Spezifik der „DDR-Sozialisation“ zu suchen, lagen erkenntnistheoretische Gründe vor? Hatte es

was wir wußten, gemacht? Welche Schlüsse haben wir daraus gezogen? Warum haben wir bestimmte Schlüsse im Hinblick auf das Geschlechterverhältnis in der DDR nicht gezogen? Welche Erkenntnisblockierungen gab es denn? Wie hätten Forschungsfragen und Schlußfolgerungen aussehen müssen, die uns auf dem Weg zur Gleichstellung weitergebracht hätten?

Wir denken, auch künftige wissenschaftliche Arbeiten, die sich einem feministischen Ansatz verpflichtet fühlen, könnten davon profitieren, wenn solchen Fragen anhand konkreter Forschungsergebnisse aus der Vergangenheit einmal nachgegangen wird.

damit zu tun, daß wir, wie Hanna Behrend sagt, in unserem vergangenen Patriarchat die „gnädigeren Herren“ hatten? Schließlich werden Erlebnisse und Erfahrungen immer durch die Brille des Erwarteten bewertet. Und von dem, was wir - ich spreche von der Generation, die nach 1949, also schon in der DDR, geboren wurde - im großen und ganzen und allgemeinen nach unserer Kenntnis des Lebens unserer Mütter und der Geschlechterverhältnisse in unseren Elternhäusern erwarten durften, waren unsere eigenen Erlebnisse als Mädchen, unsere Ausbildungschancen, Berufsaussichten und Partnerschaften natürlich von völlig anderer Qualität. In der Erfahrungswelt dieser Generationen war Frauenunterdrückung

bereits ein Verdikt. Mit diesem Vorwurf wurde ein enormer Normenverstoß angezeigt. Niemand konnte, ohne sich zugleich moralisch völlig zu disqualifizieren, für das „Kurzhalten“ von Frauen - in welcher Hinsicht auch immer - plädieren.

War es vielleicht auch diese „Unerhörtheit“, die uns hinderte, Männerherrschaft und also Frauenunterdrückung zu einem Urteil zu erheben, das mehr als Einzelfälle besonders „zurückgebliebener“ Exemplare von Lehrern, Vätern oder Lehrmeistern betraf? Und schließlich gehörten ja auch die tatsächlichen Veränderungen zu unseren Erfahrungen: In einer polnischen Untersuchung wurde festgestellt: Es gab fast keine Unterschiede in der bewältigten Menge der Hausarbeiten zwischen berufstätigen und nichtberufstätigen Frauen. (Das heißt, die Frau arbeitete „zusätzlich“ im Beruf!) Und es wurde sogar eine Erweiterung der familiären Obliegenheiten der Frauen gefunden: Mit ihrem Selbstbewußtsein, ihren neuen Kenntnissen aus dem Berufsleben und ihrer gewachsenen Bildung übernahm sie auch stärker die Verantwortung und Aufsicht über die Bildung, die Schularbeiten der Kinder, organisierte die Finanzen und die Freizeit der ganzen Familie. Aber festgestellt wurde eben auch: Die Beteiligung der anderen Familienmitglieder ist bei den berufstätigen Frauen größer. Das ließ auf einen vielleicht doch in Gang geratenen Prozeß der Veränderung von familialer Arbeitsteilung hoffen. Gleichzeitig wurde aber auch das Gegenläufige gefunden: In älteren Familien ge-

winnt die Hilfe der Töchter sehr an Bedeutung und „im Vergleich dazu ist die Beteiligung der Söhne am Haushalt erschreckend niedrig“. (Obwohl sie verbal befürwortet wird.) Als besonders traditionell erwiesen sich in dieser Untersuchung die Einstellungen der Männer, allerdings zeigte sich auch hier eine Entwicklung, die auf emanzipatorische Veränderung (beider Geschlechter!) hoffen ließ: Die Haltungen jüngerer Ehemänner von berufstätigen Frauen waren bereits weniger traditionell. Was auf dem 4. Soziologiekongreß 1995 konstatiert wurde, war ja von uns auch subjektiv so wahrgenommen worden: Die Unterschiede zwischen den Menschen waren in vielen Bereichen gravierender durch den Bildungsstand bestimmt als durch ihr Geschlecht. Die Mädchen hätten nicht vermutet, sie seien vielleicht gegenüber ihren männlichen Spielkameraden, Mitschülern, Kommilitonen oder Partnern minderwertig oder mit weniger Rechten ausgestattet.

Natürlich haben wir auf die Frage, wieso es in der DDR-Frauenforschung trotz der hier knapp skizzierten, insgesamt doch recht weitreichenden empirischen Befunde, die öffentlich vorgestellt wurden in Publikationen, zumindest im wissenschaftlichen Bereich, bei der Wertung und den Schlußfolgerungen dann offensichtlich Erkenntnisbarrieren hinsichtlich der Qualität der Unterdrückungsverhältnisse von Frauen auch in der DDR gab, noch keine uns schon befriedigenden Antworten. Deshalb suchen wir nach Möglichkeiten weiteren Nachdenkens, möchten den Aus-

tausch von Gedanken, Erfahrungen und Forschungsergebnissen zu diesen Fragen. Von der folgenden Vermutung denke ich allerdings schon, daß sie zutrifft: Eine wichtige Erfahrung haben wir in der DDR außer acht gelassen: Die patriarchalen Traditionen in der Arbeiterbewegung waren nicht gerade das meistbehandelte Thema.

Aber hatte nicht schon Flora Tristan festgestellt, daß der unterdrückteste und ausgebeutete Proletarier immer noch ein Wesen hat, auf das er herabsehen und das er unterdrücken kann? Seine Frau! Hatte es nicht stärkste Auseinandersetzungen in der Arbeiterbewegung über die Anerkennung der Frauenarbeit gegeben, wobei der pejorative Begriff der „Schmutzkonkurrentin“ entstand. In der Weimarer Republik wurden die „Doppelverdiener“ beschimpft. Und die II. Internationale beschloß gar 1928 für die Frauen die Losung „Zurück in die Familie!“

Vielleicht wäre die Bezeichnung „Familienforschung“ richtiger gewesen für das, was wir da hatten in der DDR? (Aber geht Familienforschung ohne Frauenforschung? Und müßten wir uns dann nicht auch konsequenterweise vorwerfen, keine Männerforschung gehabt zu haben? Und hieße es nicht andererseits, die reale Lage und Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern zu negieren, wenn überall da, wo Frauenfragen untersucht werden, die fehlende Männerfrage moniert würde? Kann aber eigentlich in der menschlichen Gesellschaft überhaupt zu einem Geschlecht geforscht werden, ohne

sofort die Relation zum anderen herzustellen?

Für Clara Zetkin waren die Frauen Geschlechtswesen, anders als die Männer und menschliche Wesen, wie es auch Männer sind. Die Gleichheit in der Ungleichheit gilt es zu erkennen und anzuerkennen. Das ist als Forderung wohl auch heute zu erheben und als Aufgabe immer noch aktuell. Aber ganz offensichtlich geht es beim Nachdenken über das Verhältnis der Geschlechter auch um erkenntnistheoretische Probleme in einer komplizierten Dialektik von Gleichheit und Ungleichheit. Und solche dialektischen Formeln, die Widersprüchliches abzubilden, zu erfassen suchen, sind in diesem Ausbalancieren der Widersprüche wohl doch immer nur kurze Zeit und mehr oder weniger „theoretisch“ möglich. Wie auch die oft zustimmend zitierte Marx'sche Randglosse, wonach das gleiche Recht wirklich gerecht nur als ungleiches für die ungleichen Individuen angewandt werden könne.

Sobald es um die Umsetzung solcher Erkenntnisse in Politik, also um Eingriffe in menschliche Verhältnisse und praktisches Verhalten geht, setzt ein Pendeln zwischen den Polen ein. Deutlich zum Beispiel auch in dem Streit auf einer Konferenz, ob nun geschlechtsneutrale oder geschlechtsspezifische Erziehung der Kinder zu präferieren sei. Und vielleicht auch ablesbar an den Schwierigkeiten mit Versuchen, „das Weibliche“ oder sein Gegenstück zu beschreiben. Oder auch: Aus der Erkenntnis, daß eine Betreuung der

Kinder beim gegebenen Stand der Rollenzuteilung zwischen den Geschlechtern eine wesentliche Voraussetzung für die mögliche Frauenberufstätigkeit ist, wird: Kinderkrippen sind für Frauen! Die Verantwortung der Männer für die Kinderbetreuung gerät so aus dem Blickfeld. Hätte Hertha Kuhrig also damals Anfang der 70er Jahre nicht formulieren dürfen: „Es ist die Aufgabe der gesamten Gesellschaft, diesen Prozeß zu fördern.“

Hätte es heißen müssen: „Es ist die Aufgabe der Männer...“? Aber das hätte ja wiederum bedeutet zu ignorieren, daß auch die Frauen (als Ehefrauen, Mütter, Schwiegermütter, Vorgesetzte) oft ihr eigenes Hemmnis beziehungsweise das ihrer Geschlechtsgenossinnen waren, wo es um die Durchsetzung der Gleichstellung ging. Schließlich war ja soziologisch nachgewiesen und unser aller Alltagserfahrung, daß es nicht zuletzt die Mütter waren, die ihre Töchter stärker als ihre Söhne in die Hausarbeit einweihten und einbezogen. Und es waren die Frauen selbst, die mit der Minderbeteiligung ihrer Männer an der Hausarbeit lebten, (65% fanden's ausreichend) oder Männerbeteiligung sogar zu 10% generell ablehnten; 63% sahen in der Mithilfe ihrer Familienangehörigen gar keine Möglichkeit des Freizeitgewinns für sich. Auch beim Bemühen, die Wertigkeit der Frauen darzustellen, wurden ihr viele Aufgaben zugeschrieben, die eigentlich Elternaufgaben sind: „Bei der Schaffung eines günstigen Bildungsklimas kommen der Einsicht, dem Erfahrungsschatz und der Umsicht der

berufstätigen Frau und Mutter besondere Bedeutung zu.“ Die Väter und ihre Verantwortung fielen bei solchem Lob der Mütter ganz aus dem Bild! 1970 war ein Drittel der berufstätigen Frauen teilzeitbeschäftigt; in einer soziologischen Arbeit wurde 1972 die Teilzeitarbeit gesehen als Kompromiß zwischen Absicht und Möglichkeit, als eine objektive Notwendigkeit und eine die gesellschaftliche Entwicklung fördernde Erscheinung. Diese Akzentuierung zu vermerken, scheint mir deshalb wichtig, weil heute zumeist nur auf die - auch zu findende - Sicht der Teilzeitarbeit als etwas das gesellschaftliche Arbeitsvermögen schmälernde verwiesen wird. Als Motive für das verkürzte Arbeiten wurde in der erwähnten Untersuchung bei den Frauen als 4. in der Rangfolge der Wunsch des Ehemannes gefunden, daß seine Frau verkürzt arbeiten soll. (Und 99% der verkürzt Arbeitenden wurden von ihren Männern bestärkt, bzw. dazu angeregt, verkürzt zu arbeiten!) Von diesen Befunden ausgehend, wurde der Vorschlag begründet: Als Interimslösung (sic!) eine gesetzliche Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich für berufstätige Mütter mit mehreren Kindern (gestaffelt nach Zahl und Jahren) einzuführen. Ausdrücklich wurde von einer solchen Regelung erwartet,

- den gegenwärtigen materiellen Lebensbedingungen vieler kinderreicher Mütter zu entsprechen,
- die Leistungen der Mütter mehrerer Kinder für die Reproduktion des Lebens der Gesellschaft mehr anzuerkennen und damit auch die Geburtenfreudigkeit positiv zu beeinflussen,

- die kontinuierliche berufliche Weiterentwicklung und -bildung der Persönlichkeiten der Frauen mit Kindern erreichbar zu machen
- zu verhindern, daß das Pro-Kopf-Einkommen in Familien mit mehreren Kindern nicht noch durch die Arbeitszeitverkürzung der Mütter zusätzlich herabgesetzt wird.

Also eine deutliche Konzeption der „ausgleichenden Gerechtigkeit“, aber bei diesem Zustand der Reproduktion, bei dieser traditionellen Lebensweise der Geschlechter fiel diese Maßnahme auf einen anscheinend doch falsch eingeschätzten Boden: So wurde schon bald kritisiert, daß mit dieser Regelung der Haushalt als „Frauensache“ sanktioniert würde und männliche Zurückhaltung nun ein Argument mehr hätte, kurz die Stimulierung eine bedenkliche Richtung nähme. Dagegen hieß es, das sei nun aber ein gründliches Mißverständnis¹⁷ - und damit war die Auseinandersetzung zu Ende. Was gewiß grundfalsch war. Und im übrigen auch den Charakter der Maßnahme als Zwischenlösung vergessen ließ. (Übrigens wiederholt sich heute in der Diskussion um die Bezahlung für die Hausarbeit derselbe Streit.) Beim Aufschreiben dieser Selbstkritik fiel mir ein, daß das DDR-Frauenprivileg auf die 40-Stunden-Woche eines der ersten von den abgeschafften war. Gibt es eigentlich Untersuchungen darüber, wie nun, seit die DDR-Männer auch die 40-Stunden-Woche haben, ihre Beteiligung an der Hausarbeit gestiegen ist? Aber mit dieser Frage will ich uns nicht etwa wieder

zu „Haupt“- und „Neben“-widersprüchen führen, nur die Vertracktheit des Problems verdeutlichen, die sich in ihrer ganzen Gemeinheit erst dann zeigt, wenn es um praktische Maßnahmen geht, die uns der Lösung eigentlich näherbringen sollten... Überhaupt scheint ebenso groß wie unser Optimismus in bezug auf die Kraft „ideologischer Arbeit“ und unsere Überschätzung der Macht des Wortes, so riesig auch unsere Unterschätzung des Unbewußten, der zähen Kraft von Traditionen gewesen zu sein.

Dieser erste Versuch einer Sichtung von dokumentierten Ergebnissen der institutionalisierten DDR-Frauenforschung am Beispiel der Schriftenreihe „Informationen des wissenschaftlichen Beirats 'Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft' bei der Akademie der Wissenschaften“ zeigt, daß rasche und pauschale Urteile über die DDR-Frauenforschung wissenschaftlicher Prüfung nicht standhalten und daß es nötig ist, sich intensiver mit der Art und Qualität dieser Forschungen, mit unseren Erkenntnissen wie Erkenntnissträngen und mit unserer Blindheit unseren eigenen Ergebnissen gegenüber zu beschäftigen. Es könnte doch sein, wir gewinnen etwas Weitsicht für die Kämpfe im (für uns) neuen Patriarchat.¹⁸ Die Dokumentierung dieses spezifischen Stücks der DDR-Wissenschaftsgeschichte, die sich „GrauZone“ zum Anliegen macht, ist eine wichtige Voraussetzung dafür. Dazu bedarf es der Mithilfe aller Frauen und Männer, die in der DDR auf diesem Gebiet geforscht haben. Dabei geht es nicht nur

um die Sammlung und Archivierung von Textmaterial sondern auch darum, in Interviews die Erinnerungen der an Frauenforschung (oder an Forschung über Frauen) Beteiligten am wissenschaftlichen Arbeits- und Erkenntnisprozeß festzuhalten. Um Unterstützung dieses Anliegens sei zum Schluß gebeten.

Anmerkungen:

¹ Diskussionsbeiträge, gehalten auf der Tagung „OSTFEM IV“ am 24. 11. 1995. Für *hochschule ost* leicht bearbeitet. Ein Protokoll der Tagung erscheint voraussichtlich im Herbst 1996.

² Vgl. Hildegard Maria Nickel: Modernisierungsbrüche im Einigungsprozeß - (kein) einzig Volk von Schwestern. In: Kulke/Kopp-Degethoff/Ramming (Hrsg.): *Wider das schlichte Vergessen. Der deutsch-deutsche Einigungsprozeß: Frauen im Dialog*, Berlin 1992, S. 40.

³ Siehe hierzu vor allem Irene Dölling, u.a.: *Marxismus und Frauenfrage in der DDR*. In: *Argument* 177/1989 und: *Aufbruch nach der Wende - Frauenforschung in der DDR und in den neuen Bundesländern*. In: Helwig/Nickel (Hrsg.): *Frauen in Deutschland 1945 - 1992*. Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Band 318, Bonn 1993, S. 397 ff.

Christel Hartinger: *Feministische Attacke oder literaturgeschichtliche Tatsache? Zur Frauenliteratur in der DDR. Ein Problemaufriß im Lichte meiner Erfahrung und Begrenzung*. In: „Was soll - was will Feminismus heute“. Arbeitstagung der sächsischen FrauenforscherInnen vom 22. bis 24. Januar 1993, S. 8ff.

Hildegard Maria Nickel, ebenda.

⁴ Vgl. Dölling, ebenda, S. 400.

⁵ „Informationen des wissenschaftlichen Beirats 'Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft' bei der Akademie der Wissenschaften“, herausgegeben vom wissenschaftlichen Beirat „Die Frau...“, Berlin - nachfolgend als „Grüne Reihe“ abgekürzt.

⁶ Vgl. Dölling, ebenda und Sigrid Metz-Göckel: „Permanenter Vorgriff auf die Gleichheit“. *Frauenforschung in Westdeutschland*. In: Helwig/Nickel (Hrsg.): *Frauen in Deutschland 1945 - 1992*, S. 408 ff.

⁷ Vgl. Hans Jürgen Gericke: *Sozialökonomische Probleme der Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen*. In: „Grüne Reihe“, Heft 6/1977 und derselbe: *Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und Entwicklung der Arbeitseinkommen von Männern und Frauen sowie Rudolf Sauerzapf: Zur Problematik sozialer Unterschiede zwischen Frau und Mann beim gegenwärtig erreichten Entwicklungsstand*. In: „Grüne Reihe“, Heft 5/1982.

⁸ Lange, Ingeborg, geb. Rosch. Eine der wenigen Frauen, die in der DDR in die oberste Stufe der politischen Struktur gelangte. „Kandidat“ (!) des Politbüros und ZK- „Sekretär“ (!). Seit 1961 Leiterin der Abteilung Frauen beim Zentralkomitee der SED. Zur politischen Vita siehe: *DDR. Wer war wer. Ein biographisches Lexikon*, Berlin 1992, S. 268.

⁹ Vgl. Inge Lange: *Die Verwirklichung der Beschlüsse des IX. Parteitages der SED zur*

Angelika Haas, Dr. phil., Philosophin und Renate Liebsch, Dr. phil., Journalistin und Kulturwissenschaftlerin. Beide z.Z. arbeitslos. Befäßt mit biographischen Forschungen zur Sozialisation ostdeutscher Frauen im deutschen Vereinigungsprozeß. Ehrenamtliche wissenschaftliche Mitarbeit in der Dokumentationsstelle zur nichtstaatlichen Frauenbewegung der DDR „GrauZone“.

weiteren Förderung der Frau. In: Vorlesungen und Schriften der Parteihochschule, 1979, S. 8.

¹⁰ Anita Grandke: Rechtsfragen der Stellung und Förderung der Frau in der DDR. In: „Grüne Reihe“, Heft 2/1976.

¹¹ Vgl. Ellen Vogt: Inhalt und Struktur von Geschlechtsrollenbildern in Schulbüchern der unteren Klassen. In: „Grüne Reihe“, Heft 4/1984 sowie Gabriele Geisler/Erna Scharnhorst: Zur Widerspiegelung der gesellschaftlichen Stellung der Frau in den Lesebüchern der Klassen 1 bis 4 in der DDR. In: „Grüne Reihe“, Heft 4/1982.

¹² Vgl. Ingrid Wölfel: Unterschiede im Lehrerurteil bei der Einschätzung der beruflichen Voraussetzungen von Jungen und Mädchen. In: „Grüne Reihe“, Heft 6/1985.

¹³ Vgl. Rita Wenzel: Erste Auswertung einer soziologischen Untersuchung zum Stand der Rechtsverwirklichung in Ehe und Familie - insbesondere in bezug auf die Durchsetzung der Gleichberechtigung von Mann und Frau. In: „Grüne Reihe“, Heft 2/1974.

¹⁴ Vgl. Renate Dippmann: Ausgewählte Aspekte der Teilzeitarbeit von Frauen. In: „Grüne Reihe“, Heft 1/1980.

¹⁵ Vgl. Herta Kuhrig: Familie, berufstätige Frau und sozialistische Lebensweise. In: „Grüne Reihe“, Heft 1/1980.

¹⁶ Vgl. Uta Bruhm-Schlegel: Einige methodologische Probleme der soziologischen Erforschung weiblicher Jugendlicher durch die Jugendforschung. In: „Grüne Reihe“, Heft 2/1980.

¹⁷ „Grüne Reihe“, Heft 1/1973.

¹⁸ Ein in der folgenden Diskussion noch verwendeter Gedanke aus Heft 2/1986 der „Grünen Reihe“ soll hier noch angefügt werden: Ziel der Forschung kann nicht sein, Frauen an das „Leistungsprinzip“ anzupassen. Selbstunsicherheit von Frauen im Leistungsbereich ist auch Ablehnung eines von allen anderen Lebensbezügen losgelösten Leistungsdenkens, wie es in der von männlichen Normen geprägten Gesellschaft vorherrscht. Als anzustrebendes Ziel wurde in dem Beitrag formuliert: Veränderung der Normen, so daß für beide Geschlechter Leistung wieder sinnvoll in die Gesamtheit des Lebens integriert werden kann, so daß Selbstverwirklichung durch Leistung ohne eine Verarmung anderer Persönlichkeitsbereiche möglich wird.

Monika Stein (Potsdam):

Frauen-Prisma. Wissenschaftliche Beiträge zur Frauenforschung

Bericht über die Etablierung dieser Zeitschrift, herausgegeben von der Gleichstellungsbeauftragten der Universität Potsdam

Vorgeschichte

1990 fanden sich politisch interessierte und aktive Frauen der damaligen Brandenburgischen Landeshochschule zu einem Frauengesprächskreis zusammen, um aus weiblicher Perspektive an der Umgestaltung der Hochschule mitzuwirken.

Die frauenpolitische Diskussion in der damaligen DDR hatte Themenbereiche benannt, die auch handlungsleitend für unsere Gespräche waren. Erste Kontakte mit Frauenbeauftragten an Hochschulen der alten Bundesländer regten zur kritischen Auseinandersetzung mit der westdeutschen Frauenförderpolitik an Hochschulen an. Wir waren uns einig, daß die Erfahrungen der westdeutschen Kolleginnen nicht ohne weiteres auf die Verhältnisse an ostdeutschen Hochschulen übertragen werden können. Vielmehr wollten wir die in der alten Bundesrepublik gewachsenen Strukturen im Bereich der Frauenförderung hinsichtlich deren Tauglichkeit bezogen auf die Situation an unserer Hochschule befragen. Der Neuglie-

derungsprozeß an den Hochschulen ließ dann jedoch kaum Raum für die Entwicklung eigener Konzepte zur Frauenpolitik an Hochschulen.

Als sich abzeichnete, daß Frauen zu wenig am Neuordnungs- und Umstrukturierungsprozeß beteiligt sind, um positive Akzente für die Frauenförderung zu setzen, wurde an der Universität eine Gleichstellungsbeauftragte und ein sie beratender Gleichstellungsrat gewählt. Neben der Wahrnehmung der gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben haben sich seinerzeit folgende Arbeitsschwerpunkte abgezeichnet:

1. Bei der Neugründung der Universität Potsdam Frauenforschung durch die Schaffung einer Frauenforschungsprofessur strukturell zu verankern und bei der Besetzung von Professuren einen hohen Frauenanteil zu erreichen.

2. Spezielle Veranstaltungen zur Sensibilisierung für die Belange der Frauenförderung durchzuführen.

Im weiteren werde ich auf unseren zweiten Arbeitsschwerpunkt näher eingehen, weil er direkt zu unserem „Frauen-Prisma“ führt. Ursprünglich war es als Organ der Gleichstellungsbeauftragten gedacht, in dem semesterbezogene und -übergreifende Informationen zur Frauenförderung und Frauenforschung an der Universität veröffentlicht werden sollten. Durch die Etablierung der Frauenforschungsprofessur an der Universität und die Entwicklung von Frauen- und Geschlechterforschung in den Instituten bildete sich einerseits ein wissenschaftliches Potential heraus, andererseits wurde Unverständnis darüber artikuliert, was denn Geschlechterforschung eigentlich sei. Aus dieser Situation heraus betrachtete es der Gleichstellungsrat als spezielle Aufgabe, ein interdisziplinäres Forum für wissenschaftliche Arbeiten zu verschiedenen Themen der Frauen- und Geschlechterforschung zu schaffen.

Mit einer eigenen Schriftenreihe zu Ergebnissen geschlechtsspezifischer Forschungsarbeiten wollen wir die noch junge Wissenschaftsdisziplin an der Universität Potsdam dokumentieren und eine breite wissenschaftliche Öffentlichkeit ansprechen.

Durch das „Frauen-Prisma“ wird es Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die Frauen- und Geschlechterforschung betreiben, möglich, ihre Ergebnisse auch außerhalb des eigenen Forschungsbereichs vorzustellen. Wir sind darum bemüht, Forschungsarbeiten aus allen Instituten und Fachbereichen der Universität Potsdam sowie auch anderer Einrichtungen zu pu-

blizieren, um Einblicke in die vielfältigen Themen und Methoden der Frauen- und Geschlechterforschung zu geben.

Bisher gab es für die Schriftenreihe noch kein klares Profil; wir haben auf Angebote zurückgegriffen oder Wissenschaftlerinnen direkt angesprochen. So haben wir für die erste Ausgabe des „Frauen-Prisma“ gezielt zwei Nachwuchswissenschaftlerinnen gebeten, ihre ersten Forschungsergebnisse im Rahmen ihrer Dissertation zu veröffentlichen. Ihr Interesse an Frauen- und Geschlechterforschung wurde durch ein spezifisches Lehrangebot im Institut für Anglistik/Amerikanistik geweckt. Ihre gegenwärtige wissenschaftliche Arbeit wird von Professorinnen und wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen der Institute für Anglistik/Amerikanistik und Romanistik fördernd begleitet.

Die zweite Ausgabe dokumentiert die Antrittsvorlesung von Frau Prof. Dr. Irene Dölling, Lehrstuhlinhaberin für Frauenforschung an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam, sowie Podiumsvorträge des interdisziplinären Workshop „Perspektiven feministischer Wissenschaft“ am 9. und 10. Juni 1995 an unserer Universität.

Zur weiteren Profilierung der Zeitschrift ist vorgesehen, einen wissenschaftlichen Beirat zu gründen, dem 4 Professorinnen angehören werden - Professorinnen, die Frauen- und Geschlechterforschung betreiben. Wir werden Themenschwerpunkte festlegen, die sich an den existierenden Frauenfor-

schungsprojekten an der Universität orientieren. Das sind Projekte innerhalb der Germanistik, Anglistik/Amerikanistik, Slavistik und Romanistik, Forschungsschwerpunkte in der Pädagogik, die Mädchenbildung und Mädchenerziehung zum Gegenstand haben, und natürlich Projekte innerhalb der Sozialwissenschaften, hier besonders das Lehrforschungsprojekt „Frauenbilder im Film der 40er, 60er und 90er Jahre“.

Die Zeitschrift „Frauen-Prisma“ kann (noch) kostenlos bei der Gleichstellungsbeauftragten der Universität Potsdam bezogen werden. Die Herausgabe wurde bisher durch Mittel des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur realisiert.

Heft 1, September 1995:

Irene Dölling: „Zur ersten Ausgabe des Frauen-Prisma“, S. 6-12

Anja Bandau: „Gloria Anzalduas Borderlands / La Frontera: Auf dem Weg zu einer alternativen Identität“, S. 13-35

Astrid Euchler: „Zwischen Konvention und Subversion: Weibliches Schreiben im 18. Jahrhundert in England“, S. 36-54

Heft 2, Dezember 1995:

Irene Dölling: „Das Veralten der Frauenforschung“, S. 6-40

Gudrun Axeli-Knapp: „Das Seiende als Text seines Werdens lesen: Traditionen der Kritik identitätsideologischen Denkens im Feminismus“, S. 41-67

Teresa Wobbe: „Umbrüche: Traditionslinien, thematische Felder und theoretische Motive der deutschen Frauenforschung“, S. 67-84

Heft 3 erscheint im Oktober 1996 mit folgenden Beiträgen:

Monika Stein: Probleme und Forderungen zur Frauenpolitik an Hochschulen in Brandenburg

Marianne Kriszio: Erfolge und Grenzen der Frauenpolitik an Hochschulen in Berlin

Sigrid Metz-Göckel: Perspektiven einer zukunftsweisenden Frauenpolitik für den Hochschulbereich

Monika Stein, Lehrerin im Hochschuldienst für Fachdidaktik Russisch, ist Gleichstellungsbeauftragte der Universität Potsdam

„...diese Professur ist ein Ergebnis des Druckes von unten!“

Erfahrungen bei der Institutionalisierung von Frauen- und Geschlechterforschung an ostdeutschen Hochschulen

Mit der Kulturwissenschaftlerin Prof. Dr. phil. **Irene Dölling**¹ unterhielt sich am 3. Juni 1996 in Potsdam die Historikerin Monika Gibas

Frau Dölling, Sie sind eine der wenigen ostdeutschen Wissenschaftlerinnen, die im Zuge der Um- und Neustrukturierung der Wissenschaftslandschaft in den NBL mit der Wahrnehmung einer Professur betraut wurden. Und Sie sind eine von insgesamt nur zwei C4-Professorinnen auf dem Gebiet der Frauen- und Geschlechterforschung in Ostdeutschland. Seit Sommer 1994 haben Sie den Lehrstuhl Frauenforschung am Fachbereich Sozialwissenschaften der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam inne. Sind Sie am Ziel Ihrer Wünsche?

Irene Dölling: Also „am Ziel meiner Wünsche“ - das klingt ein wenig komisch. Am Ziel meiner Wünsche bin ich natürlich nicht. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Erstens denke ich, als WissenschaftlerIn kann man eigentlich nie am Ziel seiner Wünsche sein, da könnte man ja aufhören zu arbeiten. Das zunächst grundsätzlich. Zum zweiten: In der Frauen- und Geschlechterforschung sind so viele Probleme offen und es wird eigentlich eher dramatischer, als daß man das Gefühl

haben könnte, da sei schon das Wesentliche gesagt. Und zum dritten weiß ich sagen: Trotzdem ich mich hier an der Universität Potsdam sehr wohl fühle und ich ja auch eine der wenigen WissenschaftlerInnen aus dem Osten bin, die eine Chance hatten, ihre Forschungen überhaupt und dann noch auf ProfessorInnenstellen weiterzuführen - das Ziel meiner Wünsche war nicht Potsdam. Mein Wunsch war, meine Professur an der Humboldt-Universität Berlin weiter ausfüllen zu können.

Aus welchen Gründen ließ sich diese Vorstellung nicht realisieren? An der Humboldt-Universität sind doch im Rahmen der Umstrukturierung bislang drei Lehrstühle für Frauen- und Geschlechterforschung installiert worden. Nach der letzten Recherche eine C4-Professur am Institut für Kulturwissenschaften, eine C3-Professur am Institut für Sozialwissenschaften und eine C3-Professur am Institut für deutsche Literatur. Die Humboldt-Universität ist damit die ostdeutsche Uni, in der diese Gebiete überhaupt in nennenswertem Umfang berücksichtigt wurden. Ledig-

lich Potsdam hat noch eine C4-Professur für Frauenforschung besetzt und Greifswald eine C3-Professur ausgeschrieben.

Dölling: Da müssen Sie den Wissenschaftssenator von Berlin fragen. Im Zuge der Umstrukturierungen wurde am Institut für Kulturwissenschaft der HUB - ausdrücklich in Würdigung unserer langjährigen Arbeit auf dem Gebiet der Frauen- und Geschlechterforschung - eine Professur mit einer neuen Denomination eingerichtet. Übrigens mit dem direkten Hinweis an mich, mich darauf unbedingt zu bewerben. Aber trotz positiver fachlicher Evaluierung und der Erlangung des ersten Listenplatzes im entsprechenden Berufungsverfahren um diese Professur war ich - nach Aussage der Präsidentin der Humboldt-Universität - in Berlin nicht berufungsfähig. Also insofern muß ich schon ein wenig differenzieren und sagen: So ansprechend diese neue Wirkungsstätte mit ihren sehr guten Arbeitsbedingungen hier an der Universität Potsdam ist - das Ziel meiner Wünsche ist das nicht gewesen.

Ihre „Berufungsunfähigkeit“ ist also inzwischen aufgehoben worden?

Dölling: Nein. Das Land Brandenburg hat das nur anders gesehen. Das ist ja offensichtlich eine Auffassungssache.

Wie ist Ihre Berufung für das Gebiet der Frauenforschung an die Universität Potsdam zustande gekommen?

Dölling: Ja, da muß man zunächst unbedingt sagen, daß die Einrichtung

einer Frauenforschungsprofessur an der Universität Potsdam nicht die Idee einer Hochschulstrukturkommission oder eines anderen für Fragen der Strukturentwicklung verantwortlichen Gremiums war. Sie kam vielmehr zustande durch Druck von unten, auf Initiative der Frauen der ehemaligen Pädagogischen Hochschule Potsdam (später dann Landeshochschule Brandenburg), die seit 1989 frauenpolitisch sehr aktiv waren. Die erste Gleichstellungsbeauftragte hat sich mit einer Gruppe von Frauen stark gemacht für die Etablierung von Frauen- und Geschlechterforschung an der neu gegründeten Universität Potsdam und die Installation einer Professur für dieses Gebiet. Es gab also innerhalb des offiziellen Konzeptes zur Strukturierung der neugegründeten Universität Potsdam nicht ganz selbstverständlich auch Vorstellungen zur generellen Verankerung feministischer Forschung und Lehre an der Universität. Als der Lehrstuhl ausgeschrieben wurde, war zunächst nicht einmal klar, an welche Fakultät er angebunden sein sollte. Der Ausschreibungstext lautete denn auch ganz allgemein „Empirisch ausgerichtete Geschlechterforschung in Theorie und Praxis“. Es hat sich dann so ergeben, daß er als fünfte Professur mit der Denomination „Frauenforschung“ am Fachbereich Soziologie gelandet ist. Also insofern ist diese Professur wirklich ein Ergebnis des Drucks von unten, auch wenn dieser keine solche Massenbasis hatte, wie die frauenpolitische Bewegung an den westdeutschen Universitäten in den siebziger und achtziger Jahren.

Ein erfreuliches Ergebnis von Frauenpower! So gut ist das ja nur an wenigen Universitäten im Osten gelaufen, trotzdem es viele solcher Initiativen gegeben hat.

Dölling: Ja, aber über das Ergebnis - es ist ja der einzige Lehrstuhl für dieses Gebiet geblieben an dieser Universität - kann man so oder so denken. Also ich sitze auf dieser Professur und könnte euphorisch sagen, prima, das ist mein Arbeitsplatz, Ziel erreicht. Wenn man aus dem Osten kommt und beispielsweise noch nie eine eigene Sekretärin hatte oder ein eigenes Büro, eigene MitarbeiterInnen, studentische Hilfskräfte und eine wirklich sehr gute technische Ausstattung dazu, also insgesamt sehr gute Arbeitsbedingungen, dann ist das schon einfach phantastisch. Andererseits ist natürlich das Gebiet Frauen- und Geschlechterforschung mit nur einer Professur an einer Universität nicht ausreichend repräsentiert. Ein einzelner Lehrstuhl mit einer Professorin und einer Mitarbeiterin ist tendenziell überfordert, das Gebiet auch nur einigermaßen umfassend in Lehre und Forschung vertreten zu können. Zumal z.Z. der Trend zu Stellenstreichungen bzw. zu Stellenstop im Hochschulbereich seine Wirkung zeigt. Zu diesem Lehrstuhl gehören zum Beispiel zwei MitarbeiterInnenstellen. Als ich 1994 meine Berufungsverhandlungen führte, hatte ich mich bereit erklärt, die zweite Stelle aus finanztechnischen Gründen erst zum 1.11.1996 zu besetzen. Jetzt heißt es aber Stellenstop. Es wird überhaupt nur noch jede zweite Stelle besetzt. Wir haben schon Pro-

fessuren, die überhaupt keine MitarbeiterInnenstellen mehr haben. Ich bin also keineswegs sicher, daß die Frauenforschung die zweite Stelle noch besetzen kann. Das heißt aber auch, daß damit unsere Wirkungsmöglichkeiten eingeschränkt bleiben werden. Denn neben der Abdeckung der Lehre bei den Sozialwissenschaften müßte Frauenforschung ja auch die Verpflichtung haben, Forschungen für das Land zu machen. Ich möchte zwar nicht unbedingt in ganz dichter Nähe zur Politik arbeiten, das habe ich vor 1989 nicht gemacht und möchte das heute auch nicht. Aber ich denke schon, daß es für politische Entscheidungsfindungen mitunter nicht schlecht sein kann, wenn zu bestimmten Zusammenhängen Forschungsvorlauf oder einfach auch nur Daten und Wertungen vorliegen, die den Blick auf Dinge lenken, die sonst vielleicht nicht berücksichtigt werden würden. Ich denke, gerade für solche Dinge muß einfach mehr MitarbeiterInnenkapazität da sein, sonst werden wir hier von den laufenden Lehraufgaben aufgefressen und können nicht kontinuierlich an wichtigen Forschungsprojekten arbeiten.

Sie bemühen sich also energisch darum, den Wirkungskreis von Frauenforschung möglichst auszuweiten, trotz geringer personeller Ressourcen. Können Sie eine erste Bilanz dieser Versuche ziehen?

Dölling: In den letzten Jahren haben wir uns - neben der Arbeit an laufenden Forschungsprojekten² - vor allem darauf konzentriert, unsere eigenen Lehrangebote bei der Neukonzipierung des

Diplom- und Magisterstudienganges Soziologie zu verankern. Und wir haben es immerhin geschafft, daß in beiden Studiengängen das Lehrgebiet „Soziologie der Geschlechterverhältnisse“ obligatorisch von allen Studenten im Grundstudium belegt werden muß. Daneben gibt es eine Spezialisierungsmöglichkeit im Hauptstudiengang. Also das ist schon an ostdeutschen, aber auch an westdeutschen Universitäten nicht so häufig, daß Initiativen in Richtung Etablierung von Frauenforschung dann eben auch tatsächlich in die Kategorie der Scheinfähigkeit in Curricula münden. Insofern haben wir diese Neustrukturierungsphase denke ich ganz gut genutzt.

Natürlich sehe ich den Lehrstuhl auch gleichzeitig als eine Art Initiator eines Netzwerkes, mit dessen Hilfe der weitere Ausbau der Frauen- und Geschlechterforschung an der Universität Potsdam vorangetrieben werden muß. Da unternehmen wir gerade die ersten Schritte. Ich habe ja ein wenig Erfahrung damit. Wir haben 1989 an der Humboldt-Universität das ZiF (Zentrum für Interdisziplinäre Frauenforschung) gegründet und ich weiß ja, wie lange es gedauert hat, bis das einigermaßen arbeitsfähig war. Die Situation in Potsdam ist einfach so, daß es nicht wenige Frauen gibt, vor allem im Mittelbau aber auch unter den neuberufenen Professorinnen, die ein wirklich ausgeprägtes Interesse an Frauen- und Geschlechterforschung haben, die Lehrangebote dazu machen und die auch in der Forschung in dieser Richtung arbeiten. Wir sind jetzt dabei - unter

anderem auch mit der Hilfe unserer Gleichstellungsbeauftragten - dieses Potential zu koordinieren. Das soll über bisherige Angebote wie Ringvorlesungen, workshops und eine uneigene Zeitschrift für Frauenforschung³ hinausgehen. Ein Anstoß dazu waren zum Beispiel unsere Erfahrungen mit dem Erasmus-Programm der Europäischen Union. Wir sind jetzt angeschlossen an das Netzwerk „women's interdisciplinary network on gender and society“. Wir haben ein Programm entwickelt, das die Universität Potsdam fächerübergreifend für ausländische Studentinnen und Studenten, die sich für Frauen- und Geschlechterforschung interessieren und die ein Semester oder mehr in Potsdam in dieser Richtung belegen wollen, anbietet. Umgekehrt können Studierende unserer Universität ein Semester im Ausland Lehrangebote in Frauen- und Geschlechterforschung wahrnehmen. Zur Zeit sind wir dabei, dieses Programm noch zu verfeinern und weiter auszubauen. Davon ausgehend stellen wir zur Zeit Überlegungen an, inwieweit wir mit unseren momentanen Kräften in der Lage sind, vielleicht soetwas wie ein fächerübergreifendes Nebenfach Frauen- und Geschlechterforschung zu entwickeln und zu installieren. Wobei natürlich gesagt werden muß, daß das nicht einfacher werden wird, da die gegenwärtigen Strukturen an der Universität mit ihrer Hierarchie und der Autonomie der einzelnen Lehrstühle fächerübergreifende Initiativen nicht gerade befördern helfen.

Könnten Sie das etwas erläutern? Wo

konkret sehen Sie da Hindernisse für interdisziplinäre Initiativen in Forschung und Lehre?

Dölling: Wenn wir so ein Nebenfach anbieten, muß das auf jeden Fall interdisziplinär sein. Und da kann ich mir schon eine ganze Reihe Diskussionen vorstellen. Zum Beispiel kommt oft das Argument, daß soetwas nicht fachgerecht ist, zu weit ist, zu ungenau usw. Da ist sicher noch ein ganzes Stück Arbeit zu leisten. Auch das Argument, daß ja eine Professur für Frauenforschung ausreicht an der Universität, eine Ausweitung nicht notwendig sei. Es sind zum Teil sehr rigide Tendenzen zur Abschottung des eigenen Faches zu beobachten. Zum Beispiel ist die Promotionsordnung an der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften hier in Potsdam absolut kontraproduktiv für Dissertationen und Habilitationen auf dem Gebiet der Frauen- und Geschlechterforschung. Deren interdisziplinäre Ausrichtung kollidiert mit der streng disziplinär ausgerichteten Promotionsordnung. Die verlangt in solchem Fall Extravoten, Zusatzgutachten. Das ist überhaupt nicht mehr zeitgemäß. Und noch etwas kommt hinzu: Bei aller fehlenden Sensibilität für die Geschlechterfrage im Sozialismus hatten wir es an der Humboldt-Universität doch geschafft, daß im Laufe der Jahre das etwas herablassende Lächeln oder entsprechende Kommentare von Kollegen aber auch von Kolleginnen hinsichtlich unserer Anliegen verschwanden. Daß Frauen- und Geschlechterforschung - zumindest in unserem Umkreis - eine akzeptierte Angele-

genheit geworden war. Als wir 1989/90 unseren Studienplan Kulturwissenschaften überarbeiteten, gab es keine Diskussionen, das Fachgebiet kam als obligatorisch ins Curriculum. Ich erlebe hier im Zusammenhag mit der Diskussion des Entwurfs von Richtlinien zur Frauenforschung und in diesem Zusammenhag auch der Förderung von Frauenforschung jetzt eher wieder, daß doch gemauert wird, wenn es ans Eingemachte geht - das heißt, wenn wirklich Entscheidungen von Konsequenz getroffen werden müßten, die auch das eigene Fachgebiet tangieren.

Tendenzen zur Ghettoisierung von Frauen- und Geschlechterforschung? Könnte man das so benennen?

Dölling: Ja, das kann man sagen. Wir hatten hier in Potsdam zum Beispiel eine Professur ausgeschrieben mit einem geschlechtsspezifischen Gesichtspunkt. Da kam - wenn auch mehr unterschwellig, offen wird das ja nicht so ausgesprochen - das Argument, das haben wir doch schon, das brauchen wir doch nicht nochmal. Das Vorhandensein des einen Lehrstuhles für Frauenforschung wird also durchaus benutzt als Argument, um zu sagen: wozu soll nun noch jemand eingestellt werden mit einem frauen- oder geschlechtsspezifischen Schwerpunkt. Dabei ist die Position des Lehrstuhles Frauenforschung an dieser Fakultät bei weitem nicht so anerkannt, wie das wünschenswert wäre. Wir werden eher als randständige und keineswegs als wirklich ernstzunehmende Disziplin eingeordnet. Zudem bin ich die einzige Frau unter fünfundzwanzig Professo-

ren. Allerdings denke ich, die Gefahr der Ghettoisierung haben wir versucht abzuwenden durch das Hineinkommen in die Curricula mit unserem Lehrangebot. Da bin ich doch auch optimistisch. Aber die Tatsache, daß es einen Lehrstuhl Frauenforschung gibt, führt auch ein Stück dazu, daß die Bereitschaft, das zahlenmäßige Verhältnis von weiblichen und männlichen Lehrstuhlinhabern an dieser Fakultät zu ändern, nicht sehr groß ist. An anderen Fakultäten ist das anders.

Ich würde gern den Blick auf das Gesamtergebnis der Umstrukturierung richten. Es gibt nach neuesten Erhebungen vom Mai 1996 im ostdeutschen Hochschulwesen ganze zwei C4-Professuren und drei C3-Professuren zur Frauen- und Geschlechterforschung, die schon besetzt wurden. In manchen Bundesländern, so in Sachsen, gibt es bislang offenbar keine einzige Ausschreibung für diese Gebiete. Die noch ausstehenden Ausschreibungen - zum Beispiel in Berlin - sind nach Auskunft wahrscheinlich auf Grund der anstehenden Stellenkürzungen zumindest in Frage gestellt. Also das Ergebnis der strukturellen Verankerung von Frauen- und Geschlechterforschung im ostdeutschen Hochschulwesen ist insgesamt eher enttäuschend, vor allem wenn in Rechnung gestellt wird, mit welchem Engagement sich Frauen in diesem Um- und Neustrukturierungsprozeß eingesetzt haben für diese Frage. Wo sehen Sie Ursachen dafür, daß das so unbefriedigend gelaufen ist?

Dölling: Dafür sehe ich mehrere Gründe: Zunächst, daß es in Berlin im Ver-

hältnis so gut gelaufen ist, lag wohl daran, daß wir dort schon auf eine entsprechende Infrastruktur zurückgreifen konnten, die den Prozeß befördert hat zu einem frühen Zeitpunkt, als noch Chancen für Veränderungen bestanden. Wir haben das Zentrum für Interdisziplinäre Frauenforschung (ZiF) ja im Dezember 1989 gegründet, hatten aber schon im Frühjahr 1989 der Universitätsleitung ein Konzept für eine solche Einrichtung vorgelegt. Wir waren also vorbereitet und konnten dann in den wenigen Monaten vom Herbst 1989 bis Frühjahr 1990, in denen vieles noch chaotisch lief, eine Struktur festklopfen, die dann vom akademischen Senat der Humboldt-Universität als regelrechte Struktureinheit auch bestätigt worden ist. Ich kann mich erinnern, als dann andere Frauen - ich glaube in Leipzig etwa im Mai 1990 - ähnliches versuchten, da ging das schon nicht mehr. Da kam dann die bekannte Argumentation: Jetzt, wo massiv umstrukturiert werden muß, Stellen wegfallen werden, Leute entlassen werden müssen, können wir nicht etwas ganz Neues, Zusätzliches machen! Und noch dazu so etwas Randständiges! Da war die historische Chance schon wieder vorbei. Also insofern sind viele Frauen an vielen Orten einfach zu spät gekommen. Für die meisten Wissenschaftlerinnen im Osten war ja 1989 auch erst der Einstieg in dieses Themenfeld und da wäre einfach auch Zeit nötig gewesen, sich zu etablieren, inhaltliche und strukturelle Konzepte zu entwickeln. Die günstige Gelegenheit war also rasch vorbei. Und dann denke ich, daß diejenigen, die in den Strukturkommissio-

nen saßen, ja in der Regel Männer waren. Die hatten natürlich kaum einen Blick für Frauenforschung und sicher auch kein ausgeprägtes Interesse daran, in die neuen Strukturen ausgerechnet Frauenforschung in nennenswertem Umfang einzubauen. Wenn nicht zufällig jemand in der Strukturkommission mit solcher Interessenlage saß oder schon bestimmte Traditionen auf diesem Lehr- und Forschungsgebiet vorhanden waren, die nicht so einfach ignoriert werden konnten und vor allem, wenn nicht entsprechender Druck von unten vorhanden war, war das schon sehr schwierig. Sicher gab es kein Subjekt, das entschieden hat, auf dem Gebiet Frauen- und Geschlechterforschung keine Strukturen in Form von Lehrstühlen zu schaffen, das war sicher in dem Sinne kein erklärtes Ziel, dessen Ergebnis wir jetzt haben. Aber hier zeigte sich eben wieder deutlich eine Form von Vergeschlechtlichung, die auch im Wissenschaftsbereich wirkmächtig ist. Es ist eben der spezifische Blick darauf, was in einer Disziplin für wichtig erachtet, was wahrgenommen wird und wo ich die entscheidenden Strukturen sowohl innerhalb der Disziplin als auch in der gesamten Fächerstruktur einer Hochschule sehe. Da fielen sozusagen ganz beiläufig und automatisch Ansätze von Frauen- und Geschlechterforschung unter den Tisch.

Was war mit der schwesterlichen Solidarität der Westfrauen in dieser Situation, die ja oft thematisiert wird? Dort gab es doch genügend Erfahrungen damit, wieviel power Frauen aufbringen

müssen, wo angesetzt werden muß, um auf dem Weg der Etablierung von frauen- und geschlechtsspezifischer Forschung und Lehre wenigstens in kleinen Schritten voranzukommen. Hat das nicht gegriffen? Und wenn, aus welchen Gründen nicht? Oder gab es die nicht?

Dölling: Das ist schwer zu sagen. Es gab anfangs einfach eine Zeit frustrierender Erfahrung wechselseitiger Sprachlosigkeit und Verletztheit, die diese Kontakte einfach kompliziert gemacht haben. Und ich weiß auch nicht, wieviele Frauen überhaupt in Berufungs- und Strukturkommissionen waren und sich für andere Frauen, ob Ost oder West, auch wirksam einsetzen konnten. Und dann darf man eines nicht vergessen: Was heißt denn Solidarität! Mal zynisch gesagt, die greift doch nur in dem Umfang, wie ich selbst nicht betroffen bin. Wenn ich in Konkurrenz trete um einen Arbeitsplatz, dann also spielt Solidarität wohl kaum noch eine Rolle, sie tritt einfach zurück. Solidarität in solcher Lage verlangt einfach zu viel. Nämlich zu sagen, ich verzichte darauf, mich im Osten zu bewerben, damit die Ostfrauen eine Chance haben. Wenn ich selbst seit Jahren arbeitslos bin oder nur von Projekten gelebt habe, ist das einfach eine Überforderung. Insofern denke ich ist diese Vorstellung, es gäbe eine übergreifende Frauensolidarität, wohl doch eher eine der Mythen, die wir hinter uns lassen sollten. Zu fragen ist doch eher, in welchen Zusammenhängen gibt es gemeinsame Interessen, die man dann auch gemeinsam artikulieren und durch-

setzen kann. Und wo gibt es einfach auch Unterschiede und Interessen von Gruppen von Frauen und Männern, die sich in bestimmter Hinsicht überschneiden. Da könnten dann Bündnisse entstehen, das muß von Fall zu Fall entschieden werden, pauschale Vorstellungen helfen da nicht weiter.

Sehen Sie Chancen, trotz der Rede vom „Sparenmüssen“ den Prozeß der Etablierung von Frauen- und Geschlechterforschung noch weiter voranzutreiben? Es gibt ja in den neuen Bundesländern zahlreiche hochengagierte außeruniversitäre Gruppen von Frauenforscherinnen, als selbständige, auf Drittmittelbasis arbeitende Institute, als Vereine usw. Das ist nach meiner Kenntnis insgesamt ein ziemlich breites Spektrum. Gibt es da schon soetwas wie Ansätze zu einer Vernetzung zwischen staatlich-institutionalisierter und nichtetablierter Frauenforschung?

Dölling: Also das ist schwer zu sagen. Am ZIF hatten wir damals die Strategie, daß es ein Zentrum und Anlaufpunkt auch für die außeruniversitären Projekte sein sollte. Das ist noch immer so gedacht. Allerdings ist bislang kaum eine echte Kultur von Netzwerken und Vernetzung entstanden. Eher scheint es so, daß in diesen Zeiten des extremen Sparens die Konkurrenz untereinander auch auf diesem Gebiet, auch unter Frauen, größer wird. Man läßt sich nicht gern in die Karten sehen. Ich sehe zur Zeit also relativ wenig Ansätze eines institutionenübergreifenden Netzwerkes. Allerdings, und das muß man auch sagen, gibt es ja neben

den ausdrücklich für Frauen- und Geschlechterforschung denominierten Lehrstühlen an den Hochschulen nicht wenige Wissenschaftlerinnen, die sich für feministische Ansätze in ihrem Wissenschaftsgebiet interessieren und das auch zunehmend in ihre Lehre und Forschung integrieren. Da sehe ich ein Potential zur Ausweitung der Thematik. Das hängt allerdings auch sehr wesentlich davon ab, inwieweit Studierende Bedürfnisse in dieser Richtung artikulieren und da auch Druck machen. Nach einer etwas zurückhaltenderen Phase habe ich den Eindruck, daß möglicherweise aus ganz anderen Anlässen und Motiven, als das bei uns der Fall war, zunehmend ein Interesse artikuliert wird. Ich kann mir vorstellen, daß auch die sogenannten Mainstream-Disziplinen Ansätze von Frauenforschung aufgreifen. Daß Theorieansätze, Ergebnisse rezipiert werden und von daher ein Stück steigendes Interesse entsteht, solche Themen in die disziplinären Ausbildungen zu integrieren. Ich glaube nicht, daß wir mit einer quantitativen Ausweitung von Personal für diese Themen rechnen können. Ich würde eher darauf bauen, wirklich durch stärkeren Ausbau von Netzwerken zunächst einmal an den einzelnen Universitäten schrittweise interdisziplinäre Projekte aufzubauen, die Kräfte zu sammeln und neu zu ordnen und die Fragen, die bearbeitet werden, anders und neu zu formulieren. Von daher müßte eine Potentialverstärkung für frauen- und geschlechtsspezifische Themenstellungen kommen. Auch sehe ich Möglichkeiten, mit den eigenen Perspektiven in Projekte zu gehen, die

nicht unbedingt schon von vornherein mit einem feministischen Ansatz arbeiten. Zum Beispiel gibt es hier in Potsdam erste Überlegungen zur Einrichtung eines Sonderforschungsbezirks mit dem Rahmenthema „Bedingungen des Aufwachsens Jugendlicher in den neuen Bundesländern“. Die Untersuchungen sollen jeweils von einer ost- und einer westdeutschen Perspektive aus geführt werden. Da könnten zum Beispiel Fragen der geschlechtsspezifischen Sozialisation durchaus eine Rolle spielen und dann im Rahmen der Zusammenarbeit im gemeinsamen Projekt auch Blickwinkel verändert werden und feministische Fragestellungen mehr Normalität gewinnen. Insofern sehe ich auch schon Möglichkeiten. Aber man muß auch ganz deutlich sagen, daß uns der Wind kräftig ins Gesicht bläst. Und nicht nur wegen der Einsparungsmaßnahmen. Ich denke vielmehr an die generelle Lage, die großen Umstrukturierungen, vor denen wir ja wohl unmittelbar stehen in der heutigen Gesellschaft, in der wir leben. Da ist der Transformationsprozeß im

Osten Deutschlands im Grunde genommen nur ein kleiner Bestandteil. Viel größere Veränderungen stehen an und die werden alle betreffen. Ich meine nicht Revolution, sondern daß doch längst klar ist, daß die alten Strukturen nicht mehr funktionieren. Daß das, was einmal als Postmoderne diskutiert wurde, offenbar doch Anzeichen für die zunehmende Dysfunktionalität der alten Strukturen waren. Das wird sich in den nächsten Jahren auf allen Gebieten verschärfen. Möglicherweise müssen dann sogar Fragen der Geschlechterverhältnisse völlig neu bedacht werden, gibt es dann andere, neue Gegensätze und Grenzziehungen. Diese umfassenden Prozesse aus dem Blickwinkel der Frauen- und Geschlechterforschung aufmerksam zu beobachten und zu analysieren, darin sehe ich kommenden Herausforderungen an mein Fachgebiet. Und das kann nur in interdisziplinärer Zusammenarbeit gelingen.

Frau Dölling, ich bedanke mich für das Interview.

Anmerkungen:

¹ Zur wissenschaftlichen Vita: Studium der Bibliothekswissenschaften und der Philosophie an der Humboldt-Universität Berlin mit Staatsexamens- und Diplomabschluß in den beiden Fächern 1966; 1966 bis 1970 Aspirantur am Institut für Ästhetik und Kulturtheorie der HUB; 1970 Promotion zum Dr. phil.; 1975 Habilitation; 1975 bis 1985 Wahrnehmung einer Dozentur und 1985 Berufung zur Professorin für Kulturtheorie an der HUB. 1991 bis 1994 Direktorin des Instituts für Kulturwissenschaft an der HUB. Seit 1994 Inhaberin des Lehrstuhls Frauenforschung am FB Soziologie der Universität Potsdam.

² Professor Irene Dölling arbeitete und arbeitet an verschiedenen Projekten zu Aspekten der Transformation des Alltags ostdeutscher Frauen nach der deutschen Vereinigung. Untersucht werden die Auswirkungen des Transformationsprozesses auf Geschlechterverhältnisse und auf die Chancen und Behinderungen von Frauen. (Wertepreferenzen, Sterilisationsverhalten usw.)

³ Frauen-Prisma. Wissenschaftliche Beiträge zur Frauenforschung. Hrsg. von Monika Stein, Gleichstellungsbeauftragte der Universität Potsdam. Erscheint seit 1995 semesterweise.

Astrid Franzke (Leipzig):

Frauen- und Geschlechterforschung in Sachsen - Wege in die Institution?

Seit Anfang der 70er Jahre hat sich im Ergebnis der neueren Frauenbewegung in Westeuropa die Anerkennung von Frauen- und Geschlechterforschung als legitimer Forschungsgegenstand insbesondere in den Geistes- und Sozialwissenschaften vollzogen.

Diese Grundtendenz bedeutet jedoch weder, daß deren Etablierung ohne Widerstände verläuft und deren Aufnahme in den Wissenschaftskanon sich von selbst vollzieht, noch das Fehlen jeglicher Ressentiments auch bei Frauen.

Ebensowenig führt der Nachweis des Defizits an Frauen- und Geschlechterforschungsergebnissen in den neuen Bundesländern, die von o.g. Entwicklung weitestgehend ausgeschlossen waren und erst nachträglich partizipieren konnten, zu einem gesetzlich verpflichtenden Auftrag zu dessen Beseitigung. Dabei kann auf wissenschaftlich durchaus nicht zu vernachlässigende Ergebnisse die zu DDR-Zeiten erbracht wurden, verwiesen und aufgebaut werden.

Frauen- und Geschlechterforschung thematisiert auf interdisziplinärer Basis sowohl die historisch-gewachsenen und beständig durch die sozialen

Verhältnisse reproduzierten Ursachen, Mechanismen und Erscheinungsformen des Patriarchats und versucht darüber hinaus Wege zu dessen Überwindung aufzuzeigen. Sie hat Geschlechterverhältnisse als Macht- und Hierarchieverhältnisse zum Gegenstand, beschäftigt sich mit den geschlechterspezifischen Sozialisationsmustern in Geschichte und Gegenwart, analysiert Tätigkeits- und Lebenszusammenhänge von Frauen und entwickelt dazu spezifische methodische Zugänge.

Zweck von Frauen- und Geschlechterforschung ist es, ungeachtet der nicht unerheblichen Nuancierungen (feministische Forschung, Frauenforschung, Frauen- und Geschlechterforschung), die grundlegende Differenz der Geschlechter zu thematisieren, nach den geschlechtsspezifischen Aspekten der sozialen und politischen Prozesse zu fragen. Sie ergründet die sozialen Tätigkeiten und Räume, die vorwiegend von Frauen besetzt und bisher nicht Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen gewesen sind.

Frauen- und Geschlechterforschung kann bezogen auf das Territorium Sach-

sen auf eine Tradition verweisen, die in die DDR-Zeit zurückführt, wenngleich sie nicht unter dieser spezifischen Bezeichnung zu finden ist. Ansätze dafür waren durchaus vorhanden, eine Reihe von Vorleistungen sind erbracht worden, u.a. auf dem Gebiet der historischen, der literaturwissenschaftlichen und der soziologischen Frauenforschung.

Die Wege von Frauen- und Geschlechterforschung in die Institution erweisen sich auch im Bundesland Sachsen wie in der BRD überhaupt, als nicht einfach, sind sie doch immer mit der Bindung an finanzielle Mittel verbunden. (Vgl. Überblick über die Institutionalisierung von Frauenforschung an Universitäten der BRD von S. Metz-Göckel 1994, S. 283 ff.)

In den neuen Bundesländern gibt es bisher insgesamt nur vier Frauenforschungsprofessuren, davon befinden sich drei an der Humboldt-Universität zu Berlin im FB Sozialwesen (Hildegard Maria Nickel), im FB Kulturwissenschaften (Christina von Braun), im FB Germanistik (Inge Stephan) (vgl. Frauenforschungsprofessuren an deutschen Universitäten/Gesamthochschulen und Hochschulen 1994, S. 51 ff.) und eine an der Universität Potsdam im FB Sozialwissenschaften (Irene Dölling).

Bei der Institutionalisierung von Frauen- und Geschlechterforschung sind Widerstände verschiedenster Art zu überwinden, denn Institutionen stellen eine deutliche Festschreibung von Wissenschaftsstrukturen dar und sie bin-

den finanzielle Mittel zu ihrer personellen und organisatorischen Absicherung, denen eine gewisse Dauerhaftigkeit bescheinigt werden muß.

Institute bieten gerade wegen ihres relativ stabilen Rahmens, der organisatorischen und finanziellen Absicherung eine solide Basis für wissenschaftliche Forschungsarbeit. Andererseits ist nicht zu übersehen, daß Institutionen immer auch eine Eigendynamik besitzen, einen bestimmten Rahmen vorgeben, nicht nur für die organisatorische Absicherung, sondern auch für die Präferenzierung inhaltlicher Forschungsarbeit. Insofern stellen Institutionen nicht nur Möglichkeiten für wissenschaftliche Untersuchungen dar, sondern gleichermaßen auch Grenzen, besitzen ambivalente Wirkungen.

Thematisiert wird von Frauen und Frauenforscherinnen inzwischen auch, daß die Etablierung von Frauenforschungsprofessuren nur ein Ansatz zur Durchbrechung patriarchal geprägter Wissenschaftsstrukturen sein kann. Sehr leicht kann diese Forderung dahingehend mißbraucht werden, daß man den Frauen diese „Spielwiese“ zugesteht, sie aber weiterhin an den „normalen“ Berufungen und Besetzungen des wissenschaftlichen Personals nur unterrepräsentiert teilhaben läßt, sie von dem traditionellen Wissenschaftsdiskurs ausgeschlossen bleiben. In diesem Kontext wird diskutiert, daß Frauen mit solchen Forderungen nur ihre eigene Separierung zementieren, statt sie aufzubrechen, sich in die Selbstghettoisierung bringen und die Selbstisolation befördern. So könnte sich le-

diglich graduell etwas zu ihren Gunsten verändern, das prinzipielle Problem allerdings mehr verdeckt, denn zu dessen Bewältigung beigetragen werden. Ungeachtet dieser Argumente ist aus o.g. Gründen die Etablierung von Frauen- und Geschlechterforschung eine Notwendigkeit, kann aber immer nur ein Schritt auf dem Wege der Beseitigung der strukturellen Benachteiligung von Frauen in der Wissenschaft und der Gesellschaft sein.

Unter Umgehung der diesbezüglich zu erwartenden Probleme und Gegenargumentationen wurde daher in Sachsen die Institutionalisierung von Frauenforschung immer im Kontext mit der Geschlechterforschung diskutiert, wonach Männer als über Frauen Forschende nicht prinzipiell ausgeschlossen und die Situation von Frauen im Kontext der Geschlechterverhältnisse als veränderbar angesehen werden.

Zum anderen gab und gibt es einen Dialog zwischen der universitären und außeruniversitären Frauen- und Geschlechterforschung und gemeinsame Initiativen.

Seitens der Gleichstellungsbeauftragten der Universität Leipzig wurde seit 1991 kontinuierlich versucht, zunächst auf Bundesebene Unterstützung in dieser Frage zu erhalten und die dort vorhandenen Erfahrungen, unterschiedlichen Wege zur Institutionalisierung zur Kenntnis zu nehmen. Konkret geschah dies durch Mitarbeit in der „Senatskommission für Frauenforschung der DFG“.

Erste markante und stärker inhaltlich

geprägte Schritte auf dem sicher langen Weg zur Institutionalisierung von Frauen- und Geschlechterforschung in Sachsen setzten 1992 mit Konferenzen zur Frauenforschung in Dresden ein, die 1993, 1994 und 1995, 1996 auch in Leipzig fortgeführt wurden, die dem wissenschaftlichen Austausch unter interdisziplinärem Aspekt dienten (vgl. im folgenden Nagelschmidt 1996, S. 14). Es wurde ein längerer Prozeß der inhaltlichen Verständigung zum Zwecke der Anliegen von Frauen- und Geschlechterforschung unter den spezifisch ostdeutschen resp. sächsischen Bedingungen eingeleitet. 1992 erschienen erste Publikationen z.B. „Einspruch“, das dem Nachdenken über eigene Sozialisation und dem Umgang mit der Vergangenheit unter geschlechterspezifischen Aspekten neue Impulse gab. Im November 1992 konstituierte sich der Gesprächskreis „Frauenforschung“ bei der Staatsministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann - Frau de Haas - in Dresden. An der TU Dresden wurde eine Dokumentation zur Frauen- und Geschlechterforschung in Sachsen erstellt und schrittweise eine Netzwerkstruktur aufgebaut (vgl. Frauenforschung in Sachsen 1992, 1993, 1994). An den Universitäten Leipzig und Dresden finden Ringvorlesungen statt.

Das 1994 vom Senat der Universität Leipzig verabschiedete Gleichstellungsprogramm enthält das ausgewiesene, perspektivische Ziel, ein Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung zu etablieren. Frauenforschungsprogramme und frauenspezifische Lehr-

inhalte sollen in den Fakultäten und Forschungseinrichtungen etabliert und in der Lehre umgesetzt werden. Langfristig wird die Einrichtung eines Lehrstuhls für Frauen- und Geschlechterforschung angestrebt (vgl. *Universitätsjournal* 1/1995).

Gemäß dieser Zielstellung wurden von der Gleichstellungsbeauftragten der Universität erste Überlegungen zu den Aufgaben und Inhalten eines Zentrums für Frauen- und Geschlechterforschung formuliert, ähnlich dem Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung der Humboldt-Universität Berlin (vgl. Nagelschmidt 1996, S. 15 f.) Anliegen dieses Zentrums ist es, geschlechtsspezifische Ansätze in die Forschung einzubeziehen, um so differenziertere Analysen des patriarchalen Kulturbetriebs leisten zu können und eine entsprechende Überführung in die Lehre vorzunehmen.

Im Ergebnis einer Gesprächsrunde mit dem Ministerpräsidenten vom 25.04.95 hat eine Gruppe von Leipziger Frauen aus dem universitären und außeruniversitären Bereich dessen Vorschlag aufgegriffen und einen ersten Entwurf für ein „Sächsisches Institut für Frauen- und Geschlechterforschung“ erarbeitet, der im Juni 1995 übergeben wurde.

Weiterer Profilierungsbedarf der Konzeption wurde signalisiert und ein längerer Diskussionsprozeß kündigte sich an.

Am 29.11.95 tagte der Gesprächskreis „Frauenforschung“ der Staatsministerin für die Gleichstellung von Frau und

Mann erstmals außerhalb der Staatskanzlei an der Universität Leipzig und debattierte Wege der Institutionalisierung von Frauen- und Geschlechterforschung in Sachsen. Dazu waren neben Leipziger und Dresdener Frauenforscherinnen Wissenschaftlerinnen aus den westlichen Bundesländern eingeladen, die über entsprechende Gründungserfahrungen bereits verfügen.

Nachfolgegespräche im kleineren Kreis haben seitdem stattgefunden, mit der Intention, konkretere Schritte zu beraten und anzugehen, mit der Zielstellung noch im Sommer 1996 einen nächsten Weg abzuklären.

Eine unter dem Gesichtspunkt vorgenommene Analyse zu den Voraussetzungen für die Umsetzung dieser Zielstellung zeigt bereits beachtliche Resultate auf dem Gebiet der Frauen- und Geschlechterforschung an der Universität Leipzig, die von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern quasi als „Nebenprodukt“ ihrer eigentlichen Tätigkeit erbracht wurden, obwohl dafür keine spezielle materielle und finanzielle Förderung/Absicherung erfolgte. Zielstellung ist es, dieses Potential weiter zu entwickeln.

1. Geschlechterspezifische Analyse der Lehrangebote der Vorlesungsverzeichnisse seit SS 1991

Eine Analyse der Vorlesungsverzeichnisse vom SS 1991 bis zum WS 95/96 unter dem Geschlechteraspekt zeigt in dreifacher Hinsicht eine interessante und in ihren Ergebnissen beachtliche Entwicklung:

Quantitativ ist eine deutliche Zunahme von Lehrangeboten, die explizit geschlechterspezifische Problemstellungen (Frauen-Familienbezug ausweisen) thematisieren, nachweisbar. (Bsp. SS 1991 5 Lehrangebote, WS 95/96 17 Lehrangebote)

Ein breiteres Fächerspektrum, eine größere Präferenz der Verteilung der Lehrangebote mit Geschlechterbezug über verschiedene Fakultäten wird sichtbar, wobei dabei eine eindeutige Konzentration auf die Philologische Fakultät, Fakultät für Geschichte-, Kunst- und Orientwissenschaften, Erziehungswissenschaftliche Fakultät, Fakultät für Sozialwissenschaften und Philosophie, Fakultät für Biowissenschaften, Pharmazie und Psychologie sowie die Medizinische Fakultät zu verzeichnen ist.

Eine Besonderheit ostdeutscher Verhältnisse wird darin sichtbar, daß im Unterschied zu den Altbundesländern zwar der größte Teil, nämlich 64 % aller Lehrangebote mit Geschlechterbezug von Frauen, aber immerhin auch 36 % von Männern unterbreitet wurden.

2. Auswertung der Erhebung zu den aktuellen Geschlechterforschungsthemen

In Vorbereitung auf den Gesprächskreis „Frauenforschung“ der Staatsministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann vom 29.11.95 an der Universität Leipzig, wurde von der Gleichstellungsbeauftragten der Universität eine Umfrage zu den derzeitigen Frauen- und Geschlechterforschungsprojekten an den einzelnen Fakultäten vorgenommen. Die Auswertung hat erge-

ben, daß an insgesamt 7 Fakultäten derartige Forschungsvorhaben laufen, was die insgesamt größer gewordene interdisziplinäre Basis von Frauenforschung belegt. Sie ist auch an der Universität Leipzig nicht nur in den Sozialwissenschaften als Forschungsrichtung vertreten, sondern in vielen Wissenschaftsdisziplinen wie: Geschichte, Kunst- und Orientwissenschaften, Literaturwissenschaft, Sprachwissenschaften, Erziehungswissenschaften, Sportwissenschaften, Psychologie und Medizin.

Zahlreiche Publikationen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Universität Leipzig und auch die Vergabe von Qualifizierungsarbeiten mit einem Geschlechteraspekt (Diplom-, Promotions- und Habilitationsarbeiten) belegen ein beachtliches Spektrum vorhandener Kompetenz.

Es ist zu vermuten, daß diese Analyse noch nicht vollständig ist, da der Rücklauf nicht immer vollständig gewährleistet war.

3. Ringvorlesungen zu Frauen- und Geschlechterforschungsthemen seit SS 1994

Im Rahmen des Studiums universale, das ein Programm für Studierende aller Studiengänge und Hochschulen sowie für MitarbeiterInnen der Universität und für Bürger der Stadt Leipzig darstellt, werden seit SS 1994 zunächst vierzehntägig Ringvorlesungen zu Frauen- und Geschlechterforschungsthemen angeboten.

Anliegen dieser Vorlesungen ist es,

insbesondere weibliche Forschungsansätze aufzuzeigen, Frauen aus verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen die Möglichkeit zu geben, ihre geschlechterspezifischen Forschungsergebnisse vorzustellen. Auf dieser interdisziplinären Basis wurde ein breites Spektrum an Themen angeboten und eine Zusammenführung von universitärer und außeruniversitärer Frauenforschung praktiziert. Die Resonanz auf das erste derartige Angebot von 105 Teilnehmerinnen in 8 Veranstaltungen (ca. 13 je Veranstaltung) belegte das vorhandene Interesse an dem Grundanliegen. Von den 8 Referentinnen kamen 3 aus der Universität und 5 aus außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Mit Unterstützung der Universität war es möglich, die entsprechenden Beiträge im Universitätsverlag unter dem Titel „Frauenforscherinnen stellen sich vor“ (Teil 1) zu veröffentlichen (erschienen 1995).

Die Fortsetzung der Ringvorlesungsreihe unter dem gleichnamigen Titel erfolgte im WS 94/95, erstmals auf Grund der Nachfrage und entsprechender Angebote von ReferentInnen (7 aus der Universität und 6 aus dem außeruniversitären Bereich) wöchentlich. Geschlechterforschungsergebnisse vor allem aus historischer, literaturwissenschaftlicher, soziologischer, medizinischer und psychologischer Wissenschaftssicht wurden in den 13 Veranstaltungen vorgestellt und von 258 TeilnehmerInnen (ca. 20 je Veranstaltung) besucht. Der Teil 2 der Ringvorlesung ist im März 1996 im Universitätsverlag unter o.g. Titel erschienen.

Im SS 1995 wurde die Ringvorlesung (Teil 3) wöchentlich mit insgesamt 11 Themen aus verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen (6 Referentinnen aus der Universität/5 aus außeruniversitären Forschungseinrichtungen) und 134 TeilnehmerInnen (ca. 12 je Veranstaltung) weitergeführt.

Ab WS 95/96 erfolgte eine konzeptionelle Veränderung der Ringvorlesung. Erstmals wurde eine thematische Grundorientierung für alle Veranstaltungen formuliert. Die insgesamt 14 Veranstaltungen standen unter der Thematik „Patriarchat und Gewalt“ (6 ReferentInnen kamen aus der Universität, 8 aus außeruniversitären Forschungseinrichtungen). Mit einem starken Anstieg der TeilnehmerInnenanzahl auf insgesamt 387 (ca. 28 je Veranstaltung) hat sich eine thematische Ausrichtung offensichtlich bewährt. Auf diese Weise bildete sich ein ZuhörerInnenstamm heraus, der vorwiegend aus Studentinnen der geistes- und sozialwissenschaftlichen Studienrichtungen bestand. Aber auch MitarbeiterInnen und Frauen aus außeruniversitären Forschungseinrichtungen nahmen dieses Angebot an.

Zur Zeit läuft im SS 96 die Ringvorlesungsreihe unter der Thematik „Geschlechterhierarchien im Wandel“ mit insgesamt 11 Veranstaltungen.

Konzipiert ist bereits die Ringvorlesung für das WS 96/97 zum Rahmenthema „Geschlechterrollen im interdisziplinären Diskurs“ mit insgesamt 14 Themen und einer stärkeren Präsenz von The-

men aus dem medizinisch-psychologischen Bereich.

Es ist vorgesehen, alle Beiträge der Ringvorlesungen im Universitätsverlag zu publizieren, bei wie bisher vorhande-

ner finanzieller Unterstützung durch die Universität.

Astrid Franzke, Dr.phil., Philosophin, ist Referentin der Gleichstellungsbeauftragten der Universität Leipzig

Literatur:

Frauenforschungsprofessuren an deutschen Universitäten/Gesamthochschulen und Hochschulen. Zweite ergänzte und aktualisierte Auflage. Extra-Info 15. Zentraleinrichtung zur Förderung von Frauenstudien und Frauenforschung an der FU Berlin. Berlin 1994.

Frauenforschung in Sachsen. Auswahlbibliographie. Hrsg. Koordinierungsstelle Frauenforschung und Frauenstudien im Referat Gleichstellung an der TU Dresden. Teil I Dresden 1992, Teil II Dresden 1993, Teil III Dresden 1994.

Hildebrandt, K.; Voth, H.; Waltenberg, Ch.: Frauen an Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen im ehemaligen DDR-Gebiet. S. 23-25 In: Neusel, A.; Voth, H.: Utopia ist (k) ein Ausweg. Frankfurt a. M. 1992.

Metz-Göckel, S.: Sozialwissenschaftliche Frauenforschung in der BRD. Senatskommission für Frauenforschung. Mitteilung 1. Berlin 1994.

Nagelschmidt, I.: Frauenforschung in den neuen Bundesländern. In: FrauenforscherInnen stellen sich vor (Hrsg. I. Nagelschmidt). Leipzig 1996.

Nagelschmidt, I.: Frauenforschung in Sachsen - zwischen allen Stühlen?! In: Gleichstellung der Frau - herausforderung der Einheit! Dokumentation zur 5. Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen im Freistaat Sachsen. Dresden 1993.

Universitätsjournal. Leipzig 1/1995.

Von der *alma mater* zu *alma* Zur Etablierung von Frauenforschung aus der Perspektive außeruniversitärer Forschungseinrichtungen

1.

Wir sind gebeten worden, für *hochschule ost* aus der Perspektive von Forscherinnen, die außerhalb der Universität wissenschaftlich arbeiten, einige Thesen zum Stand der Etablierung von Frauenforschung in der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft vorzustellen. Wir verstehen das Thema als Frage von Organisation und Forschungsinhalten. Wir beginnen mit Reflexionen darüber, wie wir Wissenschaft in der DDR in ihrem Bezug zu Geschlechterfragen erlebten. Gleichzeitig beschreiben wir, welche Blockierungen dieses Erbe für Wissenschaftlerinnen bereit hält, und dehnen unsere Sicht auf Ergebnisse der Frauen- und Geschlechterforschung aus. Kurz stellen wir unser außeruniversitär arbeitendes Projekt „*alma - Frauen in der Wissenschaft*“ vor.

2.

Heidi Stecker

Ich habe Wissenschaft häufig so erlebt, daß misogynen Attacken in Fach-

literatur und -gesprächen schlicht übersehen wurden, statt kritisch als Diskussionsstoff thematisiert zu werden. Wissenschaftliche Werke wurden willkürlich zum Beleg der feststehenden Thesen herangezogen und für die Bearbeiter unbrauchbare Kapitel einfach nicht zur Kenntnis genommen. So wurde mir von meinem Betreuer als fundamentales Werk für meine Dissertation zur Begabungsproblematik das Buch „Lebensbild des Talents“ von Karl Scheffler (1944) empfohlen. Daß Scheffler in diesem Werk allen Ernstes meint, nur Männer hätten Talent, Frauen hingegen nie und nimmer, sie würden bestenfalls geschickt nachahmen, was Künstler kreieren, sollte ich großzügig übersehen.

In Kunstwissenschaft und Kunsttheorie wurde nicht nach den deutlich vorhandenen geschlechtsspezifischen Mustern gefragt. Daß es so wenige Künstlerinnen gab, war selbstverständlich; die bekannten wurden den vorwiegend weiblichen Studierenden als Bebilderinnen und Beschreiberinnen von nebensächlichen Themen vorgestellt,

welche die wahrhaft großen Fragen der Menschheit nie erreichten.

Wissenschaft umging Bezüge auf offensichtliche oder verdeckte politische Vorgänge. Die zugelassene, notwendigerweise sanfte Kritik in den Arbeiten der späteren DDR-Zeit wurde meist auf den Abstand zwischen den Zeilen verlagert und erschöpfte sich im Allgemeinen in Andeutungen statt in konkreten Fakten und Diskussionen. So verweist die umfangreiche Arbeit zur Kunst in der SBZ bzw. DDR von 1945 bis 1949 von Karl Max Kober (1989) nur auf sehr verschwommene Weise auf die politischen Debatten der Nachkriegszeit, die damit endeten, daß große künstlerische Potentiale unterdrückt wurden, um mit repressiven Mitteln das stalinistische Kunstdogma durchzusetzen. Kober schreibt, als wären diese Fragen schon längst abgeklärt, ohne daß tatsächlich ein öffentlicher Streit stattgefunden hätte. Die nicht ausgesprochene, wiewohl stets präsente Dominanz der Partei- und Staatsideologie sollte die Realität bestimmen und nicht etwa umgekehrt. Staatliche Institutionen entwickelten politische Losungen, nach denen sich die Wirklichkeit richten sollte, während de facto - das machen z.B. die kulturpolitischen Diskussionen um den Begriff des sozialistischen Realismus deutlich - die Politik versuchte, den tatsächlichen Entwicklungen hinterher zu hecheln und sie ideologisch zu legitimieren. Die (Kultur-) Politiker rechtfertigten im Nachhinein mit dem Slogan von der Weite und Vielfalt des sozialistischen Realismus die Freiräume, die sich die KünstlerIn-

nen schon Jahre vorher in harten Kämpfen erobert hatten. Der angeblich objektive und unaufhaltsame gesellschaftliche Fortschritt wurde mit geschönten Interpretationen hergestellt, wie das exemplarisch Ulrich Kuhirt (1982, 1983) und Lothar Lang (1983) in ihren Arbeiten zur Kunst der DDR vorführen.

Ulrike Diedrich

Wissenschaft, so wie ich sie im Studium kennenlernte, schien mit den politischen, sozialen und geistigen Problemen des Landes kaum etwas zu tun zu haben und natürlich auch nicht mit Frauenfragen. Wo in meiner studentischen Arbeit derartige Bezüge offensichtlich wurden, habe ich sie lieber übersehen. So denke ich mit einigem Unbehagen an meine Diplomarbeit zurück, in der ich Formen der Konfliktbewältigung bei *Erziehern*, die sämtlich *Erzieherinnen* waren, beschreiben und analysieren wollte. Daß die Sichtweise auf Konflikte im Erziehungsalltag die Geschlechtszugehörigkeit berücksichtigen sollte, blieb damals ausgeschlossen. Die Tatsache, daß alle meine Interviewpartnerinnen Frauen waren, ist mir als bedeutungshaltiges Moment ebensowenig aufgefallen wie den Betreuern der Arbeit. Als hauptsächlich konfliktträchtige Bereiche in der Erziehung wurden von den Interviewten Themen wie Politik und Sexualität erwähnt, die ich ängstlich aus der Analyse ausklammerte, indem ich entweder im Interview nicht nach Beispielen fragte oder sie, wenn welche genannt wurden, in der Inhaltsanalyse sehr formal

bearbeitete. Beziehungen zur Gegenwart waren nach der Beendigung der Abstraktion nicht mehr bzw. nur verdeckt sichtbar. Konflikte beschrieb ich als innere Konflikte und vernachlässigte deren strukturelle Bedingtheit. Auf diese Weise war es nicht möglich, den durch die Erzieherinnen im Ergebnis ihrer Konfliktbearbeitung permanent produzierten Rechtfertigungsdruck zu problematisieren.

Sich von einem Thema persönlich berührt zu fühlen, brach „störend“ in Interviewsituationen ein und brachte das Setting durcheinander, denn hier hatten eigentlich andere die Fragen zu beantworten. Obwohl ich als Studentin in einer Forschungsgruppe arbeitete, die eine Neutralität wissenschaftlicher Produktion grundsätzlich anzweifelte und ihre theoretische Arbeit in der Reibung mit diesen Zweifeln entwickelte, blieben in meiner Ausbildung etliche Normen von Forschung unhinterfragt.

Mit der Wende konnte ich die Sterilität dieser Arbeitsweise nicht mehr durchhalten. In den Verteilungskämpfen an der Universität waren die Weichen für Frauen schnell gestellt. Die forcierte Behauptung, ein Arbeitstag von 12 bis 16 Stunden sei für die Entwicklung von Fachkompetenz produktiv sowie unabdingbar notwendig und daher von Müttern nicht zu leisten, verunsicherte mich zunächst. Wissenschaftlerinnen, vor allem die mit kleinen Kindern, mußten automatisch Schwierigkeiten haben, mit der Konkurrenz „mitzuhalten“. Politik wurde jetzt interessant. Für unantastbar gehaltene Zustände konnten bewegt und verändert werden. Aus die-

sem Dilemma konkurrierender Anforderungen wollte ich in jenen Tagen herausfinden. Inzwischen sehe ich das Dilemma als Konstruktion. Die Gleichstellung von Frauen ist keine Frage des Zeitfonds, jedenfalls nicht so ausschließlich, wie uns damals zu glauben nahegelegt wurde.

Das mir vorgeschlagene Forschungsthema „Akzentuierung von Information als Mittel der Konfliktbewältigung“ wurde mit den gesellschaftlichen Umwälzungen bedeutungslos. Der politische Druck des zerfallenden sozialistischen Systems, der die klare Artikulation von Interessen und die öffentliche Verhandlung sozialer Konflikte verhinderte, hörte auf zu existieren. Es war angebracht, die eigene Stimme laut werden zu lassen, da Selbstverständlichkeiten wie Arbeitsplatz, Wohnung und Weltansicht bedroht waren.

Die Annahme, daß wissenschaftliche Ergebnisse etwas mit der sozialen Stellung ihrer ProduzentInnen zu tun haben, bestätigte sich praktisch. Ich begann, andere Fragen zum Gegenstand meiner Arbeit zu machen: Warum ließen sich viele Frauen ohne nennenswerten Protest aus der Öffentlichkeit des neuen Staatswesens verdrängen? Welche Strategien erwiesen und erweisen sich als praktikabel, das Interesse an der Unabhängigkeit unserer materiellen, emotionalen und geistigen Existenz zu verwirklichen?

3.

Wissenschaftlichkeit von Arbeit ist mit bestimmten Anforderungen verbunden.

Als Normen erlebten und erleben wir, daß Fragestellungen theoretisch „abgeleitet“, bestenfalls bedarfsorientiert zu sein hatten und keineswegs in der Reflexion eigener Erfahrungen und Überlegungen reiften. Verbindungen zwischen theoretischem Denken und vorhandenen Interessen bzw. Lebensfragen, auch wenn sie, was selten genug der Fall war, als erlaubt galten, waren nicht Gegenstand erkenntnistheoretischer oder methodischer Reflexion. Die Produktion wissenschaftlicher Fragen und Ergebnisse sollte als unabhängig von Individualität und Subjektivität entstanden dargestellt werden.

WissenschaftlerInnen, die ihre Gefühle zeigen, werden verdächtigt, nicht genug an nötiger Distanz zum Forschungsgegenstand zu haben. Das Verdikt, sich nicht zu Subjektivität bekennen zu dürfen, wird produziert, wenn die Konfrontation mit den eigenen Erfahrungen aus dem Forschungsprozeß ausgeklammert wird. Subjektive Befindlichkeit nicht als Bestandteil des Lern- und Denkprozesses anzusehen, behindert Kreativität und die Kritikfähigkeit der eigenen Arbeit gegenüber. Forschungsarbeit, wie wir sie kennenlernten, funktioniert über die Abspaltung von persönlichen Klärungsprozessen, die gefälligst vorher erledigt werden sollten. So ist dann der Mythos perfekt: Wissenschaft sei reine, geistige Betätigung, die zu objektiven Erkenntnissen führe und nichts mit konkreten Personen zu tun habe. Er funktioniert als Denkverbot und enthebt ForscherInnen der Notwendigkeit, sich innerhalb der eigenen Forschungspra-

xis anstehenden bzw. durch sie ausgelösten Fragen zu stellen. Der Effekt ist, daß Subjektivität auf schwer faßbare Weise in den Ergebnissen steckt: in den Gliederungen, als zwischen den Zeilen verpackter Standpunkt, als Abwertung von Lebensformen und Haltungen der Beforschten.

Um nicht mißverstanden zu werden: Wir argumentieren nicht gegen die Forderung, sich von starken Projektionen den Blick nicht verstellen zu lassen. Allerdings waren wir oft genug mit den Konsequenzen von Anforderungen konfrontiert, die eine geradezu klinisch rein anmutende Forschungspraxis verlangten.

4.

Selbstklärung war auch unter dem Aspekt geschlechtsspezifischer Zuweisung notwendig geworden. Politische Veränderungen vollzogen sich in rasender Schnelligkeit. Bisher verdeckt gehaltene Interessen durften öffentlich ausgehandelt werden. Die Prämissen wissenschaftlicher Arbeit änderten sich.

Zunächst verbanden wir unsere schon in der Bearbeitung befindlichen Themen mit der Geschlechterproblematik: Was geschah mit der jeweils gestellten Frage, wenn wir sie an Frauen richteten? Es zeigte sich, daß sich die alten Aufgabenstellungen zu sehr an den Begrenzungen der bisherigen Paradigmen orientierten, als das wir sie in dieser Form weiter bearbeiten konnten. Die bisherigen Themen aufzugeben bedeutete indes, nicht mehr inner-

halb der vorhandenen Normen zu funktionieren. Der Verlust an Unterstützung durch die etablierte scientific community hieß, sich anderswo Hilfe zu holen.

Wir suchten sie im Kontext feministischer Wissenschaft. Es schien uns hier auf wohlthuende Art erlaubt, Subjekt zu sein. Aus der Tatsache resultierend, dem weiblichen Geschlecht anzugehören und einen spezifischen Blick auf die Welt zu besitzen, durften Fragestellungen und Methoden entwickelt werden, welche die Arbeit an und mit eigenen Erfahrungen nicht ausschließen. Frauen, die diese Fragen reflektieren, müssen sich allerdings zusammenfinden, um sich gegenseitig in ihrer Sichtweise zu bestärken und zu unterstützen. Dafür sind schon allein aus praktischen Gründen geistige und konkrete Räume nötig, die den „Besitzern“ abgerungen werden müssen, denn diese geben sie selten freiwillig her. Ein Einzelkämpferinnenstandpunkt erschöpft zu schnell die Kraft der Einzelnen im alltäglichen Kleinkrieg und trägt in seiner Isolation dazu bei, lieber denen zu folgen, die von verwerflichem feministischem Tun abraten.

5.

Seit 1990 arbeiteten wir an der Etablierung entsprechender Räume. „*alma* - Frauen in der Wissenschaft e.V.“ wurde dann 1991 an der Universität Leipzig gegründet. Zunächst war der Kreis der Interessentinnen und Aktiven sehr groß und setzte sich ausschließlich aus Universitätsangehörigen zusammen:

Studentinnen, Aspirantinnen, Doktorandinnen, Assistentinnen, Dozentinnen etc. Berufliche Entscheidungen waren im Wendechaos noch nicht gefällt bzw. standen zur Disposition. Viele Frauen interessierten sich für feministische Forschung, ohne sie sofort zu ihrer Arbeitsperspektive zu machen.

Erstmals wurde öffentlich in den heiligen universitären Hallen davon gesprochen, daß wissenschaftliche Ergebnisse nicht unabhängig vom Geschlecht ihrer - in der Regel männlichen - Produzenten entstünden. Sie ermutigten zu der Frage, ob unsere Schwierigkeiten, die vorgeschlagenen Forschungsthemen stringent, d.h. den Wünschen unserer Betreuer gemäß, zu verfolgen, nicht dort eine Erklärung haben.

Als Ziel formulierten wir in unserer Satzung, „Der Verein will insbesondere Frauenforschung und Frauenstudien fördern ... Er tritt aktiv gegen Diskriminierung von Frauen auf und wirkt für die Gleichstellung von Frauen in der Wissenschaft.“

alma verfügte zuerst über kostenlose Räume an der Universität. Ein Verwaltungsentscheid, die Büroräume unmittelbar universitären Struktureinheiten zur Verfügung zu stellen, drückte das deutliche Desinteresse der Universität an einem Projekt wie unserem aus. *alma* wurde aus der Universität verdrängt.

Eine Anschubfinanzierung des Bundesministeriums für Frauen und Jugend ermöglichte die Anschaffung von Büromöbeln und eines Computers,

kommunale Fördergelder die Zahlung von Telefon- und Portokosten sowie die Miete eines 11 m² großen Raumes.

Bis Ende 1995 mußte der Verein über ehrenamtliche Arbeit aufrechterhalten werden, denn erst zu diesem Zeitpunkt wurden uns ABM-Stellen genehmigt. Von den beantragten Projekten wurden einige mit low-budget-Finanzierungen verwirklicht. Die Förderrichtlinien des Sächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst enthalten keinen Schwerpunkt „Frauen“ oder „Geschlechterrollen“. Das Sächsische Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann förderte bisher nur Studien geringen Finanzierungsumfangs. Dazu gehört u.a. die von *alma* in Kooperation mit der Gesellschaft für Jugend- und Sozialforschung, Forschungsstelle Frauenforschung, realisierte Begleitforschung von „Wildwasser e.V.“ Chemnitz. Das Referat für die Gleichstellung von Frau und Mann der Stadt Leipzig kann keine Forschungsprojekte finanzieren, bei größeren Institutionen wie der DFG und der KSPW beantragte Projekte konnten wir bisher nicht durchsetzen. Unserer außeruniversitären Gruppe fehlt momentan die prominente Lobby, um als glaubwürdige Antragstellerin akzeptiert zu werden.

Unsere gegenwärtigen Themen wie „Frauenbild in der Kunst aus der DDR“ oder „Sexuelle Mißhandlung in der DDR - Verdrängung eines Themas aus der Öffentlichkeit“ erarbeiten wir über Stipendien. Wir beteiligen uns an den Ringvorlesungen zu Frauen- und Geschlechterforschungsthemen der Leipziger Universität, referieren auf Tagun-

gen, Workshops und Konferenzen, halten Seminare an den entsprechenden Fachbereichen und publizieren, so beispielsweise das Buch „Eigenartige Ostfrauen“ (1994).

Noch in der Wende erfolgten erste sondierende Gespräche, um ein Frauenforschungszentrum, -institut oder einen Lehrstuhl für Frauen- und Geschlechterforschung zu etablieren. Während für die Etablierung anderer Institute die Tatsache, daß in der DDR entsprechende Fachrichtungen kaum oder gar nicht existierten, offenbar Begründung genug war, um Gelder bereitzustellen, galt dies für Frauen- und Geschlechterforschung keinesfalls. „Legen Sie erst mal was vor“, lautete die Bedingung für die Gewährung von Unterstützung. Mit welchem Geld die vorzulegenden Forschungsergebnisse finanziert werden sollten, wo Forschung stattfinden sollte und wie, interessierte niemanden. Es wurde eine kosten- und ortlose Forschung vorausgesetzt, die später vielleicht belohnt werden könnte, nachdem die Produzentinnen ihre Tüchtigkeit unter Beweis gestellt hätten. (Die Belohnung blieb erwartungsgemäß aus.)

An dem Ziel, einmal in Sachsen ein Institut für Frauen- und Geschlechterforschung o.ä. einzurichten, halten wir fest, können uns aber seine Verwirklichung in nächster Zukunft nicht vorstellen. Als neuestes Argument gegen seine Etablierung wird neben drastischen Budgetkürzungen die Starrheit der überlieferten Universitätsstrukturen angeführt. Das Gliederungsprinzip der von Ordinarien besetzten Lehrstühle

sei „starr und fortschrittsfeindlich“. Die durch die strukturelle Festschreibung der Abhängigkeit von Autoritäten gekennzeichnete Ordnung halten wir selbst nicht für eine produktive Struktur. Allerdings ist diese Argumentation besonders perfide. Leipziger Frauenforscherinnen sind väterlich vor den Gefahren einer unflexiblen und veralteten Einrichtung behütet. Diese verdeckte, abwertende und abwartende Haltung sucht mittlerweile ihresgleichen. Nach unserem Eindruck leisten sich westdeutsche Hochschulen feministische Wissenschaft zumindest als prestigeträchtigen Toleranznachweis, wenn der Druck durch engagierte Frauen groß genug war, auch wenn sie im etablierten Wissenschaftssystem nach wie vor als unwichtig und randständig angesehen wird. Vorerst soll sie hier von Frauen, die darauf bestehen, am heimischen Schreibtisch (oder besser gar nicht) geleistet werden.

Daraus ergibt sich für Hartnäckige, die dennoch forschen wollen, der schon allein pragmatische Zwang, sich außeruniversitär zu organisieren, um ein Minimum an Geldern, Kontakten, Austausch und Logistik zu sichern. Das ist ein ständiger, langwieriger und zäher Kampf.

Kontakte mit westdeutschen Wissenschaftlerinnen vermitteln uns oft die Erfahrung, daß es für sie weniger von Bedeutung ist, wo Forschung gemacht wird. Sie erlebten häufig selbst, daß berufliche Entwicklungen nicht immer geradlinig verlaufen und gerade für unliebsame Themen nicht gleich (bezahlte) Stellen an den Hochschulen bereit-

stehen. In der Kommunikation mit ostdeutschen Hochschulfrauen wird uns der Statusunterschied hingegen oft sehr schnell bewußt bzw. bewußt gemacht: Forschung wird eher an die herkömmlichen Instanzen abdelegiert. Es wird in der Regel davon ausgegangen, daß Wissenschaft ausschließlich dort stattfindet. Wer von außerhalb der Universität an sie herantritt und verkündet, wissenschaftlich zu arbeiten, erlebt deshalb oft Gleichgültigkeit, Vorurteile und Mißtrauen, vor allem wenn die Forschung über ABM finanziert wird. Die Kommunikation ist daher häufig eine Einbahnstraße. Teilweise wird die Berührung einfach gemieden. Diese Haltung ist sicher ein Ergebnis der Tradition, daß Universitäten als Ort geistigen Fortschritts gelten. Sie verweist auch darauf, daß in der DDR in der Tat Forschung nur an etablierten Hochschuleinrichtungen und Instituten stattfand, auf festen Stellen und für DDR-Verhältnisse einigermaßen bezahlt. Außeruniversitäre Forschung hat keine Tradition in Ostdeutschland. Sie wird auch jetzt zu selten wahrgenommen und gar als innovativ oder gleichwertig akzeptiert.

Es ist bedauerlich, daß es zu wenig Kontakte zwischen außeruniversitär und universitär Forschenden gibt, die Kommunikation suchen in der Regel die Frauen von außerhalb der Universität. Zu selten ist das umgekehrt der Fall. Wir gehen dennoch aus verschiedenen Gründen auf sie zu. Wir hegen den Universitätswissenschaftlerinnen gegenüber die Erwartungen an nutzbringende theoretische Diskussionen,

erhoffen uns Anregungen und inspirierende Auseinandersetzungen. Gar manche Frau dort nötigt uns großen Respekt ab, weil sie es geschafft hat, sich durchzusetzen und mutige Fragen zu stellen. Wir brauchen Ansprechpartnerinnen und Interessentinnen für Seminare und Vorlesungen. Im Kampf um erfolgreiche Antragstellung, die Anerkennung unserer Arbeitsergebnisse sowie deren Veröffentlichung brauchen wir diejenigen, die Erfahrungen besitzen, die passende List ausprobieren und Siege erringen konnten. Dabei sind wir leider auch mit einigen Zwängen konfrontiert: Benötigte Gutachten, z.B. für Stipendien, schreiben Hochschulangestellte dafür vor. Mit einem Hochschulstatus im Rücken benötigen wir (potentiellen) Geld- und Auftraggebern mehr Achtung ab. Aber wir möchten, daß die Zusammenarbeit darüber hinaus geht, daß Hochschulangestellte uns ihren Status leihen. Zwischen Frauenforscherinnen sind mehr Verbindungen und mehr Solidarität nötig, um politische Veränderungen zu erreichen und sich gegenseitig in der beruflichen Entwicklung zu unterstützen.

6.

Welche Ziele verbinden wir mit Frauenforschung? Ist sie Politikberatung, soll sie Utopien entwickeln oder ist sie eine Möglichkeit zur Selbstverwirklichung? Welche Probleme sehen wir bei der aktuellen Frauenforschung? Wir möchten unsere Sicht anhand einiger Themen und Fragen veranschaulichen.

- Mit der deutsch-deutschen Vereinigung scheint sich eine Erfahrung, die Frauen häufig machen mußten, fortzusetzen. Die Macht, zu definieren, was ihr eigenes Leben in Geschichte und Gegenwart war und ist, wird ihnen selbst kaum zugestanden. Selbst wenn es ihnen gelingt, den Anteil der Frauen an den Leistungen der Menschheit in das rechte Licht zu rücken, bleibt es bei einzelnen Versuchen, Geschichte um fehlende Puzzleteile zu ergänzen, die Männer unbeschadet ihrer wissenschaftlichen Reputation nicht zur Kenntnis nehmen müssen. Die mühselige Spurensuche nach vergessenen oder unterbewerteten Frauen wird durch die „große“ Wissenschaft nach wie vor vernachlässigt. Politische Konsequenzen tragen kaum zur Entlastung der schwierigen Situation von Frauen bei. Wie diese Lage für die Zukunft verändert werden kann, ist aus der gegenwärtigen Perspektive schwer zu erkennen.

- Bei solchen Konflikten für Frauen einzugreifen, ist einst feministische Wissenschaft angetreten. Sie wollte an notwendigen politischen Veränderungen arbeiten. Die Erfahrungen von Frauen sollten Eingang in die Theoriebildung finden, deren Ergebnisse wiederum auf die Praxis von Frauen zurück bezogen werden und sie positiv ändern. Welche Versuche, diese Situation zu definieren, unternimmt feministische Wissenschaft? Werden Denkmöglichkeiten entwickelt, die Frauen zu mehr Definitionsmacht und Handlungsalternativen verhelfen? Welche Entwürfe zu diesen gesellschaftlichen Prozessen bietet die Frauenforschung

der neuen und der alten Bundesländer im Jahre 6 nach der Wende an? Dies sind Fragen, die uns gegenwärtig beschäftigen und auf die wir Antworten finden wollen.

- Schon vor 1989 haben einige Wissenschaftlerinnen in der DDR wahrgenommen und teilweise öffentlich machen können, daß die Gleichberechtigung der Frauen weniger gesellschaftliche Realität als vielmehr ein weiteres Dogma der Partei- und Staatsführung war. Seit 1990 intensivierten sich die Bemühungen, über die Geschichte der Frauen in Ostdeutschland nachzudenken. Alte Denk- und Wahrnehmungsmuster werden hinterfragt. In der Auseinandersetzung mit dieser Vergangenheit sehen wir jedoch bestimmte Schwierigkeiten.

- Die ostdeutsche Frauenforschung orientiert sich über weite Strecken nach wie vor an den ideologisch geprägten Dogmen der staatssozialistischen Führung. Dabei setzt sie diese unhinterfragt als Prämissen ihrer wissenschaftlichen Arbeit und greift für deren Ausdruck auf die Sprache der DDR zurück. Wir schätzen diesen Vorgang als Selbsteingrenzung ein. Mit DDR-Vokabular werden Errungenschaften von damals gegen Verluste heute aufgerechnet, Vor- gegen Nachteile der aktuellen politischen Veränderungen abgewogen. Diese Gewinn- und Verlustrechnungen zerlegen und reduzieren das Leben von Frauen in der DDR auf Aspekte wie eine sexuelle Selbstbestimmung durch das Recht auf Schwangerschaftsabbruch, den kostenlosen Bezug von Verhütungsmitteln und die

ökonomische Unabhängigkeit durch die Berufstätigkeit der Frauen. Steht aber bei solchen Rechnungsbilanzen DDR-Errungenschaften contra BRD-Verluste nicht von vornherein das Ergebnis fest? Was erfahren wir z.B. über die Rolle von Frauen in den verschiedenen Zusammenhängen politischer Macht in der DDR? Es scheint, als würde Geschichte auf die Punkte reduziert, die jeweils am leichtesten auszuhalten sind. Können wir es uns nicht inzwischen leisten, mehr als bisher hinter Oberflächen zu schauen und damit der allgemeinen Verunsicherung von Identität wirksamer begegnen?

- Ausgeblendet wird in vielen Fällen, daß „Errungenschaften“ nur zum Teil von Frauen erkämpft, sondern vielmehr vom DDR-Staat verliehen wurden, um die Mitarbeit der Frauen in der maroden DDR-Wirtschaft abzusichern. „Emanzipation“ folgte weniger einem Befreiungsideal als wirtschaftlichem Kalkül. Die Kindergärten, oft genug wie die zerbröckelnden Schulen und Horte in schauerhaftem Zustand, konnte sich die DDR-Wirtschaft eigentlich gar nicht leisten, tat es aber dennoch, auch um eine Erziehung der Heranwachsenden im gewünschten Geist zu gewährleisten. Weiter drängt sich die Frage auf, wenn die DDR so kinder- und mütterfreundlich war, warum sich trotzdem sehr viele Frauen zu einem Schwangerschaftsabbruch entschlossen. War ihre Entscheidung wirklich so frei?

- Das weitgehende Fehlen einer autonomen Frauenkultur und von Frauennetzwerken in der DDR sind Facetten,

die seltener reflektiert werden. Der ökonomischen Unabhängigkeit der Frauen wird in diesen Untersuchungen meist unbedingte Priorität eingeräumt, die aus der Höherbewertung ausgewählter Aspekte der DDR resultiert. Bisherige Einschätzungen werten auf diesem Weg eine vermeintliche ostdeutsche Identität auf, die sich offensichtlich erst nach dem Ableben der DDR, aus den sortierten verwertbaren Bruchstücken dessen, was im Nachhinein wichtig und lohnend erschien, konstruiert. Doch ist eine Identität fragwürdig, die vorher weitgehend im Herstellen von Distanz bestand. Politische Großveranstaltungen wurden vielfach als Pflichtübung absolviert, nach der Wende wollte dort niemand gejubelt haben. Unabhängig davon, ob sich die DDR das „Bewahrenswerte“ leisten konnte bzw. welche Absichten sie bei ihrer Sozial- und Kulturpolitik leiteten, konzentrieren sich inzwischen vor allem Frauen auf positive Aspekte der DDR.

- Frauen werden häufig als die Verliererinnen der deutschen Einheit bezeichnet. Dies liegt angesichts von weiblicher Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit, ABM-Berufsperspektiven und sozialer Verunsicherung nahe. Jedoch gehen beim selektiven Vergleich mit der DDR-Vergangenheit Zusammenhänge zwischen einzelnen Dimensionen der Lebensgestaltung verloren. Wichtige Themen wie Gewalt in der Ehe und sexualisierte Gewalt gegenüber Frauen und Kindern bleiben weiterhin tabuisiert. Sie werden entweder völlig ausgeblendet oder als Ergebnis gestiegener Gewaltbereitschaft durch

die Verschärfung sozialer Konflikte infolge der Deindustrialisierung Ostdeutschlands interpretiert.

- Wovon ist die Auswahl der Aspekte und Bewertungshintergründe geprägt? Welche Rolle spielen dabei die biographischen Hintergründe der Forscherinnen, die zum Teil selbst einen wichtigen Abschnitt ihres Lebens in der DDR verbrachten einschließlich erster beruflicher Erfolge? Welche Differenzen existieren im Blick verschiedener Generationen, die unterschiedlich an der Entwicklung der DDR partizipierten?

- Weltweit sprechen Feministinnen von einem Roll-Back in den Geschlechterverhältnissen. Die Übernahme dieser These durch Frauenforscherinnen der neuen Bundesländer setzt, bezogen auf die DDR, voraus, daß dort Frauenbefreiung stattfand. Wozu wird dieses Bild gebraucht? Müßten wir nicht auch nach den Kontinuitäten der Unterdrückung von Frauen fragen?

- Frauenforschung schafft oftmals idealisierte Bilder vom Leben der Frauen in der DDR. Ihre Geschichte wird vielfach zur Projektionsfläche von Sehnsüchten gemacht. Bisher wurde vor allem westdeutschen Feministinnen vorgeworfen, unreflektiert die eigenen Sozialisationshintergründe auf Lebenszusammenhänge ostdeutscher Frauen zu projizieren. Einige würden durch die Verabsolutierung diktatorischer Herrschaftsmechanismen das Leben in der DDR einseitig abwerten. Andere produzierten unkritisch ein positives DDR-Bild mit emanzipierten ostdeutschen Frauen, um die eigenen Ideale auf-

rechtzuerhalten und auf Vorbilder für die Frauenpolitik in Westdeutschland verweisen zu können. Ist dies nicht auch ein Problem ostdeutscher Frauenerforschung?

- Individuelle und kollektive Wurzeln zu suchen und zu finden, muß mehr bedeuten als die Etikettierung schlechter und guter Seiten der DDR, unter denen wir litten oder die wir bequem als Bürgerinnen der DDR in Anspruch nehmen konnten. Ein derartiges selektives Vorgehen käme einem Geschichtsverlust gleich. Die Verfahrensweise der DDR-Politiker, die Frauen als passive Objekte zu handhaben, würde weitergeführt, Staatspolitik zur Geschichte der ostdeutschen Frauen gemacht. Die politische Verantwortung für die Verhältnis-

se bliebe abgegeben, wenn sich Frauen einem vergangenen vermeintlich Goldenen Zeitalter zukehren statt sich von einer kritischen Position aus aktiv der Gegenwart und der Zukunft zuzuwenden.

Heidi Stecker ist Diplompädagogin für Deutsche Sprache/Literatur und Kunst-erziehung und arbeitet zum Frauenbild in der Kunst der DDR.

Ulrike Diedrich studierte Psychologie, aktuelles Forschungsthema: Sexuelle Mißhandlung in der DDR. Verdrängung eines Themas und deren Folgen. Beide Autorinnen sind gegenwärtig über eine AB-Maßnahme bei alma - Frauen in der Wissenschaft e..V., Leipzig, angestellt und ab 1.4.1997 Stipendiatinnen der Heinrich-Böll-Stiftung

Dokumentation

Frauenforschungsprofessuren an Hochschulen in Ostdeutschland*

A. Bereits besetzte Professuren

1. Berlin

Humboldt-Universität:

Philosophische Fakultät III

Fakultätsinstitut Kulturwissenschaften:

- Lehrstuhl Kulturtheorie mit Schwerpunkt Geschlecht und Geschichte C4, besetzt zum Sommersemester 1994, Inhaberin: Christina von Braun

Fakultätsinstitut Sozialwissenschaften:

- Lehrstuhl für Soziologie der Familien-, Jugend- und Geschlechterverhältnisse C3, besetzt zum Wintersemester 1992/93, Inhaberin: Hildegard Maria Nickel

Philosophische Fakultät II

Institut für Deutsche Literatur:

- Lehrstuhl Neuere deutsche Literaturgeschichte mit Schwerpunkt Geschlechterproblematik im literarischen Prozeß unter feministischer Fragestellung C3, besetzt zum Sommersemester 1994, Inhaberin: Inge Stephan

2. Land Brandenburg

Universität Potsdam

Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Fachbereich Sozialwissenschaften:

- Lehrstuhl Frauenforschung C4, besetzt zum Sommersemester 1994, Inhaberin: Irene Dölling

* Erkenntnisstand Mai 1996. Die Zusammenstellung dieser neuen Daten war möglich durch freundliche Unterstützung von Frau Johanna Kootz (Zentraleinrichtung zur Förderung von Frauenstudien und Frauenforschung der Freien Universität Berlin), die uns die Daten aus der demnächst erscheinenden Publikation „Frauenforschungsprofessuren in Deutschland“, Hrsg. ZE Frauenstudien/Frauenforschung der FU Berlin, 3. Auflage, Berlin 1996 zur Verfügung stellte, von Frau Prof. Dr.-Ing. Brigitte Mack (Hochschule für Technik und Wirtschaft Zwickau) und Frau Dr.-Ing. Schade (Technische Universität Ilmenau).

B. Ausgeschriebene Stellen

1. Berlin

Humboldt-Universität

Juristische Fakultät:

- Lehrstuhl Feministische Rechtswissenschaft in Verbindung mit einem dogmatischen Fach (deutsches oder ausländisches Zivilrecht, Öffentliches Recht oder Strafrecht) C3, ausgeschrieben zum Februar 1996 (Auskunft 2/96)

Theologische Fakultät:

- Lehrstuhl Feministische Theologie C3, geplant (Auskunft 2/96)

Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät:

Institut für Agrarpolitik, Marktlehre und Agrarentwicklung:

- Lehrstuhl Ruale Frauenforschung C3, geplant, vom Akademischen Senat und Kuratorium beschlossen, noch nicht ausgeschrieben; Beginn der Lehre im Sommersemester 1996 durch Gastprofessorin Elisabeth Meyer-Renschhausen (Auskunft 2/96)

2. Mecklenburg-Vorpommern

Universität Greifswald

Philosophische Fakultät:

- Lehrstuhl Neuere deutsche Literatur mit Schwerpunkt Frauen- und Geschlechterstudien C3, Besetzungsverfahren bis zur Stellenausschreibung gelaufen, danach (WS 94/95) gestoppt; seit WS 95/96 besetzt mit einem eingeklagten Kollegen, der den Schwerpunkt Deutsche Literatur und Regionalliteratur des 20. Jahrhunderts vertritt, Regelung bis zum Jahre 2002 (Auskunft 4/96)

3. Sachsen-Anhalt

Fachhochschule Merseburg

Fachbereich Sozialwesen:

- Lehrstuhl Frauensozialarbeit/Frauenforschung C2/C3, Besetzungsverfahren läuft

4. Thüringen

Pädagogische Hochschule Erfurt

Bereich Soziologie:

- Lehrstuhl Frauenforschung und Geschlechterdifferenz, geplant

Gelesen

Frauenforschung in Sachsen. Auswahlbibliographie in drei Teilen. Hrsg. von der Koordinierungsstelle Frauenforschung/Frauenstudien im Referat Gleichstellung an der Technischen Universität Dresden. Die Gleichstellungsbeauftragte. Dresden 1993-1994. 707 S.

Frauenforschung? Forschungen zu Frauen? Familienforschung? Wissenschaftliche Zuarbeiten zur staatlichen Frauenpolitik? Oder wie ist zu beschreiben und begrifflich zu verorten, was in der DDR-Zeit an wissenschaftlicher Arbeit unter solchen und ähnlichen Termini geleistet wurde? FrauenforscherInnen suchten 1989/90 im Umfeld der aufbrechenden Frauenemanzipationsbewegung der vergehenden DDR sehr selbstkritisch nach einer möglichen Antwort auf die Frage nach der Einordnung dieses Teilgebietes der DDR-Wissenschaftsgeschichte. Gemessen an westlichen Maßstäben für gesellschaftskritische feministische Wissenschaft schien es allerdings zunächst - zumindest im ersten raschen Rückblick - wenig lohnend, bei dieser Frage länger zu verweilen. Reglementierung der Themenwahl, kritikgebremste Angepaßtheit der Schlußfolgerun-

gen wissenschaftlicher Analysen, ablesbar zumindest an einer für den Staat genehmen und aushaltbaren Diktion, wenn nicht gar ideologische Barrieren von vornherein den Blick der ForscherInnen für Kritikwürdiges verstellten, Forschungsergebnisse so zur Apologie staatlicher Frauenpolitik verkamen und damit emanzipatorische Aufbrüche ver- oder zumindest behinderten. So oder ähnlich lauteten die Urteile. DDR-Frauenforschung also als uninteressant oder sogar als „belastet“ zu den vielzitierten „Akten“? Offenbar macht es sich frau so leicht nicht. Denn zu konstatieren ist ein zunehmendes Interesse an einer gründlicheren Bestandsaufnahme nach dieser ersten Grobsichtung. Frau ist wohl doch nicht so rasch fertig mit ihrer eigenen Wissenschaftsbiographie, sogar um den Preis vielleicht sehr schmerzhafter Selbsterkenntnis. Allerdings ist eben wohl nur so, mit neuem, nach dem Ableben der DDR geschärften Blick auf eigene Denkmuster und ideologische Barrieren, auch die damit verbundene Chance zu erkenntnisbefördernder Selbstbefreiung des weiblichen wissenschaftlichen Denkens zu haben.

Voraussetzung solch tieferlotender kritischer Selbstbefragung der zu DDR-Zeiten mit Forschungen zu Frauen

Beschäftigten ist eine akribische Dokumentation der Ergebnisse. Dazu liegen erfreuliche erste Resultate vor. „Frauenforschung in Sachsen“ ist eine dreiteilige Auswahlbibliographie betitelt, die im Rahmen eines ABM-Projektes am Referat Gleichstellung der Technischen Universität Dresden in fast zweijähriger Recherchearbeit erstellt wurde. Sie dokumentiert - übersichtlich gegliedert nach Einzelwissenschaften (Geschichte, Kunst und Kulturwissenschaften, Linguistik, Journalistik, Pädagogik, Psychologie, Theologie, Medizin, Naturwissenschaften, Technik, Rechtswissenschaften und Soziologie) - und in benutzerInnenfreundlicher Ausstattung (Schlagwortregister, Personen- und AutorInnenverzeichnis) auf insgesamt 707 Seiten Ergebnisse der frauen-, familien- und geschlechtsspezifischen Forschung im Raum Sachsen vom Ende der siebziger Jahre bis zum Jahr 1993. Ergänzend dazu enthält Teil I ein Verzeichnis der sächsischen FrauenforscherInnen und Vereine nebst Beschreibung ihrer Arbeitsschwerpunkte und Adressen.

Geliefert werden mit dieser Dokumentation nicht nur Informationen über bearbeitete Themen und deren AutorInnen. Die Verfasserinnen haben sich auch der - bei der Masse der aufgelisteten Arbeiten nicht geringen - Mühe unterzogen, die Publikationen inhaltlich zu sichten und den Leser mittels Kurzreferaten zumindest grob über Schwerpunktsetzungen der jeweiligen Arbeit und ihre wissenschaftlichen Hypothesen zu orientieren. Bei insgesamt 1.104 dokumentierten wissen-

schaftlichen Arbeiten eine nicht hoch genug zu schätzende Handreichung für die NutzerInnen.

Schon eine oberflächliche Sichtung der hier dokumentierten Arbeiten zeigt eine doch erstaunliche und - zumindest für bislang noch Uneingeweihte - in dieser Quantität für DDR-Verhältnisse nicht erwartete Hinwendung zum Themenfeld Frauen. Da hier nur Arbeiten des letzten Jahrzehnts der Existenz der DDR dokumentiert sind, kann man/frau zumindest ahnen, daß eine sorgfältige Gesamtschau für das gesamte Gebiet der DDR eine stattliche empirische Basis für eine gründliche wissenschaftsgeschichtliche Aufarbeitung der Thematik „Frauen- und Geschlechterforschung in der DDR“ erbringen würde. WissenschaftshistorikerInnen und Frauen- und GeschlechterforscherInnen wissen das Arbeitsergebnis der Autorinnen der Dokumentation sicher zu schätzen. Zumal - und das sei nicht nur in Parenthese vermerkt - wissenschaftlich hochqualifizierte Frauen (die Medizinerin Bettina Kreißig, die Psychologin Kim-Astrid Bachmann, die Kulturwissenschaftlerin Dr. Heidrun Pretzschner, die Pädagoginnen Dr. Marina Jakubowski und Angelika Altenburger, die Journalistin Maria Grüner, die Lehererin Karin Hausmann und die Chemikerin Annett Gerold-Fathi) hier in eigentlich qualifikationsfremder und dazu z.T. noch nicht einmal nach ihrer tatsächlichen wissenschaftlichen Qualifikation bezahlter ABM-Arbeit eine akribische wissenschaftliche Dokumentation erstellten.

Monika Gibas (Leipzig)

Reinhard Siegmund-Schultze (Berlin):

Zu den ost-westdeutschen mathematischen Beziehungen bis zur Gründung der Mathematischen Gesellschaft der DDR 1962

Vorbemerkung

Die Mathematik der ehemaligen DDR ist relativ gut über die politische „Wende“ von 1989 gekommen. Anders als in vielen Geistes- und Sozialwissenschaften, ja selbst anders als in einigen anwendungsnäheren Naturwissenschaften, wie der Physik, hat zumindest die große Mehrzahl der Professoren¹ ihre Positionen erhalten können. Infolge der positiven „Evaluierung“ der ostdeutschen Mathematik ist es hier auch zu einer der wenigen „Innovationen“ in der deutschen Forschungslandschaft gekommen, die mit der Vereinigung verbunden sind. Es sind nämlich große Teile eines Forschungsinstituts übernommen worden (in das jetzige Weierstraß-Institut für Angewandte Analysis und Stochastik in Berlin), obwohl es in der Altbundesrepublik dazu kein Pendant gab.

Die Mathematik war zweifellos eine derjenigen Wissenschaften der DDR, die auf Grund ihrer Spezifik in ihrem Hauptinhalt vergleichsweise weniger

durch die herrschenden ideologischen und wirtschaftlichen Bedingungen beeinträchtigt wurde, wenn man von einigen ihrer Randgebiete (Logik,² Kybernetik, Informatik) absieht. Es gab bekanntlich sogar eine offizielle, staatlich geförderte Hochschätzung der Rationalität der Grundlagenwissenschaft Mathematik, soweit sie sich auf ihre Problemfelder beschränkte und sich als Bündnispartner, nicht als Konkurrent der „wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse“ begriff. In dieser Funktion wurde die Mathematik, insbesondere ihre Nachwuchsbildung, in der DDR stark gefördert, was sich sogar in einem Beschluß des Politbüros der SED vom Dezember 1962 (dem sogenannten „Mathematikbeschluß“) niederschlug.³

Die angedeutete Spezifik der Mathematik scheint auf den ersten Blick geeignet, Illusionen unter Mathematikern über ihre politische Rolle in der DDR und in der modernen Gesellschaft

überhaupt zu erzeugen bzw. zu verfestigen. Insbesondere bestätigen die neuen Erfahrungen der „Wende“ scheinbar das Ideal der „apolitischen Wissenschaft“, das unter den deutschen Mathematikern spätestens seit der Zeit des NS-Regimes viele Anhänger hat. Dies hat nicht zuletzt von seiten einiger Mathematiker zu manchen oberflächlichen historischen Vergleichen zwischen der Lage der Mathematik in der DDR und in Hitlerdeutschland geführt, die schon wegen der oben ange deuteten offiziellen Förderung der Mathematik in der DDR fragwürdig sind.⁴

Es ist meine Auffassung, daß sich die Mathematik durch Kultivierung ihres „apolitischen Charakters“ in der modernen Gesellschaft letztlich selbst in

Gefahr begibt, da gerade sie mehr noch als andere Wissenschaften darauf angewiesen ist, ihre Relevanz durch Kontaktaufnahme mit den verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen zu demonstrieren.

Die folgenden historischen Anmerkungen zu einem Teilproblem der Geschichte der Mathematik in der DDR sollen unter anderem zeigen, daß auch die ostdeutschen Mathematiker nicht umhin kamen, für ihre Wissenschaft politisch zu handeln, und daß eine reine „Verweigerungshaltung gegenüber dem Regime“ weder der Mathematik diene noch von vornherein eine „moralische Höherwertigkeit“ für sich beanspruchen konnte.

* * *

Die ost-westdeutsche mathematische Kommunikation ist vielleicht das Thema, an dem sich die komplizierten Beziehungen zwischen offizieller Politik der DDR und Mathematikerschaft in ihrem Miteinander und Gegeneinander am besten demonstrieren lassen. Die wissenschaftlichen Beziehungen zwischen ostdeutschen und westdeutschen Mathematikern können zu keinem Zeitpunkt zwischen 1945 und 1989 in irgend einem Sinne als „normal“ bezeichnet werden. Das waren sie auch nicht in den 50er Jahren, als die „Einheit Deutschlands“ auch auf östlicher Seite noch als politisches Ziel proklamiert wurde. Jene Beziehungen waren stets durch die häufig wechselnde deutsch-deutsche politische Lage, durch rein administrativ-technische Hin-

dernisse (Notwendigkeit von Interzonenpässen, Mangel an Westgeld auf östlicher Seite) und schließlich auch durch willkürliche Entscheidungen einzelner Behörden belastet. Besonders vor 1961 war die Möglichkeit der Emigration in den Westen natürlich eine ständige Existenzbedrohung für das Wissenschaftssystem der DDR. Für die ostdeutschen Mathematiker war der Kontakt zu Westdeutschland ein unmittelbares Erfordernis mathematischer Kommunikation, das umso dringender war, als in der Zeit des Kalten Krieges Beziehungen zu anderen westlichen Ländern, die im Weltkrieg weitgehend abgebrochen waren, kaum angeknüpft werden konnten. Zugleich dienten den Mathematikern jene Beziehungen dazu, den politischen Druck auf ihr

Fach zu lockern. Der in Westberlin wohnende Mathematiker der Ostberliner Humboldt-Universität, Erhard Schmidt (1876-1959), sah deshalb insbesondere in der 1890 gegründeten *Deutschen Mathematikervereinigung* (DMV) „eine der Klammern...“, welche die deutsche Kultur zusammenhalten.“⁵ Auch der einflußreiche westdeutsche Mathematiker Erich Kamke (1890-1961) sagte später, als die DMV 1959 am Zerfallen war, „daß ihm bei seiner ganzen Tätigkeit in der Nachkriegszeit für die DMV das Wichtigste gewesen sei, eine gesamtdeutsche Mathematikervereinigung zu begründen und aufrecht zu erhalten.“⁶

Neben der DMV, deren Vorstand im allgemeinen drei westdeutsche und ein ostdeutscher Mathematiker angehörten, und der *Gesellschaft für Angewandte Mathematik und Mechanik* (GAMM) waren in der Mathematik die gesamtdeutschen Zeitschriften (Zentralblatt, ZAMM) die bedeutendsten „Kulturklammern“. Beispielsweise ist bis 1977 die Zusammenarbeit in der Referatezeitschrift „Zentralblatt für Mathematik und ihre Grenzgebiete“ fortgesetzt worden, was auch von der westlichen Seite lange als Chance der Kommunikation mit dem Osten, insbesondere mit dem russischsprachigen Raum, begriffen wurde.

Spätestens seit Mitte der 50er Jahre, nach der Bildung von NATO und Warschauer Pakt, mit der Verhärtung des westdeutschen Anspruchs auf internationale Alleinvertretung Deutschlands (Hallstein-Doktrin), wurden jedoch auch

die wissenschaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West immer schwieriger. Von staatlicher Seite wurde die Pflege der wissenschaftlichen Beziehungen immer mehr von ihrer Nützlichkeit bei der Durchsetzung der Anerkennung der DDR abhängig gemacht. Der Ostberliner Mathematiker Heinrich Grell (1903-1974) berichtete auf der Präsidiumssitzung der DMV am 8. September 1957 in Dresden über eine Beratung im DDR-Staatssekretariat für Hochschulwesen. Der Staatssekretär hatte zugesagt, daß die Zusammenarbeit zwischen Ost und West gefördert werden solle. Das Staatssekretariat sei bereit, künftig zum Mitgliedsbeitrag der DDR-Mathematiker (in westlicher Währung) beizutragen. Allerdings wolle man auch die Frage der Vertretung der DDR in der *Internationalen Mathematischen Union* (IMU) anschneiden. Das Staatssekretariat sei an einer Zusammenkunft mit dem gesamten Präsidium der DMV interessiert. Die (westdeutsche) Mehrheit des DMV-Präsidiums war entschieden gegen diesen letztgenannten Vorschlag. Im Protokoll der Dresdener Präsidiumssitzung heißt es:

„Es wurde darauf hingewiesen, daß die von dem Staatssekretariat gewünschte Besprechung mit dem gleichen Recht einen entsprechenden Wunsch von Bonner Regierungsstellen auslösen könne. Damit wäre dann die DMV in einen Streit zwischen Regierungsstellen hineingezogen, aus dem sie entsprechend ihrer wissenschaftlichen Aufgaben sich bisher erfolgreich herausgehalten hätte. Diese apolitische Haltung der DMV sei um so nötiger, als

politische Meinungen sich gar zu leicht änderten.“⁷

Diese „apolitische“ Haltung konnten nun jedenfalls die DDR-Mathematiker, die z.B. ständig auf finanzielle Unterstützung durch ihre Regierung bei Auslandsreisen angewiesen waren und auch sonst in viel stärkerem Maße von politischen Entscheidungen abhingen, nicht so leicht einnehmen. Die soziale Bindung an das ostdeutsche Wissenschaftssystem erzeugte Loyalitäten, die einigen ostdeutschen Mathematikern das Streben ihres Staates nach internationaler Anerkennung ganz natürlich erscheinen lassen mußte.⁸

Entscheidender Wendepunkt in der Frage der internationalen Anerkennung der DDR-Mathematik als selbständige Größe und damit zugleich Vorbote einer Spaltung der DMV wurde der Internationale Mathematikerkongreß in Edinburgh 1958 und in seinem Umfeld die Frage der Aufnahme Taiwans in die Internationale Mathematische Union. Der Ostberliner Mathematiker Kurt Schröder (1909-1978), der damals - obwohl nicht Mitglied der SED - eine offizielle Persönlichkeit der DDR-Wissenschaft zu werden begann,⁹ hatte seinen westdeutschen Kollegen bereits am 12. April 1958 auf der DMV-Vorstandssitzung in Heidelberg mitgeteilt, „daß sich die auf der Tagung in Edinburgh vertretenen Mathematiker der DDR geschlossen als Nationalkomitee der DDR für den Kongreß anmelden werden.“¹⁰

Auf Kamkes Brief vom 22.10.58 an die vier Mitglieder des deutschen Aus-

schusses für die IMU (Behnke, Görtler, Köthe, Schröder) wegen des Antrages von Taiwan auf Mitgliedschaft in der IMU antwortete Schröder, das Nationalkomitee der DDR habe beschlossen, mit „Nein“ zu stimmen, da die „DDR mit der Volksrepublik China... freundschaftlich verbunden ist und ihre Ansicht teilt, daß nur sie das 600 Millionen Volk der Chinesen repräsentieren kann.“¹¹

Daraufhin mußte der DMV-Vorsitzende G.Köthe dem Sekretär der IMU, B.Eckmann (Zürich), mitteilen, daß sich der deutsche Unionsausschuß der Stimme enthalte, da Einstimmigkeit nicht zu erzielen sei.¹²

Abgesehen von dem unvermeidbaren politischen Auseinanderdriften der Wissenschaftssysteme in Ost und West konnte auch sachlich von einer einheitlichen Interessenlage der ost- und westdeutschen Mathematiker bald nicht mehr die Rede sein. Besonders deutlich wurde das auf der Präsidiumssitzung der DMV in Würzburg im März 1959, wo die Errichtung eines mathematischen Forschungsinstituts in Oberwolfach (Schwarzwald) nach dem Vorbild des Institute for Advanced Study (IAS) in Princeton (USA) gefordert wurde.¹³ Begründet hatte dies schon Kamke im Juni 1959 mit der „unerträglich gewordenen Belastung der Hochschullehrer der Mathematik“¹⁴ vor allem durch die Lehraufgaben. Eine zu große Lehrbelastung war nun aber gewiß nicht das Hauptproblem der ostdeutschen Mathematik mit ihrem viel günstigeren Verhältnis in der Zahl von Wissenschaftlern zu Studenten.

Auf der Präsidiumstagung der DMV vom 18. Oktober 1959 in Münster wies Schröder dann auch darauf hin, daß an der Akademie der Wissenschaften ein Forschungsinstitut für Mathematik bereits existiere.¹⁵

In der „Abteilung Wissenschaft“ des Zentralkomitees der SED in Ostberlin, die dem Staatssekretariat politisch vorgeordnet war, wurde 1959 erstmals die Notwendigkeit der Gründung einer mathematischen Gesellschaft der DDR diskutiert. In einer Sitzung des „Beirats für Mathematik“ im Staatssekretariat am 1. April 1960 gab es unter den Anwesenden „allgemeine Zustimmung mit dem Vorbehalt, kein Konkurrenzunternehmen zur DMV und GAMM.“¹⁶ Ganz so einhellig scheint jedoch die Zustimmung unter den anwesenden Mathematikern nicht gewesen zu sein, denn über den Hallenser Otto-Heinrich Keller (1906-1990) wird an derselben Stelle gesagt:

„Stimmte erst zu, lehnte dann jedoch ab mit der Bemerkung, Prof. Dr. Schröder wolle sich damit eine eigene Mathematische Gesellschaft schaffen.“

In demselben Monat April 1960 fand die wissenschaftliche Jahrestagung der GAMM in Freiberg (Sachsen) statt, wo von der ostdeutschen Politik noch einmal auf die gesamtdeutsche Karte gesetzt wurde. Der Gastgeber A. Kneschke bedankte sich am 26.4. beim Staatssekretär für die „großzügige wirtschaftliche Unterstützung“ der Tagung.¹⁷ Das Staatssekretariat berichtete daraufhin der Abteilung Wissenschaft:

„In geschickter Weise wurden an die Professoren und anderen Gäste die politischen Fragen herangetragen, so daß sich die ausländischen und anderen Gäste in keiner Weise gegängelt fühlten und trotzdem in einer Reihe von Problemen informiert und zum Nachdenken angeregt wurden.“¹⁸

Völlig neue politische Verhältnisse waren nun allerdings anderthalb Jahre später eingetreten, als im September 1961 die letzte gesamtdeutsche DMV-Tagung in Halle an der Saale stattfand. Inzwischen war die Berliner Mauer am 13. August 1961 errichtet worden. Die neuseitige Ansprache des Vertreters des Staatssekretariats ließ dann auch jeden politischen Takt vermissen, wie er noch an der GAMM-Tagung in Freiberg gerühmt worden war. Man kann sich die Verlegenheit nicht nur der Gäste sondern auch des Gastgebers Keller vorstellen bei politischen Bemerkungen wie den folgenden:

„Doch niemand - auch nicht Sie meine Damen und Herren, die Sie als Mathematiker einen Teil der deutschen Wissenschaftler repräsentieren... - kommt umhin, sich seines Platzes, seiner Rolle und Verantwortung bewußt zu werden, wenn er vor unserem Volke und vor den künftigen Generationen der Wissenschaftler bestehen will... Es ist eine Tatsache, daß im Westen unserer Heimat dieselben unheilvollen Kräfte, die Deutschland und die Welt in zwei grausame Kriege geführt haben, wieder die Machtpositionen innehaben... deshalb wurde von unserer Regierung am 13. August gehandelt und

zwar vorher, ehe es wieder zu spät ist."¹⁹

Am 22. März 1962 übergab die Abteilung Wissenschaft dem ZK-Sekretär Hager eine 26seitige Ausarbeitung des neuen Sekretärs des Beirats Mathematik beim Staatssekretariat mit dem Titel „Information über die Lage in der Mathematik und die Probleme bei der Gründung einer Mathematischen Gesellschaft der DDR“ (ausgearbeitet auf Initiative der Abteilung Wissenschaft unter Leitung des Genossen K. Schmidt, Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen).²⁰

In dem Material wird über die ostdeutschen Mathematiker zunächst festgestellt: „Bis auf wenige Ausnahmen schweben alle Professoren in der Illusion gesamtdeutscher, einheitlicher Wissenschaft.“²¹

Einen erheblichen Anteil des Materials nimmt die Analyse der politischen Situation in der westdeutschen Mathematik ein. Die meisten westdeutschen Mathematikprofessoren werden namentlich mit einer kurzen Charakteristik ihrer politischen Position genannt, wobei Attribute wie „stark jesuitisch“, „gefährlicher Gegner“, „Faschist“, „Nationalpreisträger“ [der DDR!; R.S.], „vor 1945 aktiver Offizier“, aber auch (seltener) solche Einschätzungen wie „tritt sehr positiv für uns auf“ oder „Atomwaffengegner“ vorkommen. Über den westdeutschen mathematischen Nachwuchs wird gesagt, daß er mehrheitlich nach den USA strebe und alles unterlasse, „was einem Studium in Amerika hinderlich sein könnte, insbe-

sondere also Besuche unserer Republik“.²² Schließlich wird der Einfluß der Kirche und des Monopolkapitals auf die DMV hervorgehoben und dies an einigen Namen von Mathematikern festgemacht. Abschließend wird die Position von 37 DDR-Mathematikern zur Gründung einer mathematischen Gesellschaft im einzelnen und namentlich untersucht. Im großen und ganzen wird dabei - trotz der eingangs konstatierten „gesamtdeutschen Illusionen“ der Wissenschaftler - eine aus der Sicht der SED-Politiker optimistische Darstellung gegeben, wenn auch der größte Teil (nämlich 17) der Namen nur unter der Rubrik „gewinnen lassen sich dafür“ erscheint.

Am 3. Mai 1962 tagte dann im Staatssekretariat ein „Initiativkomitee für die Gründung der Mathematischen Gesellschaft der DDR“ unter der Leitung von Kurt Schröder.²³ An dieser Sitzung nahmen weitere 14 Mathematiker teil, von denen 5 „Vertreter der Praxis“ waren. Außer Schröder, Grell und Kneschke befanden sich keine prominenten Mathematiker der älteren Generation unter den Anwesenden. In dieser Sitzung wurden der Entwurf des Statuts der Mathematischen Gesellschaft der DDR diskutiert und der genaue Ablauf der Gründungsversammlung am 8. Juni 1962 in der Humboldt-Universität in Ostberlin festgelegt. Laut Protokoll hatte Schröder in der Sitzung am 3. Mai die Notwendigkeit der Mathematischen Gesellschaft anhand des sogenannten „Nationalen Dokuments“ begründet. Dieses Dokument mit dem eigentlichen Titel „Die geschichtliche

Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands“ ging auf einen „Vorschlag“ des Staatsrates der DDR vom 4. Dezember 1961 zurück, der sich auf den Abschluß eines „Friedensvertrages“ zwischen beiden deutschen Staaten und auf die „Lösung der Westberlinfrage“ bezog. Das „Nationale Dokument“ wurde den Riten der sozialistischen Demokratie gemäß in den folgenden Monaten in die „öffentliche Diskussion“ gebracht und schließlich am 17. Juni 1962 auf dem sogenannten „Nationalkongreß“ in Berlin angenommen. Überall in der DDR und so auch in der „mathematischen Öffentlichkeit“ zog jenes Dokument Folgeinitiativen nach sich. An der Humboldt-Universität wurde beispielsweise am 21. Mai 1962 eine „Entschließung der Fachrichtung Mathematik zum Nationalen Dokument“²⁴ verabschiedet, in der unter anderem die „reaktionäre Politik der Bonner Ultras“ dafür verantwortlich gemacht wird, daß es „für längere Zeit zwei völlig unabhängige deutsche Staaten“ geben werde. Die Gründung einer Mathematischen Gesellschaft der DDR sei somit ein logischer Schritt.

Diese Gründung, die im Juni 1962 erfolgte, vollzog sich in dem geschilderten politischen Klima dann auch nahezu zwangsläufig. Auch Mathematiker wie der Hallenser Keller wurden letztlich zum Einlenken gezwungen. Nachdem er 1962 als DMV-Vertreter gegen die Aufnahme des DDR-Nationalkomitees in die Internationale Mathematische Union, jedoch innerhalb des DDR-Nationalkomitees für dessen Aufnah-

me in die IMU gestimmt hatte, wurde er vom Staatssekretär nach Berlin zitiert und in einer Besprechung am 28. März 1963 auf sein widersprüchliches Verhalten aufmerksam gemacht.²⁵ Er schrieb daraufhin am 28. März 1963 einen Brief an den DMV-Vorsitzenden W. Haack, in dem unter anderem steht:

„Wir können versichern, daß der Akademie, ihrem Präsidenten und dem Nationalkomitee eine unsachgemäße Koppelung von Politik und Wissenschaft... völlig fern liegen. ... Wir hätten zwar eine einheitliche Vertretung durch die DMV sehr gern gesehen, müssen aber... einsehen, daß eine offizielle Mitarbeit der Mathematiker der DDR bei der IMU ohne eigene Vertretung durch unsere Akademie nicht möglich ist. Wir stehen also zu dem Antrag des Nationalkomitees auf Aufnahme in die IMU.“²⁶

Ob man nun das Verhalten des „offiziellen DDR-Mathematikers“ Schröder oder das des „oppositionellen DDR-Mathematikers“ Keller betrachtet, in beiden Fällen gilt: Letzten Endes siegte die nationale Loyalität zur DDR, die soziale Bindung an das eigene Wissenschaftssystem. Die westdeutschen Mathematiker hätten sich wohl nicht anders verhalten, wenn es *ihr* Land gewesen wäre, das damals, um 1960, noch nach der internationalen Anerkennung gestrebt hätte.

*Reinhard Siegmund-Schultze,
Dr. sc., Dipl.-Math., ist Wissenschaftshistoriker und innerhalb eines DFG-Projekts an der Humboldt-Universität zu Berlin beschäftigt*

Anmerkungen:

- (1) Im akademischen Mittelbau sind natürlich ähnliche Reduzierungen vorgenommen worden wie in anderen Fächern.
- (2) Vgl. hierzu G. Schenk: Zur Logikentwicklung in der DDR; *Modern Logic* 5 (1995), 248-269.
- (3) Dazu und zu einigen anderen Aspekten der politischen Entwicklung der Mathematik der DDR bis 1962 vgl. R. Siegmund-Schultze: Dealing with the Political Past of East German Mathematics; *The Mathematical Intelligencer* 15 (1993), No.4, 27-36.
- (4) Man vgl. z.B. den Artikel von R. Kühnau: Zur Situation der Mathematik und der Mathematiker in der ehemaligen DDR; *Mitteilungen der Deutschen Mathematikervereinigung* 1992, No.2, 57-63. Dagegen polemisiere ich in: *The Shadow of National Socialism: Political and Psychological Aftershocks on East German Mathematics*; in: D. Hoffmann/K. Macrakis (eds.), *Science under Socialism*; Cambridge, Mass.: Harvard University Press 1996 (erscheint demnächst). Der Autor hat jene „apolitische“ Grundhaltung z.B. daran erkennen müssen, daß ihm Mathematiker Interviews über ihre Erfahrungen in der DDR verweigerten und daß sich der „Jahresbericht“ der DMV seiner Verantwortung für historische Reflexion dadurch zu entledigen versucht hat, daß er mehrfache Publikationsangebote mit Schweigen überging.
- (5) „Ansprachen anläßlich der Feier des 75. Geburtstages von Erhard Schmidt durch seine Fachgenossen (mit Er widerungen Schmidts)*“, Berlin, Manuskriptdruck 1951, S.9.
- (6) Archiv Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Nachlaß Kurt Schröder, Nr.256, Protokoll der Präsidiumssitzung der DMV in Münster, 18.10.59, S.4.
- (7) Ebd., Protokoll der Präsidiumssitzung der DMV in Dresden, 8.9.57, 3 Seiten. Hier spielten zweifellos auch die Erfahrungen der westdeutschen Mathematiker unter dem NS eine Rolle. Vgl. Anmerkung (4).
- (8) Man denke auch an die parallel laufende Entwicklung in Richtung auf den „Mathematikbeschluß“. Vgl. Anmerkung (3).
- (9) Schröder war seit 1957 Mitglied des Forschungsrates, 1958 Ehrengast auf dem V. Parteitag der SED, ab 1959 Rektor der Humboldt-Universität.
- (10) Schröder an E. Kamke, o.D., in Beantwortung von Kamkes Brief vom 22.10.58. In Nachlaß Schröder, Nr.256. A.a.O. Anmerkung (6).
- (11) Ebd.
- (12) Ebd. Köthe an Eckmann, 5.11.58.
- (13) Ebd. Protokoll der Präsidiumssitzung der DMV in Würzburg, 31.3.59, 7 Seiten.
- (14) Ebd. Rundschreiben Kamke, o.D. Juni 1959, 2 Seiten.
- (15) Ebd. a.a. O. Anm. 6, S.3. Bei dem von Schröder erwähnten Akademieinstitut handelte es sich um jenes, das, wie eingangs erwähnt, nach der Wende von 1989 eine sehr positive Bewertung durch den Wissenschaftsrat erhielt.
- (16) Bundesarchiv Berlin, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO) IV 2/904, Nr.280, Bl. 110.
- (17) Ebd. SAPMO IV 2/904, Nr.285, Bl.92.
- (18) Ebd. Bl.95. Götzke an Tschersich, 12.5.60.
- (19) Ebd. Bl.99-107, Zitat auf Bl.99/100.
- (20) Ebd. SAPMO IV 2/904, Nr.280, Bl.154-179.

- (21) Ebd. Bl.155.
- (22) Ebd. Bl.165.
- (23) Ebd. SAPMO IV 2/904, Nr.284, Bl.52/53 (Protokoll).
- (24) Archiv Humboldt-Universität Berlin, Math.-Nat.Fak. Dekanat Nr.200, „Entschließung...“ (5 Seiten, o.D.)
- (25) Archiv Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Akademieleitung Nr.531, Teil 2, Bl.5-6.
- (26) Ebd. Bl.7.

Hans-Joachim Kittel (Ringgau):

Die Ausbildung an der Evangelischen Predigerschule der Kirchenprovinz Sachsen in Wittenberg und Erfurt 1948 - 1993 als Beispiel für den Zugang zum Pfarramt auf dem zweiten Bildungsweg

Die Geschichte der Predigerschule spiegelt die Zeitgeschichte und Kirchengeschichte im Deutschland der Nachkriegszeit in der Sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR.

Die Gründung der Schule im Juni 1948 erfolgt in der Not der unmittelbaren Nachkriegsjahre. Sie verdankt sich dem Willen, aus den Erfahrungen der Bekennenden Kirche und den Erlebnissen von Krieg und Gefangenschaft zu lernen und diese in den Dienst von Neuordnung und Wiederaufbau zu stellen.

Der Umzug nach Erfurt im Spätherbst 1960 und die Umgestaltung der Ausbildung fällt zeitlich nahezu zusammen mit dem Bau der Berliner Mauer am 13.8.1961 und der damit beginnenden totalen Abschottung der DDR. Die Kirchen reagieren darauf mit der Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und den damit einhergehenden Bemühungen um Zusammenführung des kirchlichen Han-

delns der acht evangelischen Landeskirchen - auch im Blick auf die Ausbildung. Denn der real-existierende Sozialismus verlangt ein gegenüber den Jahren nach dem Krieg verändertes Leben der Kirchen, auf das vorzubereiten die Ausbildung Hilfen geben muß. Das in der Predigerschule Erfurt erarbeitete und praktizierte gemeinpädagogische Konzept ist Ausdruck dessen.

Mit dem Ende der DDR ab Herbst 1989 und der schrittweise wiedergewonnenen Einheit der Deutschen in ihrem Land und ihrer Kirche ist leider das Ende der Predigerausbildung nicht mehr fern, da die Landeskirchen der „alten“ EKD den Zugang zum Pfarramt auf dem zweiten Bildungsweg längst abgeschafft haben. Auch die Zusammenführung der beiden Predigerschulen Erfurt und Paulinum in Berlin im „Theologischen Seminar Paulinum“ im Herbst 1993 hat bedauerlicherweise diese Entwicklung nicht aufzuhalten vermocht.

Wittenberg 1948 - 1960

Der Beginn der Arbeit der Evangelischen Predigerschule am 1. Juni 1948 in Räumen des Augusteum in Witten-

berg ist der Initiative von Propst D. Wolfgang Staemmler zu danken. Erst im Laufe der Zeit und zögerlich wird

vom Konsistorium und von der Kirchenleitung bestätigt und anerkannt, daß für sogenannte „Spätberufene“ auf dem zweiten Bildungsweg ein Zugang zum Pfarramt eröffnet werden soll. Voraussetzung ist eine abgeschlossene Berufsausbildung und die erkennbare Eignung der Bewerber für den Zweitberuf.

Anfangs handelt es sich häufig um ehemalige Kriegsteilnehmer oder auch Heimatvertriebene, die einen neuen Anfang machen und den Beruf wechseln möchten. Viele von ihnen haben Familie. 1951 nehmen die ersten Prediger nach bestandenen Examen ihre pfarramtliche Tätigkeit auf. Aber erst nach dreißig Jahren sind sie denen gleichgestellt, die die traditionelle Universitätsausbildung durchlaufen haben; die EKU-Ostregion verabschiedet 1978 das Predigergesetz, das in der Praxis von den lutherischen Landeskirchen anerkannt wird und für Prediger und Pfarrer die einheitliche Dienstbezeichnung „Pfarrer“ einführt.

Hintergrund für die Gründung der Schule ist einmal die große Not, die überall herrscht, nach Abhilfe schreit und neue Wege beschreiten läßt, speziell der Pfarrermangel mit den zahlreichen Vakanzen; andererseits die Hoffnung vieler Menschen, in der Verkündigung der Kirche Trost und Stärkung für Glauben und Leben zu finden, weswegen in dieser Zeit Gottesdienst und Bibelstunden gerade von Heimatvertriebenen und vom Krieg Gezeichneten gut besucht sind. Gebraucht werden Menschen, die bereit sind, sich diesen Herausforderungen zu stellen. Ziel der Ausbildung sind also - nach einem häufig zitierten

Wort des ersten Rektors der Schule Erich Reusche - „schlichte Prediger des Wortes, ganze Pastoren“, nicht „halbe Theologen“.

Das theologische Fundament der Schule wird von Männern der Bekennenden Kirche gelegt. Das ist kein Zufall, denn in dieser sind „in ganz eigentümlicher Weise Gemeinde und Theologie einander ganz nahe gekommen“ (E. Wolf in RGG). So steht mit der stillen Zeit am Morgen und der ersten Arbeitseinheit „Bibelarbeit“ die Beschäftigung mit der Schrift an jedem Unterrichtstag im Vordergrund und im Mittelpunkt der Ausbildung. Die kleine Zahl der Teilnehmer - in der Regel zwölf in einem Kurs - erlaubt, verlangt aber auch das intensive Gespräch. Das Zusammenleben auf engem Raum und unter sehr bescheidenen äußeren Bedingungen - außerdem ist Schmalhans oft Küchenmeister - lassen keine Zeit für allzuviel Theorie und Spekulation. Jeder sieht die praxis pietatis des anderen, und das ist nicht nur hilfreich, wahrscheinlich aber eine heilsam-nüchterne Vorbereitung auf den angestrebten Beruf.

Die Bewerber sind in aller Regel hoch motivierte und engagierte Leute. Das nach dem ersten Ausbildungsjahr fällige Praktikum von wieder einem Jahr fordert sie in erstaunlichem Maße. Die von Bischof Müller herausgegebene Richtlinie für Praktikanten besagt: der Tagesablauf des Seminars mit stiller Zeit am frühen Morgen, dem Schwerpunkt eigener theologischer Arbeit zwischen 9 und 11 Uhr sowie Hausbesuchen bei Gemeindegliedern am Vormittag und der Mitarbeit bei Christen-

lehre und Junger Gemeinde am Nachmittag werde auch für das Praktikum empfohlen; eine Überlastung der Brüder solle ausdrücklich vermieden werden; aber das zu leistende Pensum: eine Predigt aller drei Wochen, später aller zwei Wochen, Führung eines Jugendkreises, vier Stunden Christenlehre pro Woche, von Zeit zu Zeit Übernahme einer Bibelstunde, gelegentliche Übernahme einer Trauung und Beerdigung - ist allerdings enorm! Die vorhandenen Berichte sowohl der Praktikanten als auch der Praktikumsleiter bezeugen, daß den Erwartungen durchaus entsprochen wurde.

Auf das Praktikum folgt ein weiteres Jahr in der Schule, nach drei Ausbildungsjahren dann die Prüfung. Für weitere fünf Jahre ist der Besuch der immer im April stattfindenden Predigerrüste für alle verbindlich (letztmalig im Jahr 1981 durchgeführt). Die Lehrenden sind Rektor Reusche (ab 1950 mit der Leitung beauftragt), Propst D. Staemmler (Propst des Kurkreises und ab 1951 zugleich wieder Direktor des Predigerseminars im Augusteum) und

ab 1950 Dr. Horst Orphal als Inspektor, dazu einige nebenamtliche Dozenten, die als Pfarrer in der unmittelbaren Umgebung von Wittenberg Dienst tun, aber auch der Leiter der Lutherhalle Prof. Thulin und KMD Aps. Eine Arbeitseinheit „Sprechübungen“ gehört von Anfang an zum Programm, ebenso eine diakonische Aufgabe für jeden Schüler im Paul-Gerhardt-Stift in Wittenberg.

Typisch für die Predigerausbildung ist (so Inspektor Michael, seit 1956 Nachfolger von Dr. Orphal, brieflich) von Anfang an:

- a) der Praxisbezug durch die tägliche Bibelarbeit und die katechetischen und homiletischen Aufgaben in den Gemeinden,
- b) die Mühe um geistliches Leben in den täglichen Morgen- und Abendgachten und die vita communis im Internat mit großer Nähe zu Rektor und Inspektor,
- c) das Einbeziehen der Verlobten oder Ehefrauen der Schüler in der jährlich stattfindenden Rüstzeit am Ende des Sommersemesters.

Erfurt 1960 - 1993

Der Wechsel der Schule nach Erfurt in das im Wiederaufbau befindliche Augustinerkloster wurde notwendig, weil das in Wittenberg im Augusteum seit 1871 untergebrachte Predigerseminar der Preußischen Landeskirche inzwischen wieder eröffnet worden war und seinen angestammten Platz selbst benötigte. Gleichzeitig erwies sich eine Veränderung der Strukturierung der

Ausbildung als erforderlich, die Zeiten hatten sich im Vergleich zu den „Gründungsjahren“ nach dem Ende des zweiten Weltkrieges erheblich geändert. Infolge dessen gab es auch in Erfurt bezeichnende Unterschiede. In Stichworten: In der Theologie herrschte anfangs die Dominanz der exegetischen Wissenschaft mit dem Wiederaufleben der historischen Fragen („postbultmanni-

an situation“) - aufgenommen durch die Akzentuierung der Schule von dem 1963 dahin berufenen Rektor Gutjahr, damit verbunden der Ausbau des Griechischunterrichts mit dem Ziel, das NT im Urtext lesen zu können, das auch weithin erreicht wurde. Später folgte der Einfluß der Humanwissenschaften - besonders Psychologie und Soziologie - auf die Theologie, der zu den „horizontalen Tendenzen“ führte, sowie das Herüberschwappen revolutionärer Ideen der „Achtundsechziger“ die von einem Teil der Studenten lebhaft aufgegriffen wurden und so das Gesicht der Schule, nicht aber ihr eigentliches Profil veränderten. Die Probleme des Lebens und der Gesellschaft - Fragen nach Autorität, Sexualität, die Rolle der Frauen - verlangten ihr Recht und damit eine stärkere Berücksichtigung im Lehrprogramm. So kamen neben den vorhandenen Praktika (katechetisches nach dem dritten, homiletisches nach dem sechsten Semester) verstärkt Praxisbezüge in den Semesterablauf in Gestalt von regelmäßigen Einsätzen in der Erfurter Stadtmission, von Kurzpraktika und Arbeitseinsätzen von allen zu Semesterbeginn.

Schließlich ist die für die Schule in Erfurt verbindlich gemachte gemeinpädagogische Konzeption zu nennen als Folge der von der Bundessynode in Auftrag gegebenen Arbeit der Ausbildungskommission, die eine Reform für die gesamte von der Kirche verantwortete Ausbildung (nicht nur der Theologen) vorbereiten sollte - daran aber leider scheiterte.

Unter dem Rektorat von Pfarrer Ammer

und im Fach Gemeinpädagogik von Propsteikatechet Köstlin wurde dies alles in die Tat umgesetzt. Dem diente auch der seit 1983 geltende Dekadenrhythmus (s. u.).

Andere Zeiten, andere Fragen, andere Aufgaben, andere Studenten, immer aber das gleiche Ziel: Ausbildung für die Arbeit in der Kirche und Gemeinde, die in der Umgebung DDR mehr und mehr zur Minderheit wird und immer weniger mit traditionellen Formen von Glauben und Frömmigkeit rechnen kann. Aus diesem Grund wird Modell für den Theologen/ die Theologin in der Gemeinde nicht so sehr ein Träger/ eine Trägerin eines „Amtes“ (mit vornehmlich monologischer Verkündigung), sondern eher der Fachmann/ die Fachfrau für Theologie im Gespräch mit anderen Mitarbeitern und Gemeindegliedern im Dialog auf der Suche nach den besten Argumenten und den am ehesten gangbaren Wegen: der Gemeindepädagoge/ die Gemeindepädagogin. Seit „Predigerschüler“ und Theologen der sechs Sektionen der Universitäten nach bestandem ersten Examen und ihrem Lehrvikariat gemeinsam die Predigerseminare besuchen und auch in der zweiten theologischen Prüfung (dem Examen pro ministerio) gemeinsam antreten, zeigt sich, daß das von der Predigerschule verfolgte Konzept durchaus sinnvoll ist und eine gute, in Teilen vielleicht sogar dem universitären Studium überlegene Ausbildungsform darstellt. Denn hier wird - nach einer humorvollen, aber treffenden Formulierung von Rektor Dr. Henschel - unterrichtet und gelernt

„möglichst wenig von dem, was man später ohnehin nicht braucht.“

Die Bewerber sind in den Erfurter Jahren meist jüngere Leute (zwischen 22 und 30 Jahren alt). Viele von ihnen stammen aus christlichen Elternhäusern, sind Glieder der Jungen Gemeinde und werden deshalb nicht zur Erweiterten Oberschule (die allein zum Abitur führt) zugelassen, weil sie nicht an der Jugendweihe teilgenommen haben und/ oder nicht Mitglieder des Jugendverbandes FDJ sind. Sie alle haben einen Beruf erlernt (die Planwirtschaft in der DDR hat es möglich gemacht), diesen aber häufig nicht gewünscht und wechseln daher gern. Ohne Abitur ist für sie der Weg zu den drei kirchlichen Ausbildungsstätten mit akademischen Level in Berlin, Leipzig und Naumburg (alle drei werden erst von der letzten Regierung der DDR als Kirchliche Hochschulen anerkannt) nicht offen. Oft haben gerade sie eine starke geistliche Motivation, und es wäre bedauerlich, wenn sich die Kirche dieses Potentials begäbe, nur weil es bisher nicht üblich war, ohne Abitur und akademisches Studium zum Pfarramt zu gelangen (Argument OKR Dr. von Rabenau für die Predigerschulbildung). Weiterhin ist nicht einzusehen, warum in einer Zeit, in der viele ihren erlernten Beruf nicht (mehr) ausüben, sondern in einen anderen wechseln, dies beim Pfarrberuf nicht möglich sein soll - zumal der Entschluß zum Berufswechsel in einem höheren Lebensalter in der Regel gut überlegt ist und stabil bleibt.

Als junge Menschen, die von der charismatischen Bewegung erfaßt sind,

zur Predigerschule zu kommen, bedeutet dies eine Bereicherung, zugleich aber auch eine Belastung für das gemeinsame Leben und Theologisieren. Gibt es doch gleichzeitig auch Bewerber und Studierende, die aus einer atheistischen oder völlig kirchenfremden Umgebung kommen, durch Kirchentage oder neuerdings in der Kirche vorfindliche „Gruppen“ zu Glauben und Gemeinde gefunden haben und deswegen wenig Verständnis für charismatisch orientierte Frömmigkeit oder Theologie aufbringen. Dennoch werden die Spannungen im allgemeinen verkraftet. Bis zum Ende der Schule gibt es einige Bewerber, die nahe an den für die Aufnahmemöglichkeit als Altersgrenze gesetzten 40 Jahren stehen und so bereits reiche Lebens- und Berufserfahrungen mitbringen.

Aufs Ganze gesehen kann man sagen, im Vergleich zu Wittenberg hat bei den Studierenden ein Generationswechsel stattgefunden. Der Lehrkörper besteht ausnahmslos aus Leuten, die aus dem Pfarramt kommen (erst drei, dann vier hauptamtliche Dozenten). Was sie lehren, haben sie selbst erprobt, ihre Theologie ist bestimmt von ihrer pfarramtlichen Arbeit und diese wiederum wird geprägt von den theologischen Erkenntnissen und Entscheidungen ihrer Lehrtätigkeit. Die Studenten haben jederzeit die Möglichkeit, die Gemeinden ihrer Dozenten zu besuchen und die ihnen vorgetragene Theorie praktisch zu erleben.

Das gemeinpädagogische Profil soll den Studenten ein Mitspracherecht bei der Auswahl und Gestaltung des Stof-

fes ermöglichen - in der DDR mit ihren parteiamtlichen Restriktionen in allen Bereichen eine seltene Ausnahme. Der seminaristische Stil mit festen Unterichtsgruppen, -zeiten und -plänen (wie schon in Wittenberg) wird beibehalten. Der seit 1983 geltende Rhythmus von acht Dekaden pro Semester mit etwa 50 Unterrichtsstunden (Dienstag 8h bis Donnerstag der folgenden Woche 13h) schließt den gemeinsam erlebten Sonntag ein. Jede Dekade wird mit einer Abendmahlsandacht eröffnet. An jedem Tag findet mittags eine Andacht statt, die von Studenten gestaltet wird, und zu der die Besucher des Augustinerklosters eingeladen sind. Das in der Mitte der Ausbildung angesiedelte gemeinpädagogische Praktikum im 5. Semester wird im 4. gut vorbereitet und im 6. intensiv ausgewertet. Es bedeutet eine erste Bewährungsprobe in der Gemeinde. Im Vordergrund steht die Arbeit mit Kindern und ihren Eltern, mit Jugendlichen und Jungen Erwachsenen bei Familiengottesdiensten, Familientagen, Rüstzeiten, Hausbesuchen. Es gibt aber auch traditionelle Gemeindegarbeit, allerdings ohne Predigtaufgaben. Dieses halbe Jahr läßt Stärken und Schwächen der Praktikanten erkennen und bedeutet immer einen starken Motivationsschub für die folgenden Semester, nicht selten auch für den Wunsch nach dem späteren Einsatz in der Gemeindegarbeit.

Durch die Zwischenprüfung nach dem vierten Semester in den Fächern Griechisch, Bibelkunde, Philosophie und Kirchengeschichte (bis 1900) ist ein gutes Fundament gelegt und sind die

höheren Semester entlastet, wobei aber Dogmatik und Gemeindepädagogik von Anfang unterrichtet werden.

Auch Elemente der studentischen Selbstverwaltung schließt die gemeindepädagogische Konzeption ein. Sollten doch bereits die Studierenden den in der Gemeindegarbeit so dringend benötigten Dialog und die Bereitschaft und Fähigkeit zu Zusammenarbeit mit anderen und oft recht unterschiedlichen Begabungen und Besonderheiten kennen und aushalten lernen.

Wichtig ist schließlich die Bindung aller Studenten an eine bestimmte Kirchengemeinde in der Stadt oder Umgebung für die Dauer der gesamten Ausbildung. Hier werden die homiletischen Aufgaben als Lektor, Liturg und Prediger erfüllt und - wenn es gut geht - Kontakte zu Kreisen und Mitarbeitern dieser Gemeinde hergestellt. Gottesdienst der Schule zu Beginn und Ende jeden Semesters sowie ökumenische Besuche an je einem Sonntag im Semester vertiefen die geistliche Komponente. Gastvorlesungen, Studienfahrten, Feste und Feiern runden das Konzept ab, Theologie, Kirche, Glauben, Alltag, Leben und Frömmigkeit möglichst nahe aneinander zu bringen.

Gute Kontakte bestehen zu Kirchenleitung und Konsistorium in Magdeburg, aber auch zu allen anderen Kirchen des Bundes, die Studierende in der Schule haben. Durch regelmäßige Besuche aus dem Predigerseminar der EKHN in Herborn sowie aus der Patengemeinde Dortmund-Kirchhörde (durch persönliche Bekanntschaften entstan-

den) kommen Hilfen in Gestalt von Büchern, dem in der DDR stets als Engpaß bestehendem Büromaterial, zu aller Freude auch Kaffee, vor allem aber die Erfahrung, nicht allein gelassen zu sein. Nach dem Fall der Mauer werden Besuche auch in Richtung Ost nach West möglich und dankbar genutzt.

Jährliche Treffen mit dem Paulinum und aller zwei Jahre stattfindende Begegnungen mit den Kollegien der Seminare der Methodisten in Klosterlausnitz und der Baptisten in Buckow bringen interessante Akzentuierungen der jeweiligen Ausbildungsformen zur Kenntnis. Kontakte zum KOS Naumburg sind selbstverständlich und regelmäßig.

Schriftverkehr, Gespräche und Verhandlungen mit städtischen und staatlichen Dienststellen ergeben sich bei Wohnungsfragen, Anträgen auf Freistellung vom Wehrdienst, den Anträgen auf Ermäßigung für Reichsbahnfahrkarten. Sie unterscheiden sich nicht von denen, die diese mit anderen kirchlichen Organen oder Dienststellen führen.

Das MfS beobachtet die Schule, wie sich inzwischen aus den Unterlagen ergibt, greift aber nicht in ihr Leben ein. Eine besondere Akte Predigerschule gibt es (bis jetzt) nicht.

Frägt man abschließend noch einmal

Literatur:

H.-J. Kittel, Die Evangelische Predigerschule der Kirchenprovinz Sachsen Wittenberg 1948-1960 Erfurt 1960-1993. Eine Dokumentation. Erstellt im Auftrag der Kirchenleitung Magdeburg o.J. (1995).

nach dem Proprium dieser Ausbildungsform, so ist zu antworten:

1. für die Bewerber als Voraussetzung das höhere Lebensalter (zwischen 20 und 40 Jahren), eine abgeschlossene Berufsausbildung und eine mindestens einjährige Erfahrung in diesem Beruf; die persönlich vertretene Motivation für den Berufswechsel

2. für die Ausbildung die geistliche Komponente als integrativer Bestandteil, verbunden mit Praxiselementen von Anfang an, einem gemeindepädagogischen Praktikum in der Mitte der Studienzeit, einer Zwischenprüfung nach dem vierten Semester sowie der Bindung eines jeden Studenten an eine Kirchgemeinde für die gesamte Dauer der Ausbildung

3. die Möglichkeit der *vita communis* im Internat der Ausbildungsstätte für alle, die das wünschen; Einüben in das Leben der Gemeinde und Gemeinschaft durch Studienfahrten, Feste und Feiern; Mitbestimmung des Semestergeschehens in der Schulvollversammlung

4. der enge Kontakt zwischen Predigerschule und Kirche(n), der für Lernende und Lehrende gleichermaßen gilt - kein erhaltenswertes Erbe?

*Hans-Joachim Kittel, Dr. theol.,
Pfarrer war seit 1971 nebenamtlicher,
ab 1988 hauptamtlicher Dozent an
der Predigerschule Erfurt und ab
1990 deren letzter Rektor*

Burchard Brentjes (Berlin):

As I seem to remember!

„Wie ich mich zu erinnern scheine“ überschrieb der große englische Archäologe Sir Leonard Woolley seine Lebenserinnerungen. Sie sind unnachahmlich in ihrem trockenen britischen Humor und im Selbstbewußtsein der Sieger des Weltkrieges. Den Deutschen ist weder der Humor noch die Sicherheit des Selbstbewußtseins gegeben, und mir fehlt jener Bedarf von Politikern oder Heerführern in Autobiographien, die Geschichte nachträglich so zu korrigieren, wie sie hätte sein sollen. Da nun aber Haß, bittere Emotionen und vielseitiges Verschweigen vorherrschen, bedrängen einige meiner Schüler und das Wissen um Entwicklungen an der Universität in Halle „mich zu erinnern“, da der derzeitige traurige Zustand der „Linken“ immer offenkundiger wird.

Gewiß ist eine Aufarbeitung nach dem Scheitern des Sozialismus erforderlich, doch kann sie weder in einem Klage lied um Vergangenes noch in dem - mir gegenüber von rechten Kreisen geforderten - „Standrecht“ bestehen, an dessen Stelle die Sieger die soziale Isolierung und die für ihre konservative Haltung bekannte Justiz einsetzen. Zumindest in Halle fanden sich genügend Neopietisten, die nicht dem Gebot der Schrift folgten „Gleiches mit Gleichem“ zu vergelten, sondern den

Racheengel im Geiste ihres fundamentalistischen Urvaters Luther spielten und sich mit jedem Verbanden, der um der lieben neuen Karrierechance willen als „Opfer“ auftrat - berechtigt oder unberechtigt. Aber diese Differenz fällt wohl schon in den Bereich des „Scheiterns“ - und ich verdenke niemanden die Klage über wirklich erlittene Unbill noch das Geschrei zum Erhalt der eigenen Position, soweit beide nicht gegen andere gerichtet sind, wie oft genug geschehen. Der geübte Gesinnungsterror der frühen neunziger Jahre führt die Deklaration von der Einzelfallprüfung etc. ad absurdum und droht vieles Positives wie Negatives aus den „vierzig Jahren“ zu verschütten, so daß es geboten scheint, einige subjektive Erinnerungen einzustreuen, ohne jede Illusion, daß sie irgendetwas ändern können.

Ich war seit 1946 mit der Universität in Halle verbunden und habe Jahrzehnte an ihr und für sie als überzeugter Sozialist gelebt - zum Sozialisten geworden infolge der Erlebnisse der NS-Zeit bis hin zum erzwungenen Dienst in der Uniform und in dem amerikanischen Kriegsgefangenenlager in Kalbe an der Milde, in dem neben dem Joch der weiter befehlenden Nazioffiziere der Hunger der Zehntausende an der „Erlöserrolle“ der Sieger zweifeln ließ. Vor der

Übergabe der Region an die Rote Armee wurden wir nach Hannover-Bothfeld verlegt, in ein Lager, in dem die englische Wachmannschaft - zumeist ältere Londoner Arbeiter - sich im Gegensatz zu den deutschen Offizieren human zu uns Jungen - wir waren oder wurden gerade 16 Jahre - verhielten. In diesem Lager wurde heiß diskutiert, welche Schlußfolgerungen aus dem verlorenen Krieg zu ziehen seien. Besonders aktiv waren hierbei Angehörige der Division „Brandenburg“, die bereits im Lager in Kalbe mit ihren Einsätzen in fremden Uniformen geprahlt hatten. Als die Militärverwaltung im Juni 1945 deutsche Hilfstruppen rekrutierte, entging ich nur knapp einer Karzerstrafe, die in einem oben offenen Stacheldrahtverhau von ca. 5 x 5 m abzusetzen gewesen wäre. Ich war gegen eine damals vor allem von alten Nazis erhoffte Fortführung des Krieges auf der Seite der Alliierten aufgestanden, während viele der „Herren Offiziere“ weitermachen wollten. Meine Haltung entsprach der einiger ehemaliger Buchenwaldhäftlinge und Ex-999ern, nun im gleichen Lager, die meinen Vater gekannt hatten. Ihm verdankte ich meine erste politische Erfahrung. Es muß im März 1933 gewesen sein, als er mit einem rechteckigen Gegenstand in Packpapier gewickelt heimkam. Auf meine neugierige Frage, was das denn sei, antwortete er: „Ein Hitlerbild“. Als er es auswickelte, war es ein Fußballtreter. „Aber Papa, du sagtest doch ein Hitlerbild?“ „Na, kann man das denn zu etwas anderem als zum Fußballtreten verwenden?“ Er hat dann auch den Sommer nicht überlebt.

Doch zurück zu 1945. Aus dem Lager entlassen, ging ich über die „Grüne Grenze“, fuhr nach Halle und traf dort die Gesinnungsfreunde aus dem Lager wieder. Ich trat in die KPD ein, machte die Vereinigung mit, wobei ich keinen Zwang, sondern viel Hoffnung, Idealismus und Antifaschismus erlebte, gläubig auf eine bessere Zeit hoffend, trotz des Hungers, der noch 2-3 Jahre andauern sollte. Im Mai 1946 begann ich das Studium als Sechzehnjähriger im „Vorsemerster“ und wechselte nach dem Abitur in die Gebiete Vor- und Frühgeschichte, Geographie und Geologie über. Von Anfang an beteiligte ich mich aktiv am Leben der Universität. Einen tiefen Eindruck auf mich machte der sowjetische Hochschuloffizier Major Rosenbaum, der nahezu überall auftauchte, wo Not am Mann war und uns darin bestärkte, alle Potenzen der Hochschule zu nutzen. Er war es anscheinend auch, der den bekannten Alttestamentler Eißfeldt für das Rektorat vorschlug, einen Mann, den wir schon allein deshalb verehrten, weil er gemeinsam mit einigen Medizinern dafür gesorgt hatte, daß die „Vereinigte Friedrichs-Universität“ noch rechtzeitig zur „Martin-Luther-Universität“ geworden war, hatten die Nazis doch die Absicht gehabt, sie in „Rosenberg-Universität“ umzubenennen.

Eißfeldts Wirken war geprägt von großer Menschlichkeit und dem Streben nach dem Erhalt und Ausbau akademischer Qualität, eine Zielstellung, die mir und meinen Freunden einleuchtete. Natürlich blieben Enttäuschungen und Probleme nicht aus, beispielsweise

se, als ich erfahren mußte, daß der von mir als Lehrer geschätzte Prähistoriker Martin Jahn 1938/39 in Südpolen die Museen besucht und ihre Bestände für eine „Sicherung“ im Kriegsfall erfaßt hatte und daß der für seine glänzenden Vorlesungen beliebte Fanz Altheim zum „Persönlichen Stab des Reichsführers der SS“ Heinrich Himmler gehört hatte.

Bei aller Unklarheit des eigenen, oft emotionalen Standpunktes setzte sich die Hochachtung vor der wissenschaftlichen Leistung durch, die nicht von der politischen Überzeugung bestimmt war. Bis in das Jahr 1949 war keiner meiner Lehrer Kommunist, sondern sie waren ehemalige PG's, Theologen, Parteilose, Ex-Jesuiten und Angehörige anderer Schichten.

Waren die politischen Gruppierungen im „Vorsemerster“ noch vage und nur wenige Studenten profilierte Marx-Anhänger, so bildeten sich 1947 mehrere klar voneinander getrennte Gruppen an der Universität heraus. Die Mehrzahl der politisch Denkenden traten der SED bei, doch gab es auch Liberale wie den späteren BRD-Außenminister Genscher oder Repräsentanten der CDU wie Gerald Götting.

Da mir Martin Jahns Betonung der Germanen zu viel wurde, schloß ich mich dem aus Prag gekommenen Eduard Winter an, dem ich ein bis heute anhaltendes Interesse für die Geschichte des 18. Jahrhunderts und die Neigung zur Geschichte Osteuropas verdanke. Er war einst Jesuit gewesen, dann aus dem Orden ausgetreten, um zu heiraten. Vor 1945 war er Rektor der

Deutschen Karls-Universität gewesen, eine immer wieder durchscheinende deutsch-nationale Position, die mich schließlich von ihm trennte. Aus der Schweiz war der Philosoph und Soziologe Leo Kofler nach Halle gekommen, der uns Jungen durch seine blendende Rhetorik und die Vielseitigkeit seines Wissens imponierte.

Als 1949 Heinz Mode aus München nach Halle übersiedelte, ein Berliner jüdischer Herkunft und Zwangsexilant in Indien, auf Ceylon und in der Schweiz, schloß ich mich dem temperamentvollen Kommunisten an, der ein „Institut für die Frühgeschichte des Orients“ gründete. Mich fesselte Modes Vision von einem Institut, das die Geschichte und Archäologie Asiens und Afrikas als Einheit begriff und betrieb. Um Mode sammelte sich eine kleine Gruppe von Parteimitgliedern und Parteilosen: Helmut Wolle (Vater des Radikal-„Reformers“ Stefan), dessen Kontakte zu Dienststellen der SMAD u.a. bekannt waren, Werner Padberg, Peter Krüger und später noch Gerhard Rühlmann. Sie bemühten sich, einen sozialistischen Hochschulkurs zu steuern, der die wissenschaftliche Forschung und Ausbildung mit antifaschistischer Haltung verbinden sollte. Mode wurde Vorsitzender der Parteiorganisation der SED der Universität und war um eine Zusammenführung aller Kräfte in einer kooperativen „Blockpolitik“ bemüht. Eine der ersten gemeinsamen Aufgaben der Mitarbeiter des Instituts war die Abfassung von Lehrbüchern für den Geschichtsunterricht über den Orient in der 5. und 9. Klasse, eine Arbeit, die

vom damaligen Leiter der Verwaltung Volksbildung Paul Wandel gefördert wurde. Das Ergebnis waren m.E. noch heute verwendbare Lehrbücher, doch leider sollten sie die Amtszeit Wandels nicht lange überleben.

Die Schulbücher wurden mehr und mehr „verbessert“, bis schließlich die alte Geschichte völlig aus dem Lehrplan der 9. Klassen verschwand. Lediglich im 5. Schuljahr hörten die Schüler etwas in „kindertümlicher“ Form von Mesopotamien und Ägypten. Die Folgen dieser Ausbildung lernte ich kennen, als die entsprechenden Jahrgänge als Lehrerstudenten für Geschichte an der Universität erschienen und während ihres Studiums 15 Stunden Lektionen über altorientalische Geschichte hören mußten. Nach Absolvierung derselben mußten sie eine Prüfung ablegen, die ich nur ertrug, indem ich sie jeweils eine Klausur schreiben ließ, um Stilblüten etc. zu sammeln („Moses war ein Anhänger Mohammeds und schrieb den Koran“, „Ein Zionist ist ein wütender Antisemit“), für deren Inhalt die Studenten kaum verantwortlich zu machen waren, die aber ein im Grunde entsetzliches Unwissen offenbarten. Als die Einreichung derartiger, natürlich anonym zitierter, Leistungen beim Volksbildungs- und beim Hochschulministerium ohne Echo blieb, vergnügte ich mich damit, den Historikern jedes Jahr entsprechende Exzerpte zuzustellen. Verschiedene Vorschläge bei den verantwortlichen Stellen für neue Lehrpläne wurden weder beantwortet noch beachtet.

Die Jahre 1951-1952 brachten eine Krise, die den Weg der Universität schroff verändern sollte. Es begann mit der Abschaffung der bisher freigewählten Studenten- und Fakultätsräte, die meinen Erfahrungen nach eine gute Arbeit geleistet hatten. Ich war selbst Mitglied des Fakultätsrates der Philosophischen Fakultät, und die Zusammenarbeit mit den Kommilitonen der unterschiedlichsten Richtung war gut gelaufen. Sie wurden durch die FDJ-Organisation ersetzt.

Dann wurde die sowjetische Militäradministration in Österreich aufgelöst, und ein Mann kam nach Halle, der den Traum von einer offenen sozialistischen Hochschule erlöschen ließ - Leo Stern, NKWD-Offizier, Schwager des Staatssekretärs für Staatssicherheit Zaisser. Ihm lagen bald viele Verantwortliche zu Füßen. Ihm reichten 14 Tage, um von Mode meine Entlassung zu fordern, da ich Auskunft über seine Parteizugehörigkeit verlangt hatte - ich war damals Sekretär der zuständigen Gruppe. Er sah darin eine Bedrohung. Wahrscheinlich gab es auch noch Lügen anderer Art. Seine Forderung lehnte Mode jedoch strikt ab. Die Rache sollte bald folgen. Zuvor jedoch forderte Stern Heinz Mode auf, den ihm aufgrund seines Ansehens an der Universität verhassten Leo Kofler anzurufen, um ihm die rasche Flucht „in den Westen“ anzuraten, da der „Staatssicherheitsdienst“ hinter ihm her sei. Als Mode dieses Ansinnen empört zurückwies, erklärte Stern „Das haben wir bei der Internationale doch auch so ge-

macht“ - soweit Modes Mitteilung an mich.

Die Revanche kam mit der Parteiüberprüfung von 1952. Heinz Mode, der Vorsitzende der Universitätsparteiorganisation, wurde aus den Listen der Partei gestrichen, da er in der Schweiz mit dem „amerikanischen Agenten“ Noel Field zusammengearbeitet habe. Diese Entscheidung beendete die bisherige politische Richtung und führte zum Zerfall der Gruppe um Mode. In der Rückschau gewinne ich dem Einschnitt auch Positives ab. Ich mußte damals auf politische Funktionen verzichten und hatte Zeit zur wissenschaftlichen Arbeit.

Stern errichtete ein Regime an der Universität, vor dem viele jüngere Genossen in die BRD flüchteten. Zugleich umgab er sich mit einem Kreis konservativer Professoren, vor allem der Naturwissenschaften, Medizin und der Theologie, die ihn wohl nicht durchschauten oder obrigkeitstreu waren. Die realen Entscheidungen für die Universität sollen überdies im Kaffeekränzchen der Frau Stern gefallen sein, wie man sich damals allgemein erzählte.

Die eingetretene Stagnation veranlaßte mich 1958, für zwei Jahre die Funktion eines Sekretärs der Deutsch-Arabischen Gesellschaft zu übernehmen. Sie gab mir Gelegenheit, mehrere der Länder, deren Kulturgeschichte seit 1949 mein Arbeitsgebiet war, zu besuchen und erlaubte mir zugleich, die Beschränkung auf Halle zu durchbrechen und in Berlin eigene Beziehungen aufzubauen.

Nach erfolgter Habilitation kehrte ich 1960 als Dozent nach Halle zurück, blieb aber in Berlin wohnen, wodurch ich vielen lokalen administrativen Verpflichtungen entging. Zudem konnte ich so die Bibliotheken Halles und Berlins kombinieren und meine Berliner Kontakte nutzen. Diese erwiesen sich 1962/63 als recht nützlich, als eine Absolventin, die Heinz Mode sehr gefördert hatte, da sie indische Kunstgeschichte studierte, einen üblen Angriff gegen ihn und seine Mitarbeiter startete. Sie besprach lange Tonbänder - ich sah Teile der Abschrift - mit der Anklage, Mode sei Agent der CIA und seine Mitarbeiter seien in deren Interesse ausgewählt. Hier waren als neue Kräfte der Kunsthistoriker Heinrich Nikkel, der Indologe Johannes Mehlig, der Prähistoriker Joachim Peuke, der Anthropologe und Wissenschaftshistoriker Siegfried Wölffling, Frau Ilse Seibert für mesopotamische Kunst und Frau Renate Boening für Indische Kunst hinzugekommen. Die Beschuldigungen waren frei erfunden, aber so schwerwiegend, daß es niemand außer den Beschuldigten wagte, die Verleumderin zurückzuweisen. Andererseits gelang es, die Affäre zu beenden. Nur Mehlig wurde schwer getroffen. Er war Ende der fünfziger Jahre in Leipzig mit dem dortigen Parteisekretär der Universität zusammengestoßen, der die dort beantragte Dozentur für Mehlig verhinderte. Die Lügenkampagne diente nun dazu, einen Antrag unsererseits auf eine Dozentur für ihn - Mode hatte unterschrieben und ich zuvor die erforderlichen Zusagen in Halle eingeholt - ohne Begründung abzulehnen. Es ver-

wundert allerdings nicht, war doch der vormalige Leipziger Parteisekretär Boehme inzwischen Hochschulminister geworden. Den Grund für das Zerwürfnis zwischen den beiden habe ich nie erfahren. Zu den Befürwortern der Dozentur hatte auch die Bezirksleitung der SED gehört, zu deren Wissenschaftssekretär Mehlig seit seiner Zeit als Kreissekretär der Partei gute Beziehungen unterhielt, obwohl er 1953 aus der Partei ausgetreten war. Alle Versuche, eine positive Entscheidung zu erreichen, scheiterten.

Stern war bereits vor dieser Angelegenheit in die Akademie aufgestiegen und hatte der Universität eine Reihe seiner „Sternschnuppen“ (vor allem im Institut für Geschichte) hinterlassen, neben die andere Gruppen in der Parteiorganisation traten. Nach den Erfahrungen der frühen fünfziger Jahre hielt ich mich von allen Fraktionen fern. Mein altes Interesse für das 18. Jahrhundert und die Wissenschaftsgeschichte fand durch einen Zufall in dem Afrikaner W. Amo eine lohnende, wenn auch nicht ungefährliche Aufgabe. Dieser erste „schwarze“ Philosoph in Halle, Wittenberg und Jena (1727-1747) hatte drei Arbeiten und eine Vielzahl von Autographen hinterlassen, die ich sammelte und dann dummderweise der neuen Universitätsleitung vorschlug, diese Arbeiten als offizielle Universitätsausgabe zu publizieren. Eine große Kommission wurde gebildet, Amos Arbeiten wurden übersetzt - vor allem Dank der Unterstützung des Ehepaares Siegmund-Schultze -, und die Ausgabe war nahezu fertiggestellt, als der Prorektor

der Universität H. Tillmann (Historiker) „Fehler“ (Druckfehler) in einem Teil entdeckte, für den ich nicht zuständig war - ich fungierte nicht als Herausgeber. Er löste einen Skandal aus, den er gegen mich nutzen wollte, da er anscheinend eine Konkurrenz witterte. Nach bitteren Monaten konnte ich schließlich die Fertigstellung in einer verkleinerten Fassung erreichen und durchsetzen, dafür auch als Herausgeber zu zeichnen, da es sich nun nur noch um meinen Anteil handelte. Aus der Umgebung des Prorektors Tillmann erfuhr ich später, daß er angeblich vergebens nach Material über Amo gesucht habe und seit langem bestrebt gewesen sei, mich auszuschalten.

Er muß dies allerdings sehr oberflächlich getan haben (falls überhaupt), denn die wichtigsten Teile lagen in der Universitätsbibliothek in Halle. Kurze Zeit danach verbreitete er märchenhafte Räuberpistolen und mußte als geistig verwirrt seine Ämter aufgeben. Der Hintergrund dürfte gewesen sein, daß sein Versuch, den Rektor Wolff durch Denunziationen zu stürzen, kläglich gescheitert war. Er strebte damals nach dem Rektorat und beschuldigte Wolff recht phantasievoll und böseartig.

In jenen Jahren traf uns ein schwerer Schlag. Mode infizierte sich auf Ceylon mit einer Zeckenencephalitis und wurde teilweise gelähmt, so daß er sich mehr und mehr aus der Institutsarbeit zurückzog. Die administrativen Arbeiten fielen größtenteils auf mich, was mir jedoch auch die Möglichkeit gab, das Institut und besonders die Ausbil-

dung nach meinen Vorstellungen zu gestalten.

Jedoch sollte die III. Hochschulreform noch einmal alles in Frage stellen. Den Entwurf für die Umgestaltung der Universität lieferte eine Kommission unter Leitung des Biologielehrers Freye, den die Bezirksleitung der SED zum Professor an der Medizinischen Fakultät gemacht hatte. Er war der Nachwendestaatssekretär, der die Universität „demokratisierte“, allerdings ohne dafür einen Orden zu erhalten wie nach der Hochschulreform, die ihm den „Vaterländischen Verdienstorden in Gold“ eingebracht hatte. Sein Entwurf sah u.a. vor, die gesamten Orient- und Altertumswissenschaften in Halle einzustellen. Die Räume in dem traditionellen „Robertinum“, dem Sitz der Altertumswissenschaften, waren bereits vermessen und sollten das Rechenzentrum der Universität aufnehmen.

Unter großen Schwierigkeiten gelang es, diesen Plan zunichte zu machen und diesen Wissenschaften in der „Sektion Orient- und Altertumswissenschaften“ einen bis zur „Wende“ sicheren Platz in Halle zu schaffen. Als Wissenschaftsbereich Orientalische Archäologie konnten wir bis Ende 1989 ungestört arbeiten, den Stellenplan schrittweise erweitern und teils mit eigenen Absolventen, teils mit Absolventen von anderen Universitäten besetzen, so daß wesentliche Teilbereiche des alten Zieles vertreten waren. Über Indien arbeiteten J. Mehlig, J. Peuke, E. Plaeschke und nebenamtlich J. Plaeschke. Zeitweise kam Frau Liebau hinzu, die

sich der Missionsgeschichte Halles in Indien annahm. H. Nickel vertrat die byzantinische und osteuropäische Kunst und K. Rührdanz die islamische Kunst. G. Rühlmann und Frau Stoof beschäftigten sich mit der ägyptischen Archäologie. Markus und Hanne Mode bearbeiteten zentralasiatische Themen, und H. Mode wandte sich dann ebenfalls der indischen Missionsgeschichte zu. Den Rest hatte ich zu vertreten.

Es war mir schon lange bewußt geworden, daß die erträumte Vollständigkeit der Spezialdisziplinen an unserem Institut nicht zu erreichen war, und so sah ich meine Aufgabe in erster Linie darin, dem für die Museen, Universitäten und die Akademie erforderlichen Nachwuchs in Halle eine Chance zum Studium zu geben. Hierzu war es erforderlich, mit anderen Hochschulen - vor allem Leipzig, Jena und Berlin - zu kooperieren. So wurden Fachleute für islamische Kunst in spezialisierten Richtungen ausgebildet - eine Vertreterin der islamischen Textilkunst, ein Fachmann für Waffen und Metallarbeiten und ein Vertreter der angewandten Künste. Auch die an anderen Hochschulen eingestellte Ausbildung für Assyriologie und Sumerologie wurde in Halle neben der vorderasiatischen Archäologie weitergeführt, desgleichen die indische Kunstgeschichte, die ägyptische Archäologie, die chinesische Archäologie und Kunstgeschichte sowie die zentralasiatische Volkskunst. Zu jeder Ausbildung gehörten neben Englisch, Russisch und Französisch bis zu drei Sprachen aus dem gewählten Gebiet. Jeder Student hatte einen

individuellen Studienplan, der ihn zum Teil für mehrere Semester nach Berlin, Leipzig, Leningrad und Taschkent führte.

Zur Ausbildung und zur Arbeit der Archäologen unter den Mitarbeitern gehörte die Teilnahme an Grabungen in Bulgarien, Mittelasien, Syrien und im Kaukasus. Die Teilnahme an Grabungen in der UdSSR hätte eigentlich der Genehmigung der Berliner, der Moskauer und der jeweiligen Republikakademien bedurft. Da aber jeder diesbezügliche Antrag an irgendeiner dieser Stationen verschwand, schloß ich mit mehreren Kollegen aus Leningrad, Samarkand und Duschanbe private Vereinbarungen, nach denen sie die Kosten für unsere Delegierten im Lande übernahmen und ich mich dafür für die Übersetzung und Herausgabe ihrer Arbeiten in der DDR einsetzte. Diese Vereinbarungen haben bis zur Wende funktioniert.

Die Mitarbeiter und Absolventen des Instituts waren durchaus nicht alle Mitglieder der SED, sondern mehr als die Hälfte von ihnen waren parteilose Katholiken, Protestanten oder Glaubensneutrale. Ihr Glaubensbekenntnis oder politische Orientierung haben mich niemals interessiert, wichtig war die Leistung. Auch die Frauen waren mit 50 % am Institut vertreten. Im Institut wurden verschiedene Anweisungen des Ministeriums nicht befolgt, wie die Kenntnisnahme, d.h. Kontrolle, aller ein- und ausgehenden Post oder der Publikationen der Mitarbeiter. Ich hatte mehr Sorgen damit, verschiedene Mitarbeiter zum Publizieren zu bewegen, als dieje-

nigen zu kontrollieren, die es von sich aus taten. Zugleich hatte ich mit eigenen Publikationen genug zu tun. Einer Legende sei widersprochen. J. Mehlig verschanzte sich jahrelang hinter einem angeblichen Publikationsverbot durch den Sektionsdirektor. Letzterer hatte nach einem Vortrag Mehligs lediglich erklärt, er selbst würde einen solchen Vortrag nicht publizieren - er hätte ihn auch nicht halten können. Nach Jahren eines zum Teil heftig ausgetragenen Streits fuhr ich nach Leipzig und beredete einen Verlag, J. Mehlig die Herausgabe eines Buches anzubieten, wenn er bereit sei, es zu schreiben. Dies und die eingehenden Honorare haben ihn dann überzeugt. Um die begrenzten Publikationsmöglichkeiten zu erweitern, setzte ich die Gründung der „Hallischen Beiträge zur Orientalistik“ durch und veranstaltete jährlich Fachkonferenzen, deren Protokolle veröffentlicht wurden. Zu ihnen gehörten in den letzten Jahren auch „fachfremde“ Themen, da es mich ärgerte, daß die eigentlich dafür Zuständigen sie nicht aufgriffen, so beispielsweise eine Tagung zum 50. Jahrestag der „Reichskristallnacht“ (1988) und eine Konferenz über die Massenvernichtung der slawischen Intelligenz (1989). Für 1990 und 1991 waren eine Tagung über Roma und Sinti und eine internationale Konferenz über die Beziehungen Halles im 17. und 18. Jahrhundert zu Amerika geplant. Beide sind leider der „Wende“ zum Opfer gefallen. Die Sinti- und Romatagung sollte eine Reprise auf eine 1964 auf Druck osteuropäischer Staaten untersagte Tagung zum gleichen Thema werden. Mehrfach traf

ich auf ein mir schwer verständliches Desinteresse der Theologen, das sich u.a. in der Abstinenz äußerte, das hervorragende Archiv der Franckeschen Stiftungen in den Fußstapfen Alands für die USA-Geschichte zu bearbeiten. Nun, für mich hatte es den Vorteil, zweimal in die USA eingeladen worden zu sein, um dort zu diesen Archivalien zu sprechen. Auch bei den Bemühungen, die Gebäude der Stiftungen zu retten, hielten sich die Neopietisten in Halle vornehm zurück. Der Romanist Ricken und ich brachten die Universitätsleitung 1987/88 dazu, vom Hochschulministerium 5 Millionen Mark für ein Sicherungsprogramm zu fordern, die sie auch erhielt. Sie dienten dann nach der Wende dazu, effektvolle und erfreulich nützliche Arbeiten an diesem Denkmal auszuführen. In den letzten Jahren der DDR haben mehr Geschichtslehrerstudenten als Theologen in dem Archiv gearbeitet.

Großen Raum hat in meiner Hochschulzeit die Beschäftigung mit Marx eingenommen. Begonnen hatte ich als gläubiger Leser des „Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPdSU“, vor allem des Teils über den „Historischen und dialektischen Materialismus“. Aber schon bei der Ausarbeitung der Lehrbücher 1950/1951 konnte ich die darin verkündete „Revolution der Sklaven und Kolonen“, die die „Sklaverei“ weltweit in den Feudalismus führte, in den Fachpublikationen nicht finden. Ich suchte bei Marx und Engels und entdeckte sie auch dort nicht, dafür eine bei Stalin nicht erwähnte „asiatische Produktionsweise“. Zugleich stieß ich auf zahl-

reiche Arbeiten über den Fortbestand von Sklaverei bis ins 19. Jahrhundert und auf die völlig anderen Sozialstrukturen der angeblichen Feudalzeit in Asien und sogar in Osteuropa.

Die Unterschiede zwischen den mir vorliegenden modernen Analysen der Materialien und des Stalinschen wie Marxschen Bildes habe mir schwer zu schaffen gemacht, zumal das zuständige Akademieinstitut völlig auf eine verwässerte Kombination beider Darstellungen eingeschworen war. Die in der „Ethnographisch-archäologischen Zeitschrift“ begonnene Diskussion sah mich ziemlich allein auf dem Feld der Polemik. Auf der „Engels“-Konferenz in Dresden trug ich meinen Standpunkt nochmals vor und schloß mit der Bemerkung, daß ich von nun an genug von Zitaten hätte und mich konkreten Studien zuwenden würde. Ich plante, mehrere Sammelbände zur Sozialgeschichte des Orients mit internationaler Beteiligung, keine „endgültigen“ Darstellungen, sondern Diskussionsmaterialien herauszugeben. Leider ist nur der Band über die Formen des Agrareigentums in Mesopotamien von den Sumerern bis zu den Osmanen erschienen. Ein zweiter Band über den Handel im gleichen Gebiet und Zeitraum lag im Manuskript vor, als die „Wende“ den Druck verhinderte. Dankenswerterweise übernahmen zwei Berliner Fachzeitschriften die Beiträge. Aber eine Weiterführung war unmöglich geworden.

Mir waren unterdessen die bislang unpublizierten Exzerpte von Marx aus seinen letzten Lebensjahren zugäng-

lich geworden, aus denen ich mit Vergnügen entnahm, daß er zu Ende seines Lebens die Legende von der asiatischen Produktionsweise als Irrweg erkannt hatte. Endlich begriff ich ihn wissenschaftshistorisch als einen Wissenschaftler, der nach Erkenntnis strebte, sich über Asien irrte und diese Irrtümer zu überwinden trachtete. Er hatte Hegels „asiatische Despotie“ als von dem Philosophen nur falsch erklärte Tatsache angesehen, ohne zu bemerken, daß Hegel diese „Theorie“ von Montesquieu übernommen hatte, der sie nur als politische Tarnkappe für seine Kritik am französischen Absolutismus gebraucht hatte. Auch war Marx erst kurz vor seinem Tode die bereits vor der französischen Revolution erschienene Kampfschrift des Anquetil du Perron über die „Gesetzgebung im Orient“ in die Hände gefallen, die die Legende von der asiatischen Despotie als kolonialistische Lüge entlarvt hatte. In den „Marxismus“ sind diese Erkenntnisse des verehrten Lehrers ebenso wenig eingedrungen wie die Tatsache, daß die absolute Sicherheit einer Ablösung der Klassengesellschaft durch eine kommende Zeit der Gleichheit im Kommunismus vergleichbare Wurzeln hatte. Marx hatte von Hegel gelernt, daß Menschheitsepochen aufeinander folgten und daß die Zeit des Weltgeistes kommen werde. Bestärkt wurde Marx darin durch die französische Revolution, doch wußte er anscheinend nicht, daß sein Lehrer diese Etappenlehre bei dem Mystiker Joachim di Fiore beschrieben hatte, der aus der Johannesapokalypse gefolgert hatte, daß drei je 1000 Jahre währende Rei-

che aufeinander folgen und schließlich die Geschichte mit dem Paradies enden würde. De Fiore setzte die Zeit des Alten Testaments als das 1. Reich, als die Zeit des Vaters, die Zeit des Neuen Testaments als das 2. Reich, als das Reich des Sohnes, dem das 3. tausendjährige Reich folgen werde, das Reich des Geistes, in dem eine Mönchskirche ein Erdenreich der Gerechtigkeit als Vorbereitung der Menschen auf den Eingang ins Paradies leiten werde. Diese Auffassungen wurden die Grundlage des religiösen Anteils am Marxismus, nachdem sie über 800 Jahre die Sektenbewegungen auch in Deutschland beeinflusst hatten.

Man mag mich nun fragen, weshalb ich mich dann nicht auf die Seite der Bundesrepublik geschlagen und stattdessen bis zuletzt versucht habe, den Studenten mein Bild von der Welt zu vermitteln. Nun, da ich bereits einmal im Kapitalismus gelebt habe, konnte ich mir vorstellen, wohin ein Anschluß an die BRD führen würde und ich hatte nicht die Absicht, freiwillig noch einmal in dieses System zurückzukehren, denn für mich war die DDR der Staat, in dem ich gelebt habe, der mir eine gute Ausbildung und Arbeit ermöglicht hat und mir trotz aller seiner Fehler und Schwächen noch immer humaner erscheint als der Kapitalismus.

Die Hochschule mußte ich auf Druck der „neuen“ Leitung als „Repräsentant der alten Macht“ verlassen, und das unter einem Rektor Schilling, der jahrzehntelang Mitglied des Forschungsrates der DDR war, eine ranghohe und einflußreiche Funktion, der ich nie na-

hegekommen bin. Doch war er schließlich ein CDU-Mann und daher eo ipso ein „anständiger“ Mensch. Der mich „feuernde“ Prorektor, ein Theologe, stellte mir bei meiner Entlassung als einzige Frage, weshalb ich mich gegen die „Theorien“ des Herrn von Dänicken gewandt hätte. Meine Gegenfrage, wieso die Kirche ein aus der Rampe von Auschwitz und dem nazistischen „Lebensborn“ abgeleitetes Menschenbild nicht bekämpft habe, ließ er unbeantwortet.

Zwar hatte der Wissenschaftsrat der BRD in seinen „Empfehlungen zu den Geisteswissenschaften an den Universitäten der neuen Länder“ zu den vielversprechenden Arbeitsbereichen „an den die Weiterentwicklung der Geisteswissenschaften in den neuen Ländern anknüpfen sollte“ ausdrücklich die Orientarchäologie in Halle gezählt und sie als einen der zwei zu bildenden Schwerpunkte in Halle benannt. Aber dies waren Empfehlungen von Wissenschaftlern - also vergebens. Ich konnte noch die anstehenden Promotions- und Habilitationsverfahren abschließen und verbleibende Studenten an „westliche“ Universitäten vermitteln. Aber das Institut wurde „verwestlicht“ und die „alte“ Konzeption vergessen - so leistungstark der Nachfolger auch ist. Er ist für diese „Wende“ nicht verantwortlich zu machen, die von Fanatikern und Frömmern durchgesetzt wurde. Einer der Herrn der ersten Kategorie, der Altphilologe Luppe, trat sogar aus der CDU aus und in die SPD ein, da diese antikommunistischer sei als die CDU. Ich erinnere mich noch gut daran, wie er mich weni-

ge Jahre zuvor lautstark angriff, weil ich einen statistischen (nichtssagenden) Bericht über die Staatliche Weiterbildung in Marxismus ausgefüllt hatte, da er nicht erreichbar war. Er protestierte, da dies seine Aufgabe als Sekretär des Zirkels gewesen sei - ich ließ ihm das Vergnügen. Nun geht er als „Opfer“ mit dem gleichen Eifer zu Werke

Wesentlich prägten mich nun einmal meine Erfahrungen bis 1945. Die Fortdauer der Herrschaft der Nazioffiziere und der alten Richter wirkte bis tief in den „Kalten Krieg“ hinein. Mir waren die militärischen Einschätzungen bekannt, nach denen es 15 Minuten nach Ausbruch eines Atomwaffenkrieges keine Städte mehr in Deutschland geben würde und 24 Stunden später nur noch mit Schutzanzügen versehene Truppenteile überlebt haben würden - beiderseits der deutschen Grenze. Nichts fürchtete ich mehr als den Ausbruch eines Krieges, und daher ist das Einzige, was ich an der „Wende“ geschätzt habe, daß sie ein (vorläufiges???) Ende der Kriegsdrohung gebracht hat. Doch konnte man nach Hiroshima noch an den Friedenswillen und die Menschlichkeit der Mächtigen glauben? - Eher schon an den Erfahrungssatz der gegenseitigen Abschreckung - und die Rolle der deutschen Offiziere hatte ich am eigenen Leibe erfahren.

Für mich war der Sozialismus der Versuch, die unterentwickelten Teile der Welt mit staatlichen Mitteln voranzubringen, und ich habe oft und leider vergeblich vor der längst begonnenen Katastrophe der Völker Asiens und Afrikas gewarnt. Die Probleme jener Milli-

arden Menschen standen mir stets näher als die Sorgen des doch recht satten DDR-Bürgers. Man mag dies weltfremd nennen, zumal ich meine Probleme auch mit dem Clan Feist-Honecker gehabt habe. Aber ich habe getan, was ich konnte und sehe ohne Reue auf meine vergangenen Jahre

zurück, mit Sorgen dagegen in die bundesrepublikanisch-großeuropäische Zukunft.

*Burchard Brentjes, Prof. Dr. phil.,
bis 1992 Professor für Orientarchäologie
an der Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg, lebt in Berlin*

Anmerkung:

Eine annähernd vollständige Publikationsliste des Verfassers erscheint auf der CD-ROM-Fassung des Kürschnerschen Gelehrtenlexikons. Daher wird hier auf das Zitieren von Belegen verzichtet.

Dieter Wittich (Leipzig):

Erkenntnistheorie und Erkenntniswirklichkeit in der DDR

Von 1969 bis 1990 habe ich den Lehrstuhl für Erkenntnistheorie an der damaligen Karl-Marx-Universität in Leipzig geleitet. Wenn ich heute rückschauend die Geschichte dieses Lehrstuhls betrachte, erinnere ich mich an manches Erfolgserlebnis und auch an diese oder jene offizielle Anerkennung, die den Mitarbeitern des Lehrstuhls oder mir persönlich zuteil wurde. Letzteres wird zumindest politisch kaum jemand verwundern. Denn wenn man mich fragen würde, ob ich die DDR insgesamt gebilligt habe, so müßte ich eine solche Frage klar bejahen. Ich habe sogar die DDR als Ganze nicht nur akzeptiert, sondern sie auch nach Kräften zu erhalten und zu fördern gesucht. Ich meinte, daß aus nationalen wie aus globalen Gründen eine nicht-kapitalistische deutsche Gesellschaft unerläßlich sei. Eine solche Überzeugung entsprach wohl auch den Grundlagen meiner Generation, die den II. Weltkrieg und andere Verbrechen des deutschen Faschismus noch so bewußt erlebt hatte, daß für viele meiner Altersgenossen nach 1945 ein nicht-kapitalistisch und antifaschistisch orientierter Neubeginn geradezu selbstverständlich schien. Später teilte ich das Urteil

nichtweniger meiner Mitbürger zur DDR: Diese Gesellschaft habe zwar große Mängel, aber diese seien durch Reformen behebbar. Ich wähte, daß auch ein autoritär und selbstherrlich agierender politischer 'Apparat' sich selbst aufheben könne, ahnte kaum, wie sehr er personell und mental genau auf diese Art von Machtausübung zugeschnitten war.

Meine politische Haltung zur DDR war also, wie man damals sagte, durchaus 'positiv'. Daß dennoch der von mir geleitete Lehrstuhl immer wieder politisch und ideologisch verdächtigt werden konnte, wird jene, die nach heute üblichen Schemata das Leben der früheren DDR-Bürger begutachten, vielleicht überraschen. Seltener geschah das allerdings durch irgendwelche SED- und staatliche Leitungen, weit mehr durch Kollegen der näheren und weiteren Umgebung. Also die zwischen Kollegen allerorts üblichen Querelen? Sicher auch das, aber zugleich mehr. Ich werde zu zeigen versuchen, wie sich auch hinter solchen alltäglichen Auseinandersetzungen die spezifische Erkenntniswirklichkeit des Realsozialismus verbarg. Ich bin mir des Wagnis-

ses, das ich dabei eingehen muß, wohl bewußt, zumal Eigenanalysen von DDR-Hochschullehrern nach wie vor selten sind. Um so mehr haben sich Autoren aus der Alt-BRD der Geschichte der Philosophie in der DDR angenommen. Doch wenn diese ihr Geschäft auch noch so redlich betreiben sollten, ihre empirische Basis muß sich nahezu ausschließlich auf Publikationen beschränken. Die Umstände aber, aus denen die schriftlichen Zeugnisse der DDR-Philosophie erwachsen und die natürlich auch von jenen ihrer Vertreter mitgeprägt wurden, die selten oder gar nicht publiziert haben, blieben diesen Autoren weitgehend unbekannt.

1969 wurde an der damaligen Karl-Marx-Universität Leipzig ein Lehrstuhl „für Erkenntnistheorie“ (so seine amtliche Bezeichnung) innerhalb der späteren Sektion „Marxistisch-leninistische Philosophie“ neu eingerichtet. Er sollte der einzige Lehrstuhl seiner Art in der DDR bleiben, wobei aber auch anderswo in der DDR zu erkenntnistheoretischen Fragen gelehrt oder geforscht wurde. Doch ein offizielles Domizil besaß in der DDR die Erkenntnistheorie nur in Leipzig. Vor der Gründung des Leipziger Lehrstuhls hatte es allerdings bereits an der Berliner Humboldt-Universität einen Lehrstuhl für „Logik und Erkenntnistheorie“ gegeben. Er wurde zunächst von dem österreichischen Gastprofessor Walter Hollitscher und später, seit 1953, von meinem langjährigen Lehrer Georg Klaus geleitet. Nach den strukturellen Umgestaltungen an den DDR-Hochschulen im Rahmen der

sogenannten III. Hochschulreform wurde dieser Lehrstuhl jedoch nur noch für die Ausbildung und Forschung auf dem Gebiet der formalen Logik zuständig und auch entsprechend umbenannt.

Der Leipziger Neugründung lag das Bestreben der Abteilung Wissenschaft des ZK der SED sowie des Ministeriums für das Hoch- und Fachschulwesen der DDR zugrunde, in den einzelnen philosophischen Einrichtungen der DDR jeweils bestimmte philosophische Gebiete besonders zu fördern. Wenigstens von den vorrangig bearbeiteten Gebieten her sollten die philosophischen Institutionen der DDR mehr Individualität erreichen. Warum gerade an der Leipziger Universität die Erkenntnistheorie diese Rolle ausüben sollte, hatte viel mit dem damaligen Direktor der Leipziger Sektion, mit Alfred Kosing zu tun. Er hatte schon seit längerer Zeit viel Interesse für erkenntnistheoretische Fragen gezeigt und auch entsprechende Publikationen vorgelegt. A. Kosing machte sich für meinen Wechsel von der Humboldt- zur Karl-Marx-Universität stark, was 1966 zu meiner Ernennung als Dozent der Leipziger Universität führte. Die entsprechende Urkunde hob schon damals als Aufgabengebiet die Lehre und Forschung zur Erkenntnistheorie besonders hervor. 1968 wurde diese Dozentur dann in eine Professur mit Lehrauftrag und ein Jahr später in eine ordentliche Professur für Erkenntnistheorie umgewandelt.

Mein persönliches Interesse für Erkenntnistheorie war vor allem durch Georg Klaus geweckt und gefördert

worden. Bereits 1960 beauftragte er mich als seinen Oberassistenten, eine ganzjährige Lehrveranstaltung mit wöchentlich zwei Vorlesungs- und zwei Seminarstunden durchzuführen. Klaus hatte es schon seit längerem gestört, daß der von ihm geleitete Lehrstuhl für Logik und Erkenntnistheorie in der Lehre einzig durch die Logik vertreten war. Voller Tatendrang folgte ich Klaus' Vorschlag, kaum ahnend, auf welchem Feld von ungelösten theoretischen, ideologischen oder wissenschaftspolitischen Fragen ich mich damit begeben mußte und in was für ein Wespennest von widerstrebenden Interessen und Haltungen ich dabei geriet. Das war um so mehr der Fall, als ich Erkenntnistheorie bewußt als eine philosophische Disziplin verstand. Als solche war Erkenntnistheorie während ihrer langen Geschichte vor allem auf weltanschaulich relevante Fragen zum menschlichen Erkennen konzentriert gewesen. Erkenntnistheorie konnte also in meinem Verständnis nicht auf logische, semiotische, wissenschaftstheoretische oder linguistische Darlegungen reduziert werden. Ich schloß mich damit nicht einem internationalen und auch in der DDR längst bemerkbaren Trend an, von ideologienahen in ideologiefreiere Gebiete abzuwandern bzw. tradierte Disziplinen entsprechend umzuinterpretieren. Denn natürlich führte man allerorts in der Welt und erst recht im Realsozialismus ein ruhigeres Leben, wenn man sich als Theoretiker Politik und Ideologie möglichst vom Leib halten konnte. Eine bewußt philosophisch orientierte Erkenntnistheorie aber mußte zwangsläufig auch eine

ideologisch relevante sein. Jedenfalls hatte sie dann auch einen Bezug zur Wertung des kulturellen Lebens im Realsozialismus und des dort verbreiteten Massenbewußtseins.

Für eine so verstandene Erkenntnistheorie wäre es eigentlich geboten gewesen, den Realsozialismus ziemlich fundamental zu kritisieren. Heute ist mir bewußt, daß die Wissenschaft etwa, aber auch das kulturelle Leben insgesamt, im Realsozialismus einem Widerspruch unterlag, dem seine Akteure nicht enttrinnen, den sie aber auch allein mit ihren Mitteln nicht lösen konnten. Dieser Widerspruch bestand darin, daß die Wissenschaftler im Realsozialismus zwei miteinander unvereinbaren Wertesystemen genügen sollten. Zum einen war dies das Wertesystem, welches wissenschaftliche Arbeit allerorts notwendig mit sich bringt: das Aufspüren von bislang nicht beachteten Problemsituationen, das Mühen um eine möglichst große Objektivität der vertretenen Thesen, Konzepte oder Theorien, eine stete kritische Überprüfung und Diskussion des überlieferten Erkenntnisstandes usw. Gleichzeitig mußte aber an die Wissenschaft im Realsozialismus ständig ein Wertesystem herangetragen werden, daß im Grunde wissenschaftlicher Arbeit fremd war. Es ergab sich zwingend aus dem autoritären politischen System des Realsozialismus: die Akzeptierung von Instanzen, die nicht kritisiert werden sollten und die folglich als solche einer „unerschütterlichen Wahrheit“ gelten wollten, die Unterdrückung und Diffamierung von Stimmen, die sich gegen

einen solchen Anspruch wehrten, das Ignorieren von der politischen Macht unliebsamen Problemen, Fehlentscheidungen, Sachzusammenhängen, Tatsachen usw. Es handelt sich um ein Wertesystem, das zu befolgen überall dort gefordert werden muß, wo sich politische Macht personell oder als Kaste zu verewigen und gegenüber allem, was diesem Bemühen abträglich ist, zu immunisieren sucht.

Beide Wertesysteme besaßen im Realsozialismus eine objektive Entsprechung. Das erstgenannte war verlangt, weil eine Industriegesellschaft ohne wissenschaftliche Forschung und Ausbildung nicht bestehen kann, das zweite, weil ein autoritäres politisches System sich anders nicht rechtfertigen und bewahren kann. Wer als Wissenschaftler oder als Wissenschaftspolitiker beiden Wertesystemen gleichermaßen genügen wollte, mußte sich auf bald tragische, bald komische Situationen einlassen. So wurden besonders im letzten Jahrzehnt der DDR zwei Typen wissenschaftspolitischer Reden, bisweilen sogar von den gleichen Personen, immer wieder neu vortragen: Wenn es um Ziele wie die Teilhabe am wissenschaftlichen Weltstand ging, dann wurde viel von dem Erkennen und Lösen „völlig neuer“ Probleme, von einer „rücksichtslosen“ Kritik des erreichten Wissenschaftsstandes, vom „Beschreiten gänzlich anderer Wege“ beim methodischen Vorgehen usw. gesprochen. War aber politisch aufmüpfigen, „schwankenden“ oder auch nur skeptischen Studenten und Wissenschaftlern entgegenzutreten,

dann wurden Reden gehalten, die ein genau Gegenteiliges Verhalten von den gleichen Wissenschaftlern oder Studenten forderten, etwa ein „unerschütterliches Vertrauen in die Partei- und Staatsführung“, ein „tiefer Glaube“ an deren „politische Weisheit“, ein Befolgen ihrer Beschlüsse „ohne jedes Wenn und Aber“ usw.

Insgesamt gesehen wurde so den Wissenschaftlern in der DDR wie im Realsozialismus überhaupt ein schizophrenes Verhalten abverlangt. Sie sollten sich zugleich kritisch und obrigkeitgläubig, wahrheitssuchend und realitätsblind, verantwortungsbewußt und politisch vertrauensselig verhalten. Besonders signifikant mußten politische und staatliche Leitungen diesen Wertedualismus repräsentieren. Dabei gab es gewiß auch Funktionäre der SED oder auch ganze Abteilungen des 'Parteiapparates', die sich ernsthaft, engagiert und bisweilen erfolgreich für bestimmte wissenschaftliche Leistungen einsetzten, was ja auch ein Teil ihres politischen Auftrages war. Doch stets hatten sie gleichzeitig dem genannten Wertedualismus zu fröhnen, was manchen unter ihnen sichtlich zu schaffen machte. Die Masse der Hochschulangehörigen zerrieb sich an den beiden miteinander unvereinbaren Wertesystemen und vermochte oft nur mit Sarkasmus, Spott und Selbstironie vor sich selbst zu bestehen.

Auch der Leipziger Lehrstuhl für Erkenntnistheorie hat es zu DDR-Zeiten intellektuell nicht vermocht, den geschilderten Widerspruch im kulturellen Leben des Realsozialismus aufzudek-

ken. Das war zweifellos ein schwerwiegender Mangel unserer Arbeit. Hätten wir aber diesen Widerspruch damals erkannt, so hätten wir gewiß politische Skrupel gehabt, ihn öffentlich auszusprechen. Mit dem Glauben an eine Reformierbarkeit des Realsozialismus mußte ja die Befürchtung einhergehen, daß die zu reformierende Gesellschaft durch allzu heftige und laute Kritik ihren nicht-kapitalistischen Status aufs Spiel setzt. Das Verlangen danach war ja, sah man sich das politische Umfeld des Realsozialismus an, kaum zu übersehen. Vielleicht konnte die Illusion, den Realsozialismus reformieren zu können, überhaupt nur mit dessen totalen Zusammenbruch überwunden werden.

Der geschilderte Wertedualismus war von zahlreichen Folgen begleitet. Personalpolitisch etwa wurden die DDR-Hochschulen zu einer Art Spiegelbild der beiden genannten Wertesysteme. An den Hochschulen waren sowohl Gelehrte verlangt, die sich hartnäckig um wissenschaftliche Leistung mühten, als auch Personen, die nicht weniger ausdauernd ständig die „Einheit von Wissenschaft und Politik“ anmahnten, also die Koexistenz der beiden miteinander unvereinbaren Wertesysteme. Letztere mußten der wissenschaftlichen Arbeit oft schaden, obgleich solche „Einheits“-Apostel nur die untersten Glieder einer politischen Hierarchie waren - oder vielleicht auch deshalb, weil sie genau das waren. Besonders schlimm wurde es dann, wenn das Mühen um die besagte „Einheit“ als einzige Rechtfertigung für eine

universitäre Existenz erhalten mußte.

Auswirkungen wie die der Personalpolitik an den DDR-Hochschulen sind inzwischen häufig beschrieben und auf sie ist nicht nur reagiert, sondern überreagiert worden, wenn man von den Zukunftschancen ostdeutscher Hochschulen ausgeht. Kaum beachtet wurde hingegen, daß der genannte Wertedualismus im kulturellen Leben der DDR und des Realsozialismus überhaupt keineswegs nur personalpolitische Konsequenzen mit sich brachte. So hat er insbesondere in ideologie- und politiknahen Fächern die dort praktizierte Methodik nachhaltig beeinflusst. Mit diesen Folgen hatte sich auch der Leipziger Lehrstuhl herumzuschlagen.

Um 1970 nahmen wir uns als erste langfristige Aufgabe vor, den als marxistisch-leninistische Erkenntnistheorie bezeichneten Korpus von Behauptungen empirisch stärker zu fundieren und in einen didaktisch folgerichtigen wie logisch widerspruchsfreien Zusammenhang zu bringen. Das war durchaus auch im Interesse des Realsozialismus gedacht, denn je stärker ein Wissensgebiet fundiert und logisch wie didaktisch durchdacht ist, um so rationeller und einsichtiger ist es auch vermittelbar. Jedoch ahnten wir zu Beginn unserer Arbeit noch nicht, wie stark unser eher selbstverständliches und bescheidenes Vorhaben mit tradierten Verhaltensweisen und Ansichten kollidieren mußte.

Die damals aktuellen Darstellungen von marxistisch-leninistischer Erkenntnis-

theorie konnte und wollte unser Lehrstuhl nicht hinnehmen. Schon allein semantisch befanden sie sich eher in einem chaotischen Zustand. Das konnte kaum überraschen, betrachtete man die Herstellungsweise entsprechender Texte. Sie gruppierten sich um Zitate, insbesondere solchen von Marx, Engels und Lenin. Solche Zitate wurden dann allen weiteren Darlegungen wie nicht zu hinterfragende Axiome vorangestellt. Doch solche Zitate konnten nicht erkenntnistheoretischen Konzepten entnommen worden sein, die als Ganze gründlicher bearbeitet worden waren. Denn das hatten weder die genannten Zitaten-Spender noch spätere Marxisten-Leninisten jemals unternommen, aus welchen Gründen auch immer. So kam es, daß selbst Namen für sehr elementare erkenntnistheoretische Gegenstände seit Marx, Engels und Lenin bald in dieser und bald in jener Bedeutungsvariante benutzt wurden. Schon allein dieser Umstand hatte aktuelle erkenntnistheoretische Texte des Marxismus-Leninismus zu zahlreichen Ungereimtheiten verurteilt. Letztere verdeckte allerdings der Glaube an die "unsterbliche Genialität" der Gewährsleute, zumal jene Denker aus der Vergangenheit sich gegen ein Ansinnen, das sie zu bloßen Propheten degradierte, nicht mehr selbst wehren konnten.

Man hätte vermuten können, und so dachten wir am Leipziger Lehrstuhl für Erkenntnistheorie zunächst auch, daß solche Gebrechen lediglich eine "Kinderkrankheit" marxistisch-leninistischen Denkens wären, oder daß sie

einfach dem Unvermögen oder der geistigen Bequemlichkeit moderner Autoren entspringen würden. Nur allmählich wurde anderen und mir bewußter, daß sich hinter einem solchen desolaten Theorieverständnis auch eine opportunistische politische Haltung verbirgt, die es unentwegt neu reproduziert. Mit einem sprachlich vagen und logisch schludrigen Konzept kann man sich ja viel bequemer an jede mögliche politische Wendung anpassen als mit einem durchdachten und strenger formulierten Theoriegebäude. Das scheint mir jedenfalls heute eine vielleicht eher spontan wirkende Ursache dafür zu sein, warum wir mit unserem Anliegen auf so heftigen und ständigen Widerstand in Kollegenkreisen stoßen mußten.

Der allgemeine politische Hintergrund für eine Vergötzung früherer Theoretiker der Arbeiterbewegung war jedoch das Selbstverständnis der politischen Führung im Realsozialismus. Sie suchte den Glauben an ihre eigene politische Vollkommenheit an historischen Persönlichkeiten zu demonstrieren, die angeblich in der Vergangenheit eine analoge Rolle ausgeübt hätten. Nur so konnte auch eine beiläufige Notiz Lenins in seinen "Philosophischen Heften", laut der Logik, Dialektik und Erkenntnistheorie ein und dasselbe wären, das "philosophische Leben" im Realsozialismus über Jahrzehnte beschäftigen. Was Lenin mit dieser Bemerkung für sich persönlich festhalten wollte, hätte er nur selber sagen können. Ich weiß bis heute nicht, ob z.B. das Wort "Logik" dabei einen Untersu-

chungsbereich oder eine Disziplin bezeichnen soll. Die Vagheit der Leninschen Notiz erlaubte es jedenfalls, daß insbesondere sowjetische Philosophen unentwegt über sie reden und endlose Debatten über ihre zutreffende Interpretation austragen konnten. Die Leninsche Bemerkung war ja in geradezu idealer Weise dafür geeignet, eine "unerschütterliche Treue" zum Leninismus vortäuschen zu können, ohne dabei auch nur das Geringste zu tatsächlichen Problemen des Realsozialismus äußern zu müssen. So sorgte der Anspruch der politischen Führung, in ihren Entscheidungen vollkommen zu sein, selbst dort für viel philosophischen Leerlauf, wo sie direkt diesen gar nicht "organisiert" hatte.

Mit der Fetischisierung von Texten oder auch nur von Zitaten ging auch ein unterschwelliger Argwohn gegenüber philosophierelevanten Gegenständen einher, die in ihnen nicht thematisiert worden waren. Lenin hatte z.B. in "Materialismus und Empirioskritizismus" kaum auf gnoseologische Fragen verwiesen, die mit der praktischen Verwendung bzw. Verwirklichung von Behauptungen über die Wirklichkeit verbunden waren. Lange Zeit wurde aber gerade diese Schrift als die bestmögliche Gesamtdarstellung der marxistisch-leninistischen Erkenntnistheorie, ja der Philosophie überhaupt proklamiert! Für ein Nachdenken über die praktische Anwendung von Ideen bestand aber insbesondere deshalb kaum Bedarf, weil seitens der politischen Macht im Realsozialismus ständig nahegelegt wurde, ihre Handlungsdirekti-

ven würden aus den von ihnen kanonisierten Texten einfach "abgeleitet". Die Anweisungen der Parteiführung mußten derart als der einzig mögliche praktische Gebrauch erscheinen, den man etwa aus den Werken der sogenannten Klassiker für die Gegenwart "schlußfolgern" kann. Daß in jede Handlungsanweisung auch soziale Interessen eingehen und dieselbe Erkenntnis völlig unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Orientierungen als kognitive Basis dienen kann, mußte dabei verborgen bleiben. Das in die Direktiven der politischen Macht jeweils eingehende Interesse wurde so gegenüber lästigen Nachfragen immunisiert. Die Leipziger Position, daß Handlungsorientierungen sowohl Wirklichkeitsbeschreibungen als auch Interessen ausdrücken, wurde zu einer der umstrittensten unserer gesamten Arbeit.

Mit dem Selbstverständnis der politischen Macht wenig vereinbar erwies sich auch das in der DDR späte Nachdenken darüber, was denn eigentlich das Spezifische einer marxistisch-leninistischen Erkenntnistheorie ausmache. Der gnoseologische Gehalt etwa von Engels' "Anti-Dühring" oder von Lenins "Materialismus und Empirioskritizismus" wurde ja im Realsozialismus lange Zeit in einer Weise reproduziert, die kaum einen Unterschied zur Erkenntnistheorie früherer Materialisten erkennen ließ. Das Marxistisch-Leninistische wurde vor allem in dem Gebrauch gesehen, der von materialistischer Erkenntnistheorie zu machen sei. Sie habe eben der "Arbeiterklasse und Ihrer Partei" zu dienen. Als zuerst 1965

der Berliner Philosophiehistoriker Wolfgang Heise auf die erkenntnistheoretische Bedeutung von Marx' Darlegungen über den Warenfetischismus verwies, wie er sie besonders in seinem Hauptwerk vorgetragen hatte, begann in der DDR eigentlich erst das Nachdenken über die erwähnte Spezifik. Nun konnte unter Berufung auf Marx nicht länger der bequemen Formel gefolgt werden, alles der Parteiführung mißliebige Denken sei nichts anderes als der Ausfluß eines modernen 'Priesterbetrugs', wie er vor allem von 'westlichen' Medien in die DDR hineingetragen werde. Mit Marx war nun nach den Ursachen in den von der politischen Macht selbst zu verantwortenden gesellschaftlichen Verhältnissen zu fragen. Es konnte so mit Marx der Weg zu einer selbstkritischeren Betrachtung von Massenbewußtsein wenigstens gewiesen werden. Die wiederbelebte Marxsche Betrachtungsweise zur Genesis politischen Bewußtseins wurde in der DDR toleriert. Doch bis zur sogenannten Wende dominierte im 'Apparat' der SED und des DDR-Staates die theoretisch längst überwundene bürgerliche Konzeption des sogenannten Priesterbetrugs. Nur sie nämlich ließ sich harmonisch mit der Selbstherrlichkeit der politischen Führung vereinbaren.

Wenn die Leipziger Erkenntnistheorie zu DDR-Zeiten wegen ihrer spezifischen Positionen und noch mehr wegen ihrer Arbeitsweise von anderen Gesellschaftswissenschaftlern des Landes immer wieder als "positivistisch" bewertet wurde, so hätte das ihren Akteu-

ren nach 1989 politisch und ideologisch sehr willkommen sein können. Aber meine Mitarbeiter wie auch ich haben auch nach dem Untergang der DDR eine solche Etikettierung abgelehnt. Dazu waren wir viel zu stark auf ideologisch relevante Themen und Zusammenhänge aus. Der ständige Positivismus-Vorwurf sollte gerade das in Frage stellen und uns schon von der Arbeitsweise her in eine politisch anrühliche Ecke bugsieren. Allerdings hat dieser immer wieder erneuerte Vorwurf dazu geführt, daß wir Vertreter des "Wiener Kreises" oder überhaupt der "Analytischen Philosophie" öfter kritisiert haben, als uns das eigentlich lieb sein konnte. Und wir taten das in einer bisweilen recht pauschalisierenden Art und Weise. Beispielsweise haben wir über Otto Neuraths Wirken im "Wiener Kreis" und in der sozialistischen Arbeiterbewegung erst in den letzten Jahren der DDR eine seinen Leistungen angemessenere Sicht erreichen können. Weit früher hatte bereits unsere Rezeption von Th. S. Kuhns "Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen" begonnen. Sie war ebenfalls recht kritisch, aber wir erkannten in Kuhns Darstellung der Theorienontogenese und ihrer sozialen Voraussetzungen auch eine bedeutende wissenschaftliche Leistung. Wir suchten sie insbesondere für ein Selbstverständnis der marxistischen Theorie zu nutzen, was wiederum unter Kollegen viele Bedenken auslöste. Ähnliches gilt für Denker wie Wilhelm Ostwald oder Ernst Mach, zu denen am Leipziger Lehrstuhl für Erkenntnistheorie seit den frühen 1970er Jahren gearbeitet wurde, wobei wir de-

ren zumeist recht einseitigen Betrachtung in der DDR-Gesellschaftswissenschaft entgegentraten.

Schon im eigenen Interesse haben wir auch stets Methoden verteidigt, die seit dem "Wiener Kreis" in der gesamten "Analytischen Philosophie" gang und gäbe waren: semantische Analysen etwa und überhaupt das Streben nach einer möglichst fundierten und eindeutigen Theoriesprache. Aber die Praktizierung solcher Verfahren ließ uns nicht zu Positivisten in dem uns unterstellten Sinne werden. Solche Methoden verstanden wir vielmehr als für jede theoretische Tätigkeit unverzichtbar. Diese Haltung wurde Anfang der 1980er Jahre durch ein für DDR-Verhältnisse seltenes und dementsprechend unerwartetes Ereignis bekräftigt: Zwei Mitarbeiter des Leipziger Lehrstuhls für Erkenntnistheorie erlangten ein USA-Stipendium für ein einjähriges postgraduales Studium an der Universität in Boston. Beide Mitarbeiter konnten sich rasch in den analytischen Denkstil der Bostoner Philosophen und Wissenschaftstheoretiker einordnen. Sie haben dort Studien erarbeitet (zum Einfluß der englischen Wissenschaftler-Linken der 1930er und 1940er Jahre auf das Denken von Th. S. Kuhn bzw. zum Vergleich gnoseologischer Grundlagen der Kreativitätsforschung in den USA und in Ländern des Realsozialismus), die auch seitens ihrer amerikani-

schen Mentoren viel Anerkennung fanden.

Abschließend möchte ich betonen, daß der Realsozialismus wissenschaftliche Arbeit keineswegs nur behindert, sondern ihr auch Chancen neu eröffnet hat. Ich denke etwa daran, daß sichere akademische Arbeitsplätze auch für die Geisteswissenschaften Forschungsgruppen ermöglichten, die langfristige wissenschaftliche Aufgaben planen und sich diesen gemeinsam widmen können. Das hätte Erkenntnisleistungen erbringen können, die einem ständig wechselnden und unentwegt um die eigene soziale Existenz und Karriere besorgten Personal sicher nicht erlaubt sind. Eine geisteswissenschaftliche Grundausbildung, die sich besonders der Geschichte des Studienfaches und seines erreichten begrifflichen Instrumentarismus annahm, hätte eine solide theoretische Basis für eine spätere Gemeinschaftsarbeit erbringen können. Aber alles dies galt für die DDR oft genug nur der abstrakten Möglichkeit nach. Die vielen politischen, ideologischen oder methodischen Ungereimtheiten, von denen ich oben einige erwähnt habe, erstickten solche großartigen Chancen leider nur allzu rasch und gründlich.

Dieter Wittich, Prof. Dr. phil., war bis 1991 Leiter des Lehrstuhls für Erkenntnistheorie an der Leipziger Universität

Plädoyer für das Erinnern

Anmerkungen zu Leben, Werk und Nachlaß von Wolfgang Heise

I

Walter Benjamin hat seine Abhandlung über den Sammler und Historiker Eduard Fuchs mit Sätzen eingeleitet, die ihre Gültigkeit auch dann behalten, wenn man den Namen des vom Verfasser Gewürdigten ersetzt durch den Wolfgang Heises: "Das Lebenswerk von Eduard Fuchs gehört der jüngsten Vergangenheit an. Ein Rückblick auf dieses Werk beinhaltet alle Schwierigkeiten, die der Versuch mit sich bringt, von der jüngsten Vergangenheit Rechenschaft abzulegen. Es ist zugleich die jüngste Vergangenheit der marxistischen Kunsttheorie, die hier zur Rede steht. Und das erleichtert die Sache nicht ..."¹ Als entscheidende Ursache für die Schwierigkeit des Rechenschaftablegens über marxistische Kunsttheorie führt Benjamin an, daß diese im Gegensatz zur marxistischen Ökonomik noch keine Geschichte habe.² Heute, sechzig Jahre nach der Entstehung von Benjamins Abhandlung, wird wohl niemand ernsthaft leugnen wollen, daß sie eine Geschichte hat; die Geister, so muß man annehmen, werden sich allerdings scheiden,

wenn es um ihre Darstellung und Bewertung geht, in ihrer Gesamtheit sowie in ihren einzelnen Phasen. In bezug auf die "jüngste Vergangenheit", verstanden als die marxistische Kunsttheorie (in) der DDR, steht die umfassende, komplexe und zugleich differenzierte Aufarbeitung meines Erachtens ebenso aus wie bei der Philosophie und Ästhetik, Heises Arbeitsfeldern über Jahrzehnte. Wird sie eines Tages in Angriff genommen, ist auch mit Antworten auf die Thesen von Hans-Peter Krüger und Heiner Müller zu rechnen: Während ersterer behauptet, daß Heise "der nach und neben Georg Klaus ... wohl bedeutendste DDR-Philosoph"³ sei, vertrat letzterer die Ansicht, bei Heise handelt es sich um den "wahrscheinlich einzigen DDR-Philosophen, der es nicht verdient hat, in der aktuellen Inszenierung des Vergessens zu versinken"⁴. Als eine der denkbaren Möglichkeiten, dem Vergessen das Erinnern entgegenzusetzen, werden im folgenden Konturen der wissenschaftlichen Biographie des am 10. 4. 1987 Verstorbenen nachgezeichnet und Angaben zum Heise-Archiv, aufgebaut und betreut vom Berliner Institut für Ästhetik, gemacht.

II

Wolfgang Heise wurde am 8. Oktober 1925 geboren. Sein Vater, der Studienrat Wilhelm Heise, gehörte nach dem Zweiten Weltkrieg zu den Gründungsvätern der Pädagogischen Fakultät der Humboldt-Universität, seine aus Österreich stammende Mutter, Edith Heise, geborene Hirschhorn, war Keramikerin. Nachdem Heise 1943 das Abitur abgelegt hatte, nahm er eine kaufmännische Lehre auf, die er aller Wahrscheinlichkeit nach nicht beendet hat, da er 1944 - als wehrunwürdig eingestuft angesichts der Tatsache, daß seine Mutter Jüdin war - in einem Arbeitslager bei Zerbst interniert wurde. Nach Kriegsende arbeitete Heise in der Kulturabteilung des Magistrats von Berlin-Steglitz. Im Jahre 1946 nahm er an der Humboldt-Universität, die seine Arbeitsstätte bis zur vorzeitigen Emeritierung im Jahre 1985 wurde, das Studium der Geschichte, Kunstgeschichte, Philosophie und Germanistik auf und wurde (ohne Erlangung eines regulären Studienabschlusses in Form eines Diploms oder Magisters) zunächst Aspirant und 1952 wissenschaftlicher Oberassistent. Im Anschluß an die 1954 erfolgte Promotion über den Frühaufklärer Johann Christian Edelmann wurde Heise 1955 mit der Wahrnehmung einer Dozentur für Theorie und Geschichte der Ästhetik und 1958 mit der Wahrnehmung einer Professur für Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie beauftragt. 1963 legte Heise seine Habilitationsschrift - eine Untersuchung zu Entwicklungstendenzen der modernen bürgerlichen

Philosophie - vor, die ein Jahr später in Buchform⁵ erschien, und wurde zum ordentlichen Professor für Geschichte der Philosophie berufen. Neben seiner Lehr- und Forschungstätigkeit übte Heise in den sechziger Jahren wiederholt Leitungsfunktionen innerhalb der Universitätsstruktur aus. So war er beispielsweise zwischen 1962 und 1964 Leiter der Fachrichtung Philosophie und 1965/1966 Dekan der Philosophischen Fakultät. Seit 1968 arbeitete er am Bereich Ästhetik/Kulturtheorie bzw. am Institut für Ästhetik, zunächst als außerordentlicher, seit 1972 als ordentlicher Professor für Geschichte der Ästhetik.

Der Weggang Heises vom Institut für Philosophie war keinesfalls ein zufälliger oder ausschließlich inhaltlich zu begründender, wenngleich ihm die Philosophie "ein Gefängnis geworden war"⁶. Von entscheidender und einschneidender Bedeutung für diesen Wechsel dürfte gewesen sein, daß er in Folge der "Verweigerung einer landesüblichen Unterschrift"⁷, gemeint ist eine Zustimmungserklärung zum Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei aus Anlaß des Prager Frühlings, "Kafkas Literatur als Realität"⁸ erlebte. Zäsuren dieser Art hat es in Heises Biographie mehrere gegeben. Um nur ein Beispiel herauszugreifen: 1964 wurde er wegen seines Eintretens für Robert Havemann nach nur einmonatiger Amtszeit von der Funktion des Prorektors für Gesellschaftswissenschaften entpflichtet.

Zum Proselyten haben ihn diese Erfahrungen, wie Heiner Müller betont⁹, den-

noch nicht werden lassen. Die Hoffnung auf eine gesellschaftliche Alternative zum bürgerlichen System gab er nicht auf, wenngleich das Wissen darum, in einem Staat zu leben, der die in ihn gesetzten Erwartungen nicht mehr nur enttäuschte, sondern teilweise schon längst verraten hatte, früh einsetzte.

Das Faktum der Desillusionierung beschreibt beispielsweise Christa Wolf, sich einiger der mit Heise Anfang der sechziger Jahre geführten Gespräche erinnernd: "Wolfgang sagte, wir müßten uns klar darüber sein, daß dieser Staat wie jeder Staat sei: ein Herrschaftsinstrument, und eine Ideologie wie alle Ideologie: falsches Bewußtsein."¹⁰ Der Frage, in welchen Formen und an welchen Gegenständen der Philosoph und Ästhetiker in seinen Veröffentlichungen und Vorlesungen thematisierte, daß das Wirkliche nicht das Mögliche ist, kann hier nicht nachgegangen werden¹¹; verwiesen sei lediglich auf den in Reaktion auf die Ausbürgerung von Wolf Biermann an Kurt Hager adressierten Brief, der sicherlich nicht nur symptomatisch für die Haltung Heises ist, sondern das Denken nicht weniger Intellektueller der DDR zu dieser Zeit widerspiegelt. Heise, die Ausbürgerung Biermanns verurteilend, nahm diese zum Anlaß, Widersprüche in der DDR konkret zu benennen und dezidiert öffentlichen (!) Dialog zu fordern. Doch er schrieb an Hager "nicht ohne ein Gefühl der Vergleichenheit" und wußte um das Risiko, "als Narr meiner Vernunftromantik dastehen zu können"¹².

III

Das spezifische Interesse Heises an ästhetischen Fragestellungen setzt bereits vor dem institutionellen Wechsel von der Philosophie zur Ästhetik ein. Während seine Lehr- und Forschungstätigkeit in den fünfziger und frühen sechziger Jahren primär philosophiegeschichtlich ausgerichtet war (bürgerliche und marxistisch-leninistische Philosophie), dominierte seit Mitte der sechziger Jahre die Auseinandersetzung mit der Geschichte ästhetischen Denkens von der Antike bis zur Gegenwart. Als Schlüsseltexte des "Wechsels" sind sicherlich die veröffentlichte Fassung seines 1964 auf dem Salzburger Hegelkongreß gehaltenen Referates "Hegel und das Komische"¹³ sowie der ein Jahr später publizierte Aufsatz "Über die Entfremdung und ihre Überwindung"¹⁴ anzusehen. Die damalige Bedeutung beider Texte erschließt sich dem heutigen Leser allerdings sicherlich nur, wenn sie in Beziehung zur kunst- und kulturpolitischen Orientierung und Praxis der DDR gesetzt wird: Heises Plädoyer für das Komische in den Künsten, für das Lachen in ihnen und durch sie, wird formuliert zur Zeit wiederholten und massiven Eingreifens der Zensur auf dem Theater, das zu Verboten von sich mit sozialistischem Alltag beschäftigenden Komödien führt. Ein halbes Jahr vor dem 11. Plenum des ZK der SED, das seine traurige Berühmtheit der rigiden Kahlschlagpolitik auf dem Gebiet der Künste verdankt, thematisierte Heise, was tabuisiert war: Entfremdung im Sozialismus.

Die von Heise in den Folgejahren vorgenommene Analyse historischer Modelle ästhetischen Denkens vor allem der Aufklärung, Klassik, Frühromantik und des Vormärz basierte auf der übergreifenden Fragestellung nach dem Verhältnis von Vernunft, Macht, Philosophie und Ästhetik. Zu seinen wichtigsten Arbeiten auf diesem Gebiet gehören "Bild und Begriff"¹⁵ und "Realistik und Utopie"¹⁶ sowie die postum veröffentlichten Publikationen "Hölderlin. Schönheit und Geschichte"¹⁷ und "Die Wirklichkeit des Möglichen"¹⁸.

Parallel zu diesen historischen Studien befaßte er sich immer auch mit der Kunst/den Künsten der Gegenwart. "Er sah die Künste mit dem Blick des Philosophen, will heißen, feinfühlig, einfühlsam, kritisch-reflektierend, historisch-synthetisierend, immer auf der Suche nach dem Gedanken in und hinter den Gestalten, Handlungen, Bildern, Tönen. Er wollte sie nicht belastet sehen mit dem Ballast und dem Ansinnen illustrierender Stellvertreterschaft, er fragte sich und andere stets nach der (n) nur ihr eigenen unverwechselbaren Besonderheit(en)."¹⁹ Diese Herangehensweise ließ ihn für Künstler wie Christa Wolf, Heiner Müller, Volker Braun, Otto-Niemeyer Holstein und Ronald Paris, um nur einige zu nennen, zu einem wichtigen und wertvollen Freund, Gesprächspartner, Berater und Kritiker werden. Er war, wie Müller hervorhob, "wichtig als Freund und Motivator"²⁰ und wirkte für dessen eigene Arbeit als "Korrektiv"²¹.

Neben der bildenden Kunst, insbesondere der zeitgenössischen Malerei, und

der Musik interessierte Heise vor allem das Theater. Seine zahlreichen Theaterkritiken, verfaßt vor allem zwischen 1946 und 1949, zeugen davon ebenso wie seine umfangreichen Drameninterpretationen, seine wiederholte Teilnahme an Debatten um das DDR-Theater, seine Tätigkeit als wissenschaftlich-künstlerischer Mitarbeiter an der Berliner Volksbühne und sein fragmentarisch vorliegender Entwurf einer Theatertheorie.

IV

Im November 1995, aus Anlaß des siebzigsten Geburtstages des Philosophen und Ästhetikers, eröffnete das Institut für Ästhetik ein Wolfgang-Heise-Archiv, dem - der Blick in archivwissenschaftliche Fachliteratur gestattet dies - in mindestens dreifacher Hinsicht der Status des Besonderen zugesprochen werden kann. Erstens: In der Bundesrepublik ist es offensichtlich eher die Ausnahme denn die Regel, daß Universitäten den wissenschaftlichen Nachlaß eines ihrer Wissenschaftler erwerben, erschließen und der Öffentlichkeit für Forschungszwecke zugänglich machen.²² Zu den wenigen Ausnahmen gehören unter anderem die Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main, die ein Max-Horkheimer-Archiv besitzt, sowie das an der Universität Konstanz befindliche "Sozialwissenschaftliche Archiv", das Soziologennachlässe betreut.²³ Zweitens: Die oftmals praktizierte Trennung von Bibliothek und wissenschaftlichem Nachlaß und die daraus resultierende Aufarbeitung durch unterschiedliche Diszi-

plinen wurde nicht vorgenommen. Drit- tens: Der erworbene wissenschaftliche Nachlaß kann als weitestgehend voll- ständig angesehen werden.

Die Erschließung und Systematisie- rung dieses Nachlasses erfolgte, da ein allgemeinverbindliches Regelwerk für die Aufarbeitung von Wissenschaft- ler-Nachlässen nicht existiert, auf der Grundlage der vom Deutschen Litera- turarchiv Marbach am Neckar favori- sierten Archivsystematik, die allerdings auf den konkreten Bestand des vorge- fundenen Archivgutes hin modifiziert werden mußte. Das damit in Anwen- dunggekommene künstliche Ordnungs- system hat eine Gliederung des Be- standes in drei Hauptgruppen zur Fol- ge:

I. Publikationen/Manuskripte/Gutach- ten etc. des Nachlassers/Bestands- bildners

II. Briefe

III. Zugehörige Materialien.

Die für diese Bestandsgruppen konzi- pierte Binnengliederung, die aufgrund ihres beträchtlichen Umfangs hier nicht wiedergegeben werden kann, berück- sichtigt die Spezifik des Heiseschen Nachlasses. Betrachtet unter archivi- schen bzw. archivierungstechnischen Gesichtspunkten, besteht diese Spe- zifik primär darin, daß es sich - bereits bei Beginn der Erschließung - um einen sogenannten unechten bzw. an- gereicherten Nachlaß handelt durch die Aufstockung mit Manuskripten, Dokumenten, Artikeln etc. nach Hei- ses Tod.

Die formale Erschließung und Verzeich-

nung des (ca. sechs bis sieben laufen- de Meter umfassenden) Nachlasses ist weitgehend abgeschlossen, die voll- ständige inhaltliche Erschließung steht für die erste der genannten Hauptgrup- pen noch aus. Für jede der bislang in beiderlei Hinsicht erfaßten Archivalien der drei Bestandshauptgruppen wurde eine Kurzbeschreibung bzw. Annotati- on erstellt, die in ihrer Gesamtheit das Findbuch des Nachlasses bilden, das potentiellen Nutzern eine umfassende Orientierung über die vorhandenen Ar- chivalien ermöglicht. Beim gegenwärtigen Stand der Aufarbeitung des Nach- lasses umfaßt das Findbuch ca. 800 Seiten, schätzungsweise 200 bis 300 weitere werden hinzukommen.

Die qualitativ wie quantitativ gewichtig- ste und für Forschungen interessante- ste Bestandshauptgruppe ist die der Publikationen/Manuskripte/Gutachten etc. des Nachlassers, wobei es sich ausschließlich um originäre Arbeiten Heises handelt. Sie umfaßt neben an- derem sämtliche Veröffentlichungen Heises, Werk-, Vorlesungs- und Vor- tragsmanuskripte, die für Lehre und Forschung angefertigten Exzerpte und Konspekte, Literaturübersichten, Noti- zen, Stichpunkte, Zitatensammlung usw., Gutachten und Beurteilungen sowie veröffentlichte wie unveröffent- lichte Nachrufe und Gedenkreden. Die Bestandshauptgruppe Briefe muß, betrachtet unter den Gesichtspunkten Inhalt und Umfang, als eher unbedeu- tend angesehen werden. Im echten Nachlaß sind von Heise selbst nur einige wenige Durchschlagexemplare seiner Korrespondenz nachweisbar, bei

den an ihn adressierten Schreiben han- delt es sich in der Mehrzahl der Fälle um für die Heise-Forschung weitge- hend belanglose. Zu den wenigen be- langvollen Ausnahmen gehören insbe- sondere Sendungen von Künstlern, die auf anschauliche Weise die bereits beschriebene Bedeutung Heises für sie illustrieren. Die ebenfalls ausgespro- chen umfangreiche Bestandshaupt- gruppe Zugehörige Materialien versam- melt Lebensdokumente des Nachlas- sers (Unterlagen zur beruflichen Tätig- keit, Verträge, Auszeichnungen etc.), ihn betreffende veröffentlichte wie un- veröffentlichte Sekundärliteratur (Rezen- sionen bzw. Gutachten zu Heises Pu- blikationen, Abhandlungen zu seinem Leben und Werk im allgemeinen sowie zu seiner Rolle innerhalb der DDR- Philosophie und Ästhetik im besonde- ren), Ergänzungsmaterialien für Lehr- und Forschungszwecke (Ablichtungen, Sonderdrucke, Zeitungsausschnitte usw.), Resultate studentischer For- schung und Tondokumente (von Heise konzipierte sowie ihn zum Gegenstand habende Rundfunksendungen bzw. Sendebeiträge).

Sinnvoller als ausführliche Anmerkun- gen zu den angeführten, jedoch das tatsächliche Spektrum des Nachlas- ses nur grob umreißen Positionen, die den Rahmen dieses Textes deut- lich sprengen würden, dürften Verwei- se auf die künftige Arbeit des Archivs sein. Parallel zur inhaltlichen Erschlie- ßung der noch ausstehenden Archiva- lien, Erarbeitung von Namens- und Sachregister bzw. Schlagwortkatalog sowie fortlaufenden Ausweitung des

unechten Nachlasses wird sukzessive mit der eigentlichen Forschungsarbeit am Nachlaß begonnen. Zu deren vor- dringlichen Aufgaben gehört die Re- konstruktion von Vorlesungsreihen in ihrer konkreten Abfolge, um auf diesem Wege u. a. Konstanten, Akzentver- schiebungen, Veränderungen oder Brü- che in der Behandlung der einzelnen Gegenstände nachweisen zu können. Ein Vorhaben, daß durch die Heise eigene Arbeitsweise - Erstellung von (Neu)Fas- sungen durch Auseinander- schneiden sowie anschließendes Zusammen- oder Überkleben von Vor- lesungsabschnitten bzw. -seiten, hand- schriftliche Streichung oder Ergänzung von Textpassagen, nahezu vollständi- ger Verzicht auf Datierung, entweder gänzlich unterlassene oder aber mehr- fach vorgenommene Paginierung etc. - enorm erschwert wird. Geplant sind u.a. die Untersuchung des Wandels von Heises Wissenschaftssprache, der Vergleich von Manuskriptfassungen und die damit mögliche Dokumentation der Entstehungsphasen von Vorträgen und Veröffentlichungen sowie die Analyse der Rezeptions- und Wirkungsge- schichte Heises. Daß diese und ande- re Vorhaben allerdings nicht allein durch das Archiv realisiert werden können, aber dessen räumliche, finanzielle und personelle Absicherung zur elementa- ren Voraussetzung haben, ist offen- sichtlich.

V

Der zweite Bereich des Archives, die Präsenzbibliothek, umfaßt ca. 7.000 Bände - das sind ungefähr vier Fünftel

der Gesamtbibliothek Heises - und einige hundert Zeitschriften. Das Gros der Sammlung, die das von Benjamin jeder echten Bibliothek attestierte Undurchschaubare und Unverwechselbare zugleich aufweist, bilden die wissenschaftliche Primär- und Sekundärliteratur zu den Fachgebieten Philosophie, Ästhetik, Kunst-, Theater-, Musik-, Literatur- und Kulturwissenschaft, Architektur, Geschichte und Theologie. In umfangreichem Maße ist zudem nationale und internationale Belletristik vertreten. Der Erhalt dieser Bibliothek, die über ausgesprochen wertvolle Werk-, Einzel- und Erstausgaben etc. verfügt, als eine selbständige ist für die Heise-Forschung vor allem deshalb von Bedeutung, weil sie sowohl einen umfassenden Einblick in die Vielseitigkeit der (wissenschaftlichen) Interessen Heises ermöglicht als auch Spuren seines Arbeitens (Anstreichungen, eingelege Zettel mit Anmerkungen, Notizen, Fragen) enthält.

Hätte man Heise gebeten, die eigene Bibliothek vorzustellen, wäre er diesem Ansinnen sicherlich in sachlich-informativer Form gefolgt; eine Beschreibung à la Benjamin scheint undenkbar. Vielleicht, weil Heise kein Sammler im Benjaminschen Sinne war. Für ihn war nicht der Besitz entscheidend, sondern Funktionswert, Nutzen, Brauchbarkeit standen im Vordergrund, da die Bibliothek in erster Linie Arbeitsinstrument war. Sie dennoch in Analogie zu Benjamin unter dem Gesichtspunkt der Arten ihrer Erwerbung zu charakterisieren, erscheint als ausgesprochen reizvoll, kann hier jedoch nicht

ausgeführt werden, weil über Gekauftes, Ererbtes, Geschenktes, zu Rezensionszwecken Erhaltenes, selbst Geschriebenes, Herausgegebenes und Begutachtetes ebenso gesprochen werden müsste wie über viele der Vorbesitzer der Bücher, die in ihnen häufig vorhandenen Widmungen usw.

VI

Die Auseinandersetzung mit und Aufarbeitung von DDR-Ästhetik im allgemeinen und dem Werk Heises im besonderen vollzieht sich am Berliner Institut für Ästhetik auf unterschiedliche Weise. Innerhalb der Lehrangebote des Institutes hat es seit dem Wintersemester 1993/94 wiederholt Seminare gegeben, in denen vor dem Hintergrund der Analyse von Kunst-, Kunstwerk- und Kulturdebatten der DDR insbesondere der Theatertheoretiker Heise im Zentrum gestanden hat. Darüber hinaus werden zentrale Positionen und Prämissen eines philosophischen und ästhetischen Denkens im Rahmen von Vorlesungen an den Lehrstühlen Geschichte ästhetischen Denkens und Systematische Ästhetik vermittelt. Von den entsprechenden Lehrstuhlinhaberinnen, Renate Reschke und Karin Hirdina, werden außerdem mehrere Graduationsarbeiten zur DDR-Ästhetik und Kunsttheorie betreut, in denen, wenngleich in sehr unterschiedlichem Ausmaß, auch Heise Untersuchungsgegenstand ist. Dazu gehören die Habilitationsschrift von Achim Trebeß zum Thema Entfremdung sowie die Promotionsvorhaben von Andreas Trampe, der

die Entwicklung der DDR-Ästhetik am Beispiel von Dissertationsschriften analysiert, und von Claudia Salchow, die sich speziell mit dem theatertheoretischen und -konzeptionellen Denken Heises befaßt.

Die vom Institut initiierten und organisierten Heise-Kolloquien haben bislang dreimal stattgefunden. Das erste Kolloquium, durchgeführt im November 1990 unter dominanter Beteiligung von Philosophen und Ästhetikern aus dem In- und Ausland, stand unter dem Thema "Die Wirklichkeit des Möglichen? Geschichte und Utopie. Entwicklungen bis zum Ende des 20. Jahrhunderts". "Angesichts der Situation der beteiligten Wissenschaften", so das Resümee von Renate Reschke, "wurden mehr Fragen gestellt, wurde in Frage gestellt, als beruhigende Antworten gegeben, Bilanzen gezogen werden konnten und sollten. Ganz im Sinne dessen, dem durch das Kolloquium kritische Würdigung zuteil kam, daß endgültige Antworten, letzte Wahrheiten und abschließendes Systemdenken jedem Meinungsstreit ungünstig sind. Ganz im Sinne auch der Beteiligten, die auf der Suche nach Antworten, im Prozeß kritischer Selbstbefragung und Neubestimmung ihrer wissenschaftlichen Positionen sich befinden." Inhaltlich knüpfte das 1992 realisierte Kolloquium an den von Heise angeregten und edierten "Dialog über die Vernunft am Jahrtausende" an. Das Spektrum der beteiligten Disziplinen war interdisziplinärer und ließ die Veranstalter hoffen, "Denkweisen und theoretische Ansätze zusammen(zu)föhren,

die anderswo eher fehlen". Eine Hoffnung, die sich zumindest mit Blick auf das 1994 durchgeführte Kolloquium "Wirklichkeit(en) der Ästhetik" nicht bestätigte. Vergleicht man die drei Kolloquien unter dem Aspekt der direkten inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Wissenschaftler Heise, ist eine rückläufige Tendenz zu verzeichnen. Aus der ursprünglichen Zentralstellung in vielen Referaten auf dem ersten Kolloquium wurde nachfolgend, von Ausnahmen abgesehen, eher die Position eines Stichwortgebers und Zitatenslieferanten. Über die Ursachen für diese Entwicklung und mögliche Formen der Weiterführung der Veranstaltungsreihe wird gegenwärtig am Institut für Ästhetik diskutiert.

VII

Im Vorfeld der Archiveröffnung hat das Institut für Ästhetik mit Heise befreundete oder bekannte Künstler sowie einige seiner ehemaligen Studenten und/oder Kollegen unterschiedlicher Generationen gebeten, sich des Philosophen und Ästhetikers zu erinnern. Aus den Einsendungen (Prosatexte, Lyrik, bildende Kunst), bei denen es sich überwiegend um nach dem Tode Heises entstandene und zum Teil extra für das Anliegen des Instituts geschriebene oder gestaltete Arbeiten handelt, wurde eine Broschüre mit dem Titel "Künstler über einen Philosophen. Eine Hommage an Wolfgang Heise" zusammengestellt, die über die mitunter sehr persönlichen Erinnerungen an Gespräche, Begegnungen und Situationen mit

Heise hinaus einen Einblick in den DDR-Alltag an Universitäten, Kunst- und Kultureinrichtungen und aus ihm resultierende Hoffnungen, Wünsche, Enttäuschungen, Resignationen und Verbitterungen vermittelt.

Claudia Salchow, Dipl.-Kulturwissenschaftlerin, ist Assistentin am Lehrstuhl Geschichte ästhetischen Denkens, Institut für Ästhetik der Humboldt-Universität zu Berlin, und Bearbeiterin des Heise-Nachlasses

Anmerkungen:

¹ Benjamin, Walter: Eduard Fuchs, der Sammler und Historiker, in: ders.: Allegorien kultureller Erfahrung. Ausgewählte Schriften 1920-1940 / hrsg. von Sebastian Kleinschmidt, Leipzig 1984, S. 249

² vgl. ebd.

³ Krüger, Hans-Peter: Rückblick auf die DDR-Philosophie. Ost-Berlin in den 70er und 80er Jahren, in: *Frankfurter Rundschau* vom 23. 2. 1991

⁴ Müller, Heiner: Die Küste der Barbaren. Glosse zum deutschen Augenblick, in: *Frankfurter Rundschau* vom 30. 9. 1992

⁵ vgl. Heise, Wolfgang: Aufbruch in die Illusion. Zur Kritik der bürgerlichen Philosophie in Deutschland, Berlin 1964

⁶ Müller, Heiner: Ein Leben ohne Maske und ein Feuer im Garten, in: *Sinn und Form* 6/1987, S. 1232

⁷ ebd.

⁸ ebd.

⁹ vgl. ebd.

¹⁰ Wolf, Christa: "Winterreise", in: Künstler über einen Philosophen. Eine Hommage an Wolfgang Heise (Versuchendes Denken III, Sonderheft), Berlin 1995, S. 22

¹¹ Achim Trebeß hat sich mit diesem Problem am Beispiel des Entfremdungsbegriffes in Heises Werk auseinandergesetzt; vgl. Trebeß, Achim: Zum Entfremdungsbegriff im Werk von Wolfgang Heise, in: *Die Wirklichkeit des Möglichen? Geschichte und Utopie*, Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin. Reihe Geistes- und Sozialwissenschaften 8/1991, S. 57 - 62

¹² Heise, Wolfgang: Brief an Kurt Hager vom 18. 11. 1976, in: *Sonntag* vom 4. 2. 1990, S. 13

¹³ vgl. ders.: Hegel und das Komische, in: *Sinn und Form* 6/1964, S. 811 - 830

¹⁴ vgl. ders.: Über die Entfremdung und ihre Überwindung, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 6/1965, S. 684 - 710

¹⁵ vgl. Kuczynski, Jürgen; Heise, Wolfgang: Bild und Begriff. Studien über die Beziehungen zwischen Kunst und Wissenschaft, Berlin und Weimar 1975

¹⁶ vgl. Heise, Wolfgang: Realistik und Utopie. Aufsätze zur deutschen Literatur zwischen Lessing und Heine / hrsg. vom Zentralinstitut für Literaturgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin 1982

¹⁷ vgl. ders.: Hölderlin. Schönheit und Geschichte / mit einer Nachbemerkung von Rosemarie Heise, Berlin und Weimar 1988

¹⁸ vgl. ders.: Die Wirklichkeit des Möglichen. Dichtung und Ästhetik in Deutschland 1750 - 1850, Berlin und Weimar 1990

¹⁹ vgl. Reschke, Renate: Wolfgang Heise und die Kunst, in: Künstler über einen Philosophen ..., a. a. O., S. VI

²⁰ Müller, Heiner: Krieg ohne Schlacht. Leben in zwei Diktaturen. Eine Autobiographie, Köln 1994, S. 336

²¹ ebd.

²² vgl. von Bieberstein, Johannes Rogalla: Zum Sammeln und Erschließen von Nachlässen. Ein Situationsbericht, in: *Der Archivar* 3/1983, S. 307 - 315

²³ vgl. ebd., S. 311

Studentinnen in der DDR Erst gefördert - dann vom Staat benachteiligt

1. Einleitung

Kennzeichnend für die planwirtschaftliche Ausrichtung des sozialistischen Staates Deutsche Demokratische Republik waren im hochschulpolitischen Bereich die selektive Planung und Lenkung des Hochschulstudiums, die dirigistische Gängelung der Studierenden¹ und die Verschulung des Hochschulstudiums. Das gemeinsame Lernen in den Seminargruppen, die regelmäßige Teilnahme an den Veranstaltungen der staatlich gelenkten FDJ und die Unterbringung in den Mehrbettzimmern der Studentenheime waren wichtige Instrumente für die ideologische Erziehung durch die Partei. Dazu gehörten auch die „gesellschaftlichen“ Verpflichtungen, wie etwa die Teilnahme am vierwöchigen „FDJ-Studentensommer“ mit Arbeitseinsätzen bei der Ernte oder auf dem Bau. Die Klage eines Chemiestudenten über die Belastung der Studienvorbereitung durch den Studentensommer war bezeichnend: „... und dann

beginnt das große Staunen, wenn wir besser Unkraut jäten und Wege planieren können, als unbekannte chemische Vorgänge richtig zu deuten.“²

Die ideologische Schulung war Aufgabe des marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums,³ das selbst in den ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen ein Viertel des Lehrplanes beanspruchte.⁴ Die Überfrachtung des Stundenplanes mit außeruniversitären gesellschaftlichen Tätigkeiten und Selbstverpflichtungen wird durch die Tatsache bestätigt, daß sich über die Hälfte von befragten Studenten hinsichtlich der Quantität der Anforderungen überfordert fühlten, während nur ein Viertel von ihnen meinten, es auch intellektuell zu sein. Vice versa sah sich lediglich ein Prozent als quantitativ unterfordert an, im Gegensatz zu einem Zehntel, die sich von den geistigen Anforderungen unterfordert fühlten.⁵

2. Entwicklung der Studierendenzahlen

Im Rahmen der gesellschaftlichen Umwälzungen in der SBZ/DDR sollte auch die soziale Zusammensetzung und gesellschaftliche Herkunft der Studieren-

den an den Universitäten und Hochschulen verändert werden. Besonders der Prozentsatz der Arbeiter- und Bauern-Kinder sollte ihrem Bevölkerungs-

anteil gemäß ansteigen. Zur Verwirklichung dieses Ziels wurden nach sowjetischem Vorbild⁶ Arbeiter- und Bauern-Fakultäten errichtet, die begabten jungen Werkträgern die nötige Vorbildung für ein Hochschulstudium in komprimierter Form und relativ kurzer Zeit zu vermitteln hatten.

Doch wie die geschlechtsdifferenzierten Daten der ABF-Studierenden der Jahre 1950-1963 zeigten,⁷ sank seit Beginn der fünfziger Jahre der Frauenanteil beharrlich, obgleich er nie mehr als 27,2 % (1952) betragen hatte. Daraus läßt sich ersehen, wie schwer die Erhöhung der Frauenquote an der Zahl der Studierenden auch für ein Regime war, das die Förderung der Frauen zur eigenen Sache gemacht hatte. Noch Ende der sechziger Jahre wurde „Frauenförderung als System“⁸ sozialistischer Hochschulpolitik gefordert und

3. Sozialpolitische Förderung der Studentinnen

Anfang der sechziger Jahre wurden mit großem propagandistischen Aufwand spezielle Förderprogramme¹³ angeregt; besonders um die Zahl der Studentinnen in den ingenieurwissenschaftlichen Fächern zu erhöhen. Im Vergleich zur umfassenden Agitation war der Erfolg dieser Maßnahmen eher mäßig. Denn neben der mühsamen Überwindung historisch gewachsener Vorbehalte wurden die familialen Bedingungen und Gegebenheiten der Frauen unzureichend berücksichtigt.¹⁴ Mitte der sechziger Jahre brachen Studentinnen fünfmal häufiger als ihre männlichen

das Frauensonderstudium initiiert;⁹ Mitte der achtziger Jahre war dies nicht mehr der Fall. Obgleich die Erfolge der weiblichen Nachwuchsförderung sich in Grenzen hielten, wurde die Problematik der Steigerung des weiblichen wissenschaftlichen Lehrpersonals inzwischen eher bagatellisiert.¹⁰ Zwar lag der Frauenanteil mit einem Drittel des wissenschaftlichen Nachwuchses deutlich über den Werten, die zu Beginn der sechziger Jahre registriert wurden. Vergleicht man den Anteil weiblicher wissenschaftlicher Kader (33,6 %) mit dem Anteil weiblicher Studierender im Jahre 1986 (50,3 %), dann wird die fortbestehende Diskrepanz deutlich.¹¹ Der chronische Arbeitskräftemangel führte bereits in den frühen fünfziger Jahren zu einem verstärkten Bemühen der Integration von Frauen in den Arbeitsprozeß und speziell in die technischen Berufe.¹²

Kommilitonen ein Hochschulstudium ab. Da die Benachteiligungen von Frauen mit Kindern besonders groß war, wurde im Jahre 1970 durch die Einführung eines Sonderstudiums die Vereinbarkeit von Studium und Mutterschaft verbessert. Die Verrichtung der Hausarbeit unter verheirateten Studentenehepaaren blieb aber, empirischen Untersuchungen zufolge, ungleich verteilt: während sich die Männern im Durchschnitt neun Stunden engagierten, mußten sich die Frauen achtzehn Stunden wöchentlich um den Haushalt kümmern.¹⁵

Besonders hervorzuheben waren die umfangreichen sozialpolitischen Maßnahmen für die Studierenden in der DDR, vor allem für Studentinnen mit Kind. Seit 1981 erhielten alle Studierenden im Direktstudium ein Grundstipendium; bereits 1971 hatten 91 % der Studenten und Studentinnen in der DDR ein Stipendium bekommen. Ende der achtziger Jahre erhielt jeder Studierende im Direktstudium ein Grundstipendium von 200 Mark.

Darüberhinaus gab es zusätzliche Leistungsstipendien in Höhe von 60, 100 oder 150 Mark.¹⁶ Infolge der ausreichenden materiellen Absicherung durch Stipendien und den umfassenden sozialpolitischen Maßnahmenkatalog für Frauen mit Kindern waren in der DDR doppelt so viele Studierende verheiratet als etwa in der Bundesrepublik Deutschland. Studentinnen mit zwei oder drei Kindern waren daher keine Seltenheit; pro Kind erhöhte sich das Grundstipendium um 50 Mark. Die Universitäten und Hochschulen in der DDR waren überdies verpflichtet, Kinderkrippen- und Kindergartenplätze bereitzustellen. Außerdem konnten Studentinnen mit Kindern Klausuren und Prüfungstermine verlegen lassen. So verwundert

4. Ein Staatsgeheimnis - die soziale Herkunft

Differenzierte Angaben über die soziale Herkunft der Studierenden suchte man in DDR-Veröffentlichungen vergebens. Zwar wurde immer wieder die Förderung von Arbeiter- und Bauernkindern gefordert,²³ aber die Realität differenzierte soziale Rekrutierungs- und Segregationsmuster. Traditionelle

es nicht, daß jede zwölfte Direktstudentin bereits Mutter war.¹⁷ Der Anteil der Stomatologiestudentinnen mit Kind an der Berliner Humboldt-Universität stieg beispielsweise von 15 % (1979) auf 39 % im Jahre 1985.¹⁸

Die bis Anfang der siebziger Jahre angestiegene Studierendenzahl (Höchststand 1972 mit 161.000) hatte sich infolge der Zugangsbeschränkungen nach der III. Hochschulreform vorübergehend in der Mitte der siebziger Jahre gesenkt; der Frauenanteil an der Gesamtzahl der Studierenden war hingegen kontinuierlich angestiegen. Auffallend groß war der unterschiedliche Anteil von Studentinnen beim Direkt- und Fernstudium.¹⁹ Begründet lag dies in der Tatsache, daß das neben dem Beruf und Haushalt²⁰ ausgeübte Fernstudium eine starke zeitliche Belastung darstellte²¹ und darum von vielen Frauen - besonders verheirateten mit Kindern - gemieden wurde. Während beim Direktstudium der Frauenanteil mit 51 % in etwa dem der weiblichen Wohnbevölkerung der DDR (52 %) entsprach,²² lag im Fernstudium die Partizipation der Frauen nur bei einem Drittel der Studierenden.

Wertschätzungen für Bildung²⁴ bestimmter Bevölkerungsschichten und Berufsgruppen hatten auch im real existierenden Sozialismus Bestand: „Es ist aber nicht zu übersehen, daß die Bereitschaft zu einer höheren Bildung bei Kindern aus Elternhäusern mit einer höheren Bildung größer ist als

bei Kindern aus Elternhäusern mit einer geringeren Bildung.“²⁵ Die Wirksamkeit familialer Voraussetzungen für den Drang nach Bildung (z.B. großer Besitz kulturtragender Güter wie Bücher) konnte auch die sozialistische Erziehung nicht²⁶ brechen: „Auch heute noch gibt es Produktionsarbeiter, die dazu neigen, ihre Kinder so zu beeinflussen, den Weg der Berufsausbildung zum qualifizierten Facharbeiter einzuschlagen, und bei Angehörigen der Intelligenz ist sehr stark die Tendenz verbreitet, das Studium als vorrangigen Weg der Qualifizierung ihrer Kinder anzusehen. Deshalb ist der Umstand zu verzeichnen, daß die Intelligenz sich auch ohne staatliche Regulierungsmaßnahmen weitgehend aus sich selbst rekrutiert.“²⁷

Dies erlaubt die Hypothese, daß auch in der DDR die Bildungschancen des weiblichen Nachwuchses mit dem Bil-

5. Tradiertere Verteilung nach Fachgebieten

Immer wieder wurde von staatlichen Stellen die unterschiedliche proportionale Verteilung der Studierenden nach dem Geschlecht in den einzelnen Disziplinen beklagt.³⁰ Während in den lehrerausbildenden Studiengängen der DDR die Studentinnen - ähnlich wie in der Bundesrepublik Deutschland - mit drei Viertel aller Studierenden überproportional häufig vertreten waren, studierten Frauen in den technischen Wissenschaften nur halb so oft wie es ihrem Gesamtanteil an den Studierenden entsprach. Obgleich die absolute Ziffer aller Studierenden an den Technischen Universitäten der DDR in den

achtziger Jahren um fast zehn Prozent angestiegen war, ging der prozentuale Anteil der Frauen sogar noch leicht zurück, so daß lediglich ein gutes Viertel der Studierenden in den ingenieurwissenschaftlichen Wissenschaftszweigen weiblich war.³¹

Ein kontinuierlicher und um zehn Prozentpunkte auch überaus deutlicher Rückgang des Studentinnenanteils war infolge der staatlichen Lenkungsmaßnahmen in den Literatur- und Sprachwissenschaften zu konstatieren; er ging einher mit der Halbierung der absoluten Studierendenzahl in diesem Wissen-

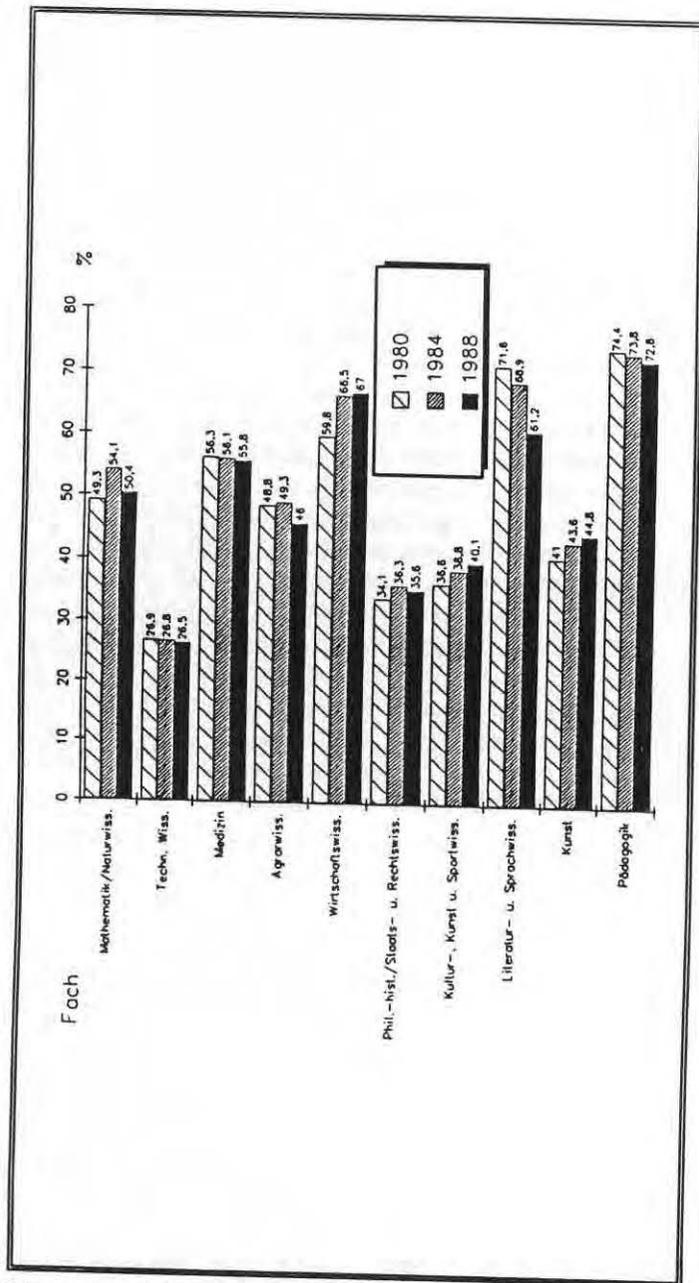


Diagramm 1: Anteil der weiblichen Studierenden in der DDR in den achtziger Jahren nach Wissenschaftszweigen differenziert³²

schaftszweig. Dies dürfte auch ein Indiz dafür sein, daß sich die Frauen nicht freiwillig und neuen „Neigungen“ folgend, sondern vielmehr durch die restriktive Hochschulzugangspolitik³³ für bestimmte Fachbereiche „interessiert“ zeigten, bzw. durch gezielte Werbekampagnen in den Klassen der Oberschulen geworben wurden. In der Agrarwissenschaft kam es gleichfalls zu einem leichten Absinken des Studentinnenanteils. Unerwartet hoch war der Frauenanteil in den Wirtschaftswissenschaften, wo die Studentinnen zwei Drittel der Studierenden repräsentierten. Daß die Quotierung statt aus Lenkungs- aus etwaigen Leistungsgründen erfolgt sein könnte, ist nicht plausibel, da die Frauen im Vergleich zu den Männern im Durchschnitt mit den besseren Abiturnoten³⁴ die Oberschule absolvierten und über die Hälfte der Abiturienten stellten.³⁵

Die weibliche Studienfachwahl hatte, ungeachtet der staatlichen Lenkungsmaßnahmen im Hochschulbereich, auch ihre geschlechtsdifferenzierten Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen. „Spätestens seit Ende der sechziger Jahre ist in der DDR von einer nach Geschlechtern *polarisierten* Wirtschafts- und Berufsstruktur zu reden“³⁶ (Hervorhebung, L.M.). Im internationalen Vergleich war der Frauenanteil an technischen Berufen in der DDR allerdings immer noch über dem Durchschnitt anderer europäischer Industriestaaten. Überdies gab es Unterschiede in der hierarchischen Verteilung. Während 43 % des wissenschaftlichen Personals im DDR-Hochschulwesen

weiblich war, waren lediglich drei Prozent der Rektoren, Prorektoren und Sektionsdirektoren, fünf Prozent der Professoren und zwölf Prozent der Dozenten Frauen. Besonders die wachsende Feminisierung der pädagogischen Berufe wurde als problematisch eingestuft, da das Berufswahlverhalten der zu Unterrichtenden dadurch mitbeeinflusst wurde. Betrug der Frauenanteil unter dem Lehrpersonal an den allgemeinbildenden Schulen der DDR im Jahre 1965 lediglich 55 %, so waren es im Jahre 1989 schon 80 %.

Bei den Neuzulassungen von Studentinnen im Direktstudium waren deutliche divergierende Entwicklungen zu konstatieren. Durch die einmal jährlich, am 1. September, erfolgende Neuzulassung konnte das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen die Zulassungsquoten relativ einfach steuern.

Die auf dem VII. Parteitag der SED im Jahre 1967 beschlossene Steigerung der Anzahl wissenschaftlicher Kader³⁷ führte zu deutlichen Kapazitätserweiterungen bei den Neuzulassungen. Waren in den Jahren von 1965 bis 1967 jeweils 16.000 Studierende immatrikuliert worden, stieg diese Ziffer im Jahre 1968 um ein Viertel an. Die Zahl 20.000 wurde 1969 um ein weiteres Drittel auf über 26.000 Personen erhöht und überstieg im Jahre 1970 sogar die Marke von 30.000 Neuzulassungen; das bedeutet: im Vergleich zum Jahre 1965 verdoppelte sich innerhalb von nur fünf Jahren die Zahl der Neuzulassungen. Die Anzahl der studierenden Frauen war in diesem Zeitraum sogar um das zweieinhalbfache gestiegen. Allerdings

Tabelle 1: Neuzulassungen weiblicher Studierender im Direktstudium im Verhältnis zur Gesamtzahl der Neuimmatrikulationen 1965-1988³⁸

Jahr	Neuzulassungen im Direktstudium		
	Insgesamt	davon Frauen	
	abs.	abs.	in %
1965	16.360	5.554	33,9
1966	16.181	6.471	40,0
1967	16.411	7.118	43,4
1968	20.067	8.964	44,7
1969	26.734	11.673	43,7
1970	30.786	13.753	44,7
1971	31.326	15.363	49,0
1972	28.099	16.497	58,7
1973	25.642	15.718	61,3
1974	27.210	14.814	54,4
1975	27.783	13.618	49,0
1976	26.043	12.585	48,3
1977	26.050	13.893	53,3
1978	26.328	14.098	53,5
1979	26.559	14.335	54,0
1980	26.761	14.202	53,1
1981	25.813	13.523	52,4
1982	26.623	14.520	54,5
1983	26.786	14.480	54,1
1984	26.435	13.683	51,8
1985	26.474	13.639	51,5
1986	25.886	13.482	52,1
1987	25.351	12.976	51,2
1988	26.036	12.649	48,6
1965-88	607.744	307.608	50,6

wurde seit 1974 - neben der aus bildungsökonomischen Gründen³⁹ erfolgten allgemeinen Verringerung der Studierendenzahlen - der Frauenanteil wieder gedrosselt (in den Jahren 1975 und 1976 sogar unter die Fünfzigprozentmarke), ehe dieser Anfang der achtziger Jahre erneut anstieg. Hauptursache für die Zugangsbegrenzung in einzelnen Studienfächer war die nicht gewünschte *Feminisierung* der Disziplinen.

Die Widersprüchlichkeit der staatlichen Lenkung belegt Herta Kuhrig, die das Kapitel über die gesellschaftliche Stellung der Frau im Sammelband »Sozialstruktur der DDR« verfaßte. Zum einen betont sie, mit Verweis auf die DDR-Verfassung,⁴⁰ die vielfältigen Möglichkeiten und Chancen von Frauen, die „historisch gewachsenen“ Bildungsrückstände in der sozialistischen Gesellschaft zu überwinden und einen qualifizierten Studien- und Berufsab-

Tabelle 2: Studienabschlüsse weiblicher Studierender im Direktstudium im Verhältnis zur Gesamtzahl der Absolventen 1965-1988⁴¹

Jahr	Absolventen im Direktstudium		
	Insgesamt	davon Frauen	
	abs.	abs.	in %
1965	13.739	4.955	36,1
1966	13.495	4.634	34,3
1967	13.369	3.943	29,5
1968	13.404	4.075	30,4
1969	13.803	4.565	33,1
1970	14.571	5.204	35,7
1971	16.216	6.691	41,3
1972	19.172	8.114	42,3
1973	24.304	10.128	41,7
1974	26.582	12.128	45,6
1975	25.170	12.632	50,2
1976	22.815	13.234	58,0
1977	19.026	11.842	62,2
1978	22.139	12.301	55,6
1979	20.757	10.553	50,8
1980	19.452	10.123	51,8
1981	18.954	10.131	53,5
1982	19.815	10.655	53,8
1983	20.551	10.876	52,9
1984	20.889	11.257	53,9
1985	20.301	10.812	53,3
1986	18.537	9.642	52,0
1987	18.669	9.820	52,6
1988	20.848	11.177	53,6
1965-1988	456.668	219.492	48,1

schluß zu erwerben.⁴² Im weiteren forderte sie nicht nur „den weiteren qualifikationsgerechten Einsatz der Frauen“, sondern auch eine „verstärkte Einbeziehung in die Ausübung von Leitungsfunktionen.“ Denn hierbei sei das „Erreichte noch nicht das Erreichbare“.⁴³ Denn lediglich ein Drittel der Leitungspositionen in der Wirtschaft und dem Staatsapparat der DDR wurden von Frauen ausgeübt.

Zum anderen jedoch bilanziert Kuhrig auf derselben Seite: „Im Wissenschafts-

bereich Medizin war es **erforderlich**, den Frauenanteil von 70,8 Prozent im Jahre 1971 durch **gezielte Zulassungspolitik** auf 56,5 Prozent zu reduzieren“⁴⁴ (Hervorhebung, L.M.). Wieso diese „gezielte Zulassungspolitik“ im Studienfach Medizin „erforderlich“ war,⁴⁵ wird nicht genannt. Fachliche Gründe für diese frauenbenachteiligende Maßnahme scheiden aus, da im nächsten Satz den Frauen bescheinigt wird, sich dem beruflichen Qualifikationsniveau der Männer „weitgehend angeglichen“ zu haben.⁴⁶ Die folgende Tabelle 3 be-

legt dies nachdrücklich, da im Fachbereich Medizin in den Jahren 1971-1988 der Anteil der Frauen an den Absolventen über dem der Neuzulassungen lag.

Die Folgen dieser frauendiskriminierenden Politik des Ministeriums für Hochschulwesen sind deutlich in der Tabelle 4 zu erkennen. Mit Ausnahme der Jahre 1971, 1974 und 1988 wurden im Wissenschaftsbereich Medizin jährlich immer mehr Personen neu zugelassen, als in dem jeweiligen Jahr ihr Studium absolvierten. Zwischen 1971 und 1988 wurden insgesamt 40.135 Personen immatrikuliert, während 32.245 Personen in diesem Zeitraum ihr Studium abschlossen; ein Zuwachs von 7.890 Medizinstudierenden.

Die geschlechtsdifferenzierte Betrachtung

der jährlichen Neuzulassungen und Absolvent(inn)en weist die ministeriellen Eingriffe deutlich auf. Die in Tabelle 19 erfolgte Saldenberechnung (Neuzulassungen minus Absolventinnen gleich Saldo) für die Medizinstudierenden zeigt, daß im Jahre 1974 138 Frauen weniger immatrikuliert wurden, als in dem Jahr ihr Studium beendeten. Zwar kam es in diesem Jahr auch insgesamt zu einem negativen Saldo, doch die Frauen wurden davon stärker betroffen als die Männer. Im Vergleich zum Vorjahr 1973 sank der Anteil der neuzugelassenen Frauen von 71,2 % auf 67,3 % aller zusätzlichen Immatrikulationen. Überdies war im Jahre 1974 der weibliche Anteil an den Absolventen von 62,8 % (1973) auf 65,0 % angestiegen.

Tabelle 3: Neuzulassungen und Absolventen in Medizin im Direktstudium in den Jahren 1971-1988⁴⁷

Jahr	Neuzulassungen			Absolventen		
	gesamt abs.	davon Frauen abs.	in %	gesamt abs.	davon Frauen abs.	in %
1971	1.657	1.259	76,0	1.687	846	50,1
1972	1.866	1.402	75,1	1.487	1.023	68,8
1973	2.069	1.473	71,2	1.467	921	62,8
1974	2.191	1.475	67,3	2.481	1.613	65,0
1975	2.150	1.262	58,7	1.446	999	69,1
1976	2.161	1.135	52,5	1.519	1.049	69,1
1977	2.290	1.294	56,5	487	376	77,2
1978	2.341	1.290	55,1	1.688	1.160	68,7
1979	2.378	1.315	55,3	1.818	1.205	66,3
1980	2.434	1.383	56,8	1.935	1.202	62,1
1981	2.412	1.239	51,4	1.875	1.072	57,2
1982	2.311	1.226	53,1	1.871	984	52,6
1983	2.348	1.284	54,7	1.907	1.020	53,5
1984	2.360	1.331	56,4	2.052	1.123	54,7
1985	2.351	1.270	54,0	1.978	1.115	56,4
1986	2.371	1.404	59,2	2.273	1.297	57,1
1987	2.253	1.220	54,2	2.008	1.050	52,3
1988	2.192	1.135	51,8	2.266	1.255	55,4
Gesamt	40.135	23.397	58,3	32.245	19.310	59,9

Tabelle 4: Saldo von Neuzulassungen minus der Absolventen in Medizin differenziert nach Geschlecht in den Jahren 1971-1988⁴⁸

Jahr	Saldo von Neuzulassungen minus der Absolventen			
	Insgesamt abs. t	nur Männer abs.	nur Frauen abs.	in %
1971	-30	-443	413	1.376,7
1972	379	0	379	0
1973	602	50	552	91,7
1974	-290	-152	-138	-47,6
1975	704	441	263	37,4
1976	642	556	86	13,4
1977	1.803	885	918	50,9
1978	653	523	130	19,9
1979	560	450	110	19,6
1980	499	318	181	36,3
1981	537	370	167	31,1
1982	440	198	242	55,0
1983	441	177	264	59,9
1984	308	100	208	67,5
1985	373	218	155	41,6
1986	98	-9	107	109,2
1987	245	75	170	69,4
1988	-74	46	-120	-162,2
Insgesamt	7.890	3.803	4.087	51,8

Noch deutlicher wird die „gezielte Zulassungspolitik“ des Ministeriums für Hochschulwesen bei der Gegenüberstellung von mehreren zusammengefaßten Jahren: Zwischen 1971-73 wurden per Saldo 951 Personen mehr zugelassen, als in diesen Jahren ihr Studium abschlossen. Davon waren 1.344 Frauen (141 %), denn die Zahl der Medizin studierenden Männer sank real um 393. Die seit dem Jahre 1974 eingeleitete Verringerung führte dazu, daß zwischen 1975 und 1979 lediglich 1.507 Frauen (34,5 %) unter den insgesamt 4.362 zusätzlichen Studierenden waren. Ab dem Jahre 1982 ist (bis 1987) eine Lockerung der weiblichen Zugangsbeschränkungen zu konstatieren. So stieg in den Jahren 1982-87 der Anteil der Frauen an den über dem Absolventenniveau liegenden Neuzulassungen

wieder auf 60,2 % an. Im Jahre 1988 wurden dann erneut weniger Frauen in Medizin zugelassen als in dem Jahr ihr Studium beendeten.

Statt der wohlwollenden staatlichen Unterstützungsmaßnahmen, wie die verschiedenen Förderungsprogramme in den fünfziger und sechziger Jahren, wurden die Studentinnen in der DDR in den achtziger Jahren aus irrationalen Bedenken der Ministerialbürokratie vor einer Feminisierung der Studienfächer und Berufe von einzelnen Disziplinen ferngehalten bzw. ihre Immatrikulationszahl dirigistisch limitiert.

Lothar Mertens, Dr. rer.soc., Dr. phil., ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Lehrbeauftragter an der Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum

Anmerkungen:

- ¹ Siehe beispielhaft Thimm, Brigitte: Probleme der Heranbildung der materialistisch-dialektischen Denkweise bei Ingenieurstudenten im marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium unter besonderer Berücksichtigung des Kurses Dialektischer und historischer Materialismus. Diss. A Humboldt-Universität Berlin (Ost) 1979, S. 17 u. S. 96.
- ² Zit. in Thüt, Peter A.: Studenten: Kleines Glück im verordneten Mittelmaß. In: Werner Filmer/Heribert Schwan (Hg.): Alltag im anderen Deutschland. Düsseldorf-Wien 1985, S. 185-196; S. 191.
- ³ Böhme, Hans-Joachim: Das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium - Kernstück der sozialistischen Erziehung der Studenten. In: *Das Hochschulwesen*, 20. Jg. (1972), Berlin (Ost), S. 3-8.
- ⁴ Thimm, S. 163, Anlage 2. Siehe auch Mertens, Lothar: Studenten in der DDR. Neue Erkenntnisse aus DDR-Dissertationen. In: *Deutsche Studien*, 24. Jg. (1986), H. 96, Lüneburg, S. 371-377; S. 371 f.
- ⁵ Olbertz, Jan H.: Über den Zusammenhang von Studienmoral und studentischer Selbsttätigkeit. Eine hochschulpädagogische Untersuchung. Diss. A Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1981, S. XLVI, Tab. 13; Siehe auch Mertens, Studenten, S. 374.
- ⁶ Meck, Sabine/Mertens, Lothar: Das Wissenschaftssystem der Sowjetunion und seine Vorbildfunktion für die DDR. In: *Elite in Wissenschaft und Politik. Empirische Untersuchungen und theoretische Ansätze*. Hrsg. von Dieter Voigt. Berlin (West) 1987, S. 175-210; S. 196 ff.
- ⁷ Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik. Hrsg. von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, 10. Jg. (1964), S. 446.
- ⁸ Rohde, Erwin: Frauenförderung als System. In: *Das Hochschulwesen*, 17. Jg. (1969), Berlin (Ost), S. 309-318; S. 310 ff.
- ⁹ Freese, Renate: Zu einigen Problemen des Frauensonderstudiums. In: *Probleme der Frauenqualifizierung*. Hrsg. vom Wissenschaftlichen Rat für soziologische Forschung in der DDR. Berlin (Ost) 1971, S. 128-146.
- ¹⁰ Böhme, Hans-Joachim: Zur Entwicklung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. In: *Das Hochschulwesen*, 33. Jg. (1985), Berlin (Ost), S. 138-151.
- ¹¹ Hildebrandt, Karin: Frauen in der wissenschaftlichen Arbeit an den Hochschulen. In: *Das Hochschulwesen*, 35. Jg. (1987), Berlin (Ost), S. 103-104.
- ¹² Siehe Bestmann, Hans Joachim/Koth, Hans Joachim: Mehr Frauen und Mädchen für technische Berufe. In: *Arbeit und Arbeitsrecht*, 24. Jg. (1969), H. 9, Berlin (Ost), S. 264.
- ¹³ Zurehertradierten Einstellung von Männern in universitären Leitungsfunktionen gegenüber den weiblichen Arbeitskräften siehe Hildebrandt, Kriemhild: Zur Lage des weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchses. Ergebnisse einer Befragung an der Universität Rostock. In: *Das Hochschulwesen*, 13. Jg. (1965), Berlin (Ost), S. 601-608.
- ¹⁴ Hildebrandt, S. 607; Schnelle, Gertraude: Zu den Ergebnissen der Frauenkonferenzen im Hochschulwesen. Zwischenbilanz in einigen Fragen. In: *Das Hochschulwesen*, 15. Jg. (1967), Berlin (Ost), S. 100-108.
- ¹⁵ Weller, Konrad: Die Studenten-Intervallstudie Leistung SIL. Informationsmaterial für die SIL-Teilnehmer, Hrsg. anlässlich der vierten Untersuchung SIL D zu Studienende. Hg.: Zentralinstitut für Jugendforschung, Leipzig. Leipzig 1986, S. 21.
- ¹⁶ Husner, Gabriele: Studenten und Studium in der DDR. Köln 1985, S. 50 f.
- ¹⁷ Marsch, Sybille: Studieren mit Kind. In: *Elternhaus und Schule*, 32. Jg. (1983), H. 4, Berlin (Ost), S. 22-23.
- ¹⁸ Otto, Gabriele/Graehn, Gisela: Zur Entwicklung des Frauenstudiums unter besonderer Berücksichtigung der Ausbildung von Ärztinnen und Zahnärztinnen. In: *Das Hochschulwesen*, 36. Jg. (1988), Berlin (Ost), S. 23-24.
- ¹⁹ Siehe auch Garthwaite, Gabrielle: 'Hochschulfernstudium' in der GDR. In: *GDR Monitor*, 6. Jg. (1984), H. 11, Dundee, S. 24-28; S. 24 f.
- ²⁰ Zur Belastung durch den Haushalt siehe Mertens, Lothar: Soziale Auswirkungen von Schicht- und Nachtarbeit in der DDR. In: *Arbeit und Sozialpolitik*, 42. Jg. (1988), H. 3, Baden-Baden, S. 97-98.
- ²¹ Vgl. zu den Freistellungsmöglichkeiten Blankenburg, Karl-Heinz: Freigestellt zur Qualifizierung im Fernstudium an den Hoch- und Fachschulen. In: *Arbeit und Arbeitsrecht*, 40. Jg. (1985), Berlin (Ost), H. 1, S. 13-14.

- ²² Leszczensky, Michael/Filaretow, Bastian: Hochschulstudium in der DDR. Statistischer Überblick. [Hg.:] HIS Hochschulschul-Informations-System GmbH. Hannover o.J. (1990), S. 54.
- ²³ Maetzing, Rudolf: Auftrag für die sozialistische Universität: Arbeiter- und Bauernkinder fördern. In: *Das Hochschulwesen*, 20. Jg. (1972), Berlin (Ost), S. 72-75.
- ²⁴ Siehe Bathke, Gustav-Wilhelm: Jugend und Hochschule/Universität. In: Walter Friedrich/Hartmut Griese (Hg.): *Jugend und Jugendforschung in der DDR. Gesellschaftspolitische Situationen, Sozialisation und Mentalitätsentwicklung in den achtziger Jahren*. Opladen 1991, S. 75-90.
- ²⁵ Goroncy, Claus: Die Wechselbeziehung zwischen dem sozialen Status der Eltern und den Bildungswünschen ihrer Kinder. Diss. A Wilhelm-Pieck-Universität Rostock 1979, S. 56.
- ²⁶ Mertens, Studenten, S. 375.
- ²⁷ Goroncy, S. 57 f.
- ²⁸ Bathke, S. 82 f.
- ²⁹ Voigt, Dieter/Belitz-Demiriz, Hannelore/Gries, Sabine: Die Sozialstruktur der promovierten Intelligenz in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland 1950-1982. Der Einfluß der politischen Systeme auf die unterschiedliche Entwicklung in den beiden deutschen Staaten. Bochum 1990, S. 267, Tab. 20.
- ³⁰ Siehe auch Hertel, Karla/Michalski, Günter: Frauen im Studium an Technischen Hochschulen. In: *Das Hochschulwesen*, 18. Jg. (1970), Berlin (Ost), S. 665-672; S. 668.
- ³¹ Vgl. Lötsch, Ingrid/Falconere, Irene: Berufliche Bildung. In: *Frauenreport '90*. Im Auftrag der Beauftragten des Ministerrates für die Gleichstellung von Frauen und Männern, hrsg. von Gunnar Winkler. Berlin (Ost) 1990, S. 37-100; S. 49 f.
- ³² Erstellt nach Leszczensky/Filaretow, S. 57, Tab. 14.
- ³³ Siehe Hertel/Michalski, S. 668 f.
- ³⁴ Die von Bathke, S. 80 für die Jahre 1982 und 1989 geschlechtsdifferenziert ausgewiesenen Abiturprädikate zeigen einen doppelt so hohen Mädchenanteil bei der höchsten Note (mit Auszeichnung).
- ³⁵ Lötsch/Falconere, S. 41 f.
- ³⁶ Nickel, Hildegard Maria: Frauen in der DDR. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 40. Jg., B 16-17/90, 13. April 1990, Bonn, S. 39-45; S. 40.
- ³⁷ Hertel/Michalski, S. 665.
- ³⁸ Erstellt nach: Die Frau in der Deutschen Demokratischen Republik. Statistische Kennziffernsammlung, 1981, S. 69; Die Jugend in der Deutschen Demokratischen Republik. Statistische Übersichten 1986, S. 75 f.; Ebd., 1988, S. 69 f.
- ³⁹ Schmidt, Gerlind: Hochschulen in der DDR. Eine Untersuchung zum Verhältnis von Bildungs- und Beschäftigungssystem. Köln-Wien 1982, S. 113 f.
- ⁴⁰ Im Artikel 20, Abs. der DDR-Verfassung hieß es u.a.: „Die Förderung der Frau, besonders in der beruflichen Qualifizierung ist eine gesellschaftliche und staatliche Aufgabe.“
- ⁴¹ Erstellt nach: Die Frau in der Deutschen Demokratischen Republik. Statistische Kennziffernsammlung, 1981, S. 69; Die Jugend in der Deutschen Demokratischen Republik. Statistische Übersichten 1986, S. 75 f.; Ebd., 1988, S. 69 f.
- ⁴² Sozialstruktur der DDR. Autorenkollektiv unter der Leitung von Rudi Weidig. Berlin (Ost) 1988, S. 321.
- ⁴³ Ebd., S. 322.
- ⁴⁴ Ebd.
- ⁴⁵ Vgl. Rychlik, Reinhard: Ärzte in der DDR. Ausbildung, Beruf und gesellschaftliche Stellung. Stuttgart 1983, S. 39, der einen Ärzte-Bedarf konstatierte.
- ⁴⁶ Sozialstruktur, S. 322.
- ⁴⁷ Erstellt nach: Die Jugend in der Deutschen Demokratischen Republik. Statistische Übersichten 1978, S. 65 f.; Ebd. 1982, S. 76 f.; Ebd. 1986, S. 75 f.; Ebd. 1988, S. 69 f.
- ⁴⁸ Erstellt nach: Die Jugend in der Deutschen Demokratischen Republik. Statistische Übersichten 1978, S. 65 f.; Ebd. 1982, S. 76 f.; Ebd. 1986, S. 75 f.; Ebd. 1988, S. 69 f.

Geisteswissenschaftliche Forschungsschwerpunkte/Zentren Einige Anmerkungen im Rückblick

Die Entstehungsgeschichte der geisteswissenschaftlichen Zentren, deren Aufbauphase und Betreuung durch die Max-Planck-Gesellschaft (MPG) /Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben mbH (Förderungsgesellschaft) in den anschließenden vier Jahren und das (langwierige, aber schließlich erfolgreiche) Werden ihrer Institutionalisierung sind u. a. in den Veröffentlichungen des Wissenschaftsrates [1] und in den Tätigkeitsberichten der Förderungsgesellschaft [2] nachzulesen. Der Verfasser, noch für wenige Wochen Geschäftsführer der Förderungsgesellschaft, möchte mit diesem Beitrag auf einige bisher weniger im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehende Aspekte dieses „Experiments“ der Forschungsförderung eingehen.

Wie kam es zur Förderungsgesellschaft? Warum nicht Institute der MPG, sondern Forschungsschwerpunkte? Und wenn schon nicht Max-Planck-Institute, warum nicht sofort Zentren?

Die Antwort läßt sich leichter in der umgekehrten Reihenfolge geben. Eine verstärkte Förderung der Geisteswissenschaften war in den 80er Jahren

mehrfach gefordert worden, mit besonderem Nachdruck im Jahr 1990 von W. Frühwald u. a. in: Geisteswissenschaften heute [3]. Der Wissenschaftsrat beschrieb im Juli 1991 auch schon recht konkret, wie Zentren „aussehen“ sollten [4]. Er hielt jedoch eine Probe-phase für notwendig und empfahl deshalb, die Zentren „für einen Zeitraum von zunächst drei Jahren an die Max-Planck-Gesellschaft oder an die MINERVA Gesellschaft anzugliedern“ [5]. Und weiter: „Während der dreijährigen Übergangszeit muß die weitere konzeptionelle Ausgestaltung der Zentren und ihre institutionelle Entwicklungsperspektive in einer oder mehreren Kommissionen der Max-Planck-Gesellschaft erörtert werden.“ [6]

Der Wissenschaftsrat hatte offenbar großes Vertrauen, daß es der Max-Planck-Gesellschaft - und eben nur der Max-Planck-Gesellschaft - gelingen könnte, diesen neuen förderungspolitischen Ansatz in einem schwierigen Umfeld so weit zu entwickeln, daß er auch ohne Hilfe lebensfähig sein würde.

Durch den Inhalt des Auftrags war jedoch dokumentiert, daß auch für den

Wissenschaftsrat die empfohlene Struktur und Organisationsform der Zentren nur eine vorläufige war.

Die Max-Planck-Gesellschaft wiederum wollte die Vorläufigkeit der für die Übergangszeit gewählten Strukturen dadurch zum Ausdruck bringen, daß die zum 1. Januar 1992 gegründeten Einrichtungen „Forschungsschwerpunkte“ und nicht gleich „Zentren“ genannt wurden.

Damit ist im Grunde auch bereits beantwortet, warum die MPG die Einrichtungen nicht in Form von Instituten gründen konnte. Max-Planck-Institute werden für wissenschaftlich aussichtsreiche und innovative Forschungsaufgaben eingerichtet, die eine langfristige Bearbeitung erfordern und die auf Grund ihrer Besonderheit in Universitäten nicht angemessen oder erfolgversprechend bearbeitet werden können. Ihre Organisation und Finanzierung richten sich nach feststehenden Regeln.

Wenn die MPG bei der Umsetzung der Wissenschaftsratsempfehlung helfen wollte - Zweifel an ihrem Willen wurden immer wieder geäußert, sind aber unberechtigt -, dann konnte dies also nur durch eine mittelbare Trägerschaft geschehen. Hierfür stand im Prinzip auch eine andere „Tochter“, die vom Wissenschaftsrat erwähnte MINERVA GmbH, zur Verfügung. Deren Aufgabenstellung sollte jedoch nicht verändert werden. Also blieb nur der Weg der Neugründung einer zweiten Tochter, der Förderungsgesellschaft.

Die Rechtsform einer GmbH war auch für diese Tochter vor allem aus folgenden Gründen gewählt worden:

- Für die Errichtung bedarf es nur eines Gesellschafters.
- Die einzelnen Gründungsschritte lassen sich - bei gutem Willen aller Beteiligten - rasch vollziehen. (Zwischen der Entscheidung, die Förderungsgesellschaft zu gründen, der notariellen Beurkundung des Gesellschaftsvertrags und der Eintragung ins Handelsregister lagen jeweils nur vier Wochen.)
- Ihre Zwei-Ebenen-Struktur (Gesellschafterversammlung, Geschäftsführer) ermöglicht rasche Entscheidungsprozesse und schafft klare Verantwortlichkeiten.

Was war nun bei der Gründung der Forschungsschwerpunkte vorgegeben? Worin bestand Gestaltungsspielraum? Und worin lagen die besonderen Schwierigkeiten?

Vorgegeben war zunächst der personelle Rahmen. Dabei orientierten sich Bund und Länder an der Empfehlung des Wissenschaftsrates, daß ein Zentrum über 25 Stellen für Wissenschaftler und 10 Stellen für Nichtwissenschaftler verfügen sollte. Darüber hinaus wurden Mittel für die Förderung von Doktoranden und Stipendiaten sowie für den Aufenthalt von ausländischen Gastwissenschaftlern bewilligt.

Vorgegeben war auch, daß 100 Wissenschaftlerstellen und die Stellen für nichtwissenschaftliche Mitarbeiter mit Bewerbern aus den geisteswissenschaftlichen Instituten der ehemaligen AdW der DDR besetzt werden sollten. Diese Stellen waren zum 1. Januar 1992 bereitgestellt worden. Weitere 75 Wissenschaftlerstellen wurden dann für

die sogenannte „Durchmischung“ für das Jahr 1993 bewilligt.

Was die Aufnahme von Vorhaben und Projekten in die neu zu gründenden sieben Forschungsschwerpunkte (Zentren) betrifft, orientierte sich die Präsidentenkommission (die vom Präsidenten der MPG für die Gründung der Zentren und die Entwicklung der langfristigen Perspektive im September 1991 eingerichtet worden war) an den Empfehlungen des Wissenschaftsrates vom Juli 1991.

Gestaltungsspielraum bestand bei der Auswahl der Mitarbeiter: Trotz der Eingrenzung der Stellenausschreibungen auf die vom Wissenschaftsrat empfohlenen, d. h. positiv evaluierten Vorhaben bewarben sich für die 100 Wissenschaftlerstellen etwa 400 Wissenschaftler aus den früheren geisteswissenschaftlichen AdW-Instituten. An dieser Stelle sei deshalb die Feststellung erlaubt, daß in den Forschungsschwerpunkten nach zweimaliger „Einstellungs-Evaluierung“ (im Jahr 1995 kam eine dritte durch die DFG hinzu) besonders qualifizierte Wissenschaftler arbeiteten.

Der notwendige Freiraum für einen raschen Aufbauprozess kam dadurch zustande, daß sich Bund und Länder damit einverstanden erklärten, daß für den Zeitraum, in dem die Zentren durch die MPG betreut werden, deren zurechtens rechtliche Regelungen angewendet werden konnten. Wenn die Einrichtungen bereits im Herbst 1992 weitgehend mit den notwendigen sachlichen Ressourcen ausgestattet waren, dann

ist dies zu einem erheblichen Teil diesem Umstand zu verdanken.

Worin bestanden die Schwierigkeiten? (Nur einige können und sollen hier genannt werden.)

Zunächst in den unzureichenden räumlichen Verhältnissen, die möglichst rasch durch geeignete „Provisorien“ zu verbessern waren. Wenn dies in wenigen Monaten gelang, dann ist auch an dieser Stelle Mitarbeitern der früheren KAI und der Berliner Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung nochmals herzlich Dank zu sagen. Bis zum Ende der Betreuung durch die Förderungsgesellschaft sind aus den „Provisorien“ funktionsgerecht ausgestattete Einrichtungen (davon zwei in Potsdam und ab 1. Januar 1996 eine in Leipzig) geworden, die auch für die nächsten Jahre gute Voraussetzungen für erfolgreiches wissenschaftliches Arbeiten bieten.

Als besondere Schwierigkeit erwies sich ein nicht aufhebbarer Widerspruch: Schon nach dem Konzept des Wissenschaftsrates vom Juli 1991, das in diesem Punkt von der Präsidentenkommission der Max-Planck-Gesellschaft uneingeschränkt übernommen wurde, sollten zwei Drittel der Wissenschaftlerstellen nur befristet besetzt werden. Wegen der Vorläufigkeit der Einrichtungen während der Betreuung durch die Förderungsgesellschaft mußten sogar alle Arbeitsverträge befristet abgeschlossen werden. Die Mitarbeiter, die zum 1. Januar 1992 eingestellt worden waren, kamen aber alle aus Instituten der AdW der ehemaligen DDR.

Sie hatten dort praktisch unkündbare Beschäftigungen. Die Unsicherheit, ob und wie es weitergehen würde, belastete gerade ältere Mitarbeiter aus den früheren AdW-Instituten und damit auch die Arbeitssituation während der gesamten vier Jahre erheblich.

Hinzu kam, daß wegen der nur vorübergehenden Betreuung der Zentren durch die Förderungsgesellschaft und der nicht geklärten Zukunft dieser Institutionen auch die Leitungspositionen nicht endgültig, sondern nur kommissarisch besetzt werden konnten, bei fünf Einrichtungen mit Wissenschaftlern aus den alten Bundesländern, bei zwei Einrichtungen mit Wissenschaftlern aus früheren AdW-Instituten. Soweit die kommissarischen Leiter aus den alten Bundesländern kamen, waren sie im Hauptamt Hochschullehrer. Von allen kommissarischen Leitern wurde ein außerordentlicher Arbeitseinsatz geleistet. Wenn aus den Forschungsschwerpunkten Zentren wurden, dann ist dies vor allem auch ein Verdienst der kommissarischen Leiter!

Wie war die Förderungsgesellschaft organisatorisch strukturiert? Hat die Förderungsgesellschaft Modellcharakter?

Innere und äußere Struktur sind nur aus den Anforderungen der Gründungsphase und der vorgegebenen kurzen Betreuungszeit zu verstehen. Die wesentlichen Rahmenbedingungen sollen deshalb (nochmals) genannt werden:

- Im Sommer 1991 war die MPG von Bund und Ländern gebeten worden,

sieben geisteswissenschaftliche Zentren zum 1. Januar 1992 zu gründen und für einen Zeitraum von drei Jahren (ein weiteres Jahr kam später hinzu) zu betreuen.

- Um in diesen Jahren die Voraussetzungen für eine fortdauernde Existenz durch eine schnelle Profilierung der Einrichtungen und der einzelnen Wissenschaftler schaffen zu können, mußte die Arbeitsfähigkeit der Forschungsschwerpunkte umgehend hergestellt werden. Hierzu gehörte auch eine sofort funktionierende Verwaltung, die die Wissenschaftler so weit wie irgend möglich von Verwaltungsaufgaben entlastete.

- Die Ausstattung mit Stellen für nichtwissenschaftliche Mitarbeiter war nach den späteren Erfahrungen vom Wissenschaftsrat bereits 1991 zu knapp empfohlen worden: Für die sieben Einrichtungen standen nur 70 Stellen für nichtwissenschaftliche Mitarbeiter zur Verfügung. Deshalb sollten für Verwaltung so wenig Stellen wie möglich beansprucht werden.

Um sparsam und doch effizient „verwalten“ zu können, wurde folgende Struktur gewählt:

- Die Verwaltung - insgesamt acht Stellen - war organisatorisch zusammengefaßt, räumlich jedoch in die Arbeitsbereiche München (sechs Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen) und Berlin (zwei Mitarbeiterinnen) gegliedert worden.

- Unter einem Verwaltungsleiter waren die Funktionseinheiten Personalwesen (zwei Mitarbeiter) und Finanzwesen einschließlich Beschaffungen (vier Mitarbeiter) eingerichtet worden.

- Der Arbeitsbereich Berlin (je eine Mitarbeiterin aus dem Personalwesen und Finanzwesen) hatte die Aufgabe, die Forschungsschwerpunkte vor Ort zu betreuen.

Der Aufbau einer eigenen kleinen Verwaltung in den Forschungsschwerpunkten hätte mehr Ressourcen und zu viel Zeit beansprucht. Vor allem war auch zu berücksichtigen, daß die Rechtsform GmbH und die Finanzierung durch Bund und Länder die gleichzeitige Anwendung kaufmännischer Rechnungslegungsvorschriften und kameralistischer Haushalts-, Bewirtschaftungs- und Abrechnungsvorschriften bedingten.

Nicht unerwähnt darf schließlich die Institution des Forschungskoordinators bleiben, der die Aufgabe hatte - zusätzlich zu seinen Forschungsaufgaben -, den kommissarischen Leiter zu unterstützen, die wissenschaftlichen Projekte zu koordinieren, Drehscheibe zur Verwaltung zu sein und - ab 1993 - die Integration der Wissenschaftskulturen Ost und West zu fördern.

Bei einer Fortsetzung der Betreuung der Zentren für einen längeren Zeitraum wäre wohl eine Anpassung der Verwaltungsstrukturen in der Weise zweckmäßig gewesen, die zentral wahrzunehmenden Aufgaben weiter zu straffen und „vor Ort“, also in den Forschungsschwerpunkten/Zentren, je eine Verwaltungskraft vorzusehen. Mit dieser Fortentwicklung könnte die Förderungsgesellschaft durchaus als Modell für die administrative Betreuung

kleiner Forschungseinrichtungen, insbesondere mit homogener Organisations- und Finanzierungsstruktur, dienen.

Ein „Strukturelement“ läßt sich jedoch nicht ohne weiteres übertragen: Das hohe Maß an Harmonie der Verwaltungsmitarbeiter untereinander und mit den Forschungsschwerpunkten, vor allem den hauptsächlichen Gesprächspartnern dort, den Forschungskoordinatoren. Eine „glückliche Hand“ bei der Auswahl der Verwaltungsmitarbeiter schuf die Voraussetzung für eine fachkundige, engagierte, immer zu besonderen Leistungen fähige „Mannschaft“, eine Mixture aus abgeordneten Mitarbeitern aus der Generalverwaltung der MPG und aus neu von außen hinzukommenden (ebenfalls mit befristeten Arbeitsverträgen!), die zum Teil aus den alten und zum Teil aus den neuen Ländern stammten.

Welchen Beitrag leistete die sog. „Durchmischung“, d. h. die Einstellung von Wissenschaftlern aus den Universitäten der alten Bundesländer und aus dem Ausland, auf die Entwicklung der Forschungsschwerpunkte?

Wie bereits erläutert, waren von Bund und Ländern für die Einstellung von Wissenschaftlern aus den Universitäten der alten Bundesländer und des Auslands im Jahr 1993 75 zusätzliche Stellen bereitgestellt worden. Die erforderliche Aufstockung des Haushalts wurde jedoch erst im Jahre 1994 vorgenommen. Die zusätzlichen Stellen konnten deshalb erst ab Mitte 1993 besetzt werden. Das Erreichen der mit

der „Durchmischung“ angestrebten Ziele wurde hierdurch nicht unwesentlich erschwert. Weiter ist zu berücksichtigen, daß für die einzelnen Forschungsschwerpunkte zunächst eine gleiche Zahl von Wissenschaftlerstellen, nämlich 15, vorgesehen war. Die Bewerberlage im Herbst 1991 führte jedoch dazu, daß ungleiche Verteilungen vorgenommen werden mußten. Dies schränkte insbesondere für einen Forschungsschwerpunkt die Möglichkeit, Wissenschaftler aus den alten Bundesländern und dem Ausland einzustellen, erheblich ein. Einschließlich Doktoranden, Stipendiaten und Gastwissenschaftlern arbeiten 1994/1995 im Durchschnitt rund 50 Wissenschaftler aus den alten Bundesländern und aus dem Ausland in den Einrichtungen.

Dies vorangestellt, kann konstatiert werden, daß die „neuen“ Mitarbeiter - das Spektrum der Disziplinen und Qualifikationen (auch des Methodenwissens) in den einzelnen Forschungsschwerpunkten erweiterten, - projektbezogenes, interdisziplinäres Arbeiten förderten sowie - einen nicht zu unterschätzenden Beitrag für das Verstehen der unterschiedlichen wissenschaftlichen Erfahrungswelten und Kulturen in Ost und West leisteten.

Wie geht es mit den Zentren weiter? Sind die konstitutiven Bedingungen richtig gewählt worden?

Am 1. Januar 1996 wurden entsprechend der Empfehlung des Wissenschaftsrates vom November 1994 sechs geisteswissenschaftliche Zentren ge-

gründet. Für den Forschungsschwerpunkt Wissenschaftsgeschichte und -theorie hatte der Wissenschaftsrat die Schließung empfohlen, nachdem die MPG im März 1993 die Gründung eines Max-Planck-Instituts für Wissenschaftsgeschichte beschlossen hatte. Der Gründungsprozeß, der in der Hand der Sitzländer Berlin (drei Einrichtungen), Brandenburg (zwei Einrichtungen) und Sachsen (eine Einrichtung) lag, verlief nicht ohne Probleme. Wesentliche Voraussetzungen der Forschungsarbeit, wie die Berufung der neuen Leiter in Verbindung mit den beteiligten Universitäten und die Errichtung der wissenschaftlichen Beiräte, müssen im Jahr 1996 noch geschaffen werden.

Leider ist es im Wissenschaftsrat 1994 nicht gelungen, hinsichtlich der Finanzierung der Einrichtungen die frühere Empfehlung dieses Gremiums aufrechtzuerhalten oder jene der Präsidentenkommission der MPG umzusetzen: Es war nicht möglich, für die Finanzierung der Grundausstattung der Zentren eine gemeinsame Förderung durch Bund und Länder nach 91 b GG/Rahmenvereinbarung Forschungsförderung zu erreichen. Damit ist es allein Aufgabe der Sitzländer, die Grundausstattung bereitzustellen.

Die schwierige Finanzlage der Sitzländer läßt insbesondere bei den Partneruniversitäten Zweifel aufkommen, ob der Förderungsansatz Geisteswissenschaftliche Zentren auch den Universitäten nützen wird. Mit dieser Zielsetzung, letztlich auch die Position der Geisteswissenschaften in den Univer-

sitäten zu stärken, haben Wissenschaftsrat und Präsidentenkommission der Max-Planck-Gesellschaft ihre konzeptionellen Überlegungen ja entwickelt und die institutionellen Strukturelemente definiert. Es wäre ein nicht wiedergutzumachender Schaden für die Geisteswissenschaften, wenn die Zentren, die ihre Bewährungsprobe in der „Übergangsphase“ bereits bestanden haben, nunmehr durch die Finanznöte eben nicht die Chance erhalten würden, „centres of excellence“ zu werden.

Die Hoffnungen ruhen deshalb auf der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Diese soll den projektbezogenen Stellen- und Mittelbedarf der Zentren finanzieren, etwa zwei Drittel des gesamten Budgets. Bund und Länder haben der DFG zugesagt, die hierfür zusätzlich notwendigen Förderungsmittel bei der

Bemessung der Haushalts-Zuwachsraten zu berücksichtigen.

Die DFG ist mit ihren Bewilligungen für die Jahre 1996 und 1997 den Erwartungen gerecht geworden. Sie „kümmert“ sich darüber hinaus um die Einrichtungen, die von der neu eingerichteten Senatskommission für Kulturwissenschaften betreut werden. Zu wünschen wäre, daß das Modell, wie vom Präsidenten der DFG kürzlich formuliert und vom Wissenschaftsrat 1994 empfohlen, auch auf die alten Bundesländer ausgedehnt werden würde.

Wieland Keinath, Dipl.-Volksw., ist Leiter der Abt. Interne Revision in der Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft und hatte im Nebenamt die Geschäftsführung der Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben wahrgenommen

Anmerkungen und Literaturhinweise:

[1] Wissenschaftsrat: Stellungnahme zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften, Düsseldorf, Juli 1991, und: Empfehlungen zur Förderung Geisteswissenschaftlicher Zentren, Stuttgart, November 1994.

[2] Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben mbH: Tätigkeitsbericht 1992 der geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte, München 1993; Tätigkeitsbericht 1993 der geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte, München 1994; Tätigkeitsbericht 1994 der geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte, München 1995.

[3] W. Frühwald, H. R. Jauß, R. Kosselleck, J. Mittelstraß, B. Steinwachs: Geisteswissenschaften heute. Eine Denkschrift, Konstanz 1990.

[4] Siehe hierzu: Wissenschaftsrat; Stellungnahme zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften, Düsseldorf, Juli 1991, Seite 68 ff.

[5] ebenda, Seite 119.

[6] ebenda, Seite 119.

Manfred Wölfling (Berlin):

Sorgenkind Industrieforschung Ost

Nachdem sich in den Jahren 1992 bis 1994 das jährliche Wachstumstempo des Bruttoinlandsprodukts in Ostdeutschland um einen Wert von etwa 8 Prozent bewegte, wurden 1995 nur noch etwa 5 1/2 Prozent erreicht. Im ersten Quartal 1996 ist nach vorläufigen Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung sogar mit einem Rückgang von -0,7 Prozent zu rechnen.¹ Nun scheint angesichts dieser prekären Lage auch der Aufschwung Ost offensichtlich ins Stokken geraten zu sein. Der allgemeine wirtschaftliche Abschwung kann nicht mehr kompensiert werden. Der Produktivitätsfortschritt von 3,1 Prozent im ersten Quartal 1996 gegenüber dem entsprechenden Quartal des Vorjahres erklärt sich weitgehend aus dem Abbau des Arbeitsvolumens. Die Lohnstückkosten sind relativ stark angestiegen, da sich die Lohnentwicklung nicht wesentlich verändert hat.

Hinzu kommt, daß sich die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Ostdeutschland für ausländische Investoren bisher noch nicht erheblich verbessert hat. Betrachtet man die ausländischen Direktinvestitionen für die Jahre 1993 und 1994, so sind in diesen Wirtschaftsraum (ohne Berlin) lediglich 3,3 Prozent des Gesamtwertes für Deutsch-

land geflossen. Dagegen zogen Baden-Württemberg und Bayern etwa 55 Prozent des ausländischen Investivkapitals auf sich.² Stellt man diesen Werten die entsprechenden internen FuE-Aufwendungen im Wirtschaftssektor gegenüber, so ergibt sich für das Jahr 1993 eine frappierende Übereinstimmung. Auf die neuen Bundesländer entfallen 3,6 Prozent und auf die beiden forschungsintensivsten Länder 50,4 Prozent der FuE-Aufwendungen in den Unternehmen.³

Zur jetzigen Situation in den ostdeutschen Unternehmen hat der radikale Abbau des Forschungspersonals in erheblichem Maße beigetragen. Es liegen unterschiedliche Schätzungen über das verbliebene FuE-Personal im Wirtschaftssektor Ostdeutschlands (einschließlich Ost-Berlin) vor. Sie reichen von ca. 22.000 im Jahre 1993 (SV-Wissenschaftsstatistik⁴) bis 16.000 im Jahre 1995 (Forschungsagentur Berlin⁵). Mit hoher Wahrscheinlichkeit sind 3 von 4 ostdeutschen Forschern im Wirtschaftssektor seit dem Jahre 1989 freigesetzt worden. Über einen derartigen Aderlaß an Wissen und Qualifikation können zwar kurzfristig relativ hohe Wachstumsraten nach einer zusammenbruchsartigen Situation hinwegtäuschen, auf längere Sicht war aber mit

nachhaltigen negativen Auswirkungen zu rechnen. Die massive FuE-Förderung der Bundesregierung, der Länder und der EU hat mit einer Fülle von Programmen weiteren Schaden von den Unternehmen abgewendet. Die Förderquote - gemessen an den gesamten Forschungsaufwendungen der ostdeutschen Wirtschaft - ist von 1991 bis 1994 erheblich angestiegen und hat zeitweise Werte von mehr als 40 Prozent erreicht.

Die drastischen Veränderungen der aggregierten Kennziffern lassen vermuten, daß auch in den einzelnen Betriebsgrößen der ostdeutschen Unternehmen sehr unterschiedliche Entwicklungen stattgefunden haben. In der Tabelle 1 werden die ökonomischen Indikatoren (Beschäftigte und Umsatz) mit den gebräuchlichsten FuE-Kennzahlen nach 5 Größengruppen vergli-

chen. Das Ergebnis ist ein stark differenziertes Bild mit überraschenden Veränderungen. Es ist besonders darauf hinzuweisen, daß es sich hier lediglich um die Veränderung innerhalb eines Jahres handelt, das am Ende der Phase der gravierendsten Einschnitte in den ostdeutschen Wirtschaftsmechanismus (1989 bis 1992) lag.

In der Betriebsgrößengruppe unter 100 Beschäftigten hat sich der Beschäftigtenabbau auf 88 vH im Vergleich zu den anderen Größengruppen eher moderat vollzogen. Sowohl der Umsatz als auch die FuE-Kennziffern⁶ sind beträchtlich angewachsen. Besonders starke Gewinne innerhalb der FuE-Beschäftigten, die auf 156 vH anstiegen, hatten im Vergleich zu der nicht so sprunghaft anwachsenden Anzahl der Wissenschaftler und Ingenieure (133 vH) die Techniker und das sonstige Personal

Tabelle 1: Veränderung von Kennziffern in ostdeutschen Unternehmen des Wirtschaftssektors mit FuE-Aufwendungen nach der Betriebsgröße im Jahre 1992 (1991 = 100)

Betriebsgröße	Beschäftigte	FuE-Beschäftigte	Umsatz	FuE-Aufwand
unter 100	88	156	126	168
100 - 499	60	77	87	87
500 - 999	43	57	63	83
1.000 - 1.999	17	24	30	41
2.000 und mehr	32	34	64	55
insgesamt	40	65	65	83

Quelle: SV-Wissenschaftsstatistik GmbH (1994); eigene Berechnungen

(auf mehr als das Doppelte) zu verzeichnen. Diese positive Entwicklung darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Größengruppe im Jahre 1992 trotz beträchtlicher Zuwächse „nur“ einen Umsatzanteil von 7,1 vH (1991: 3,7 vH) und einen Beschäftigtenanteil von 9,6 vH (1991: 4,5 vH) aufwies. Die Betriebsgrößenstruktur hat sich innerhalb eines Jahres radikal verändert; durch Neugründungen⁷ und Aufteilung größerer Unternehmen ist die Größengruppe bis zu 100 Beschäftigten erheblich angewachsen. Bestimmend für das Gesamtergebnis in der ostdeutschen Wirtschaft war in diesem Zeitraum aber immer noch die Größengruppe mit 2.000 und mehr Beschäftigten, die fast die Hälfte des Umsatzes (47 vH) und etwa ein Drittel der Beschäftigten umfaßte. Sehr einschneidend hat sich der Strukturwandel auf die Größengruppe zwischen 1.000 und 2.000 Beschäftigten ausgewirkt. Alle betrachteten Kennziffern weisen die stärksten Rückgänge im Vergleich zu den anderen Betriebsgrößen auf.⁸ In der oberen Firmengruppe sind FuE-Personal und Beschäftigung etwa auf das gleiche Niveau abgesunken; der FuE-Aufwand ist noch stärker gefallen als der Umsatz.

Mit der Bewertung von Forschung und Entwicklung in den ostdeutschen Ländern wird das Ziel verfolgt, Empfehlungen für differenzierte Fördermaßnahmen in den Branchen und den unterschiedlichen Betriebsgrößengruppen vorzuschlagen. Bislang herrschte die Meinung vor, daß den kleinen und mittleren Unternehmen eine besondere

Unterstützung angeboten werden müßte, um ihnen möglichst schnell zu einer wettbewerbsfähigen Wirtschaftslage zu verhelfen. Die Realität des Strukturwandels bringt ans Tageslicht, daß diese Orientierung ihre Berechtigung hat, aber nicht auf Kosten und zu einer sträflichen Vernachlässigung der größeren Unternehmen führen darf.

Analysen über die Inanspruchnahme von Fördermaßnahmen für Forschung, Entwicklung und Innovation im Zeitraum von 1992 bis 1995 haben ergeben, daß die Unternehmen der unteren Größengruppe (20 bis 49 Beschäftigte) und der oberen (1.000 und mehr Personen) etwa zu gleichen Anteilen (ca. 46 vH) mit Fördermitteln bedacht wurden, während die dazwischenliegenden Gruppen viel höhere Anteile aufwiesen (etwa 65 bis 73 vH).⁹ Die großen Unternehmen haben es aufgrund ihrer Fachkompetenz und ihres Mitarbeiterpotentials oftmals leichter, Fördermittel zu akquirieren. Sie konzentrieren sich dabei bedingt durch die Begrenzung vieler Förderprogramme bis zu einer Unternehmensgröße von 1.000 Beschäftigten (etwa Personalförderung Ost, Personalschwachstellenförderung, Auftragsforschung und -entwicklung, Innovationsförderung, Forschungscooperation) vorrangig auf die Fachprogramme.

Die Innovationsintensität in den unterschiedlichen Betriebsgrößen (ausgedrückt durch die Realisierung von Innovationen) weist im Vergleich mit der Beteiligung an der Forschungsförderung auf eine bemerkenswerte Tatsache hin (Tabelle 2).

Tabelle 2: Realisierung von Innovationen im verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands nach Größenklassen von 1990 bis 1995 und Inanspruchnahme von Fördermaßnahmen (1992 bis 1995)

... % der Unternehmen haben Innovationen realisiert bzw. Förderung erhalten (letzte Spalte)

Größenklasse	1990	1991	1992	1993	1994	1995	Förderungsanteil (1992 bis 1995)
20 - 49	22,2	61,2	57,6	64,5	58,2	55,8	46,4
50 - 199	42,9	73,6	77,1	77,5	73,5	71,8	64,7
200 - 999	39,9	72,3	78,4	83,0	75,8	77,3	72,9
1.000 u. mehr	50,0	66,9	74,8	75,0	77,4	68,9	46,1
insgesamt	43,1	70,7	74,4	76,3	71,2	69,1	60,8

Quelle: ifo (1996)

Es zeigt sich ganz deutlich, daß der „Verwertungskoeffizient“ (Quotient aus Innovationsanteil und Förderungsanteil) bei den Unternehmen mit 1.000 und mehr Beschäftigten weit über dem Durchschnitt liegt. Die anderen Größengruppen unterscheiden sich nur unwesentlich voneinander. Das ist zumindest ein Indiz dafür, daß Forschungsförderung in erster Linie bei größeren Unternehmen zu einem überproportionalen Innovationsanteil führt. In den größeren Unternehmen findet man eine stärkere Konzentration der Innovationsressourcen vor, so daß auch die Innovationsmöglichkeiten größer sind als in Klein- und Mittelbetrieben. Im allgemeinen ist in den Großunternehmen qualifiziertes Personal vorhanden, das über die notwendigen Fähig-

keiten im Marketing, in der Forschung und bei der Beschaffung von Know-how verfügt. In den kleineren Unternehmen mangelt es gerade an diesen wichtigen Innovationsressourcen. Dafür sind sie aber in der Lage, auf außerordentliche Situationen flexibler zu reagieren als Großunternehmen mit starren und oft verkrusteten Strukturen.

Es muß aber auch festgehalten werden, daß seit dem Jahre 1993 der Innovationsanteil in allen Größengruppen rückläufig ist. Die Förderquote (Anteil der FuE-Fördermittel an den gesamten FuE-Aufwendungen der Unternehmen) erreichte 1993/94 ihren Höhepunkt. Mit dem stärkeren Einsetzen der Wachstumsabschwächung seit Anfang 1995 und der Rücknahme der

hohen Förderquoten hat auch die Innovationstätigkeit nachgelassen, obwohl Innovationen eine wesentliche Voraussetzung für die Belebung des Wirtschaftswachstums wären. Dazu fehlt der überwiegenden Zahl der ostdeutschen Unternehmen jedoch die nötige Eigenkapitalausstattung. Ergänzende oder alternative Möglichkeiten der Finanzierung durch fremde Mittel (z. B. Risikokapital) sind in Deutschland noch unzureichend entwickelt.

Die folgenden vertiefenden Aussagen

zum Zusammenhang zwischen FuE-Kennziffern und Betriebsgrößen beziehen sich auf Unternehmen mit FuE-Aufwendungen. Die notwendige Neugründung von kleinen und mittleren Unternehmen sowie die Inkorporation von Forschung und Entwicklung in bisher forschungsinactive Unternehmen wird dadurch nicht berührt. Tabelle 3 gibt einen Einblick in die Struktur der Forschungsintensitäten, der relativen Forschungsaufwendungen und der Produktivität für die unterschiedlichen Unternehmensgrößen.

Tabelle 3: Ost-West-Vergleich relativer Kennziffern in Unternehmen des Wirtschaftssektors mit FuE-Aufwendungen nach der Betriebsgröße

(Ost: 1992; West: 1991)

Betriebsgröße	Umsatzbezogene Forschungsintensität (vH)		Personalbezogene Forschungsintensität (vH)		FuE-Aufwand je Beschäftigten (Tsd. DM)		Umsatz je Beschäftigten (Tsd. DM)	
	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West
Beschäftigte unter 100	14,3	4,8	18,3	7,3	11,4	10,2	80	211
100 - 499	5,2	2,6	6,3	3,8	4,2	5,7	82	221
500 - 999	4,4	2,1	4,5	3,8	3,7	6,2	84	299
1.000 - 1.999	3,4	2,9	4,0	5,0	4,0	8,0	115	274
2.000 u. mehr	1,5	4,3	2,6	5,6	2,3	11,7	154	272
insgesamt	3,9	3,8	5,8	5,3	4,2	10,2	108	265

Quelle: SV-Wissenschaftsstatistik GmbH (1994); eigene Berechnungen

Es ist nicht zu übersehen, daß die Kleinunternehmen bis zu 100 Beschäftigten weit höhere Forschungsintensitäten aufweisen als die vergleichbaren westdeutschen Unternehmen. Selbst bis zu einer Größe von 1.000 Beschäftigten ist der Unterschied noch signifikant. Für die größeren Unternehmen mit 1.000 und mehr Beschäftigten beginnen sich die Verhältnisse umzukehren. Die Tatsache, daß die FuE-Aufwendungen je Beschäftigten in der Betriebsgröße bis 100 Personen etwa dem westdeutschen Wert entsprechen, bekräftigt die These der günstigeren Position der Kleinunternehmen gegenüber den größeren Firmen. Mit steigender Betriebsgröße wächst der Unterschied bei diesem entscheidenden Indikator zuungunsten der ostdeutschen

Firmen erheblich an. In der Produktivität erreichen die ostdeutschen Unternehmen, die 2.000 und mehr Personen beschäftigen, das beste Ergebnis mit ca. 57 vH des Niveaus der westdeutschen Firmen.

Zur Erhärtung der These vom Ungleichgewicht in der Verteilung der Forschungspotentiale in der ostdeutschen Wirtschaft kann die Tabelle 4 herangezogen werden.

Das Übergewicht der kleinen und mittleren Unternehmen bis zu 1.000 Beschäftigten in der ostdeutschen Wirtschaft ist bei allen vier Kennziffern unverkennbar. Bei den Unternehmen ab 2.000 Beschäftigten sind die Diskrepanzen in den Anteilsgrößen für die

Tabelle 4: Ost-West-Vergleich wichtiger Kennziffern in Unternehmen des Wirtschaftssektors mit FuE-Aufwendungen nach der Betriebsgröße

(Ost: 1992; West: 1991)

Betriebsgröße	Beschäftigte (vH)		FuE-Beschäftigte (vH)		Umsatz (vH)		FuE-Aufwand (vH)	
	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West
Beschäftigte unter 100	9,6	3,5	30,7	4,9	7,1	2,8	26,2	3,5
100 - 499	34,2	13,4	37,0	9,7	25,9	11,1	34,7	7,6
500 - 999	17,1	6,9	13,2	5,0	13,3	7,8	15,0	4,3
1.000 - 1.999	6,6	7,6	4,5	7,3	7,1	7,9	6,3	6,0
2.000 u. mehr	32,5	68,6	14,6	73,1	46,6	70,4	17,8	78,6
insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: SV-Wissenschaftsstatistik GmbH (1994); eigene Berechnungen

FuE-Beschäftigten und die FuE-Aufwendungen so stark ausgeprägt (etwa im Verhältnis 1 : 5), daß sie die Deformationen in den Größengruppen, die im Umsatz und bei den Beschäftigten festzustellen sind, weit übertreffen.

Der Ausbau der ostdeutschen Wirtschaft, die sich durch eine ausgewogene Betriebsgrößenverteilung auszeichnen sollte, um erfolgreich am internationalen Wettbewerb teilnehmen zu können, wird einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen. Die Vernachlässigung der Forschung in den großen Unternehmen und die starke Begünstigung in den kleineren Unternehmen, die im konträren Gegensatz zur Situation in der westdeutschen (weitgehend effizienten und wettbewerbsfähigen) Wirtschaft steht, muß zwangsläufig zu einer Allokation des Forschungspotentials führen, die den Strukturwandel eher in die Richtung weiterer Deforma-

tionen der Größenstruktur drängt (vgl. Tabelle 5).

Zur Erinnerung sei betont, daß in Westdeutschland der Anteil der FuE-Beschäftigten in den Unternehmen ab 500 Beschäftigten mehr als 85 Prozent beträgt (vgl. Tabelle 4). Da abzusehen ist, daß die kleinen und mittleren Unternehmen trotz erheblicher FuE-Fördermaßnahmen nur langsam zu größeren Unternehmen anwachsen, wird die Wettbewerbsfähigkeit im gesamten ostdeutschen Wirtschaftssektor aufgrund der mangelnden FuE-Aktivitäten in den größeren Firmen nicht die erhofften spürbaren Fortschritte machen. Ebenso bieten die lokalen Marktbeziehungen der ostdeutschen Produzenten, die sich gegenwärtig in einer Phase der Stabilisierung befinden, keine Gewähr für zukünftige Erfolge der kleineren und mittleren Unternehmen, da die Konkurrenz mit attraktiven Produkten und Dienstleistungen aufwarten wird.

Tabelle 5: Fortgesetzte Deformation der Betriebsgrößenstruktur am Beispiel der Verteilung der FuE-Beschäftigten im ostdeutschen Wirtschaftssektor

Betriebsgröße	1992 ^a	1995 ^b
unter 100	30,7	52,7
100 bis 499	37,0	33,1
500 und mehr	32,3	14,2
	100,0	100,0

a) SV-Wissenschaftsstatistik GmbH (1994), vgl. auch Tabelle 4

b) Forschungsagentur Berlin GmbH (1996); eigene Berechnungen

Die Veränderungen der FuE-Beschäftigten in den einzelnen Wirtschaftszweigen sind noch äußerst fragil. Erste Anhaltspunkte über wachsende und schrumpfende Branchen können aus den Daten der Forschungsagentur Berlin für die Jahre 1994 und 1995 gewonnen werden.¹⁰ Danach wachsen die FuE-Beschäftigten folgender Wirtschaftszweige (größer als 7,5 vH) am stärksten:

- Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren,
- Meß-, Steuer- und Regelungstechnik; Medizintechnik; Optik,
- sonstige Wirtschaftszweige (Dienstleistungen im weiteren Sinne),
- Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik,
- Recycling.

Dem stehen Rückgänge in Branchen (mehr als 15 vH) gegenüber, die weiterhin Forschungspersonal abbauen:

- chemische Industrie; Mineralölverarbeitung,
- Herstellung von Möbeln, Sportgeräten und Musikinstrumenten,
- Herstellung von Geräten zur Elektrizitätserzeugung,
- Metallerzeugung und -bearbeitung,
- Glasgewerbe und Keramik.

Die Zunahme der FuE-Beschäftigten deutet bereits an, welche technologischen Richtungen für die ostdeutsche Wirtschaft zukünftig von Bedeutung sein werden. Für den ostdeutschen Wirtschaftsraum insgesamt beziehungsweise für bestimmte Regionen (z. B. Leipzig-Halle, Berlin-Brandenburg) gehören Innovationsstrategien nach wie vor zu denjenigen Hilfsmitteln, die die

Innovations- und Marktschwächen der ostdeutschen Unternehmen überwinden helfen können. Dazu sind tragfähige Vorschläge unterbreitet worden.¹¹ Es geht im wesentlichen um die Zusammenführung von vier Bereichen: das Besinnen auf die bisherigen Wettbewerbsstärken (Maschinenbau, Fahrzeugbau, Chemie, Umwelttechnik u. a.), die Integration von Zukunftstechniken (Mikroelektronik, Mikrosystemtechnik, neue Werkstoffe, Biotechnologie u. a.), die Orientierung auf neue Leitbilder (z. B. Wissenseinsatz, integrierte Infrastruktursysteme, ökologisches Wirtschaften) und die Erkundung neuer Märkte (Umwelt, private Haushalte, Verkehr und Kommunikation, Gesundheit, Alter).

Die hier dargestellten Resultate der FuE-Aktivitäten in Ost und West sowie die starke Differenzierung zwischen den Betriebsgrößen bringen zutage, daß die massive Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen zu beachtlichen Erfolgen geführt hat und diese Unternehmen bezüglich der Forschungsintensitäten und des Pro-Kopf-Aufwands an Forschungsmitteln in die Nähe der westdeutschen Unternehmen gerückt sind. Markante Unterschiede bestimmen aber vor allem das Bild der größeren Unternehmen, die bisher von der Förderung in geringerem Maße profitierten. Größere Firmen sind für eine effiziente Wirtschaftsstruktur unentbehrlich. Sie bieten einer Vielzahl von kleinen und mittelständischen Unternehmen die Chance, ihre Netzwerke zu nutzen und damit zu einer stabilen Wirtschaftsentwicklung in unterentwick-

elten Regionen beizutragen. Ein größeres Unternehmen bildet dabei einen Nukleus, um den sich kleinere High-Tech-Firmen, Zulieferbetriebe und ein Netzwerk von Dienstleistern (markterkundende, technische, finanzielle, wissenschaftliche, personelle, informationsvermittelnde) ansiedeln.

Es wird eine längere Zeitperiode in Anspruch nehmen, ehe sich die deformierte Industrieforschungsstruktur in den ostdeutschen Ländern einem effizienten Strukturtyp annähern wird. Im Interesse des Abbaus von Transferzahlungen und der hohen Arbeitslosigkeit kann auf eine Unterstützung dieses Prozesses durch geeignete Fördermaßnahmen gegenwärtig noch nicht verzichtet werden. Forschung und Entwicklung müssen deshalb auch in größeren Unternehmen Ostdeutschlands wieder einen adäquaten Platz finden. Die Schwierigkeiten bestehen darin, daß die Zahl der Großunternehmen rapide abgenommen hat, daß eine Verlagerung der ohnehin begrenzten Fördermittel in die größeren Unternehmen die eingetretene Stabilisierung in den kleinen und mittleren Unternehmen wieder gefährden könnte und daß die ostdeutschen Tochterunternehmen größerer westdeutscher Firmen nach wie vor keine Forschungsabteilungen aufweisen.¹² Um diese Trennung von Produktion und Forschung zu überwinden, müßte eine stärkere Bindung der Fördermittel an ostdeutsche Standorte mit dem Ziel des Aufbaus von Forschungszentren zu einer Bedingung der staatlichen Zuwendungen für größere Unternehmen gemacht werden.

Wie eingangs bereits dargestellt, sind aktive Forschungszentren neben dem vorhandenen Produktions- und Marktpotential der betreffenden Region die wichtigsten Determinanten für Investoren.

Am unterschiedlichen Anteil des forschungsaktiven Wirtschaftssektors an der gesamten Wirtschaft in den ostdeutschen und westdeutschen Ländern, der nach groben Schätzungen etwa ein Drittel (Ost) beziehungsweise mehr als die Hälfte (West) beträgt, läßt sich ermessen, daß es vor allem darauf ankommt, diejenigen Firmen zu erreichen, die bisher ohne Forschung und Entwicklung ausgekommen sind. Zunächst muß in den Unternehmen erkannt werden, daß ohne Forschungsaktivitäten (mit dem Blick auf Innovationen) und Technologietransfer (vor allem zur Imitation) die Entwicklung wettbewerbsfähiger Produkte und Technologien nicht entscheidend beeinflusst werden kann. Das ist die wichtigste Voraussetzung für eine sinnvolle Forschungsförderung, die sich nicht grundsätzlich nur auf finanzielle Mittel ausrichtet, sondern die Kooperation zwischen den Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen sowie den Wissens- und Technologietransfer ebenfalls in den Vordergrund rücken sollte. Das frei verfügbare Wissen aus den staatlich geförderten Wissenschaftseinrichtungen kann relativ problemlos abgeschöpft werden. Andererseits können durch Imitationen von Produkten und Verfahren Wettbewerbseffekte erzielt werden, die den Vorteilen originärer Innovationen nicht entscheidend

nachstehen. Geringere Kosten und kürzere Entwicklungszeiten der Imitationen sind Stärken, die den Neuigkeitsgrad und die Attraktivität von Innovationen mehr als aufwiegen können.¹³

Die ostdeutsche Wirtschaft braucht ein innovatives Umfeld, das die Standort- und Rahmenbedingungen für Investoren verbessert und Unternehmensgründer anzieht. Die bestehenden Fehlallokationen zwischen nachgefragten Gütern einerseits und der Ausnutzung der vorhandenen Ressourcen andererseits schränken die Überlebens- und Wettbewerbsfähigkeit einer zu großen Anzahl von Unternehmen noch in starkem Maße ein. Alle Entscheidungen, die auf die Verbesserung der infrastrukturellen Bedingungen der Firmen abzielen, sind deshalb nachhaltig zu befürworten. Die Chancen der Ansiedlung und Neugründung von Unternehmen in der Nähe von Wissenschafts- und Forschungsstandorten zur Nutzung der „spillovers“ sowie die Übernahme von Forschungsergebnissen der wissenschaftlichen Einrichtungen werden noch unzureichend genutzt. Sofern es sich um frei zugängliches Wissen handelt,

können die bereits flächendeckend installierten Transfereinrichtungen nützliche Dienste leisten. Im Falle des geschützten Wissens sollten Möglichkeiten geschaffen werden, um vor allem den kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zum Know-how zu erleichtern. Die Verbesserung der Patentberatung und möglicherweise auch die Senkung von Patentgebühren könnten zu wettbewerbs erhöhenden Effekten führen.

Zu einer erfolgreichen Innovationstätigkeit gehört aber nicht nur die Nutzung des vorhandenen Wissens und der Infrastruktur, sondern auch die Fähigkeit, Produkte und Technologien entsprechend den Kundenwünschen soweit zu entwickeln, daß sie auf den internationalen Märkten gleichwertige oder führende Positionen einnehmen. Innovationen oder Imitationen haben sich erst dann bewährt, wenn der Verkaufserfolg der neuen Produkte und Dienstleistungen abgesichert ist. Dazu bedarf es fundierter Marketingstrategien.

Manfred Wölfling, Prof. Dr. oec., ist Wirtschaftswissenschaftler in Berlin

Anmerkungen:

¹ DIW, Wochenbericht 20/96 vom 16. Mai 1996, S. 344

² Vgl. Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.), Forschung zieht an, in: *iwd*, H. 27/1994, S. 1; Bundesministerium für Wirtschaft (Hrsg.), Tagesnachrichten, 9. Mai 1995, Nr. 10314, S. 4

³ SV-Wissenschaftsstatistik GmbH (Hrsg.), Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft, Ergebnisse 1993, 1994, Planung 1995, FuE-INFO, Essen, Dezember 1995, S. 6

⁴ Ebenda, S. 6

⁵ Forschungsagentur Berlin GmbH (Hrsg.), Beschäftigungsentwicklung in der wirtschaftsnahen Forschung der neuen Bundesländer 1995, Berlin, Januar 1996, S. 2

⁶ FuE-Beschäftigte (Vollzeitäquivalent) und FuE-Gesamtaufwendungen (intern und extern)

⁷ Hierzu zählen auch die Forschungs-Gesellschaften mbH als besondere Form der neu entstandenen Unternehmen. Im Zusammenhang mit der im Jahre 1990 begonnenen Privatisierung der volkseigenen Betriebe und Kombinate wurden 117 ihnen zugeordnete Forschungseinrichtungen beziehungsweise Forschungsabteilungen ausgegründet. Später kamen aus den evaluierten Wissenschaftseinrichtungen (Akademien, Hochschulen) weitere hinzu, so daß trotz Auflösungen und Abgängen 182 Forschungs-GmbH (Stand: Juli 1993) existierten. In ihnen sollen zu diesem Zeitpunkt ca. 4.000 FuE-Beschäftigte tätig gewesen sein. Im Jahre 1994 wurden etwa 220 Unternehmen registriert.

⁸ Umsatz- und Beschäftigtenanteil haben sich von ca. 16 vH auf 7 vH verringert.

⁹ Penzkofer, H., Schmalholz, H., Innovationstätigkeit und Aspekte ihrer Förderung in den neuen Bundesländern, in: *ifo Schnelldienst*, 9/96, S. 11

¹⁰ Forschungsagentur Berlin GmbH (Hrsg.), a. a. O., Tabelle 5

¹¹ Meyer-Krahmer, F., Gundrum, U., Innovationsförderung im ländlichen Raum, in: *Raumforschung und Raumordnung*, Heft 3/1995, S. 177-185

¹² Das Beispiel des Mikroelektronikzentrums von Siemens in Dresden zeigt, daß Produktion und Forschung durchaus am gleichen Standort angesiedelt sein können.

¹³ Mansfield hat empirisch nachgewiesen, daß die Kosten einer Imitation ca. 65 vH der Innovationskosten betragen. Ebenso benötigt das imitierende Unternehmen nur ca. 70 vH der Innovationszeit; Mansfield, E., R&D and Innovation: Some Empirical Findings, in: Griliches, Z. (Ed.), *R&D: Patents and Productivity*, Chicago 1984, S. 142

Karin Reiche (Dresden):

Ein Studienführer für mathematisch-naturwissenschaftlich begabte Frauen Überlegungen zu einem realisierten Projekt

Für Gleichstellungsfragen zu sensibilisieren ist eine wichtige Aufgabe aller mit Gleichstellungsfragen Befassten. Leider ist bei Schülerinnen in den neuen Ländern die Erkenntnis von Benachteiligung und erst recht der Wille der aktiven Gegenwehr gegen Diskriminierung nicht gut ausgebildet. Das liegt sowohl an den im Elternhaus vermittelten Wertvorstellungen als auch an der Situation in den Schulen.

Die Bezugspersonen in Schulen sind oft Lehrerinnen, die Maßstäbe für Zensurenvergabe scheinen objektiv zu sein und sind zumindest bei schriftlichen Leistungskontrollen nachvollziehbar. Die Schülerinnen erhalten im Durchschnitt bessere Noten als Schüler. Die neue Koedukationsdebatte, die eine zeitweise und fachbezogene Trennung der Geschlechter, d. h. die Bildung von Mädchen- und Jungenklassen z. B. im Physikunterricht, begründet, ist in den Schulen kaum bekannt und wird selbst an den Hochschulen vom Lehrpersonal mehrheitlich nicht befürwortet.

Die Benachteiligung der Mädchen fällt wirklich erst beim näheren Hinsehen und beim Übergang in eine Berufsausbildung bzw. beim Kennenlernen des Arbeitsmarktes auf. In den Köpfen der

ostdeutschen Mädchen spukt die Vorstellung, daß im Westen viele Frauen damit zufrieden seien, Hausfrau zu sein, und daß im Osten wegen der Erfahrungen aus dem Arbeitsalltag in der DDR-Zeit erfolgreiche Selbstbehauptungsstrategien bestehen. Deshalb erschallen keine Alarmglocken, wenn z. B. die Kölner Sozialwissenschaftlerin Carola Möller den Anteil der Frauen, die ihre Existenz durch ein eigenes Einkommen sichern können, auf lediglich 27% beziffert¹.

Die Umstellung des Schulsystems von der Allgemeinbildenden Polytechnischen Oberschule (POS) und der Erweiterten Oberschule (EOS) auf mehrere neue und dazu noch in allen Bundesländern uneinheitliche schulische Ausbildungen hat in den neuen Bundesländern zu großer Verwirrung geführt, so daß die Benachteiligung für technisch interessierte Schülerinnen zunächst nicht auffiel. Natürlich war die Verwirrung nicht größer als andere wendebedingte Verwirrungen, auch z. B. die Verwirrungen wegen der Tätigkeit der Treuhänder, die Verwirrungen, die im Zusammenhang mit dem neuen Scheidungsrecht auftraten, die Verwir-

rungen wegen der massenhaften Rückübertragungsansprüche oder die Verwirrung, die eine Frau befällt, wenn sie zum ersten Mal das für sie zuständige Arbeitsamt betreten muß, oder ...

Ein paar Jahre danach ist nun klar, daß man handwerkliche Tätigkeiten nicht unbedingt in der Schule lernen muß und daß man auch naturwissenschaftliche Fächer wie Physik und Biologie einfach abwählen kann, wenn die Gefahr besteht, daß diese Fächer den

Berufs- bzw. Studienwahlverhalten und Möglichkeiten der Einflußnahme durch außerschulische Einrichtungen

Der Kultusminister im Freistaat Sachsen sagte im Mai 1996 unter Berufung auf eine neue Umfrage bei 21000 GymnasiastInnen, daß voraussichtlich nur 40 bis 50% der Abiturienten dieses Jahres direkt nach der Schule ein Studium aufnehmen wollen. Diese anhaltend geringe Studierneigung verschärft die Lehrstellennot. Die AbiturientInnen gehen nicht ohne Grund davon aus, daß sich mit einem technischen Lehrberuf die Aussichten auf einen sehr guten Abschluß in einschlägigen Studienrichtungen und auf einen leichteren Berufsstart verbessern. Technisch interessierte Mädchen sind benachteiligt, weil es für sie wenig Lehrstellenangebote in technischen Lehrberufen gibt (siehe elektrotechnische Ausbildungsberufe oder Metallberufe) und sie somit vom einmal angestrebten Berufsziel abgedrängt bzw. in ihrem Lebensentwurf durch Sachzwänge fremdbestimmt werden.

Der Kultusminister spricht von einer

Notendurchschnitt im Abitur erhöhen. Für angehende Ingenieurinnen ist eine solche Entwicklung ungünstig. Sie engt den Horizont zu einer Zeit ein, während der die Schülerin in der akuten Selbstfindungsphase ist, und behindert so eine freie Berufswahl. Nach meiner Meinung finden wir in der ungenügenden Heranführung an technische und naturwissenschaftliche Fragestellungen einen Grund für das beklagenswerte Berufswahlverhalten der Abiturientinnen.

schwierigen Situation auf dem Lehrstellenmarkt. Die Folgen dieses ungelösten Problems tragen die Frauen noch in der nächsten Generation. Roemer u. a.² verglichen die Lebensverläufe von Frauen in Ost- und Westdeutschland anhand von Frauen des Jahrgangs 1949. Eine Untersuchung der Wertorientierungen von Hochschulabsolventinnen und Frauen ohne Berufsabschluß in den alten Bundesländern ergab einen grundsätzlichen Unterschied: Während für Hochschulabsolventinnen „ein Beruf, der Freude macht und ausfüllt“ sowie „verlässliche Freunde“ höchste Werte darstellen, sind es bei Frauen ohne Berufsabschluß „ein glückliches Eheleben mit Kindern und später mit Enkeln“ und „ein geregeltes und sicheres Leben“. Das hat sicher Auswirkung auf die Erziehung der jetzt noch ungeborenen Mädchen. Fakt ist, daß die sogenannten Familienfrauen mehr Kinder haben, daß der Erziehungsanteil der Familienfrauen in der

traditionellen Vater-Mutter-Kind-Familie wesentlich größer ist als in der modernen partnerschaftlichen Familie und daß diese Familienfrauen die o. g. die Diskriminierung von Frauen fördern den traditionellen Werte (z. B. Folgsamkeit) weitergeben einschließlich der seit Jahrhunderten von Generation zu Generation unter den Frauen der Familie lebendigen Strategien zum Umgang mit der Unterordnung. In den neuen Bundesländern sind auch Jahre nach der Wende für die meisten Frauen Beruf und Familie Werte mit gleicher Wichtigkeit.

Die Rangreihe der väterlichen Erziehungsziele in den alten und neuen Bundesländern sieht gleichermaßen „gute Leistungen in der Schule und Berufsausbildung“ als erstes Erziehungsziel vor. Das beinhaltet zwar noch keine Hinwendung zur Berufsausbildung, die sich allein auf Begabung und Eignung stützt, und es ist zu befürchten, daß bei naturwissenschaftlich/technischer Begabung von Mädchen eine sehr kritische väterliche Überprüfung der Voraussetzung mit anschließender tendenziöser „Beratung“ erfolgt. Doch es beinhaltet im Gegensatz zu den mütterlichen Erziehungszielen eine Abkehr vom streng traditionellen Rollenbild und verspricht eine (wenn auch beschränkte) Eigenentwicklung.

Wichtig ist in dieser Situation, daß den Schülerinnen gezeigt wird, was Ingenieurinnen und Naturwissenschaftlerinnen zu schaffen in der Lage sind. Positive Beispiele müssen herausgestellt werden! Die Leistungen der großen Vorbilder wie Marie Curie, Amalie Diet-

rich, Lina Hähnle, Lise Meitner, Maria Sibilla Merian, Julia Morgan, Maria Reiche, Margarethe von Wrangell usw. werden publiziert. Deren Vorbildwirkung ist nicht zu unterschätzen! Es gibt aber noch einen beachtlichen Nachholbedarf in der Darstellung und Selbstdarstellung von Frauen im Vergleich zu Männern.

Frauenvereine arbeiten an Broschüren, deren Zielgruppe Schülerinnen sind. FrauenforscherInnen veröffentlichen für diese Zielgruppe - und handeln sich dabei den Stempel der Unwissenschaftlichkeit ein, was in Berufungsverhandlungen das Aus bedeuten kann. Aus relativ sicherer, aber bei weitem nicht unangefochtener Position können Gleichstellungs- und Frauenbeauftragte hier einen Beitrag leisten.

Leider gibt es an den Hochschulen der neuen Bundesländer nur eine einzige Frauenforschungsprofessur. Diese wurde im Land Brandenburg eingerichtet. Doch Gleichstellungsbeauftragte sind relativ zahlreich, und in den neuen Bundesländern kommen sie häufig aus mathematisch/naturwissenschaftlichen und technischen Fachrichtungen. Auffallend häufig sind es Physikerinnen.

So wurde auch auf Initiative der Gleichstellungsbeauftragten der TU Dresden der erste Studienführer für Frauen in Mathematik, Naturwissenschaften, Technik und Wirtschaftswissenschaften³ für eine Hochschule der neuen Länder in einem ABM-Projekt erarbeitet. Der Studienführer wendet sich an Schülerinnen, die über ihre Berufswahl nachdenken, und an Studentinnen, die in ihrer Entscheidung für ein Studien-

fach unsicher geworden sind. Häufig haben studierfähige, mathematisch/naturwissenschaftlich begabte Schülerinnen in ihrem Verwandten- und Bekanntenkreis Männer und nur selten Frauen, die ihnen ihre Fragen zu Studium und Beruf aus eigener Studien- und Berufserfahrung beantworten können. Gewöhnlich fehlt es insbesondere in den sogenannten Männerberufen an Frauen, die auf Fragen zur Vereinbarung von Beruf und Familie, zur Akzeptanz von Frauen in dem Beruf und zu Karrierefragen oder zur geistigen, körperlichen, psychischen Belastung und deren Folgen Auskunft geben können. Also wenden sich viele Schülerinnen mit Fragen zum Studieninhalt an Männer, und die anderen Fragen bleiben unbeantwortet oder werden von Frauen aus anderen Berufsgruppen mehr oder weniger zutreffend beantwortet. Darauf folgt der „Sprung ins kalte Wasser“ und „learning by doing“, oder die Schülerinnen betreten das unbekannte Terrain doch nicht und wenden sich Vertrautem und Erprobterem zu - den Frauenberufen. In dem Ost-Studienführer teilen berufserfahrene und junge Frauen aus unseren Tagen den Nachfolgenden ihren ganz persönlichen Rat mit, sie geben Hinweise, zeigen Erfahrungen, präsentieren ihre Ansichten, stellen sich mit Namen und Bild vor.

An ostdeutschen Hochschulen werden üblicherweise im Frühjahr jedes Jahres Informationsveranstaltungen („Tag der offenen Tür“ oder „Schnupperstudium“) für Schülerinnen und Schüler der Abiturstufe durchgeführt. Diese Veranstaltungen werden durch Jugendliche bei-

den Geschlechts gut besucht. Daß solche Veranstaltungen an Hochschulen der neuen Länder speziell für naturwissenschaftlich/technisch begabte Schülerinnen durchgeführt werden (z.B. die „Schnupper-Uni für Oberstufenschülerinnen“ an der Universität Dortmund, die Veranstaltung „Hochschule zum Anfassen - Mädchen erleben Technik“ von der Universität Karlsruhe oder die „Sommeruniversität für Frauen in Naturwissenschaft und Technik“ an der Gerhard-Mercator-Universität Gesamthochschule Duisburg) ist mir nicht bekannt.

Es gibt in Dresden Angebote zu Beratungsgesprächen von gestandenen Fachfrauen aus der nächsten und übernächsten Generation, wie sie z. B. vom Expertinnen-Beratungsnetz organisiert werden. Leider nehmen Schülerinnen diese Angebote kaum wahr.

Auch Veröffentlichungen in der Presse haben studienberatende Wirkung. So rät der Präsident der Berliner Anwaltskammer vom Jura-Studium ab. Er sagte der Zeitung „Neues Deutschland“⁴ in einem Interview, daß mehr als 70% aller Einzelanwälte heute schon ein Jahreseinkommen von weniger als 50.000,- DM haben. Im gleichen Interview nennt er die Zahl 80 000 Anwälte, die z. Z. tätig sind, und er sagt, daß in den nächsten sieben Jahren 50 000 neue Juristen dazukommen. Wertend spricht er von einer Anwaltschwemme, von einem Desaster, das schon eingetreten wäre, wäre die Deutsche Einheit nicht gekommen. Gleichzeitig bemühen sich die Ingenieure und Naturwissenschaftler um Nachwuchs.

Studium

Als Beispiel unter vielen sei der Artikel⁵ „Ohne Ingenieure gibt es auch keine Zukunft“ von Ulrich Groß, Dekan an der Bergakademie Freiberg, genannt. Darin steht: „An fast allen Technischen Universitäten der westlichen Bundesländer sind die Immatrikulationszahlen auf die Hälfte oder gar auf ein Drittel gesunken, hier in den östlichen Bundesländern haben wir es in Teilbereichen mit weit geringeren Anfängerzahlen zu tun!“

Die Zahl der Ingenieurwissenschaften oder Naturwissenschaften studierenden Frauen ist in den östlichen Bundesländern seit 1989/90 überproportional gesunken (siehe Tabelle 1).

Nach Volprich⁶ gab es im Jahre 1987 in der DDR bei einem Bestand von 1,6 Mio. Hoch- und Fachschulabsolventen 520 000 Ingenieure. Dem hohen Ingenieuranteil entsprach auch ein hoher Anteil Studierender technischer Fachrichtungen. 1985 betrug er 28,7% und stellte vor den Studenten der Pädagogik die größte Gruppe innerhalb der Studierenden dar. 1979 betrug der Anteil weiblicher Ingenieurstudenten 27%. An der TU Dresden als der größten technischen Lehranstalt der DDR sank der Frauenanteil seit 1987. Wurden 1987 noch 41% Frauen immatrikuliert, so betrug der Frauenanteil 1989 nur noch 26% (Anteil weiblicher Studienanfänger).

Natürlich kann man keiner technisch oder mathematisch unbegabten Frauen, Informatik zu studieren. Doch ich kann mir nicht vorstellen, daß sich

wegen der Wende die Begabung der jungen Frauen für technische Dinge plötzlich verändert hätte. An der TU Dresden lag der Frauenanteil bei den Informatik Studierenden vor der Wende bei ca. 45%. Heute sind es nur noch 12%, und die Tendenz ist fallend, d. h. der Frauenanteil im ersten Studienjahr ist noch kleiner. Den kleinsten Frauenanteil gibt es in der Elektrotechnik.

Ich kann versichern, daß sich die HochschullehrerInnen sowohl um ihren eigenen wissenschaftlichen Ruf als auch um den Ruf der Lehrinrichtungen kümmern, schließlich ist die (kleine) Anzahl der Studierenden für den Finanzminister das Hauptkriterium für weiteren Stellenabbau. Deshalb wird auch am Ruf gearbeitet, eine frauenfreundliche Universität zu sein, und die Gleichstellungsbeauftragte wird unterstützt bei ihrem Bemühen, die Bedingungen an der Universität frauenfreundlicher zu gestalten und das Ergebnis dieser Bemühungen öffentlichkeitswirksam darzustellen. An der TU Dresden ist in der Tat in dieser Beziehung ein deutlicher Fortschritt zu sehen, obwohl diese Einrichtung eine sehr lange technisch/naturwissenschaftliche Tradition besitzt und man auf diese Tradition auch mit Recht stolz sein kann. Verglichen mit anderen Hochschuleinrichtungen gibt es für Studentinnen gute Bedingungen. Ich nenne hier nur als Beispiel stichwortartig die Begriffe „Frauenförderplan“ und „Studieren mit Kind“. Die Landeskonzferenz der Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen im Freistaat Sachsen hat beschlossen,

eine Broschüre zusammenzustellen und zu drucken, die alle Frauenförderpläne der sächsischen Hochschulen enthalten soll. Laut Sächsischem Frauenfördergesetz müssen die Frauenför-

derpläne aus drei Teilen bestehen. Sie müssen in diesem Jahr erstmals die Maßnahmepläne, eine geschlechtsspezifische Statistik über Berufungen, Einstellungen, Veränderung der Ein-

Tabelle: 1 Die Entwicklung des Frauenanteils bei den Studierenden in den einzelnen Fachrichtungen (Beispiel¹: TU Dresden)

Fakultät/ Studienrichtung	Stand: Nov. 92		Stand: Dez. 93		Stand: Dez. 94		Stand: Dez. 95	
	gesamt	Frauen- anteil	gesamt	Frauen- anteil	gesamt	Frauen- anteil	gesamt	Frauen- anteil
Technik:								
Architektur	738	48,6%	847	49,0%	1.025	49,0%	1.127	48,7%
Bauingenieurwesen	1.111	19,3%	1.204	16,9%	1.461	17,5%	1.587	19,4%
FGH*	2.226	30,1%	1.588	37,3%	1.746	37,5%	1.850	38,8%
Elektrotechnik	2.562	6,9%	2.071	6,5%	1.765	5,6%	1.376	5,5%
Informatik	1.528	18,4%	1.238	15,7%	1.092	14,5%	964	12,1%
Maschinenwesen	2.730	15,0%	2.185	14,2%	2.015	11,2%	1.930	10,9%
VW**	1.892	27,5%	1.718	24,9%	1.420	25,9%	1.091	29,9%
Mathematik / Naturwissenschaften	1.381	42,9%	1.352	44,1%	1.522	43,7%	1.638	46,9%
GSW***:								
Erziehungswiss.	1.057	68,9%	983	76,0%	994	75,7%	1.060	75,1%
Jura	885	47,9%	1.235	49,4%	1.688	49,4%	2.053	53,0%
Philosophische Fak.	248	43,9%	608	57,1%	988	55,8%	1.278	43,3%
Sprach-/Literaturw.	752	75,3%	988	75,7%	1.126	77,3%	1.350	75,1%
Wirtschaftswiss.			2.389	46,4%	2.645	42,6%	2.878	39,4%
Medizin	-	-	958	48,1%	985	49,4%	1.061	49,9%
TU gesamt:	18.900	31,8%	19.346	35,7%	20.472	36,9%	21.243	39,3%

* FGH: Forst-, Geo- und Hydrowissenschaften

** VW: Verkehrswissenschaften

*** GSW: Geistes- und Sozialwissenschaften

¹ Die Zahlen wurden der jährlichen Kopfzahlstatistik des Studentenbestandes an der TU Dresden entnommen.

gruppierungen usw. sowie eine Wertung dieser Statistik enthalten.

Die Aussicht, daß eine solche Broschüre der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird und darin auch die eigene Hochschule mit dem eigenen Frauenförderplan neben den anderen vergleichbaren Hochschulen wiederzufinden ist, hat schon zu hektischen Reaktionen an einigen sächsischen Hochschulen geführt. Der Kanzler der Hochschule für Musik und Theater Leipzig hat mir z.B. geschrieben, daß er kein Interesse an der Veröffentlichung der Broschüre hat und für seine Hochschule keinen Bedarf anmeldet. Daraus schließe ich, daß es besonders nötig ist, den Gleichstellungsbeauftragten und dem Studentenrat dieser Hochschule viele Exemplare der Broschüre zur Verfügung zu stellen. (Probleme gibt es natürlich bei der Finanzierung der Broschüre, doch das ist bei einem solchen Vorhaben normal.)

Aus eigener Erfahrung und nach vielen die Erfahrung austauschenden Gesprächen mit Gleichstellungsbeauftragten an Osthochschulen kann ich folgende Äußerung zur Förderung des weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchses in ingenieur- und naturwissenschaftlichen Fächern als für Hochschullehrer typisch bezeichnen: „Ich weiß, daß es Frauen in Männerberufen schwerer haben als Männer.“ (Als Beleg für dieses Wissen werden üblicherweise Hinweise auf Frauen im Verwandten- oder Bekanntenkreis gegeben.) „Aber in meinem Verantwortungsbereich sind Frauen keiner Diskriminierung ausgesetzt. Frauen und Männer werden bei mir

gleich gefördert. Ich fühle mich nicht verantwortlich für die Diskriminierung, die Berufskollegen zulassen, und deshalb tue ich nichts zum Ausgleich. Frauen werden bei mir nicht mehr gefördert als Männer.“ Gewöhnlich wissen diese Hochschullehrer nicht, wie Frauenförderung aussehen kann, und haben sogar Angst, daß ihre jungen Männer wegen der Frauenförderung zu kurz kommen.

Üblicherweise wird es geduldet, und in einigen Hochschulen wird es gefördert, wenn die Gleichstellungsbeauftragte Veranstaltungen zu dem sogenannten nicht-fachbezogenen Wissen speziell für Frauen anbietet. Dazu zähle ich Rhetorikkurse, Bewerbungstraining, Kurse zu Vortragstechniken, aber auch Selbstverteidigungskurse. Geschätzt werden auch Sprachkurse. Untersuchungen zu der Frage, welche Kriterien für eine erfolgreiche Stellensuche wichtig sind, zeigen eine hohe Wertigkeit für sprachliche Gewandtheit und geschicktes Auftreten sowie fachübergreifende Qualifikation. Ich möchte nicht verschweigen, daß Berufserfahrungen, Überblick über das Fachgebiet, persönliche Beziehungen und das „richtige“ Geschlecht auch „gute“ Argumente für eine erfolgreiche Bewerbung sind.

In den ersten Jahren nach der Wende, insbesondere in der Zeit der Umstrukturierung im Hochschulwesen, entschlossen sich viele Studierende für einige Semester einen Studienplatz an einer Hochschule in den alten Bundesländern einzunehmen und/oder in den alten Ländern zu Ende zu studieren. Heute ist diese Fluktuation nicht mehr

so groß, weil die Hochschulen der alten Länder schon vor Studienbeginn in die Entscheidungsfindung für den Hochschulort einbezogen sind. Informationen zu Studienbedingungen, wie Hörsaalüberfüllung, Wohnheimplatzangebot oder Plätze in Kindereinrichtungen für Kinder von Studierenden werden genauso geprüft wie Gerüchte über Diskriminierung von Ost-Studenten. Praktika an Hochschuleinrichtungen und in der Industrie im Ausland werden sowohl von den Studierenden selbst als auch von den HochschullehrerInnen hoch geschätzt.

Ungünstige Berufserwartungen führen laut HIS häufiger zum Studienabbruch als Unzufriedenheit mit Lehre und Hochschulen. Die ungünstige Lage auf dem Arbeitsmarkt für Frauen scheint sich aber nicht auf die Abbruchhäufigkeit für Frauen auszuwirken, denn Frauen brechen in Universitätsstudiengängen ihr Studium nicht häufiger ab als Männer, und in Fachschulstudiengängen tun sie das sogar seltener. Hier zeigt sich die Wirkung der Berufsausbildung vor dem Studium: Der größte Teil der StudienabbrecherInnen nimmt relativ schnell eine Berufstätigkeit auf, und zwar überwiegend als qualifizierte FacharbeiterInnen mit Hochschulreife, die die im Stu-

dium erworbenen Kenntnisse mit einbringt.

Von jungen Ingenieuren erwartet man beim Berufsstart außer gutem Fachwissen Sprachkenntnisse, kommunikative Kompetenz, Teamfähigkeit, die Fähigkeit, in ökologischen und sozialen Zusammenhängen zu denken, Wissen auf wirtschaftlichem Gebiet. Daraus ergibt sich ein verändertes Anforderungsprofil an die Absolventen. Frauen verfügen hinsichtlich des Anforderungsprofils über größere Kompetenzen, wie Untersuchungen von Minks u. a. zeigen. Minks fordert eine Veränderung der Zugangsöffnung zum Ingenieurstudium und ein Ablegen der veralteten Vorstellungen vom „männlichen“ Image des Ingenieurberufs. Träger des veralteten Ingenieurbildes sind nach Ansicht von Minks nicht nur Berufsfremde (Väter und Mütter), sondern auch Berufsverbände, die Wirtschaft und Ingenieurprofessoren. Die Defizite zeigen sich als mangelnde Konkurrenzfähigkeit, und folglich muß sehr bald ein Umdenken einsetzen. Das spricht für die zukünftigen Ingenieurinnen.

*Karin Reiche, Dr. rer. nat.,
Physikerin, ist Gleichstellungs-
beauftragte der TU Dresden*

Anmerkungen:

¹ Möller, C.: Zur Arbeitssituation von Frauen, Rundblick - Einblick - Ausblick. Vortrag während Jahrestagung des Deutschen Akademikerinnenbundes e.V. vom 10. bis 12. Mai 1996 in Berlin

² Roemer, A. u.a.: Geboren 1949 - Lebensverläufe von Frauen in Ost und West. Hrsg. Reiche, K., Gleichstellungsbeauftragte an der TU Dresden. 1995

³ Tietze, I. u.a.: Studienführer für Frauen in Naturwissenschaft und Technik. Hrsg. Reiche, K.; Gleichstellungsbeauftragte der TU Dresden. 1995

⁴ in *Neues Deutschland* von 31.05.1996

⁵ in *Die Welt* vom 25.05.1996

⁶ Volprich, E.: Frauen im Technikstudium; in „Das Hochschulwesen“, Heft 5, 1991

⁷ Die Zahlen wurden der jährlichen Kopfzahlstatistik des Studentenbestandes an der TU Dresden entnommen.

Bewerben - auswählen - berufen: Hochschullehrerin an der TU Dresden?

Das Sächsische Frauenförderungs-gesetz (SächsFFG) vom 31. März 1994 fordert von den sächsischen Hochschu-len die Erarbeitung von Frauenförder-plänen. Jeder Frauenförderplan muß „... die Situation der weiblichen Be-schäftigten beschreiben, die bisherige Förderung der Frauen in den einzelnen Bereichen auswerten und insbesonde-re zur Erhöhung des Frauenanteils Maßnahmen zur Durchsetzung notwen-diger personeller und organisatorischer Verbesserungen im Rahmen von Ziel-vorgaben ... entwickeln.“ Der Frauen-förderplan muß auch statistische An-gaben auswerten und vorhandene Un-terschiede im Vergleich der Anteile von Frauen und Männer bei Bewerbungen, Einstellungen, beruflichem Aufstieg und Fortbildung in den einzelnen Bereichen darstellen und begründen. Da werden interessante Papiere erarbeitet werden müssen!

Natürlich hat man versucht, nachdem dieses SächsFFG nun einmal so be-schlossen war, es auf einen schwieri-gen Weg zu schicken. Der schwierige Weg sah so aus: Im SächsFFG steht, daß eine Rechtsverordnung nötig ist, um die einzelnen Vorgaben für die Da-tenerhebung zu regeln. Diese Rechts-

verordnung (SächsFFStatVO) wurde sehr langsam erarbeitet und erst am 22. August 1995 beschlossen. Im SächsFFG steht, daß ... „die Dienst-stelle in den einzelnen Bereichen jähr-lich statistisch die Zahl der Frauen und Männer ... nach dem Stand vom 30. Juni ...“ erfassen soll. Da diese statisti-schen Angaben und ihre Wertung zum Inhalt des Frauenförderplanes gehören und erstmalig mit Stand vom 30. Juni 1996 solche Angaben erhoben werden, wird es erstmalig im Sommer 1996 Frauenförderpläne und fundierte Be-wertungen der Gleichstellungssituati-on im Öffentlichen Dienst des Freistaa-tes Sachsen geben. Seit dem Beschluß zum SächsFFG sind mehr als 2 Jahre vergangen!

Ich erwarte eine peinliche Aussage zum Stand der Gleichstellung von Frau und Mann, und ich erwarte, daß diese peinliche Aussage von jetzt an jährlich wiederholt wird, bis sich vielleicht doch eine deutliche Besserung zeigt.

Diese Erwartungshaltung kann ich an-hand einer ausführlichen „Studie zur Gleichstellung von Frau und Mann an der TU Dresden“ begründen. Eine deut-liche Sprache ist in dieser Studie be-

Tabelle 1:

Übersicht über das Berufungsgeschehen bis zum Sommersemester 1994 und über die Neuberufenen an der TU Dresden (einschließlich verkürzter Verfahren****)

Stelle	St*	Bewerbungen**			Plazierungen**			Berufungen***		
				A			A			A
C4	278	2792	189	6,3%	606	24	3,8%	220	3	1,4%
C3	183	1660	171	9,3%	366	42	10%	116	12	9,4%
C2	58	326	47	13%	88	16	15%	20	5	20%

Legende zu den Tabellen 1, 2 und 3:

- St* Anzahl der Professuren und Dozenturen, die im Senat behan-delt wurden
- Plazierungen** Summe aller Listenplätze
- A Frauenanteil
- ** Die Recherche basiert auf den Berufungsunterlagen und Senatsprotokollen.
- *** Die Recherche basiert auf dem Personal- und Vorlesungsver-zeichnis zum Sommersemester 1994.
- **** verkürzte Verfahren sind Berufungsverfahren ohne Ausschrei-bung und Konkurrenz mit dem Ziel, vor 1989 erlittene Benachtei-ligungen auszugleichen und wiedergutzumachen.

sonders dort zu lesen, wo es Defizite bei der Umsetzung des schon 1992 aufgestellten Frauenförderplanes der TU Dresden gibt. So wird u.a. festge-stellt: „Auch die Hochschulpolitik der TU Dresden wird von Männern gemacht. Frauen sind in den Gremien der Selbst-verwaltung deutlich unterrepräsentiert. Ein höherer Männeranteil in der Status-gruppe der Hochschullehrer an der TU zieht auch automatisch einen hohen Männeranteil in den Kommissionen nach sich.“

Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß es weibliche Lehrstuhlinhaber (C4) nur ausnahmsweise gibt. Mitunter wird behauptet, daß sich keine Frauen be-werben. Das ist einfach falsch (siehe Tabelle 1)! Richtig ist, daß sich auf solche Stellen nur sehr wenige Frauen (6.3% der Bewerbungen kommen von Frauen) bewerben. Richtig ist weiter-hin, daß viel weniger Frauen (3,8%) von den Berufungskommissionen als beru-fungsfähig für C4-Stellen eingeschätzt werden, und richtig ist, daß das Mini-

sterium bzw. die Verhandlungsführer (Kanzler) noch weniger C4-Berufungen für Frauen zulassen. Der Staatsminister für Wissenschaft und Kunst kann nach § 53 (10) des Gesetzes über die Hochschulen im Freistaat Sachsen „... von der im Berufungsvorschlag genannten Reihenfolge der Namen nach Erörterung mit dem zuständigen Dekan abweichen“.

Bei der Besetzung von C3-Stellen gaben die Berufungskommissionen den Frauen etwa die gleiche Chance wie den Männern. Das Ministerium war offensichtlich mehr dafür, Dozenturen (C2-Stellen) an Frauen zu vergeben. Dem Ministerium für Wissenschaft und Kunst im Freistaat Sachsen muß vorgeworfen werden, daß der Frauenanteil bei den Berufenen noch unter dem Frauenanteil bei den Plazierungen liegt! Das ist schlimm und beunruhigend.

Nun könnte man vermuten, daß die Berufungskommissionen an Frauen bevorzugt dritte Listenplätze vergeben haben und die verantwortlichen Mitarbeiter im Ministerium für Wissenschaft und Kunst im blinden Arbeitseifer ohne Ansehen der Person und ohne Beachtung des Sächsischen Hochschulgesetzes § 4 (Zitat: „Die Hochschulen wirken bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben auf die Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern und auf die Beseitigung der für weibliche Hochschulmitglieder und Hochschulangehörige bestehenden Nachteile hin“) immer nur die ersten Listenplatz bedient haben. Deshalb wurde untersucht, welchen Listenplatz die Frauen und Männer einnahmen und

von welchem Platz das Ministerium Frauen berufen hat. Die Tabellen 2a und 2b zeigen das Ergebnis.

In Tabelle 2a ist zu sehen, daß die Berufungskommissionen den Frauen nicht etwa nur dritte Plätze eingeräumt haben. Im Gegenteil! 32 Akademikerinnen, d.h. 39% aller Frauen auf den Berufungslisten, erhielten den ersten Platz! Nur 19 (das sind 59%) davon wurden berufen! Von den 22 Frauen auf dem 2. Platz wurde nur eine (das sind 4,5%) berufen, und alle Frauen, die an der 3. Stelle standen, gingen leer aus. In der Tabelle 2b wurden zum Vergleich die Listenplätze und Berufungen für Männer zusammengestellt. Von 491 Männern, die auf dem ersten Listenplatz standen, wurden 359 (das sind 73%) für sie annehmbare Bedingungen geboten. Vom zweiten Platz wurden dann noch 17 (das sind 5,6%) Männer berufen, und von den Männern auf dem dritten Listenplatz erhielten noch 3 eine Hochschullehrerstelle an der TU Dresden. Wie immer in solchen Fällen wird die Benachteiligung von Frauen besonders deutlich beim Vergleich der sehr gut bezahlten Stellen. In unserem Fall sind das die C4-Stellen. Sechs (6) Frauen wurden plazierte und zwei (2) wurden berufen. Das sind 33%. 276 Männer wurden plazierte und 210 wurden berufen. Das sind 76%. Die Zahlen lassen auf Ungleichbehandlung von Frauen und Männern schließen! Ich erinnere daran, daß der sächsische Wissenschaftsminister durch das Hochschulgesetz alle Macht in der Hand hatte und hat, den Frauenanteil bei der Ruferteilung weiter zu erhöhen. Laut

Tabelle 2a: Anzahl der Frauen auf Listenplätzen und die Berufungen durch das Ministerium

	Plazierung auf den Listen:			Berufungen vom Listenplatz		
	1. Platz	2. Platz	3. Platz	1. Platz	2. Platz	3. Platz
C4	6	9	9	2	1	0
C3	18	9	15	12	0	0
C2	8	4	4	5	0	0
TU ges.	32	22	28	19	1	0

Tabelle 2b: Anzahl der Männer auf Listenplätzen und die Berufungen durch das Ministerium

	Plazierung auf den Listen:			Berufungen vom Listenplatz		
	1. Platz	2. Platz	3. Platz	1. Platz	2. Platz	3. Platz
C4	276	172	158	210	8	2
C3	164	106	96	106	9	1
C2	51	28	9	20	0	0
TU ges.	491	306	263	359	17	3

Verfassung des Freistaates Sachsen, Hochschulrahmengesetz und Hochschulgesetz war und ist er sogar dazu verpflichtet.

Natürlich gibt es Männer und Frauen, die in Berufungsverhandlungen für Ost-Universitäten unannehmbare Forderungen stellen. Tun das Frauen, setzt mich der jeweilige Dekan zu seiner eigenen Entlastung (mit dem Hinweis: „Sehen Sie, Frau Reiche! Wir tun alles für die Frauen, was wir können. Aber

diese Frau hat so unverschämte Forderungen gestellt, daß wir sie wirklich nicht erfüllen können!“) davon in Kenntnis. Das ist bisher zweimal geschehen.

Interessant ist nicht nur das Frauen-/Männerverhältnis, sondern auch das Ost-/Westverhältnis auf den Listenplätzen und unter den „neuen“ Professoren und Dozenten, die nicht im verkürzten Verfahren berufen wurden. Deshalb erfolgte eine Untersuchung der Listen

hinsichtlich der Herkunftsländer von Frauen und Männern. Damit kann die Frage beantwortet werden, ob und inwieweit die Ost-Frauen die Verliererinnen der deutschen Einheit sind. Die Tabelle 3 zeigt des Rechercheergebnis (ohne verkürzte Verfahren): Meistens haben sich die Berufungskommissionen zugunsten von männlichen Bewerbern aus den alten Bundesländern entschieden. Für listenfähig bei C4-Berufungen werden zuerst Männer aus den alten Ländern, dann Männer aus den neuen Ländern, dann Frauen aus den alten Ländern und zuletzt Frauen aus den neuen Ländern eingeschätzt. Die Reihung ist ganz deutlich! Ost-Frauen bekamen keine C4-Stelle. Erst bei C3-Stellen erhielten die Ost-Wissenschaftlerinnen eine größere Chance. Grundsätzlich entschieden die Berufungskommissionen aber ähnlich wie bei den C4-Stellen. Dozenturen wurden endlich stärker an Osis vergeben.

Frauen in der Wissenschaft ist ein zentrales Thema der Studie. Dabei wird ein gewisser Teufelskreis deutlich.

Männer sind zu 99,5% Gutachter in den Berufungsverfahren. In ihre elitäre Runde kann nur selten eine Frau eindringen. Männer dienen als Vorbild für die nächste WissenschaftlerInnen-Generation.

Die „Studie zur Gleichstellung von Frau und Mann an der TU Dresden“ beleuchtet auch die Probleme der Mitarbeiterinnen in Verwaltung und Technik sowie der Studentinnen. Thematisiert werden Studienwahlverhalten und Probleme beim Hochschulzugang, Vorlesungsangebot, Studieren mit Kind, Urlaubsregelungen, Teilzeitarbeit, Tarifangelegenheiten, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und anderes. Gleichstellungsarbeit braucht einen langen Atem und viel Durchstehvermögen. Der Bericht der Gleichstellungsbeauftragten der TU zeigt, das trotz eines Frauenförderungsprogrammes jeder noch so kleine Erfolg auf diesem Gebiet erkämpft werden muß.

Zurück zu meiner Erwartungshaltung im Zusammenhang mit den demnächst

Tabelle 3: Listenplätze und Berufungen von Ost- und WestbewerberInnen (einschließlich verkürzter Verfahren)

Stelle	Plazierungen				Berufungen			
	West-	Ost-	West-	Ost-	West-	Ost-	West-	Ost-
C4	410	196	18	6	97	56	3	0
C3	194	172	19	23	47	69	5	7
C2	15	73	6	10	2	18	0	5

(Ende Juni 1996) erstmalig erhobenen statistischen Daten im Zusammenhang mit dem SächFFG und der SächsFF-StatVO! Es werden hierbei nicht nur für Berufungen sondern für alle ausgeschriebenen Stellen die Zahl der pro Ausschreibung eingegangenen Bewerbungen, die Zahl der zum Bewerbungsgespräch eingeladenen Bewerberinnen und Bewerber und die Besetzung der Stelle erfaßt, d.h. es werden nicht nur Daten im Zusammenhang mit Berufungen vorliegen, sondern das gesamte Einstellungsgeschehen wird registriert. Ich bin sicher, daß wir jährlich Zahlen bekommen, die den Frauen noch mehr als die hier genannten unter die Haut gehen, weil

1. die Betroffenheit größer sein wird, denn es interessieren sich mehr Frauen für Stellen im mittleren Bereich,
2. die wiederholte Veröffentlichung belegter Benachteiligung schließlich ihre Wirkung nicht verfehlen wird.

Und daß die Aussage der oben Beschriebenen gleich sein wird, davon bin ich überzeugt, weil Frauen sich mehr bewerben müssen als Männer: Sie haben mehr Schwierigkeiten beim Berufsstart, sie sind länger arbeitslos, sie haben weniger gute Fachkontakte zu den männlichen Entscheidungsträgern in der Wirtschaft und im Öffentlichen Dienst...

Die Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen im Freistaat Sachsen hat beschlossen, die Frauenförderpläne und die 1996 erhobenen Zahlen zum Einstellungsgeschehen an sächsischen Hochschulen in einer Broschüre zu veröffentlichen.

*Karin Reiche, Dr. rer. nat.,
Physikerin, ist Gleichstellungs-
beauftragte der TU Dresden*

Was kostet ein Pfund Ehrlichkeit?

Der „Ethikkonsens“ als funktionales Leitbild einer sozial-ökologisch orientierten Marktwirtschaft

Positionspapier zur konzeptionellen Erarbeitung einer hochschulpolitischen Leitlinie im Sinne einer „Nachhaltigen Entwicklung“

Vorbemerkung und Danksagung

Die hier zusammengetragenen Grundüberlegungen sind ein erster Versuch auf die sich mehr und mehr ausbreitende Vernachlässigung ethisch/moralischer Grundwerte unserer Gesellschaft hinzuweisen und eine Sensibilisierung für die sich daraus ergebenden Konsequenzen im Sinne eines „Ethikkonsens“ zu erreichen. Besonderes Schwergewicht wird dabei auf die Rolle der Hochschulen, ihres Bildungsauftrags und ihrer Verantwortung in den nächsten Jahrzehnten gelegt. Ein derartiger erster Versuch kann und muß nur Stückwerk bleiben, soll aber in Zukunft durch weiterführende Untersuchungen und Arbeiten ausgedehnt, vertieft und letztendlich quantitativ in eine mögliche ethisch/moralische Grunddimensionierung und Institutionalisierung münden. Der zweite Teil der Arbeit (*„Die Wahrheit der Lüge“*), soll im Anschluß an die im ersten Teil herausgestellte Grundproblematik vor allem die Quantifizierbarkeit an Beispielen und damit die marktwirtschaftliche Umsetzbarkeit eines möglichen

Ethikkonsenses darstellen. Derartig fächerübergreifende Überlegungen und Schlußfolgerungen stehen und fallen mit der Bereitschaft und dem Interesse vieler meiner Kollegen, die sich die Zeit genommen haben, sich mit der Problematik auseinanderzusetzen, und versucht haben, durch unterschiedlichste Denkansätze mitzuhelfen, das immer unfertig Bleibende zu strukturieren, mit Inhalten, Kritik und neuen Ideen zu füllen und letztendlich zu einem ersten druckfertigen Manuskript zu bringen. Es sind dies im einzelnen:

Dr. Albrecht Balzer, Internationales Hochschulinstitut Zittau, Frau Nevidita Banerjee, Deutscher Apotheker Verlag Stuttgart, Prof. Dr. Jürgen Bolten, Universität Jena, Dr. Kurt Friese, Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH, Herr Christian Golde, TU Cottbus, Herr Gernot Kayser, Internationales Hochschulinstitut Zittau, Prof. Dr. Z. Kovar, TU Liberec, Prof. Dr. Gerd-Joachim Krauss, Martin-Luther-Univer-

sität Halle-Wittenberg, Herr Steffen Kretschmer, Internationales Hochschulinstitut Zittau, MR Rolf Langer, Sächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst, Dresden, Prof. Dr. Helmut Lieth, Universität Osnabrück, Dr. Hans Löser, Deutsch-Französisches Hochschulinstitut für Technik und Wirtschaft, Saarbrücken, MDgt Dr. Dr. Gert Maibaum, Sächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst, Dresden, Dr.

Jörg Oehlmann, Internationales Hochschulinstitut Zittau, Prof. Rainer Reisel, Deutsch-Französisches Hochschulinstitut für Technik und Wirtschaft, Saarbrücken, Prof. Dr. Mechthild Roth, TU Dresden, Prof. Dr. Bruno Sansoni, International Environment Consulting, Bad Abbach, Priv.-Doz. Dr. Eberhard Umbach, Universität Osnabrück, und Frau Vera Weckert, Universität Osnabrück.

Zusammenfassung

Die derzeit geführte bildungspolitische Debatte muß vor dem Hintergrund einer „Nachhaltigen Entwicklung“ vermehrt nicht nur den ökologisch orientierten Ansatz einer sozialen Marktwirtschaft berücksichtigen, sondern mit gleicher Vehemenz zu einer Wiedergewinnung ethisch/moralischer Grundwerte führen. Das bis heute praktizierte Sanieren äußerer Verschmutzungen im ökologischen Sinne darf nicht den Blick für eine Erneuerung bzw. Wiedereinbindung innerer Grundwerte versperren, um einer immer zielstrebig in ein apokalytisches Inferno galoppierenden Gesellschaft Zukunft zu geben. Unverkennbar ist ein Schwinden der materiellen Kräfte des Staates (Beglückung durch materielle Anreize) festzustellen. Das Phänomen der „Inneren Verschmutzung“, der Sinnentleerung der Seele des Menschen, tritt mehr und mehr hervor. Wir sind satt und haben trotzdem Hunger. Es fehlt an personifizierten Leitbildern und häufig auch an der Bereitschaft, Leitbilder zu akzeptieren. Kaum kontrollierbare globale Kommunikationssysteme könnten in

Zukunft, geschickt genug verpackt, zu einer immensen Gefahr menschlicher Manipulation werden. „Ich kommuniziere, also bin ich.“ Eine Technik wird - insbesondere bei jungen Menschen - zur Philosophie erhoben. Auswege ergeben sich in einer Wiedergewinnung ethisch/moralischer Grundwerte.

Hierzu ist zunächst eine Quantifizierbarkeit dieser Werte, damit ihre Kalkulierbarkeit und Meßbarkeit im Sinne einer Kosten-Nutzen-Kalkulation ähnlich der in den letzten Jahren stattfindenden Ökologisierung der Wirtschaft grundlegende Voraussetzung. Hochschulpolitisch bedeutet dies eine wesentliche Neustrukturierung bisheriger Lehr- und Lerninhalte, die im Sinne einer interdisziplinären Ausbildung neben ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Aspekten insbesondere den „Ethikkonsens“ als 4. Dimension beinhalten muß. Für die hochschulpolitische Umsetzung einer derartigen Leitlinie wird aufgrund bisheriger Erfahrungen ein relativ kurzer Zeitraum von 12-15 Jahren veranschlagt. Neben bildungs-

politischen Erneuerungen in Schule und Hochschule müssen daneben staatlich unabhängige Reformen im privaten (Förderung uneigennütigen Handelns des Einzelnen) wie auch im religiösen

Bereich (Kann der Papst wieder Leitbild werden?) mehr Anreize bekommen, um mitzuhelfen, die Leitlinie des Ethikonsenses gesellschaftspolitisch vorzubereiten.

1. Die Ausgangslage

„Wenn wir jetzt auf das „Jahrhundert der Umwelt“ zugehen und ein neues Wohlstandsmodell entwickeln wollen, dann müssen wir auch unsere Kultur weiterentwickeln und das Bildungswesen der neuen Aufgabe anpassen. Das ist leichter gesagt als getan. Das heutige Bildungswesen ist weder inhaltlich noch strukturell auf die neue Aufgabe vorbereitet. Es ist nach Schulfächern und Disziplinen geordnet und hauptsächlich auf die Berufsqualifizierung ausgerichtet. Abfragbarkeit, Gerechtigkeit und objektive Leistungsmessung rangieren hoch. Erziehung zur Verantwortung ist zwar ein Ziel, aber der Hauptschulalltag, die Leistungskurve der Gymnasien oder die Berufsschulwirklichkeit lassen nur minimalen Spielraum für die Verfolgung des Ziels. Ökologische Inhalte werden von Biologie- und Geographielehrern vermittelt. Aber mit Feuchtbiotopsökologie und Lagerstättenkunde wird man den Herausforderungen der Umweltkrise nicht gerecht. Ganze Schulfächer müssten umdefiniert, die Zusammenarbeit von verschiedenen Fachlehrern erleichtert und die Lehrerbildung und -fortbildung von Grund auf reformiert werden. Berufsprofile jeglicher Art, Wissenschaftsverständnis und der Praxisbezug der Bildungseinrichtungen müssten generalüberholt werden. Die Internationalität

der Umweltkrise und der lokale Bezug der ökologischen Beobachtung bilden einen herausfordernden Spannungsbogen. Kein Schulfach bleibt unberührt. So aufreibend und ärgerlich eine solche erneute tiefgreifende Reformwelle sein mag - sie hat einen Vorteil, den frühere Bildungsreformen nicht in dem Maße hatten: Diesmal werden die Schüler mitmachen und nicht abseits stehen, geht es doch um ihre Zukunft.“ (WEIZÄCKER, 1994)

Der von Ernst-Ulrich von Weizäcker in seinem Buch „Erdpolitik“ (1994) beschriebene Status quo von Schullehrinhalten läßt sich ohne große Mühe auf die hochschulpolitische Landschaft der Bundesrepublik Deutschland übertragen. Das Problem einer Grunderneuerung im Sinne einer „nachhaltigen Entwicklung“ sowohl der Inhalte als auch der Form ihrer Vermittlung scheint daher dringender denn je geboten (s. auch MEYER 1994 und 1995). Bevor in diesem Artikel auf mögliche Ansätze für eine reformierte Hochschule 2000 eingegangen wird, sollen zunächst die derzeitigen „Rahmenbedingungen“ grob skizziert werden.

Die letzten 2 Jahrhunderte waren in Deutschland geprägt vom Aufbau marktwirtschaftlicher Strukturen, die es -

mehr oder weniger gut - erlaubten, ein globales Wirtschaftssystem zu betreiben, das der Mehrzahl der Menschen ein Leben in „Wohlstand“ und „Zufriedenheit“ ermöglichte. Waren die ersten Ansätze der industriellen Revolution im 19. Jahrhundert geprägt durch Ausbeutung der Arbeiterklasse und Profitdenken der Unternehmer, führte der Aufbau von Interessenvertretungen der „arbeitenden Bevölkerung“ zur Entwicklung der gesetzlich manifestierten „sozialen Marktwirtschaft“ mit einer weitgehenden „Gerechtigkeitsstruktur“ auch für weniger privilegierte Bevölkerungsschichten (BIEDENKOPF, 1995a und b). Unter Berücksichtigung zweier Weltkriege und der sich daraus ergebenden Zerteilung Deutschlands konnte in Westdeutschland bis hinein in die 60- und 70iger Jahre konsequent am Aufbau dieser Säulen des demokratischen Systems gearbeitet werden.

Der Preis des Wohlstands nicht nur in Deutschland sondern in allen hoch industrialisierten Ländern ging einher mit der Ausbeutung von Natur und Menschen insbesondere in der Dritten Welt, deren Folgen heute augenfälliger denn je sind. Rigorose Verschuldungsstrategien der westlichen Welt führte zum Ausbluten der Entwicklungsländer mit heute scheinbar nicht mehr reparablen Wirtschafts- und Naturzerstörungen. Lokal begrenzte Problemfelder mündeten in globale Katastrophen (Klimaveränderungen, Ozonloch, etc.), deren apokalyptischer Charakter unverkennbar vor der Tür steht. Die meisten realistischen Prognosen erwarten ein globales Kollabieren unserer Systeme in

wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Sicht Mitte bis Ende des 21. Jahrhunderts, falls dem zügellosen Auszehren natürlicher Ressourcen und menschlicher Reserven nicht drastisch und unverzüglich entgegengetreten wird (UNESCO, 1988). Unverkennbar wurde in den 70er, 80er und 90er Jahren darauf reagiert. Spätestens nach CARSONs „Stimmen Frühling“ (1968, 1981 (in deutsch)), MEADOWs et al. „Grenzen des Wachstums“ (1972), dem GLOBAL 2000-Report an den amerikanischen Präsidenten (1980) und dem BRUNDLAND-Report (1987) mündeten die in diesen Berichten beschriebenen Auszehrungsmechanismen in nationale und internationale Empfehlungen, Verordnungen und Umsetzungsstrategien ökologisch-sozialer Handlungsmechanismen, die 1992 ihren Höhepunkt in der Weltkonferenz in Rio de Janeiro fanden.

Trotz der verheerenden Zustandsberichte und Prognosen des Ist-Zustandes machen neue Formen der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung hin zu einem „Jahrhundert der Umwelt“ (WEIZÄCKER, 1994) mit intelligenten und vor allen Dingen neuen marktstrategischen Umweltkonzepten (siehe hierzu z.B. MIPS in SCHMIDT-BLEEK (1994) oder Ökologische Steuerreform in WEIZÄCKER, (1994)) Mut, die bevorstehenden Aufgaben anzugehen. Auch wenn diese Initiativen derzeit weitgehend von der 1. Welt gespeist werden, ist die in Deutschland noch vor wenigen Jahren häufig zu beobachtende destruktive „5 Minuten nach 12“-Stimmung (No future Generation) einer „5 Minuten vor

12"-Stimmung gewichen. Diese Stimmung findet in der Regel dadurch Ausdruck, daß insbesondere von Entscheidungsträgern Gelder in Programme fließen, die wenige Jahre zuvor als illusorisch galten. Hier sei auf nationaler Ebene nur an die mit Personal- und Sachmittel ausgestattete Gründung von Instituten wie das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (1991) oder das Internationale Hochschulinstitut Zittau (1993) gedacht.

Vorwiegend in Deutschland haben scheinbar technologische Fehlentwicklungen wie die zwar friedliche aber sicherheitstechnisch und bevölkerungspsychologisch vollkommen unzureichende Ausnutzung der Atomkraft als primärer Energieträger zu gravierenden Veränderungen in der technischen und politischen Landschaft geführt. Spätestens seit Tschernobyl, 1986, fiel ein gesamtes „Atomzeitalter“ einer einzigen nuklearen Katastrophe zum Opfer, ohne zu diesem Zeitpunkt echte Alternativen zur Deckung des exponentiell steigenden globalen Energiebedarfs zu haben. Der psychologische Druck auf die politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen zwang in den 80er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland zum

2. Das Phänomen der „inneren Verschmutzung“

Dieser erfreulichen Entwicklung steht allerdings ein Trend entgegen, der unverkennbar zu wenig Berücksichtigung findet:

„Die materiellen Kräfte des Staates schwinden.“

Umdenken. Forschungspolitisch hatte diese Wende immense Auswirkungen auf die technologische Landschaft und letztendlich auf den „Standort“ Deutschland. Beispielsweise mußten viele der in den 50er und 60er Jahren entstandenen „Kernforschungszentren“ nicht nur ihr äußeres Gesicht ändern (existierende „Kernforschungszentren“ wurden in „Forschungszentren“ umbenannt), sondern sahen sich vor die Tatsache gestellt, neue Inhalte zu definieren. Die nukleare „Sicherheits- und Entsorgungsforschung“ dieser Atomzentren dürfte derzeit nur noch bei 30% liegen, Hauptschwerpunkte sind heute die Umweltforschung und die Materialwissenschaften. Bemerkenswert bei dieser Umorientierung sind die relativ kurzen Zeitabschnitte, die für die politische sowie sozial verträgliche Realumsetzung notwendig waren. Der Zeitrahmen lag zwischen 10 und 15 Jahren. Sicherlich sind Forschungsstrategien einfacher zu korrigieren als gesamte Wirtschaftssystemveränderungen vorzunehmen. Trotzdem machen derartig kurze Zeitspannen Mut, daß oben erwähnte 5 Minuten für eine globalpolitische Trendwende ins ökologisch orientierte 21. Jahrhundert ausreichend sein können.

Trotz hohem Lebensstandard, trotz fortschreitender Mobilisierung ökologischer Vermarktungsstrategien, trotz aussichtsreicher Sanierungstechnischer Entwicklung und biotechnologischer Erfolge hin zu einer ökologisch

orientierten sozialen Marktwirtschaft bleibt eines festzustellen: Wir kurieren die externe Verschmutzung, das Sichtbare, das Äußere, die Umwelt, die Wirtschaft. Was weitgehend vergessen wird, soll im folgenden als „innere Verschmutzung“ bezeichnet werden, worunter die fortschreitende Sinnentleerung der Seele des Menschen zu verstehen ist.

Unverkennbar ist die Sehnsucht des Menschen nach Einheit, Zufriedenheit und Glück. Man bedenke die wenigen Jahrtausende, wo die Species Mensch in nicht evolutiven Zeitschritten, sozusagen im Eiltempo, vom unkultivierten Barbaren psychisch auf ein zivilisiertes Hochleistungsindividuum getrimmt wurde, ohne die Auswirkungen auf eine immer größer werdende Bevölkerungsstruktur mit immer enger werdendem Korsett zu kennen. Phänomene in Deutschland wie Vereinsamung der Alten, Singletum, Intoleranzen gegenüber Kindern und Ausländern, nie zuvor dagewesene Scheidungs- und Selbstmordraten sind nur die äußeren Anzeichen einer viel tiefer sich krebsartig ausbreitenden „Krankheit“. Trotz immer mehr Freizeit und Freizeitangeboten, immer exklusiveren Urlaubsreisen und Konsummöglichkeiten ist ein Trend zu einem tief wurzelndem „Unglücklichsein“ großer Teile der Bevölkerung festzustellen. Psychologen, Lebensberater und viel zu viele als auch zu gefährliche Sekten haben Hochkonjunktur.

Die Gründe für diese nun seit einigen Jahren auch äußerlich sichtbaren und nicht mehr nur vereinzelt auftretenden

Phänomene sind vielfältiger Natur. In einer immer mehr nach Wohlstand und Prestige strebenden und teilweise rational rücksichtslos arbeitenden Kapitalgesellschaft müssen Emotionen unterdrückt werden. Begriffe wie Ehrlichkeit, Geduld, Bescheidenheit, Verantwortung und Rücksicht weichen unausweichlich der Korruption, der Egozentrik sowie der kurzfristigen und rücksichtslosen Bereicherungsstrategie. Der gesellschaftlich und existentiell notwendige Sozialinstinkt wird vom unbändigen und skrupellosen Durchsetzen individueller Bedürfnisse verdrängt und mündet in einen unkontrollierten Egoismus. Die anfangs und bis heute für eine florierende Marktwirtschaft notwendige gesunde Privatinitiative geht über in eine kaum zu übersehende individuelle Kampfstrategie, die neben der ungezügelter Befriedigung von Konsumbedürfnissen eine nie gekannte Härte im Umgang mit sich selbst und vor allen mit den Mitmenschen beinhaltet. Eine schier unaufhaltsame Jagd nach zählbaren, abwägbaren Erfolg hat eingesetzt, ihre Einheit ist Geld. Diese Phänomene sind insbesondere auch bei den jungen Menschen in der heutigen Gesellschaft festzustellen. Sozialpsychologische Auswüchse dieser Art sind äußerst ernst zu nehmen, da diese Jugend unsere Welt in wenigen Jahrzehnten regieren, lenken und gestalten wird. Wie konnte es zu dieser Handlungs- und zu dieser Denkweise kommen, was waren ihre Ursachen?

Die Menschen in Westdeutschland hatten das große Glück, ohne neuerlichen

Krieg, ohne Armut, ohne existentielle Probleme ihr Leben und ihren Lebensraum in den letzten 50 Jahren gestalten zu können. Das materielle Wohlergehen und die Ausweitung der materiellen Güter standen im Mittelpunkt erziehungspolitischer Unterrichtsinhalte und im Vorleben der verfügbaren Medien und Vorbilder. Eltern, Freunde, Nachbarn und Bekannte hatten in den Nachkriegsjahren nur eines im Sinn: das Wirtschaftswachstum und das damit einhergehende Wohlergehen mit all seinen Vor- und scheinbar so wenigen Nachteilen. Das System zeigt ein Mehr an Wohlstand bei weniger Arbeit als Zukunftsperspektive auf. Verstärkt wurde dieser Effekt durch das schlechte Abschneiden einer anderen Ideologie und Gesellschaftsform im östlichen Teil der Republik. Im Mittelpunkt stand mehr und mehr das Gefühl der Freiheit sowohl in Zeit und Raum, und selbst diese Freiheit wurde durch den Mauerbau bei unseren Nachbarstaaten jäh unterdrückt. Welch ein Sieg marktwirtschaftlicher Freiheiten gegenüber sozialistischer Diktatur! Die Freiheit zu Denken und zu Handeln erstreckte sich dabei auf alle Bereiche des menschlichen Lebens, sowohl im privaten (sexuelle Revolution) als auch im beruflichen (Aufweichen hierarchischer Strukturen hin zur Teamarbeit). Auch hier wurden ähnlich der weitgehend kritiklosen Entwicklung der sozialen Marktwirtschaft nur die Vorteile bedacht, mahnende Worte meist älterer Mitbürger als „Erhalt unzeitgemäßer Machtstrukturen“ abgetan.

Die Ergebnisse der nun etwa 30jähri-

gen Befreiung sind ernüchternd. Die Beatles haben die Klassik nicht ersetzt, sie stehen gleichbedeutend neben ihr, die sexuelle Aufklärung führte nicht zu mehr Kindern und glücklicheren Paaren, sondern gipfelt in einer rapiden Geburtenabnahme, die in den nächsten Jahren tiefste Einschnitte in unsere Altersversorgung reißen wird. Das Leben in und mit der (Groß-) Familie und die damit verbundene Wärme und Nähe wurde aufgegeben und in vielen Bereichen als altmodisch abgetan. Hier ließen sich weitere unzählige Beispiele an Entwicklungen aufzählen, die die neue marktwirtschaftliche Freiheit bewußt oder unbewußt mit sich gebracht hat. Nun, einige Jahre danach müssen wir mit konstantierender Ratlosigkeit feststellen:

„Wir sind satt und haben trotzdem Hunger“.

Fußnote: Sicherlich sollen hier nicht die vielen positiven Phänomene verkannt werden, die die Einführung der ökologisch orientierten sozialen Marktwirtschaft mitgebracht hat. So ist beispielsweise die in vielen Bereichen bereits deutlich zu beobachtende Gleichberechtigung der Frau oder die kritische Durchleuchtung des politisch-wirtschaftlichen Tagesgeschehens durch öffentliche Medien unweigerlich eine Folge dieser Entwicklung. Die in der parteipolitischen Landschaft Deutschlands sicherlich gravierendste Veränderung fand in der Etablierung der „Grünen“ als Bundestagspartei ihren Ausdruck. Fußnote Ende.

Vieles, was wir heute haben, hat nicht mehr den inneren Wert, bringt nicht

mehr die Genugtuung, die es besitzen könnte. Einer der Gründe hierfür ist augenscheinlich: Daß, was alle haben, hat keinen besonderen Wert mehr (z.B. Telefon, Auto, Fernseher). Tatsächlich funktioniert unser nach Leistung belohnendes System nach außen für eine gewisse Zeit, es ist begrenzt. Der wohlthuende materielle Balsam für die Seele ist verlorengegangen. Ein ernstzunehmender Ersatz ist derzeit nicht in Sicht.

Hinzu kommt eines der gravierendsten Phänomene unserer Zeit: Das Fehlen von Leitbildern, von Menschen, deren Handeln im Kantschen Sinne zur Maxime menschlicher Existenz werden könnte. Verstorben sind die Kennedys, die Gandhis, die Brandts, auch wenn der eine oder andere in der heutigen Zeit vielleicht kein Leitbild mehr wäre. Ersetzt wurden sie durch Personen, deren äußeres Charisma trotz herausragender gesellschaftlicher Leistungen (man denke nur an Mandela, Havel, Sacharow) bei weitem nicht die Vorbildfunktion einnehmen kann. Gleichzeitig ist festzustellen, daß - aus was für Gründen auch immer - die Akzeptanzbereitschaft für Leitbilder insbesondere bei jungen Menschen weitgehend verloren gegangen ist.

Stattdessen werden heute funktionale und informelle Zusammenhänge durch kommunikative Medien in niemals zuvor dagewesener Form dargeboten. Beispielsweise geht man davon aus, daß rund 30 Millionen Menschen in etwa 100 Ländern der Erde allein am Internet, eines unserer derzeitigen globalen Datenkommunikationssysteme,

angebunden sind. Man rechnet derzeit mit monatlichen Neueinsteigern von 2 Millionen. Rund 300 Millionen Nutzer erwarten Experten zur Jahrtausendwende. Weltweit gibt es 260.000 Informations-Anbieter, davon über 3.700 in Deutschland. Und jeden Monat kommen allein 90 deutsche Anbieter hinzu (INTERNET NEWS, 1995). Die unkontrollierte Nutzung des Internet wird als neue Freiheit empfunden, es gibt keine Zensur, keine Diktatur und keine Filter. „Ich kommuniziere, also bin ich“.

Eine Technik wird zur Philosophie erhoben.

Fußnote: Sicherlich ist Informationsfluß in vielen Bereichen das A und O eines effektiven Arbeitsverhaltens. Die immensen Vorteile bestehender bzw. zu entwickelnder Datenautobahnen sollen keinesfalls in Frage gestellt werden. Ohne neueste und richtige Information und deren Transferierbarkeit kann heute kein Land der Erde, kein Betrieb und auch kein Wissenschaftler zeitgemäß arbeiten. Fußnote Ende.

Allerdings bergen derartige Systeme auch erhebliche Gefahren in sich, die heute noch vollkommen unterschätzt bzw. zu wenig ernst genommen. Globale Datenkommunikationssysteme können, werden sie nur geschickt genug eingesetzt, eine ungeheure Wirkung auf den Nutzer haben. Wird Information nur elegant genug verpackt und nicht nur der Information willen, sondern zur Suggestion ideologisch/politisch gefärbter Meinungsbildung eingesetzt, ist ein Machtinstrument entwik-

kelt worden, dessen unkontrollierbare Ausbreitung mit der der Immunschwäche Aids gleichzusetzen sein dürfte. Man stelle sich nur vor, es wird zum globalen Krieg über das Internet aufgerufen! Bereits heute wird über den globalen Datenbanktransfer jeglicher Zugriff zu pornographischen und gewaltverherrlichenden Medien angeboten. Besondere Brisanz erwerben diese neuen Informationstechnologien durch die Tatsache, daß sich gerade viele junge und daher noch in vielen Richtungen offene und beeinflussbare Menschen

3. Der „Ethikkonsens“ als 4. Dimension

Wir leben demnach in einem Zeitalter, wo die so häufig zitierten „inneren Werte“ vorwiegend im Berufsleben (s. Phänomene wie Mobbing) mehr und mehr in den Hintergrund treten. Im Bildungsbereich ist dies mit gleicher Deutlichkeit festzumachen. Beispielsweise lernt ein Betriebswirtschaftsstudent, ein Produkt geschickt zu vermarkten, Betriebsereignisse möglichst gewinnbringend zu orientieren, ineffektive Strukturen zu rationalisieren, letztendlich um jeden Preis Profit zu machen. Diese Entwicklung ist - und das haben in den letzten Jahren unzählige Untersuchungen gezeigt - im Sinne einer „Nachhaltigen Entwicklung“ nicht weiter haltbar (s. z. B. EICHHORN, 1995; FRITZ et al., 1995; GOLDE, 1995; GORE, 1994; GRAßL und KLINGHOLZ, 1990; GRUHL, 1988; HABER, 1995; MARKERT, 1992; MARKL, 1989; MAYER-TASCH et al., 1994; MEADOWS and RANDERS, 1992; PESTALOZZI, 1980; POPPER, 1995;

mit diesen neuen Medien beschäftigt.

FAZIT: Die materiellen Kräfte des Staates (Beglückung durch materielle Anreize) schwinden. Das Phänomen der „inneren Verschmutzung“ tritt deutlich hervor. Es fehlt heute sowohl an personifizierten Leitbildern als auch an der Bereitschaft, diese Leitbilder zu akzeptieren. Unkontrollierbare globale Kommunikationssysteme könnten heute die technifizierte Maxime des Handelns liefern.

SCHLEMMER, 1981; SCHUMACHER, 1973; SCHWEITZER, 1982). „Nachhaltige Entwicklungen“ müssen auch immer ökologisch ausgerichtete Zielstellen gleichwertig berücksichtigen. Zu fragen ist, ob diese „ökologische Komponente“ im marktwirtschaftlichen Sinne ausreichend ist oder ob in Zukunft nicht auch ethisch moralische Grundwerte quantifizierbar, kalkulierbar und damit letztendlich marktwirtschaftlich verkaufbar gemacht werden müssen. Dieser Ansatz von Quantifizierbarkeit, Kalkulierbarkeit und marktwirtschaftlicher Absetzbarkeit ethisch moralischer Werte soll im folgenden als Ethikkonsens bezeichnet werden.

Heute sind Wirtschaft und Soziales quantifizierbar. Auch sind die Zeiten vorbei, daß Ökologen als „grüne Spinner“ und „Körnerfresser“ abgetan werden. Ökologie ist heute ein entscheidender Marktfaktor, der sich quantitativ und vor allem mit steigender Tendenz

marktwirtschaftlich rechnet. Umwelttechnik stellt heute mit etwa 70 Milliarden DM/Jahr einen der größten Exportschlager der Bundesrepublik Deutschland dar. Man bedenke, daß diese Entwicklung noch vor 20 Jahren in weiten Kreisen verlacht worden ist. Ökologische Grundsätze sind somit in kürzester Zeit quantifizierbar, kalkulierbar, meßbar und damit verkaufbar geworden.

Ähnliche Entwicklungen sind heute ohne größere Schwierigkeiten auch im Sinne eines Ethikkonsenses möglich und vor allen Dingen zwingend. Weiter oben wurde deutlich gemacht, daß viele Menschen durch höchsten materiellen Wohlstand (Video, Auto, Freizeit) in eine häufig sinnentleerte Welt geführt wurden, was als „innere Verschmutzung“ definiert ist. Die innere Zufriedenheit wurde sozusagen im Stil eines Sommerschlußverkaufs an die äußere Befriedigung veräußert. Es gibt derzeit externe Spielregeln, die mit inneren Grundwerten aber auch mit äußeren Gesetzen nicht konform gehen. Beispielsweise wird derjenige als dumm angesehen, der seine Steuererklärung tatsächlich der Wahrheit entsprechend ausfüllt und dem Staat das gibt, was diesem zusteht (WICKERT 1994 und 1995).

Fußnote: Ähnlich wie dem ehrlichen Steuerzahler ging es übrigens auch den ersten Ökobauern, die zur Überraschung vieler auf eine Intensivierung der Landwirtschaft, auf den Einsatz von Pestiziden, Massentierhaltung und damit auf kurzfristig zu erzielende hohe Gewinne verzichteten und infolgedes-

sen existentiell zunächst an den Rand des Ruins getrieben wurden (Freiwillig!). Fußnote Ende.

Sogenannte Kavaliersdelikte werden toleriert, sie tun scheinbar keinem weh. Viele Milliarden Mark gehen aber hierdurch dem Staat, und d.h. uns allen, verloren, die nicht zuletzt auch für eine ökologische Neuorientierung notwendig sind. Die Legitimation hierzu ergibt sich leider nicht nur aus der Raffgier und der kurzfristigen Denkweise des Einzelnen, sondern wird - und dies wurde ebenfalls oben ausgeführt - tagtäglich von Leitbildern, die eben deshalb keine mehr sein können, gefördert, dem Arbeitskollegen, dem Chef und vielen unglaublich gewordenen Politikern. Die Geld- und Machtgier des Einzelnen wird gesellschaftlich mehr und mehr legitimiert.

„Sage mir wieviel Du verdienst, und ich sage Dir, was Du (wert) bist.“

Der Blick vieler von dieser Entwicklung Enttäuschter schweift zu den großen Religionsgemeinschaften, beispielsweise zur katholischen Kirche. Hier sollten die gesellschaftlich weitgehend verlorenen Werte an Ethik und Moral doch zu finden sein, sollten Leitlinien im Sinne der Bergpredigt, im Sinne Jesu Christi, derzeit doch den Nährboden haben, aufzublühen, zu reformieren, zum Leben in Menschlichkeit und Nachsicht aufzurufen.

Die Realität z. B. in der katholischen Kirche bietet ein anderes Bild. Unzählige Kirchenaustritte zeugen von einer inneren Zerrüttung der Institution Kirche. Häufig festzustellende institutio-

nelle Arroganz und Ignoranz gegenüber Andersdenkenden zwingen mündige Christen zum Aufruf eines Volksbegehrens, um die katholische Kirche zur sachlichen Diskussion über Zölibat, Frauen im Priesteramt, Geburtenregelung etc., zu bewegen. Derartige Bedingungen machen eine offene und ehrliche Auseinandersetzung mit der Institution Kirche schwierig. Dabei stelle man sich nur gedanklich einmal vor, daß der Papst im Sinne Jesu Christi leben würde, die materiellen Güter verschenken würde, lernen würde loszulassen, beginnen würde vorzuleben.

Anmerkung:

¹ Ein Folgetext ist in Arbeit.

Literatur:

- BIEDENKOPF, K., 1995a: Einführungsstatements auf dem Treffen der Landeshochschulrektoren und -kanzler am 20.6.1995 in Leipzig.
- BIEDENKOPF, K., 1995b: Die ökologisch orientierte soziale Marktwirtschaft, Gastvorlesung am 14.11.1995 am Internationalen Hochschulinstitut in Zittau.
- BRUNDTLAND-Report, 1987: Our common future, Oxford 1987, deutsch: HAUFF, V., (Hrsg.), Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Eggenkamp, Greven.
- CARSON, R., 1981?: Der stumme Frühling, DTV, München.
- EICHHORN, P., (Hrsg.), 1995: Ökosoziale Marktwirtschaft, Ziele und Wege, Gabler Verlag, Wiesbaden.
- FRITZ, P., HUBER, J. und LEVI, H.W., (Hrsg.), 1995: Nachhaltigkeit in naturwissenschaftlicher und sozialwissenschaftlicher Perspektive, S.Hirzel Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, Stuttgart.
- GOLDE, Ch., 1995: Ethik 2000, auf der Suche nach konsensfähigen Werten für eine bessere globale Zukunft, Internationales Hochschulinstitut Zittau, Manuskript.
- GORE, AL., 1994: Wege zum Gleichgewicht, Ein Marshallplan für die Erde, Fischer-Verlag, Frankfurt.
- GRAßL, H. und KLINGHOLZ, R., 1990: Wir Klimamacher, Auswege aus dem globalen Treibhaus, Fischer-Verlag, Frankfurt.
- GRUHL, H., 1988: Ist das zerstörte Fließgleichgewicht wieder herstellbar, Kolloquium über „Wissenschaft, Technik, Gesellschaft - Wege zu einem neuen Fließgleichgewicht, Nationale schweizerische UNESCO-Kommission, Bern, 21. November 1988, Schlussbericht, 7-20.
- HABER, W., 1995: Das Nachhaltigkeitsprinzip als ökologisches Konzept, in: FRITZ, P., HUBER, J. und LEVI, H.W., (Hrsg.), 1995: Nachhaltigkeit in naturwissenschaftlicher und sozialwis-

Der gesellschaftspolitische Einfluß auf große Massen sowohl bei jung und alt wäre wohl kaum zu überbieten.

Verlassen wir diesen „Traum“ und kehren vom globalpolitischen Ansatz zurück zu der Frage, was Hochschule in der heutigen Zeit dazu beitragen kann, einen Ethikkonsens zu entwickeln und zu fördern.¹

*Bernd Markert, Prof. Dr. rer.nat., ist
Lehrstuhlinhaber für Umweltverfahrenstechnik und Direktor des Internationalen Hochschulinstituts Zittau*

senschaftlicher Perspektive, S.Hirzel Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, Stuttgart, 17-30.

HUBER, J., 1995: Nachhaltige Entwicklung durch Suffizienz, Effizienz und Konsistenz, in: FRITZ, P., HUBER, J. und LEVI, H.W., (Hrsg.), 1995: Nachhaltigkeit in naturwissenschaftlicher und sozialwissenschaftlicher Perspektive, S.Hirzel Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, Stuttgart, 31-46.

INTERNATIONALES HOCHSCHULINSTITUT ZITTAU, (Hrsg.), 1993: Studieninformation, Internationales Hochschulinstitut Zittau, Geschäftsstelle, Markt 23, 02763 Zittau.

INTERNET NEWS, 1995: 1&1 Direkt - Gesellschaft zur Vermarktung von Informationstechnologien mbH - Elgendorfer Straße 57 - 56410 Montabaur.

MARKERT, B., 1992: Vorwort zum Ökotoxikologisches Seminar, in: MARKERT, B., (Hrsg.), Ökotoxikologisches Seminar 1991/1992, Universität Osnabrück, als Manuskript veröffentlicht.

MARKL, H., 1989: Die ökologische Herausforderung der Wissenschaft, Festrede zur 172. Ordentlichen Mitgliederversammlung der Senckenbergischen Naturforschenden Gesellschaft, Frankfurt, 14. November 1989, in: *Natur und Museum*, 120, 4, Frankfurt.

MAYER-TASCH, C.P., MRASS, W., VON WEIZÄCKER, E.-U., KOHOUT, F., 1994: *Umweltpolitik und ihre Instrumente*, Economica Verlag GmbH, Bonn.

MEADOWS, D. u.a., 1972, Die Grenzen des Wachstums, Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, DVA, Stuttgart.

MEADOWS, D.u.D. und RANDERS, J., 1992: Die neuen Grenzen des Wachstums, Stuttgart.

MEYER, H.J., 1994: Forschungspolitik in Sachsen, Vortrag auf dem Workshop „Forschungs- und Technologiepolitik im Freistaat Sachsen“, TU Dresden, 23.4.1994.

MEYER, H.J., 1995: Politische Verantwortung für das Ausländerstudium - Ein Plädoyer für den Dialog der Kulturen, *Forschung & Lehre*, 8, 436-439.

PESTALOZZI, H.A., 1980: Nach uns die Zukunft - Von der positiven Subversion, Kösel-Verlag, München.

POPPER, K., 1995: Lesebuch - Ausgewählte Texte zu Erkenntnistheorie, Philosophie der Naturwissenschaften, Metaphysik, Sozialphilosophie, Herausgegeben von D. Miller, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen

SCHLEMMER, J., Hrsg., 1981: Zukunft in Bescheidenheit, Über die Alternativen, die wir noch haben, Ullstein VerlagsGmbH, Frankfurt.

SCHMIDT-BLEEK, F., 1993: Wieviel Umwelt braucht der Mensch - MIPS - Das Maß für ökologisches Wirtschaften, Birkhäuser Verlag, Berlin, Basel, Boston.

SCHUMACHER, E.F., 1973: Die Rückkehr zum menschlichen Maß, Alternativen für Wirtschaft und Technik, Rowohlt Verlag GmbH, Reinbek bei Hamburg.

SCHWEITZER, A., 1982: Die Ehrfurcht vor dem Leben - Grundtexte aus fünf Jahrzehnten, C.H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München.

THE GLOBAL 2000 REPORT TO THE PRESIDENT, 1980: Entering the twenty-first century, Penguin, Marmondsworth, deutsch im Verlag 2001, Frankfurt.

WEIZÄCKER, VON, E.U., 1994: Erdpolitik - Ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt, Darmstadt, Verlag.

WICKERT, U., 1994: Der Ehrliche ist der Dumme, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg.

WICKERT, U., 1995: Das Buch der Tugenden, Hoffmann und Campe-Verlag, Hamburg.

Günter Wirth (Berlin):

Nachsätze zu „Kulturprotestantische Öffentlichkeit in der DDR“, *hso* 1/96

Nach Veröffentlichung meines Beitrages bin ich von jemandem, auf dessen Urteil ich großen Wert lege, kritisiert worden: Ich hätte, um es mit meinen Worten zu sagen, blauäugig die Systemnähe des STANDPUNKT, seine Position zumal in seinen Anfängen, heruntergespielt, wodurch das, was ich dann durchaus zu Recht vorgetragen hätte, eigentlich überflüssigerweise infragegestellt worden sei. Ich möchte die Redaktion ausdrücklich auf diesen Umstand hinweisen, zumal ich, nach neuerlichem Lesen meines Beitrages mit den Augen meines Gesprächspartners, den Einwand durchaus nachvollziehen kann. Ich hatte beim Abfassen meiner Studie gemeint, mit der einführenden Bemerkung über unsere publizistische Linie in der Honecker-Ära den Platz der Zeitschrift im System der DDR ausreichend festgemacht zu haben. Es hätte sich dies, und das meine mein Gesprächspartner, kräftiger sagen und mit weiteren Hinweisen auf meine eigene Biographie unterstreichen lassen. (So wäre es mindestens angemessen gewesen, noch ausdrücklich

auf mein autobiographisches Zeugnis zu verweisen, in: Günter Wirth, Zeitzeugenbericht, in: Jürgen Frölich, „Bürgerliche“ Parteien in der SBZ/DDR, Köln 1995, S. 125-138.) Möglicherweise hätte ich dies alles allein schon dann getan, wenn mir seinerzeit von der Redaktion vorab mitgeteilt worden wäre, in welchem Kontext welcher Beiträge von welchen Autoren der meigne stehen würde. Ich hätte dann übrigens auch hinsichtlich des Verhältnisses von Frauen und Kirche bzw. Theologie sowie hinsichtlich der Frage, inwieweit der theologische Nachwuchs in der DDR vom STANDPUNKT erreicht worden sei, einige zusätzliche Akzente setzen können.

Was die Frauenproblematik angeht, hat der STANDPUNKT früh und auch stark beachtet relativ viel getan, unter dem Oberbegriff „Gleichberechtigung und Partnerschaft“ dem Wirken der Frauen in Kirche und Gesellschaft nachzugehen (und dabei auch rein thematisch Bereiche zu berühren, die von Frau Engelmann behandelt worden

sind). Unter den Autorinnen des STANDPUNKT, die etwa 1976/77 (im UNO-Jahr der Frau und kurz danach) dort in Erscheinung traten, gehörten bekannte kritische Persönlichkeiten wie Hildegard Führ von der Zentrale der Evangelischen Frauenhilfe und Pastorin Annemarie Schönherr, Roswitha Wogenstein, Pastorin in der Krankenhausseelsorge, Ruth Zander und Elisabeth Adler, die Quäkerinnen Helga Brückner, eine Arztfrau, und Maria-Theresia Dittrich, eine Dolmetscherin, dann die Komponistin Prof. Ruth Zechlin, die Schriftstellerin und Pastorenfrau Anneliese Probst und die Bibliothekarin Renate Kirchner, schließlich die Universitätstheologinnen Ilse Bertinetti, Käte Gaede und Gerlinde Wiederanders. Hinzu kamen Autorinnen aus der Ökumene, zumal aus der Dritten Welt, und schließlich war es gelungen, einen Originalbeitrag der damaligen stellvertretenden Generalsekretärin der UNO, der Finin M. Sipilä, zu erhalten. Mit den Beiträgen der Genannten war ein breites Spektrum spezifischer Probleme erfaßt, wobei die Zuordnung gerade auch auf die in Kirche wie Gesellschaft nicht gelösten im Vordergrund stand.

Im Blick auf die Frage nach STANDPUNKT und theologischem Nachwuchs sei wenigstens darauf verwiesen, daß eine Reihe der heute an Fakultäten an den sechs ostdeutschen Universitäten tätigen Theologen und Theologinnen früh mit der Zeitschrift in Verbindung waren (Brigitte Kahl war sogar unmittelbar nach Absolvierung ihres Studiums eine Zeitlang direkt in der Redak-

tion tätig). Andererseits war mir allerdings klar, daß die Zeitschrift die Studenten und Studentinnen zu wenig erreichte, so daß ich Anfang der achtziger Jahre eine Umfrage plante: Sie hätte darauf zielen sollen zu erkennen, welche thematischen Interessen vom STANDPUNKT bzw. überhaupt in der protestantischen Publizistik der DDR hätten befriedigt werden sollen. Solche Umfragen - im Rahmen eines Fragebogens - bedurften einer gesonderten Genehmigung, die aber nicht gegeben wurde. Immerhin gab es einige Bemühungen, den theologischen Nachwuchs zu Wort kommen zu lassen - am interessantesten war wohl eine Umfrage unter Studenten des 5. Studienjahres 1986 zum 100. Geburtstag von Karl Barth nach der Bedeutung, die die Lektüre von Barths Werken für die Studierenden hätte. Fünf Studenten aus Berlin, Jena und Rostock antworteten (und es war interessant, wie von einigen der Blick über Barth hinaus auf jüngere Theologen gerichtet wurde, etwa auf Eberhard Jüngel).

Da das Stichwort Karl Barth gefallen ist, darf ich mir noch eine zusätzliche Bemerkung erlauben, die sich auf den ebenfalls in *hochschule ost* 1/96 abgedruckten Aufsatz von Prof. D. Dr. Wolf Krötke bezieht und dazu beitragen soll zu klären, vor welchem Hintergrund die Barth-Bonhoeffer-Rezeption im STANDPUNKT - und das heißt auch: wie sie für mich - stattgefunden hat. Dabei wäre übrigens zu bemerken, daß W. Krötkes Aufsatz sehr wenig mit Rezeptionsgeschichte zu tun hat, sondern letztlich allein die allerdings schlüs-

sige *systematische* Darstellung seiner Position zu diesem Problem darstellt, die durch die Polemik mit Hanfried Müller einen pointierten Akzent erhält.

Wenn W. Krötke mit Recht darauf verweist, daß „Barth sich selbst von Basel aus auch mehrfach zur Lage der Kirche in der DDR und vor allem zu ihrem Verhältnis zum Staat“ geäußert habe, so wird aus meiner Sicht (und diese ist die immer für mich prägende gewesen) zur Kenntnis zu nehmen sein, daß Karl Barth in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre nicht nur von Basel aus in die SBZ (und natürlich auch in die Westzonen) hineingewirkt hat, sondern in dramatischer Weise hier direkt aufgetreten war und dabei nicht allein theologische Alternativen aufgestellt, sondern sie auf seine Weise mit gesellschaftlichen verknüpft hatte - und diese liefen freilich nicht auf Restauration, sondern auf Reformation auch *in politicis* hinaus. Dies trifft für Barths Auftreten 1946 in Berlin zu, über das ich als damaliger Freiburger Oberschüler vor allem aus der „Neuen Zeit“ informiert war; dabei hatte ich auch in Erinnerung, was Anfang 1946 in dieser Zeitung (aus der Sicht der damaligen CDU-Führung) kritisch zu Karl Barth zur Geltung gebracht worden war (in Zusammenhang mit einem für Januar 1946 - kurz vor Beginn des Vorlesungsbetriebs - angekündigten, dann aber kurzfristig ausgefallenem Vortrag des Baseler Theologen). Daß Barth dann bei seinem Besuch im Sommer 1946 mit Exponenten der SED und der SMAD zusammengetroffen war, wurde - wie ich mich aus Zusammenkünften in der Jungen

Gemeinde meiner Heimatgemeinde in Sachsen erinnere - kontrovers diskutiert.

1947 kam es dann zu dem Besuch Karl Barths in Dresden, der ja beinahe den Charakter eines 'Staatsbesuches' erhalten hatte und der (Barth hatte mit dem damaligen sächsischen Ministerpräsidenten und Vertretern der SMAD verhandelt) letztlich zur Rückkehr Hugo Hahns nach Sachsen führte. Also auch 1947 war wiederum die Einheit von theologischen und gesellschaftlichen Alternativen in der Haltung Barths in und gegenüber der SBZ und ihren Obrigkeiten präsent, und es mußte damals sehr auffallen, wie gut der Diastase-Theologe Karl Barth mit der Dresdner CDU auskam (später erinnerte er sich daran, daß ein ehemals Barmer Synodaler und dahlemitischer BK-Mann ihm als Dresdner CDU-Bürgermeister - Martin Richter - begegnete).

Nun könnte man nicht zu Unrecht einwenden (ob dies W. Krötke allerdings tun würde, bin ich mir nicht sicher), daß damals noch - bis 1948 - eine gewisse Offenheit, ein gewisser Pluralismus in der SBZ zu verzeichnen gewesen sei, daß die eigentliche stalinistische Verhärtung noch nicht eingesetzt habe. Barth habe also 1946 und 1947 noch unter relativ normalen Verhältnissen in der SBZ auftreten können. Dabei würde aber übersehen, daß der theologisch-gesellschaftliche Impetus des Auftretens Karl Barths damals (wie immer) nicht nur in die eine Richtung wies, sondern auch in die andere, in die der Abwehr der restaurativen Kräfte in der Kirche. Es ging ihm also 1946/47 in der

SBZ um beides, erstens einen vernünftigen Kurs im gesellschaftlichen Leben, letztlich einen parlamentarischen Kurs auf eine neue soziale Ordnung, einzufordern und zweitens eine Neuorientierung in der Kirche, jenseits von Restauration, zu sichern.

Leider war letztlich beides nicht so durchzusetzen, so daß es dann eben in den 50er Jahren zu den Interventionen Barths in die Auseinandersetzungen in der DDR kam, wobei 1953 der Brief an Stasi-Minister Zaisser Klartext sprach, andererseits 1958 im Brief an einen evangelischen Pfarrer in der DDR (W. Krötke macht darauf aufmerksam) nicht etwa die Position des Westens schlechthin vertreten wurde. Dies hätte Barth nach dem speziell auch in der DDR viel zitierten Brief an Wolf-Dieter Zimmermann von 1950 zur Frage der Remilitarisierung in Deutschland auch gar nicht schlüssig sein können.

Nun gibt es zwischen 1953 und 1958 noch einen Brief Karl Barths in die DDR, der heute sehr gern übersehen wird (obwohl ihn Diether Koch in den Kanon der Offenen Briefe Karl Barths aufgenommen hat), das Dankschreiben Karl Barths auf die Glückwünsche Otto Nuschkes zu des Baseler Theologen 70. Geburtstag, und dieser Brief, der zeitgenössisch für viel Aufsehen gesorgt hatte, könnte signalisieren, daß sich Hoffnungen Karl Barths in den fünfziger Jahren doch noch auch auf die politische Szene der DDR bezogen, jetzt aber nicht mehr im direkten Umfeld der SED (in dem für Karl Barth die ehemals sozialdemokratischen Gesprächspartner nicht mehr da waren),

sondern (soll man sagen: paradoxerweise?) im Umfeld von Nuschkes CDU.

Es ist diese (nun allerdings tatsächlich kritisch anzumahnende) Linie der Rezeption Barths, die dann für die mit der DDR-CDU sympathisierenden Theologen und Bildungsbürger und für deren Publizistik, seit 1973 also auch für den STANDPUNKT, bestimmend wurden, so auch für mich persönlich, der 1956 den Brief Nuschkes an Barth vorbereitet und der in der Zeit seiner Tätigkeit im Union Verlag dafür gesorgt hatte, daß eine biographische Skizze über Karl Barth früh in die Reihe „Christ in der Welt“ aufgenommen wurde, vor allem aber zum 80. Geburtstag Barths der von W. Feurich betreute Band „Klärung und Wirkung“ herauskam. Für diesen Band (aus dessen Neuauflage W. Krötke zitiert hat) war ja charakteristisch, daß man aus den dort vereinigten Arbeiten die Herausforderung von Barths theologischer und gesellschaftlicher Position autobiographisch (erstmaliger Druck des gesamten Briefwechsels mit Thurneysen), deren Bewährung im Diskurs mit anderen Theologen seiner Zeit (A. v. Harnack u. a.) nachvollziehen und eine Reihe wichtiger Texte in diesem Kontext aufnehmen konnte. Es ergab sich für mich die Möglichkeit, Karl Barth das Buch 1966 in Basel übergeben zu können - eingebettet in die Visite G. Göttings und H. Seigewassers nach Barths 80. Geburtstag, wobei in dreieinhalb Stunden die antinazistischen Traditionen und frühen Gemeinsamkeiten in den Schätzen der späteren Entwicklungen, zumal des Mauerbaus, gerieten. Mir ist jetzt

erst - nach neuerlicher Lektüre meiner damaligen Aufzeichnungen - bewußt geworden, welche Chance 1966 vergeben worden ist: Denn Karl Barth hatte sich damals bereit erklärt, im Juli 1966 nach Berlin zu kommen, um - etwa in der Evangelischen Akademie - mit Persönlichkeiten aus Ost und West über die friedliche Lösung der deutschen Frage zu debattieren und konstruktive vernünftige Lösungen ins Auge zu fassen. Ich wiederhole: eine von uns, eine von der DDR verpaßte Chance!

Damit sind nur einige Momente der Rezeptionsgeschichte Barths berührt, soweit sie den Diskurs zwischen Theologie und Gesellschaft berühren. Der konfessionelle und theologische, der sozusagen akademische Diskurs ist überhaupt nicht berührt; ich kann aber nicht umhin, wenigstens mit den Namen von Heinrich Vogel, Werner Schmauch und Ernst-Heinz Amberg drei Theologen zu nennen, die für die Barth-Rezeption im Protestantismus der DDR von zentraler Bedeutung gewesen sind.

Was Dietrich Bonhoeffer angeht, so wäre auch im Blick auf ihn unmittelbar auf die Zeit nach 1945 zurückzugehen. Es scheint mir doch nicht unwichtig zu sein, daß sich schon im Heft 2/1945 (November) der damals von Klaus Gysi redigierten Zeitschrift des Kulturbundes „Aufbau“ Gedichte Bonhoeffers finden, und tatsächlich nahm ich als Freiburger Oberschüler eine Zeitlang an, Bonhoeffer sei in erster Linie Dichter gewesen. Eines Besseren belehrt wurde ich Anfang 1946 wiederum durch die

„Neue Zeit“, in der Eberhard Bethge einen Aufsatz zum 40. Geburtstag Bonhoeffers veröffentlicht hatte, und es war dies nachweislich eine der ersten Arbeiten des Bonhoeffer-Freundes und -Forschers und späteren -Biographen. Wenn man so sagen kann, bestand also in der SBZ/DDR von Anfang an eine Bonhoeffer-Tradition.

Wenn W. Krötke meint, Bonhoeffer sei „nun“ - und dies ist im Umfeld seiner Polemik mit Müller geschrieben - „als einziger von den Teilnehmern des 20. Juli... in die Reihe der von der SED anerkannten 'Widerstandskämpfer'“ aufgenommen worden, so ist weder der „einzige“ richtig (mindestens für Stauffenberg und seine Freunde gilt dies, allerdings mit einer noch zu machenden einschränkenden Bemerkung) noch das „nun“ (wir haben ja gesehen, wie früh Bonhoeffer in diesem Traditionsinventar war). Allerdings ist richtig, daß in den fünfziger Jahren auf seiten der SED ein besonders zugespitzter Rigorismus zu verzeichnen war, der auch die Würdigung des 20. Juli betraf, die eigentlich eine Entwürdigung war, und paradoxerweise traf dieser Rigorismus sogar die Arbeit H. Müllers. Ich glaube mich gut zu erinnern, daß mir 1958/59 Dr. Desczyk, der damals für den CDU-Verlag Koehler & Amelang verantwortliche CDU-Kulturpolitiker, klagte, welche Schwierigkeiten er mit diesem Manuskript - eben wegen des 20. Juli - hätte; tatsächlich kam das Buch dann auch erst 1961 heraus.

„Nun“ dauerte es aber durchaus noch einige Zeit, bis Bonhoeffer jenen Status hatte, von dem W. Krötke gesprochen

hat - genauer müßte man rezeptionshistorisch allerdings sagen: wieder hatte. Wichtiger für die Neubewertung des 20. Juli in der DDR als Müllers Buch war nämlich die Monographie K. Finkers, die ich Mitte der sechziger Jahre im Union Verlag betreute und die speziell viel Aufsehen - auch in der alten Bundesrepublik - hervorrief. In beiden Fällen - Müller wie Finker - waren es jedenfalls CDU-Verlage, die solchen Neubewertungen zum Durchbruch verhalfen.

Dem allen war freilich noch dieser Vorgang vorausgegangen: Als bald nach dem Erscheinen von „Widerstand und Ergebung“ in der DDR waren die aufregenden Überlegungen dieses Buches Gegenstand eingehender Debatten im Kreise jener jungen Intellektuellen in der CDU, die damals auf unterschiedlichen Leitungsebenen der Partei, zu meist in Redaktionen oder Verlagen, tätig waren, ich selber war bis 1958, nach dem Tod Otto Nuschkes, in der Parteiführung. Ich faßte damals die Ergebnisse unserer Debatten zusammen und konnte diese, jedenfalls zum Teil und etwas vergrößert, in dem Bericht des damaligen Generalsekretärs an den 9. Parteitag der CDU im Herbst 1958 in Dresden unterbringen. Hierbei war Bonhoeffers Säkularismus-Konzept, sein *Etsi deus non daretur* gewissermaßen als Beschreibung der Situation in der DDR direkt an- und dementsprechend aufgenommen, was ja, mit Günter Jacobs Proklamation des Endes des Konstantinischen Zeitalters von 1956 im Hinterkopf, so falsch nicht war. Was aber falsch war - allerdings

auf andere Weise als das, das mir bei H. Müller immer fremd war -, das war die kurzschlüssige Konsequenz aus solch an- und aufgenommenen Situationsbeschreibung, wonach unsere Haltung als von Bonhoeffer womöglich gedeckt oder sogar gewiesen hingestellt wurde. Das hat uns damals schon insofern beschäftigt, als wir mit der Tatsache nicht fertig wurden, daß Freunde Bonhoeffers wie der damalige Wittenberger Propst Stämmler auf der anderen Seite der „Barrikaden“ standen.

Jedenfalls komme ich an dieser Stelle (aber weniger bei Barth, wo eben in meiner Sicht andere Problemstellungen gegeben waren) bei rezeptionsgeschichtlichen Analysen zu dem Ergebnis W. Krötkes, daß wir auf die angegebene Weise zu einem Mißbrauch der Theologie Bonhoeffers beigetragen hatten. Alles, was wir später nicht ohne intellektuelle Bemühung und mit Engagement zur Bonhoeffer-Rezeption und -Forschung beigetragen haben, steht (auch soweit es positiv zu bewerten ist) in einer Klammer, vor der ich durchaus W. Krötkes negatives Vorzeichen sehe.

Dabei wäre ich übrigens auf Umwegen neuerlich bei der Einleitung angelangt, hierbei die kritische Haltung meines Gesprächspartners vertiefend (vielleicht sogar dort, wo er noch keine Kritik hatte anbringen wollen)...

Günter Wirth, Prof. Dr. phil. Dr. theol. h.c., 1973 - 1990 Chefredakteur bzw. Herausgeber der evangelischen Monatszeitschrift STANDPUNKT, lebt als Publizist in Berlin

Stellenausstattung der Hochschulen in den alten Ländern leicht gestiegen - Stellenabbau in den neuen Ländern

Nach wenig verändertem Bestand an Stellen für das Personal der Hochschulen in den 80er Jahren sind seit 1990 leichte Stellenzuwächse in den alten Ländern zu verzeichnen. Die Entwicklung des Stellenbestandes der Hochschulen in den neuen Ländern (einschließlich Berlin-Ost) zeigt seit 1990 dagegen einen starken Abbau. Die Personalstruktur nach Hochschularten sowie nach wissenschaftlichem und nichtwissenschaftlichem Personal der neuen Länder wies seit 1994 keine wesentlichen Unterschiede mehr zu den alten Ländern auf. Dies geht aus den Zahlen der letzten Umfrage des Wissenschaftsrates bei den Ländern für 1994 hervor, die in dem soeben erschienen Band „Personalstellen der Hochschulen 1994“ enthalten sind.

Zwischen 1990 und 1994 ist der Bestand an Personalstellen an den Hochschulen der alten Länder (ohne Hochschulkliniken) um rund 4 % von 135.890 auf 141.550 gestiegen. Dies gilt auch für die darin enthaltenen Stellen für wissenschaftliches Personal (Profes-

soren, Dozenten und Assistenten). Dagegen ist an den Hochschulen der neuen Länder ab 1990 ein deutlicher Stellenabbau um 35.750 auf 35.756 erfolgt. Hierin spiegeln sich die Veränderungen der Hochschullandschaft und der Personalstruktur während der Neuordnungs- und Umstrukturierungsphase wieder. Nach den Haushaltsansätzen ist in den alten Ländern mit einem weiteren leichten Anstieg der Stellen zu rechnen und in den neuen Ländern mit einem weiteren Rückgang.

Ein Zuwachs, allerdings nur bis 1992, ist bei den Stellen, die nicht einzelnen Hochschulen direkt zugewiesen werden, sondern in Zentralkapiteln, wie z.B. Allgemeine Hochschulangelegenheiten, Überlastprogramme oder Forschungsförderung, festzustellen. Der Stellenanstieg ist überwiegend Folge der Stellenzuweisungen nach dem Hochschulsonderprogramm I/II. 1994 verfügten die Hochschulen der alten Länder insgesamt über rund 2.700 Stellen in den Hochschulsonderprogrammen, darunter 1.310 Professoren.

Läßt man die zentralen Stellenzuweisungen außer Betracht, ist die Veränderung der Stellenbestände bei den einzelnen Hochschularten nicht so deutlich. An den Universitäten (einschließlich Pädagogische Hochschulen und Gesamthochschulen) der alten Länder lag die Zahl der Stellen im Jahr 1994 um etwa 940 über der von 1990, beim wissenschaftlichen Personal um 640. An den Universitäten der neuen Länder betrug der Rückgang seit 1990 rund 41.450, beim wissenschaftlichen Personal 15.315 Stellen.

Einen größeren Zuwachs an Stellen gab es an den Fachhochschulen der alten Länder. Hier lag die Zahl der Stellen 1994 mit 18.900 um 1.840 über der von 1990. Dies bedeutet eine Zunahme um gut 10 %. Die Stellenzuwächse beruhen zum Teil auf Verlage-

rungen von Stellen aus dem Hochschulsonderprogramm I in die Hochschulstats. An den Stellenzuwächsen seit 1990 der Fachhochschulen in den neuen Ländern um 5.360 auf 5.900 ist der Aufbau dieser Hochschulart nach der Wiedervereinigung abzulesen.

Bei den Universitätskliniken zeigt die Statistik für die alten Länder über den gesamten Zeitraum seit 1980 ein kontinuierliches Wachstum des Stellenbestandes. Von 1990 bis 1994 stieg der Bestand an Stellen für Ärzte und Wissenschaftler weiter um rund 1.200 auf 21.540, der für Pflege-, Assistenz- und Hilfspersonal um rund 8.450 auf 95.546 an. Diese Zuwächse beruhen vor allem auf zusätzlichem Bedarf für die Krankenversorgung, der durch entsprechende Einnahmen finanziert wird.

Wissenschaftsrat

“Neustrukturierung” der PH Erfurt - Schließung der Math.-Nat. Fakultät

Am 16. Mai 1996 trat das Zweite Gesetz zur Änderung des Thüringer Hochschulgesetzes (vom 3. Mai 1996) in Kraft. Im Gesetz ist eine Neustrukturierung der PH und eine Namensänderung in Pädagogische Hochschule Erfurt festgeschrieben.

Die Neustrukturierung heißt in der Praxis Aufhebung oder auch Schließung der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät. Den Studierenden wird zugesichert, daß sie ihr Studium ord-

nungsgemäß beenden können. Professoren und Hochschuldozenten, die von der Schließung betroffen sind, werden von anderen Thüringer Hochschulen aufgenommen. Die Erziehungswissenschaftliche Fakultät übernimmt die Aufgaben der Grundschullehrerausbildung, soweit sie bisher von der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät wahrgenommen wurden, und alle deren mit der Verleihung von Akademischen Graden und Titeln verbundenen Verpflichtungen und Befugnisse.

Festgeschrieben wurde auch, daß die Satzungen der Pädagogischen Hochschule Erfurt binnen sechs Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes der Neustrukturierung anzupassen sind.

Mit der Bestätigung des Landeshochschulplanes durch den Thüringer Landtag hat das durch das Kabinett gebilligte Stellenkonzept des Thüringer Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur Gesetzeskraft. Damit ist die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät der Pädagogischen Hochschule Erfurt geschlossen und die im Landeshochschulplan ausgewiesene Personalausstattung verbindlich. Einschneidende Personalmaßnahmen sind unumgänglich. Um die notwendigen Personalreduzierungen sozialverträglich zu gestalten und weitestgehend betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden, wird seitens des Wissenschaftsministeriums eine Abfindungsregelung bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses mit Auflösungsvertrag an-

geboten bzw. eine mögliche Teilzeitbeschäftigung mit Ausgleichsvergütung für ältere Arbeitnehmer in Aussicht gestellt.

Das Thüringer Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur ist nach dem Beschluß der Landesregierung vom 21.06.1995 verpflichtet, in den Haushaltsjahren 1996/97 insgesamt 181 Stellen an den Thüringer Hochschulen abzubauen. Um betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden, bietet der Freistaat Thüringen allen Mitarbeitern an Thüringer Hochschulen, die in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis stehen und das 63. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, an, ihr Arbeitsverhältnis durch Abschluß eines Aufhebungsvertrages einvernehmlich zu beenden. Den Mitarbeitern, die von diesem Angebot Gebrauch machen, wird zu ihrer Absicherung eine Abfindung angeboten.

(PH-Report Erfurt 3/96)

Das Ende des aufrechten Ganges?

Die Archive, Verbände und Forschungsorganisationen der Opfer der DDR-Staatsrepression stehen bald vor dem finanziellen Aus

Kein Zweifel: wenn man nicht gänzlich vernagelt ist, gibt es, je älter man wird, das Problem der unterschiedlichen Loyalitäten. Als Linker kann ich nicht scharf genug den zunehmenden Rechtstrend in den Organisationen der Opfer des DDR-Staatsterrors verurtei-

len. Aber als einer vom damaligen Regime zum Staatsfeind Erklärter und Insasse immerhin einiger zäherer Haftanstalten in den achtziger Jahren verstehe ich sehr gut den Haß, den die damals Verfolgten gegen die damals regierenden Kommunisten empfinden.

Zumal, wenn sie nicht in den Achtzigern, sondern in den fünfziger und sechziger Jahren vier, acht oder gar längere Jahre die stumpfe Brutalität des damaligen Gefängnisregimes und seiner Kerkermeister ertragen mußten. Nach spätestens vier Jahren einer solchen Haft ist man für sein Leben gezeichnet und viele von denen, die noch längerer gesessen haben, brauchen lebenslange psychotherapeutische Behandlung. Die Realisierung und Finanzierung der Betreuung dieser Opfer ist die verdammte Pflicht und Schuldigkeit einer Gesellschaft, die auch nur halbwegs das Attribut "menschlich" verdienen will. Nicht zu reden von den Archiven und Forschungsinstituten, die die Untaten eines solchen Regimes erst aufdecken und die Kriterien einer Rehabilitierung der Opfer recherchieren können.

Aber in der Welle der gegenwärtigen Kürzungen in kulturellen, sozialen und Jugendprojekten zeigt sich, was die Herrschenden von der Idee einer Zivilgesellschaft halten. Und wie nützlich Kommunistenhasser für die CDU auch immer als politisches Werkzeug gewesen sein mögen - zu den Objekten der gegenwärtigen Streichungswelle gehören natürlich auch die Opfer staatlicher Willkür in der DDR und ihre Verbände, Archive und Forschungsverbände. Einzig die Berliner Gedenkbibliothek, ein Lieblingskind der CDU und der rechten Politsekte VPM (Verein zur Förderung psychologischer Menschenkenntnis), erhielt von Anfang an die institutionelle Förderung, die für viele vergleichbare Vereine in Westdeutschland Normalität ist. Auch die Skandale um die Re-

habilitierung einer KZ-Aufseherin und Privatisierung von Spendengeldern bewogen das Berliner Abgeordnetenhaus nicht zu einer Beendigung der Förderung. Ebenfalls für den in diesem Zusammenhang zwischenzeitlich vom Berliner Stasibeauftragten entlassenen Schriftsteller Siegmund Faust wurde gesorgt. Er wird jetzt sächsischer Stasibeauftragter (damit ist der nächste Skandal mit diesem Strohkopf allerdings vorgebucht).

Wer dagegen nicht mit der VPM kungelt, ist im Stande der Ungnade. Nicht einmal die vielbesprochenen Zusammenkünfte zwischen Bärbel Bohley und Gesinnungsgenossen mit dem Kanzler des neuen Deutschlands führten bisher zu handgreiflicheren Ergebnissen als einer privaten Alimentierung für Frau Bohley, die jetzt in der Adenauer-Stiftung ihre Bilder ausstellen darf. Helmut Kohl konnte sich als der große Vater der HeldInnen des Jahres 1989 darstellen, aber von einem Beratungsbüro für Opfer oder sogar von einer erörterten Stiftung für die Opfer des DDR-Regimes gibt es immer noch keine Spur.

Im Gegenteil: im Mai novellierte der Bundestag, weitgehend von der Öffentlichkeit ignoriert, mit den Stimmen von CDU, CSU und natürlich auch der SPD das Stasiaktengesetz, so daß jetzt beispielsweise kein Einblick mehr in die Personalunterlagen von Spitzeln und Geheimdienstlern vor dem Jahre 1963 mehr möglich sind. Für viele, die die besonders harte Repression des DDR-Staates in den vierziger, fünfziger und Anfang der sechziger Jahre zu füh-

len bekamen, ist das ein harter Schlag. Hintergründe und Verantwortlichkeiten werden nur noch schwer zu klären sein. Rehabilitierungen und ohnehin minimale Entschädigungen werden noch komplizierter. Und für die Historiker wird die gerade in Konturen erkennbare Frühzeit des SED-Staates für weitere vierzig Jahre nebulös bleiben.

Aus dem Hause der Kohl-Vertrauten Bohley und ihrer Freunde war kein Wort der Kritik zu hören. Offensichtlich beabsichtigt man, wie aus einem neuerlichen Treffen mit dem Kanzler im April ersichtlich wird, so lange weiter zu kratzen, bis die Herren der Bundesrepublik vielleicht doch Erbarmen zeigen.

Die Chancen dafür sind gering. Als erstes mußte das Berliner "Bürgerkomitee 15. Januar e.V.", seinerzeit Ostberliner Vortrupp des Kampfes gegen den DDR-Geheimdienst, daran glauben. Trotz der umtriebigen politischen Scharwenzeleien des Vorsitzenden Hans Schwenke liefen die ABM-Stellen aus. Mittel für die weitere Haltung der Räume sind nicht in Aussicht und ein Versuch, in der fast leer stehenden und verfallenden ehemaligen Stasi-U-Haftanstalt in Berlin-Hohenschönhausen Platz zu finden, scheiterte am Widerstand des Berliner Senats. So ist wahrscheinlich in zwei bis drei Monaten auch die ehrenamtliche Fortführung der Arbeit für die Mitglieder des Bürgerkomitees nicht mehr möglich und die historische Zeitschrift "Horch & Guck" wird ohnehin nicht mehr finanzierbar sein.

Der Berlin-Brandenburger Bund Stalinistisch Verfolgter (BSV), hauptsächlich in der Betreuung von Opfern der staatlichen Repression tätig, erhält derzeit immerhin noch Geld. Aber die Arbeitsförderungsmaßnahme nach § 249h läuft am 31.10.96 aus und hat wenig Aussicht auf Verlängerung. Laut Auskunft von Servicegesellschaft und Stadtbezirk werden die in Berlin Lichtenberg laufenden Maßnahmen bis auf 30% reduziert, von den 30 übrigbleibenden Maßnahmen sollen letztendlich nur 13 bleiben. Bei diesen sollen die Mittel pro Person von 36.000 auf 28.000 Mark einschließlich Sachmitteln gekürzt werden, so daß auch für Akademiker nur 16-17.000 Mark brutto im Jahr bleiben.

Das baldige Ende ist auch für die Finanzierung der Historiker gekommen, die sich im Unabhängigen Historikerverband zusammengeschlossen und in den letzten Jahren eine ganze Serie von aufsehenerregenden Untersuchungen über DDR-Geschichte publiziert hatten. Leute wie Armin Mitter, Stefan Wolle, Bernd Florat und Rainer Eckert kamen von der Akademie der Wissenschaften der DDR und waren im Rahmen des Wissenschaftler-Integrationsprogrammes an der Ostberliner Humboldt-Universität angestellt - mit dem Ziel einer Festanstellung. Dazu wird es nicht kommen, weil auch in der Humboldt-Universität mittlerweile westdeutsche Uni-Seilschaften fest Fuß gefaßt haben und nur an ihre westdeutschen Kumpels Pöstchen und Ämterchen verteilen. Da zählen keine Publikationen, da spielt es auch keine Rolle, daß die DDR-Forschung, soweit sie sich in

westdeutscher Hand befindet, bisher nur eine Reihe müßiger Betrachtungen und flacher Kompilationen erbracht hat. DDR-Wissenschaftler - gerechte und ungerechte - haben nur noch die Chance, sich möglichst schnell pensionieren zu lassen. Oder aber bei der Industrie und den Parteien betteln zu gehen. Rainer Eckert beispielsweise, den ich sprach, zeigte eine rührende Zuversicht in eine historische Kommission beim Parteivorstand der SPD, gab dann freilich aber auch zu, daß kaum eine Partei ungeeigneter wäre, um spezifische DDR- und ostdeutsche Befindlichkeiten zu verstehen als gerade die SPD.

Etwas besser scheint es auf den ersten Blick bei der Antistalinistischen Aktion, der ASTAK auszusehen, die über die Eintrittsgelder in ihre Ausstellungsräume in der Ostberliner Normanstraße einen Sockelbetrag zur Verfügung hat. Aber auch diese Arbeit wird natürlich von fünf 249h-Stellen getragen (allein zur Befriedigung der Ansprüche der neudeutschen Finanzämter braucht es erfahrungsgemäß ein bis zwei Stellen). Außerdem erhält die ASTAK Projektmittel vom Landesbeauftragten für Stasiunterlagen, der gegenwärtig im Abgeordnetenhaus für die Beibehaltung seines Haushaltes kämpft. Bei den Kürzungen, sagte mir Geschäftsführer Drieselmann, sei die ASTAK bisher "durchgeschlüpft". Allerdings enden die 249h-Stellen im April nächsten Jahres und Chancen und Modalitäten einer Neubeantragung stehen in den Sternen. Ohnehin können diese Stellen, wie ein Blick in die ein-

schlägigen "Verträge" zeigt, mitten in der Laufzeit von heute auf morgen ohne jegliche Begründung bis auf Null zusammengestrichen werden.

Das Robert-Havemann-Archiv, ein Verein, der den Havemann-Nachlaß verwaltet und ein Archiv über die Bürgerbewegungen der Wende in der DDR und darüber hinaus in Osteuropa führt, macht bisher gute Miene zum bösen Spiel. Auch hier läuft die Arbeit nach zahlreichen Kürzungen auf der Basis von sechs 249h-Stellen, zu denen zwei vom Landesbeauftragten für Stasiunterlagen finanzierte Stellen kommen. Zwar habe das Arbeitsamt verlautbart, daß 249h-Stellen jetzt auf ein viertes Jahr verlängert werden können, aber von Seiten des Berliner Senats stehe eine Verlängerung sehr in Frage. Der Landesbeauftragte für Stasiunterlagen kämpft derzeit um die Verlängerung wenigstens einiger Stellen.

Das ist besonders traurig im Falle des Matthias Domaschk-Archives, einer mit ungeheurem Fleiß und peinlichster Sorgfalt geführten umfangreichen Sammlung zu DDR-Opposition und -Repression. Von ursprünglich sechs Stellen wurden im Laufe der Zeit drei gestrichen. Eine der verbliebenen Stellen läuft bis Dezember des Jahres, zwei bis zum März nächsten Jahres. Der Lohn für eine Stelle mußte herabgestuft werden, mit sämtlichen Folgen für Arbeitslosengeld und Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Die Projektmittel reichen gerade für Lohn- und Verwaltungskosten. Für Sachmittel - etwa die Anschaffung dringend benötigter Bücher - gibt es kein Geld. "Die

Arbeit", sagte mir Tom Sello vom Domaschk-Archiv, "ist inzwischen so umfangreich und vielfältig, daß sie nicht als Freizeitarbeit weiterführbar ist. Opfer, die mit ihren Stasiakten zu uns kommen und sie uns zur Verfügung stellen, wollen beispielsweise auch beraten werden; mindestens brauchen sie tagelange Gespräche über das, was sie in ihren Akten gefunden haben. Eigentlich wäre ein Psychologe und psychotherapeutische Betreuung notwendig."

In der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen schlägt sich ein einsamer Aktivist mit einem vom Arbeitsamt geschickten NVA-Offizier und anderen auch nicht sehr interessierten 249h-Angestellten herum. Daß auch die Umwelt-Bibliothek, die nicht direkt zum dargestellten Komplex gehört, gerade von den Kürzungen ereilt wurde, sei nur nebenbei mitgeteilt.

Rein formal-organisatorisch gibt es natürlich das Problem, wo die Verbände und Archive der Opfer des Staatsterrors der DDR einzuordnen wären. Bisher wurden sie wechselnd aus den den Bereichen Kultur, Soziales oder gar Jugend finanziert. Die Landesbeauftragten für Stasiunterlagen verfügen über einen knappen Haushalt und werden offensichtlich hauptsächlich als Abstellgleis für kaltzustellende Personen aus Politik und Verwaltung gesehen. "Es gibt keine Lobby für Aufarbeitung und Opfer", sagte mir Tom Sello, "und der politische Wille fehlt".

Dabei wäre es doch eigentlich auf der Hand liegend, daß zumindestens ein Teil der beschlagnahmten DDR-Partei-

vermögen den Opfern und den einschlägigen Opferverbänden, Archiven und Forschungsgruppen zugute kommen müßten. Die "Unabhängige Kommission" aber, die diese Parteivermögen verwaltet, überweist nach eigener Auskunft frei werdende Mittel an die Länder, die sie zu Zwecken der privaten Wirtschaftsförderung oder kulturellen Zwecken zur Verfügung stellen. Die Idee einer Stiftung für die Opfer jenes Regimes ist seit 1990 insbesondere von Konservativen häufig beklatscht und gelobt worden. Nur, daß bis jetzt kein Pfennig für eine solche Stiftung zur Verfügung steht. Dafür verabschiedete der Bundestag neulich die notwendigen Gelder für eine Bismarck-Stiftung, weil scheinbar die Gebäude, die seinerzeit vom Kaiser und dem deutschen Volk der Familie Bismarck für ihre Verdienste um die deutsche Einheit und die Annexion von Elsaß-Lothringen geschenkt wurden, nicht mehr im besten Zustand sind. Die Neudligen waren wohl zu stark mit Prassen beschäftigt, um auf den notwendigen Unterhalt der Immobilien zu achten. Dagegen sind die Entschädigungen, die nach dem Unrechtsbereinigungsgesetz Opfern der DDR-Repression zur Verfügung gestellt werden, minimal und werden viele erst nach ihrem Lebensende erreichen. Ausnahmen werden nur mal beispielsweise im Falle der Wittenberger KZ-Aufseherin Pietzner möglich, die durch Vermittlung der VPM nach knappen zwei Monaten schlappe 50.000 Mark erhielt.

Die Opferverbände und Archive scheinen aus den Vorgängen in der Tat den

Schluß zu ziehen, man müsse sich eben stärker mit den Herrschenden einlassen, um die notwendigen Gelder zu bekommen. Verwiesen wird auf das Beispiel des Leipzigers Uwe Schwabe und des Domaschk-Archivs Jena, die sich unter den Schutz des Hauses der Geschichte gestellt haben und jetzt in froher Voraussicht der Teilhabe am munter plätschernden Millionenbrunnen in Leipzig eine Stiftung in Gründung gegründet hätten. Hinzu kommen die bösen Erfahrungen von DDR-Oppositionellen mit der westdeutschen Linken in der Vorwendezeit: "Es ist doch so", sagt mir mein Freund Thomas Auerbach, "daß wir als DDR-Exilanten in all den Jahren der Zusammenarbeit mit den Linken, den Grünen und der SPD bis auf sehr wenige Ausnahmen wie Petra Kelly und Horst Bastian nur Mißtrauen und Obstruktion geerntet haben. Wir sollten mit all denen zusammenarbeiten, die uns helfen wollen, unabhängig von der Parteizugehörigkeit. Aber am ehesten finden wir derzeit eben bei der CDU Verständnis."

Ich denke aber doch, daß die oben dargestellten Beispiele zeigen, daß auch die zunehmende Annäherung an die CDU nicht allzuviel bringt. Und selbst wenn man am Ende etwas Kohle für ein weiteres halbes Jahr Überleben herausgeschunden hat, bleibt doch die Frage der Würde, der Unabhängigkeit und des Stolzes. Das Problem ist doch, ob es inhaltlich im Sinne der Opfer eines Regimes richtig sein kann, beim nächsten Regime zu Kreuze zu kriechen, bis man aus Gnade ein paar verschimmelte Pfennige erhält. Die

mageren Möglichkeiten für Aufarbeitung und Rehabilitation, das Stasiaktengesetz und das Unrechtsbereinigungsgesetz wurden nicht erbettelt. Sie wurden 1990 mit großem Einsatz von AktivistInnen quer durch die DDR erkämpft und erhandelt.

Die Verhandlungen scheinen derzeit günstigstenfalls an einem toten Punkt angekommen zu sein. Und an einem solchen Punkt liegt es selbst für die sklerotisierten deutschen Gewerkschaften auf der Hand, daß nun gekämpft werden muß. Ich denke, die DDR-Opferverbände, die Archive und die Wissenschaftler sollten endlich zu einer ähnlichen Schlußfolgerung kommen und neue Bündnispartner suchen. In Berlin beispielsweise gibt es das Bündnis gegen Sozialabbau, das die Interessen der Zivilgesellschaft gegen die obrigkeitlichen Umverteilungswünsche vertritt. Warum nicht zur Abwechslung mal wieder auf die Straße gehen und kämpfen, statt immer wieder rhetorisch die Bilder von der mehr oder weniger friedlichen Revolution von 1989 heraufzubeschwören? Derzeit besteht in der Öffentlichkeit der deutliche Eindruck, daß DDR-Oppositionelle und Repressionsopfer eine Klientel der herrschenden Parteien und Wirtschaftsquellen sind, von diesen finanziert und gelenkt werden. Daß dem nicht so ist, sollte klargestellt werden. Und auch aus weit prinzipielleren Überlegungen sollten sich die Verbände endlich wieder mal auf die Seite der Rebellion begeben.

Wolfgang Rüdtenklau (Berlin)
(aus: *Telegraph*, Berlin, 5/96)

WissenschaftspolitikerInnen in Berlin

Im Heft 3/95 waren die - infolge von Wahlen z.T. neuen - WissenschaftspolitikerInnen in ostdeutschen Regierungen und Landtagen vorgestellt worden. Berlin hatte zu diesem Zeitpunkt noch nicht gewählt. Das ist unterdessen geschehen. Im folgenden die entsprechenden Nachträge.

Senat:

Senator für Kultur und Wissenschaft:

Peter Radunski, geb. 13. März 1939 in Berlin, verheiratet, zwei Kinder; 1958 Abitur in Berlin, ab Mai 1958 Studium der Rechtswissenschaft, Geschichte, Romanistik und Politischen Wissenschaft in Berlin, Bonn und Straßburg, 1961 - 1962 Studentenvertreter an der FU Berlin für den RCDS, 1964 - 1968 Mitglied des RCDS-Bundesvorstandes als Presse- und Grundsatzreferent, ab 1965 Wahlkreisgeschäftsführer im Bundeswahlkreis Hannover-Land, 1965 - 1967 Referent des Berlin-Besucherdienstes im Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, 1967 Diplom am OSI der FU Berlin, 1967 Hauptamtlicher Bundesgeschäftsführer des RCDS, 1967- 1969 Wissensch. Mitarbeiter, dann Stellv. Institutsleiter des Wissenschaftlichen Instituts der Konrad-Adenauer-Stiftung (WIKAS), ab April 1969 Leiter des Referates für

Politische Grundsatzfragen im CDU-Landesverband Hessen, 1971 - 1973 Freier Mitarbeiter bei Walther Leisler Kiep, dann Abteilungsleiter z.b.V. in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, ab 1973 dort Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, 1981 - 1991 CDU-Bundesgeschäftsführer, 1982 - 1990 Mitglied des ZDF-Fernsehrates, 1983 - 1992 Mitglied im Politischen Bureau/ Vorstand der Europäischen Volkspartei (EVP), seit 1987 Leiter der EDU-Wahlkampfkommission (Europäische Demokratische Union), ab Januar 1991 Senator für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Berlin, April bis Juli 1992 Lehrauftrag am OSI zum Thema: "Wahlkampforganisation - Wahlkampfstrategie - Wahlkampfkommunikation", November 1994 Lehrauftrag an der Susquehanna University (Pennsylvania/USA) zum Thema "Europa", April bis Juni 1995 Gastprofessur am Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck zu den Themen: "Politische Interessenvertretung in der EU" und "Modernes

Parteienmanagement", Juli 1995 - Juni 1996 Vorsitzender der Europaministerkonferenz der Länder.

Staatssekretär:

Erich Thies, geb. 20.9.1943 in Rotenburg (Wümme), Niedersachsen; 1963 Abiturebenort, 1963 - 1970 Studium der Philosophie, Kunstgeschichte, Germanistik und Pädagogik an den Universitäten Tübingen, Berlin und Heidelberg, 1970 1. Staatsexamen für das Lehramt an Höheren Schulen in den Fächern Germanistik und Philosophie, 1970 Wissenschaftlicher Mitarbeiter/Assistent bei Prof. Dieter Henrich, Philosophisches Seminar an der PH Heidelberg, 1973 Promotion in Philosophie, 1975 - 1978 Prorektor der PH Heidelberg, 1976 Berufung auf eine C4-Professur für Philosophie, 1978 - 1986 Rektor der Pädagogischen Hochschule Heidelberg, 1978 - 1982 Mitglied des Senats der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Frühjahr 1985 Gastprofessur für Philosophie an der University of Sierra Leone, Freetown/Westafrika, seit 1987 Mitglied mehrerer Arbeitsgruppen des Wissenschaftsrates, seit 1989 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates der *Societas ad studio de hominis condicione colenda. Internationale Vereinigung zum Studium der Werke Ludwig Feuerbachs* und zuständig für den Bereich Bundesrepublik Deutschland, ab Januar 1991 Planungsbeauftragter für den FB Erziehungswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin, September 1991 vom Akademischen Senat der HUB gewählter Dekan des Fachbereiches und Vorsitzender der Struktur- und Berufungskommission Erziehungswissenschaften, seit Oktober 1991 Wissenschaftlicher Betreuer des Akademie-Vorhabens "Feuerbach-Gesamtausgabe", seit 1992 Staatssekretär der

Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung.

Abgeordnetenhaus:

CDU-Fraktion:

Eberhardt Engler, geb. 2.3.1941 in Berlin, verheiratet, 3 Kinder; 1959 Abitur; 1959/60 Landwirtschaftliches Praktikum, 1960/66 Studium Veterinärmedizin an der Humboldt-Universität, 1967 Approbation und Dr. med.vet., 1967 Fachtierarzt für Labordiagnostik, 1966/69 wiss. Assistent, 1969 Ober-tierarzt, 1970 wiss. Mitarbeiter der AdW in Potsdam, 1971/91 am Zentralinstitut für Herz-Kreislauf-Forschung der AdW, seit 1992 am Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin in Berlin-Buch, seit 1995 Geschäftsführer des Verbund Klinische Pharmakologie Berlin-Brandenburg, 1966-90 Mitglied FDGB, seit 1966 Mitglied der CDU, 1967-79 Vorsitzender des Ortsverbandes, 1979-85 Vorsitzender des Kreisverbandes Mahrzahn, 1988/89 Mitglied des Bezirksvorstandes und ehrenamtl. Stellv. Vorsitzender, 1990 Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Berlin (Ost) und Mitglied des Parteipräsidiums der DDR, 1990/91 stellv. Landesvorsitzender der CDU in Berlin, seit 1990 Vorsitzender des Ortsverbandes Biesdorf, 1976-90 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung, 1990 stellv. Präsidiumsmitglied in den Kuratorien der FU und der FH für Technik und Wirtschaft, seit Januar 1991 Mda.

Monika Grütters, geb. 9.1.1962 in Münster, ledig; 1981 Abitur, 1982-84 Universität Münster, 1984-89 Universität Bonn: Studium der Germanistik, Kunstgeschichte, Politologie, 1989 Magister Artium, Stipendiatin des

Instituts für Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung, 1987/88 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Oper Bonn, 1990/91 Assistenz im Museum für Verkehr und Technik Berlin, seit 1991 Lehrbeauftragte an der Hochschule für Musik "Hanns Eisler" Berlin im Fach Kulturmanagement, 1991/92 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Bouvier Verlag Berlin, 1992/95 Pressesprecherin Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung, seit 1978 Mitglied der Jungen Union, seit 1983 Mitglied der CDU, seit November 1995 MdA.

SPD-Fraktion:

Bert Flemming, geb. 18. März 1944 in Wittenberg, verheiratet, drei Kinder; Abitur 1962, Augenoptiker-Gesellenprüfung 1964, Medizinstudium an der Humboldt-Universität, 1972 Dr. med., Oberarzt am Physiologischen Institut der Charité, Mai bis Dezember 1990 Mitgl. der Stadtverordnetenversammlung Berlin, Mitglied Kuratorium der FU Berlin, seit Januar 1991 MdA.

PDS-Fraktion:

Wolfgang Girnus, geb. 4.5.1949, Lebensgemeinschaft, 2 Kinder; 1967 Abitur, Facharbeiterausbildung: Maschinenbauer 1967, Studium an der TU Dresden, 1971 Fachlehrer, 1972 Diplom-Lehrer, 1982 Dr. phil., 1972 - 1991 Wissenschaftshistoriker, wissen-

schaftl. Mitarbeiter am Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft der AdW, 1987/88 akademischer Gast der ETH Zürich, Studienaufenthalt, seit 1968 SED-Mitglied, seit 1990 der PDS, seit 1990 Sprecher der AG Wissenschafts- und Hochschulpolitik beim PDS-Bundesvorstand, Mai-Dez. 1990 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Berlin, 1964 - 1967 Mitgl. der IG Metall, 1967 - 1989 der Gewerkschaft Wissenschaft, 1990 - 1995 der ÖTV, seit 1995 HBV-Mitglied, Mitglied der Gesellschaft Deutscher Chemiker (Deutsche Chem. Gesellschaft), der Goethe-Gesellschaft Weimar und der Kuratorien der FU und der TU Berlin, seit Januar 1991 MdA.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Sybille Volkholz, geb. 17.3.1944 Dramburg/Pommern, gesch.; 1963 Abitur, anschließend Studium an den Universitäten Bonn, Köln und Münster, 1967 Dipl.-Soz., 1970-72 PH Berlin, 1. Staatsprüfung für das Lehramt 1972, 1967-70 Wissenschaftl. Mitarbeiterin am MPI für Bildungsforschung, 1972 Lehrerin in Charlottenburg, seit 1987 Studienrätin an einer Fachschule, seit November 1990 Mitglied Grüne/AL, März 1989 bis Nov. 1990 Senatorin für Schule, Berufsbildung und Sport, seit 1972 GEW-Mitglied, 1979-89 stellv. GEW-Vorsitzende, seit 1991 MdA.

Ostdeutsche SozialwissenschaftlerInnen melden sich zu Wort Öffentliche Erklärung

Am 15./16. März 1996 kamen auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Dr. Edelbert Richter (SPD) in Weimar 110 Sozialwissenschaftler und Sozialwissenschaftlerinnen aus Ostdeutschland zusammen.

Der aktuelle *Anlaß* der Tagung war die Tatsache, daß in diesem Jahr sowohl die Arbeit der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW) als auch das Wissenschaftler-Integrationsprogramm (WIP) als auch andere Forschungsprogramme auslaufen und viele kleine Institute, die nach der Wende entstanden sind, akut gefährdet sind.

Der tiefere *Grund* des Treffens war das Bedürfnis, sich angesichts der anhaltenden sozialen Dynamik seit 1989 neu auf die Chancen und Aufgaben der Sozialwissenschaften zu besinnen und eine intensivere Zusammenarbeit mit der Politik anzubahnen. Die Sozialwissenschaften wollen sich wieder stärker in die Politik einmischen, und umgekehrt müssen ihre Erkenntnisse stärker bei der politischen Entscheidungsfindung berücksichtigt werden. Nur so können schwerwiegende soziale und wirtschaftliche Fehlentwicklungen frühzeitig erkannt und nach Möglichkeit vermieden werden. Die Sozialwissenschaften werden dann attraktiver für die Politik, wenn sie ihr mehr als eine Legitimation ihrer selbst entwickelten Optionen anzubieten haben.

Es ist keineswegs nur Selbsterhaltungsinteresse, wenn die Teilnehmer der Tagung erklären, daß *das sozialwissenschaftliche Potential* in Ostdeutschland *gesichert und sogar ausgebaut* werden muß. Dafür sprechen vielmehr eine Reihe gewichtiger Gründe:

Sozialwissenschaftliche Erkenntnis ist in modernen Gesellschaften *grundsätzlich* notwendig für die politische Entscheidungsfindung. Das ist angesichts bestimmter Tendenzen in der öffentlichen Diskussion zunächst festzuhalten (vgl. Die Zeit, 5.1.96).

Darüber hinaus bringt der Transformationsprozeß in Ostdeutschland neue wirtschaftliche und soziale Probleme und außergewöhnliche Steuerungsaufgaben für die Politik mit sich.

Der Transformationsprozeß hat schon bisher eine Dynamik entfaltet, der die wissenschaftliche Einsicht wie die politische Einflußnahme kaum folgen konnten; es besteht immer noch *Nachholbedarf* für beide.

Zudem wirft er ganz *neue* und spezifische *Fragestellungen* auf, die einerseits die Forschung weiterführen können, andererseits die Zukunft ganz Deutschlands betreffen. Manche Probleme der deutschen Gesellschaft stellen sich im Osten deutlicher! Politische Leitbilder wie wissenschaftliche Hypothesen stehen gleichermaßen auf dem Prüfstand.

Die neuen Fragestellungen sollten aber *vor Ort* bearbeitet werden, weil der unmittelbare Erfahrungshintergrund bekanntlich den besseren Erkenntniszugang schafft. Der unbefangene Blick des ostdeutschen Sozialwissenschaftlers als Neankömmling kann vorhandene Routinen und Verkrustungen aufbrechen helfen.

Schließlich genügt wegen der *Langfristigkeit* und *Tragweite* der Prozesse oft eine marktnahe empirische Forschung nicht, sondern ist auch kontinuierliche theoretische Arbeit notwendig, die öffentlich unterstützt werden muß.

An fünf konkreten Beispielen soll der wissenschaftliche Untersuchungsbedarf und der gleichzeitige politische Handlungsbedarf deutlich gemacht werden.

1. Produktionsmodernisierung ohne „weiche“ Ressourcen?

Sechs Jahre nach der Wiedervereinigung, einem unvergleichlichen Deindustrialisierungs- und Selektionsprozeß und gewaltigen Modernisierungsanstrengungen in den verbliebenen Betrieben hat zwar eine kleine Gruppe von Unternehmen internationale Wettbewerbsfähigkeit erreicht, die große Mehrheit leidet aber immer noch unter einer hohen *Produktivitätsschwäche*.

Diese verbreitete Produktivitätsschwäche wird in der öffentlichen Diskussion meist aus fortbestehenden produkt-, fertigungs- und informationstechnischer Rückständigkeit erklärt. Sie ist jedoch auch und besonders auf die sogenannten *„weichen Variablen“* betrieblicher Systeme zurückzuführen, d. h. auf deren Organisation, die Personalwirtschaft, die Macht- und Interessenskonstellationen, die betrieblichen Sozialbeziehungen und kulturellen Traditionen.

So finden sich häufig trotz der dramatischen Umbrüche immer noch *planwirtschaftlich-bürokratische Strukturen*, die weder mit marktwirtschaftlich-tayloristischen noch mit den neuen, auf Modularisierung und Funktionsintegration zielenden Strukturen konkurrieren können.

Zugleich machen sich die Spezifika der DDR-Tradition und des überstürzten Transformationsprozesses in *Lern- und Modernisierungsblockaden* geltend.

Sowohl die *Forschung* als auch die *Politik* haben diese Problematik sträflich vernachlässigt. Während die Politik dreistellige Milliardensummen in die technische Modernisierung oder die bloße Subventionierung von Unternehmen gesteckt

hat, wurde den „weichen“ Produktivitätssperren und Modernisierungsblockaden kaum Beachtung geschenkt. Ebenso blieb in den von der KSPW finanzierten Untersuchungen die Frage der „weichen Strategieressourcen“ ein Stiefkind.

Der Forschungs- und Handlungsbedarf auf diesem Gebiet ist unabweislich, denn von seiner Erfüllung hängt das Überleben eines Großteils der ostdeutschen Industrie in den nächsten Jahren ab.

2. Auflösung der Sozialpartnerschaft?

Im Zuge der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion wurden die Institutionen des bundesdeutschen Systems industrieller Beziehungen (Tarifautonomie durch Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, Betriebsverfassungsgesetz, Arbeitsrecht) auf Ostdeutschland übertragen. Damit ergaben sich allerdings zwei zentrale Probleme: Zum einen fehlten in Ostdeutschland Akteure, die über ausreichende Erfahrung im Umgang mit den neuen Regulationsformen verfügen; zum anderen zeigte sich, daß die verschiedenen Institutionen nicht auf die ostdeutsche Situation einer zusammenbrechenden Industriegesellschaft zugeschnitten sind. Unter diesen Bedingungen zeichnen sich zunehmend „ostspezifische“ Entwicklungstrends ab, die die traditionellen und bewährten Muster der Arbeitsbeziehungen aus den Fugen geraten lassen: Durch den Schrumpfungsprozeß der ostdeutschen Betriebe gibt es kaum noch freigestellte Betriebsräte; in vielen ausgegründeten Betrieben existiert überhaupt keine betriebliche Interessenvertretung; unter den schwierigen ökonomischen Bedingungen kommt es in vielen Betrieben zu „Überlebens- und Notgemeinschaftspakten“ zwischen Management, Betriebsrat und Belegschaft, mit denen Standards der Arbeits- und Entlohnungsbedingungen unterlaufen werden. So stellt sich die Frage, inwieweit in den neuen Bundesländern überhaupt noch eine flächendeckende, adäquate Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten existiert.

Auch das Institutionengefüge der Tarifautonomie befindet sich gegenwärtig in einer prekären Situation. Das distanzierte Verhältnis zwischen den Gewerkschaften und ihren Mitgliedern wie das instrumentelle Verhältnis vieler Betriebsräte zu den Gewerkschaften bedrohen die Funktionsweise des dualen Systems. Die Arbeitgeberverbände andererseits haben zunehmend mit Mitgliederschwund und Austrittsdrohungen der Betriebe zu kämpfen. In Ostdeutschland steht daher das herkömmliche Prinzip kollektivvertraglicher Regelung zur Disposition; der Flächentarifvertrag verliert an betrieblicher Geltungskraft; Arbeits- und Entlohnungsbedingungen werden zunehmend zum Gegenstand (teils informeller) betrieblicher Vereinbarungen von Management und Betriebsrat. Damit besteht die Gefahr einer zunehmenden sozialen Ungleichheit - sowohl zwischen verschiedenen ostdeutschen Betrieben und Beschäftigten als auch zwischen Ost- und Westdeutschland.

Der Forschungsstand zum Thema ist insofern relativ gut, als einschlägige Untersuchungen weitgehend übereinstimmend auf die geschilderten Problemlagen verweisen. Allerdings ergibt sich gerade aus den diagnostizierten Tendenzen eine erhöhte Notwendigkeit zu begleitender sozialwissenschaftlicher Forschung, nicht zuletzt um die Politik auf die damit verknüpften massiven sozialen Risiken (über die neuen Bundesländer hinaus) aufmerksam zu machen!

3. KMU ohne berufsfachliche Arbeitsmärkte?

Der größte Teil der gewerblichen Wirtschaft in Ostdeutschland, der überlebt hat und überlebensfähig scheint, besteht aus *kleinen und mittleren Unternehmen*.

Solche Klein- und Mittelbetriebe können auf Dauer nicht bestehen ohne eine gewisse *Flexibilität ihres Personaleinsatzes*: Bei einem Rückgang der Konjunktur oder des Absatzes eines bestimmten Produktes müssen sie Teile ihres Personals ohne große Kosten und Verzögerungen abbauen können. Und sie müssen ihr Personal schnell und ohne große Such- und Anlernkosten wieder aufstocken können, wenn ein neues Produkt läuft oder der Markt wieder anzieht.

Das setzt aber leistungsfähige *berufsfachliche Arbeitsmärkte* voraus, wie sie aus den alten Bundesländern bekannt sind! Sie sichern den freigesetzten Arbeitskräften die Chance, ohne Verlust von beruflichem Wert und Status einen neuen Arbeitsplatz in einem anderen Betrieb zu finden.

Solche berufsfachlichen Arbeitsmärkte gab es nun zum Ende der DDR-Zeit nur noch rudimentär, und der Transformationsprozeß hat eher zu ihrem weiteren Zerfall beigetragen. Es ist nicht gelungen, die Voraussetzungen ihrer Neuentstehung zu schaffen, denn das duale System der *Berufsbildung* hat nur in wenigen Branchen Fuß fassen können, und die Verbindlichkeit von *Tarifnormen* ist - wie schon gesagt - aufgrund der Schwäche der Gewerkschaften und Verbände nicht sichergestellt.

Wieder ist die Herausforderung für die Forschung *und* für die Politik deutlich: Wie sollen die KMU ohne dieses Arbeitsmarktumfeld morgen noch überleben?

4. Jugend ohne Perspektive - Beschäftigung ohne Nachwuchs?

Seit der Wiedervereinigung hat sich die Abiturientenquote und die Übertrittsquote in die zum Abitur führende Sekundarstufe II in Ostdeutschland im gleichen Umfang erhöht wie in den alten Bundesländern innerhalb von zwanzig Jahren! Handelt es sich dabei um eine erfreulich schnelle Angleichung an die Verhältnisse im Westen? Oder nicht vielmehr um eine Folge der *Verunsicherung* darüber, was man denn eigentlich machen und wie man mit den neuen Chancen, aber eben auch Risiken umgehen sollte? Viele Abiturienten werden wahrscheinlich gar nicht studieren, sondern zunächst einmal reisen und dann doch eine Lehrstelle

suchen. Der Grund der Verunsicherung liegt auf der Hand: das knappe und auch künftig ungewisse Angebot auf dem Lehrstellen- und Arbeitsmarkt.

Da nicht nur in der Industrie, sondern auch im Dienstleistungsbereich das Personal abgebaut wird bzw. stagniert, kommt es auf der anderen Seite zu einer *Abschottung* der Beschäftigten gegenüber dem Arbeitsmarkt: Nachwuchskräfte werden immer weniger rekrutiert, die Masse der Beschäftigten verengt sich auf bestimmte Jahrgänge, und es tritt eine *Verkrustung* und *Überalterung* der Personalstrukturen ein.

Nimmt man beides - das Berufswahlverhalten der Jugendlichen und die Abschottung der Beschäftigungsstrukturen gegenüber dem Arbeitsmarkt - zusammen, so ergibt sich ein dramatischer Widerspruch, der nur durch die Schaffung einer enormen Zahl von Arbeitsplätzen gelöst werden könnte. Dafür aber stehen - jedenfalls ohne ein Eingreifen von Wissenschaft und Politik - die Chancen bekanntlich schlecht.

5. depressed aereas

Eine Möglichkeit für Jugendliche, die keine (angemessene) Lehrstelle bekommen, oder für qualifizierte Arbeitskräfte, die keinen Arbeitsplatz finden, ist die des Pendelns oder der *Abwanderung*. Sie wird seit der Wende schon in großem Umfang wahrgenommen.

Die Abwanderung beschleunigt sich und führt zur *Verödung ganzer Regionen*, wenn deren traditionelle Industrien zusammenbrechen und es sich um Gebiete handelt, die nicht einmal mehr über eine funktionierende Landwirtschaft oder ein am örtlichen Bedarf orientiertes Kleingewerbe verfügen. (Beispiel: Mansfelder Land)

Der Vergleich mit dem italienischen *Mezzogiorno* erweist sich dann als noch zu optimistisch, denn dort bestehen immernoch lebensfähige Reste traditioneller Ökonomie, auf die wenigstens Teile der Bevölkerung zurückgreifen können.

Die Sozialwissenschaft hat die Politik rechtzeitig auf solche möglichen Entwicklungen aufmerksam gemacht und muß dies weiter tun können, auch wenn sie bei den Politikern auf taube Ohren oder mangelnde Tatkraft stößt.

Die Beispiele ließen sich vermehren.

So führt die besorgniserregende demographische Entwicklung in bestimmten ländlichen Räumen Ostdeutschlands zu Fragen, die in den alten Bundesländern bisher kaum behandelt wurden, und ruft nach einer marktunabhängigen kontinuierlichen Forschung.

Die außerordentlich große Zahl dauerhaft aus der Erwerbsarbeit Ausgeschlosse-

ner und damit gesellschaftlich Marginalisierter (man denke an die Alleinerziehenden!) verlangt nach politischen Lösungen, die über die Sozialhilfe wirksam hinausgehen.

Es gibt bisher kein umfassendes Bild über die regionale Differenzierung von Arbeitslosigkeit und Beschäftigung in den neuen Bundesländern!

Ebenso fehlt bisher eine verlässliche und rasch anwendbare Methodik der Wirkungsanalyse arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen!

Schließlich sei noch auf die immer wieder angemahnte Verkoppelung von Industrie- und Strukturpolitik mit Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik verwiesen. Auch in bezug auf dieses Schlüsselproblem gibt es nur Ansätze einer Lösung, die in einer intensiven Kooperation von Wissenschaft und Politik erst entfaltet werden müssen.

Die Sozialwissenschaftler sind bereit, *selber Netzwerke* zwischen universitärer und außeruniversitärer Forschung und unter Einbeziehung auch von arbeitslosen Wissenschaftlern zu organisieren, um die komplexen Forschungsaufgaben bewältigen zu können.

Andererseits darf die Politik sich nicht aus ihrer besonderen Verantwortung für die Entwicklung in Ostdeutschland verabschieden. Daher und aus all den genannten konkreten Gründen richten die Sozialwissenschaftler folgende *Forderungen an die Politik* des Bundes und der Länder:

Die im *Wissenschaftler-Integrationsprogramm* noch Beschäftigten müssen eine neue Perspektive erhalten, ebenso diejenigen, die im Zusammenhang der KSPW und anderer Sonderforschungsprogramme gefördert wurden. Darum sollte die Gründung von An-Instituten betrieben werden und sollten andere Einrichtungen eine Grundförderung erhalten. Auch die Forschungsk Kooperation, die die KSPW hergestellt hat, muß in geeigneter Form weitergeführt werden.

Angesichts des Scheiterns des Wissenschaftler-Integrationsprogramms sollten endlich Regelungen gefunden werden, die eine weitere Ausgrenzung ostdeutscher Sozialwissenschaftler aus den Universitäten verhindern.

Zur Unterstützung der in außeruniversitären Instituten entstandenen spezifisch ostdeutschen Forschungskultur sollten Finanzierungsmodelle und Förderprogramme entwickelt werden.

Dies betrifft mehr Grundlagen-orientierte, meist interdisziplinär arbeitende Institute, die „eine Pionierrolle in der Transformationsforschung“ (D. Simon) eingenommen haben, sich von der disziplinbezogenen Forschung an den Universitäten unterscheiden und wichtige Serviceleistungen erbringen.

Das betrifft ebenso stärker empirisch orientierte Institute, die sich an angelsächsi-

sche Vorbilder halten. Ihre spezifisch regionale Ausrichtung macht sie zu attraktiven Partnern in der Politikberatung.

Ganz unzulänglich werden bisher die besonderen Kenntnisse genutzt, die ostdeutsche Sozialwissenschaftler in bezug auf *Osteuropa* haben: die Kenntnis der Sprache, der Kultur, des Wissenschaftsbetriebs, der Akteure und die ähnlichen historischen Erfahrungen. Diese andersartige Qualifikation eröffnet vielfältige Einsatzmöglichkeiten für und in Osteuropa und prädestiniert sie geradezu, als „soziale Dolmetscher“ wirksam zu werden.

In bezug auf die *arbeitslosen Sozialwissenschaftler* (und zwar der gesamten Bundesrepublik) sollte der lange schon erhobenen Forderung Rechnung getragen werden, das brachliegende Potential, das sie darstellen, zunächst einmal in einer empirischen Studie oder einem Informationssystem zu erfassen. Das würde manche im Augenblick noch gar nicht vorstellbaren Projekte erst möglich machen.

Zur dringlichen Erhaltung dieser personellen Kapazitäten in Ostdeutschland muß zumindest eine stärkere Nutzung von ABM angestrebt werden, die im Forschungsbereich leider immer noch die Ausnahme bilden. Eine flexiblere Auslegung von § 249 h des AFG und eine differenzierende Behandlung dieser Berufsgruppe durch die Arbeitsämter wären hier erste Schritte.

Angesichts der Gefahren für den sozialen Frieden in Deutschland, die die Entwicklung in den neuen Bundesländern in sich birgt, schlagen die Teilnehmer der Tagung in Analogie zur bewährten Technikfolgenabschätzung die Einrichtung einer ständigen *Sozialfolgenabschätzung* beim Deutschen Bundestag vor. Sie sollte mit Analysen über die sozialen Folgen von technischen und ökonomischen Entwicklungen oder von politischen Entscheidungen die Legislative beratend unterstützen.

Um des regionalen Bezugs willen appellieren die Versammelten an die neuen Bundesländer, endlich *Sozialforschungsstellen* einzurichten, wie sie in den alten Bundesländern schon bestehen. Damit könnten die Mittel für die oft teuren und wenig aussagekräftigen Gutachten eingespart werden.

Streit um eine Stiftungsprofessur: Militärgeschichte in Potsdam

Redaktioneller Bericht der *Potsdamer Universitäts-Zeitung*:
Unabhängige Erforschung von Militärgeschichte in Potsdam
Der Bundesminister der Verteidigung richtet eine Stiftungsprofessur ein

Seit dem 22. Januar dieses Jahres gibt es wieder eine C4-Professur für Militärgeschichte in der Bundesrepublik Deutschland: an der Universität Potsdam. Eingerichtet als Stiftungsprofessur des Bundesministers der Verteidigung, Volker Rühle, möchte man in Potsdam an die Tradition, Militärgeschichte in das wissenschaftliche Spektrum ziviler Universitäten zu integrieren, anknüpfen. Dies, so der Verteidigungsminister bei seiner Ansprache im Auditorium maximum während des Festaktes anlässlich der Unterzeichnung einer Stiftungsvereinbarung, mögen zwar viele in Deutschland für ein Wagnis halten; doch sei die historische Forschung über die Rolle der Streitkräfte durch unabhängige Wissenschaftler in anderen Ländern etwas völlig Normales. "Ihr Nutzen liegt zwar nicht primär in der unmittelbaren praktischen Anwendbarkeit für die Politik. Aber aus der Geschichte lernen heißt ja auch - um mit Jacob Burckhardt zu sprechen -, weise zu werden für immer", erklärte Volker Rühle.

Daß es ein gutes Zeichen ist, wenn sich eine Gesellschaft wissenschaftlich und losgelöst von aller Ideologie mit der Vergangenheit des Militärs in der eigenen Geschichte auseinandersetzt, betonte mit Steffen Reiche auch der brandenburgische Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur. Denn das Militär habe die Sozialgeschichte - und die Politik - stets mitgeprägt. Dies zeigt sich besonders deutlich in Potsdam selber, der "altpreußischen Soldatenstadt und Pflanzschule des Heeres, aber auch dem Ort der Erinnerung an die totale Niederlage und vor allem die moralische Katastrophe des Jahres 1945", so Rühle.

Die Geschichte der Stadt war allerdings nicht primär für die Entscheidung, eine Stiftungsprofessur für Militärgeschichte an die Universität Potsdam zu vergeben, ausschlaggebend. Viel wichtiger waren der Umzug des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes von Freiburg/Br. nach Potsdam, ein umfangreicher Quellenfundus in Archiven und Bibliotheken hier in der Region und der wissenschaftliche Schwerpunkt der Historiker an der Universität Potsdam, die Neuzeit unter

besonderer Berücksichtigung regionaler Aspekte zu erforschen. Mit Hilfe der neuen Stiftungsprofessur möchte man nun, so Prorektorin Dr. Bärbel Kirsch, das Forschungsprofil der Potsdamer Historiker abrunden und eine bundesweit neue wissenschaftliche Tradition durch eine moderne, in starkem Maße interdisziplinär ausgerichtete Militärgeschichte begründen.

(*Potsdamer Universitäts-Zeitung* 2/96)

Ein Interview über die Entstehungsgeschichte und Ausrichtung der Stiftungsprofessur

Vor und während des Festaktes zur Einrichtung der Stiftungsprofessur Militärgeschichte kam es zu Protestaktionen einzelner Studierender. Da auch Mitglieder des Studierendenrates (Stura) der Universität dabei waren, der Stura zusätzlich noch "offene Fragen" zur Vorgehensweise bei der Einrichtung der Professur formuliert hatte, sprach Myriam Hönig für die PUTZ mit Ralf-Norbert Müller vom Stura und Prof. Dr. Manfred Görtemaker aus dem Historischen Institut über die Entwicklung der Idee, Militärgeschichte in Potsdam anzubieten, die Kritik an ihrer Umsetzung und die Erwartungen für die Zukunft:

PUTZ: Herr Professor Görtemaker, Sie waren von Anfang an in die Überlegungen, eine Stiftungsprofessur für Militärgeschichte an der Universität Potsdam einzurichten, einbezogen und haben die Entwicklung maßgeblich vorangetrieben. Können Sie kurz die Entstehungsgeschichte Revue passieren lassen?

Görtemaker: Ja, wobei ich nicht ganz von Anfang an einbezogen war. Ich habe das gewissermaßen geerbt, als ich vor zwei Jahren Geschäftsführender Direktor des Historischen Instituts wurde. Die Diskussion über diese Professur aber ist sehr alt. Sie begann praktisch mit der Gründungsgeschichte dieser Universität, als nämlich im Gründungssenat darüber nachgedacht worden ist, wie das Historische Institut aussehen sollte, und da kam man u.a. auch auf die Militärgeschichte. Das hing sicherlich auch damit zusammen, daß mit dem Kölner Prof. Dr. Johannes Kunisch im Gründungssenat jemand saß, der daran vor dem Hintergrund der Stadt Potsdam ein besonderes Interesse hatte. Die Angelegenheit ist dann mit sehr wenig Erfolg vorangetrieben worden, weil andere Professuren wichtiger waren und die Militärgeschichte als eine Professur galt, die man sich vielleicht wünschen sollte, die aber nicht von vornherein im Mittelpunkt stand. Das änderte sich aber mit der Verlegung des Militärgeschichtlichen Forschungsam-

tes (MGFA - die Red.) von Freiburg nach Potsdam im Jahre 1994. Diese Verlegung hat dazu geführt, daß sowohl der Amtschef der MGFA, General Roth, als auch die Universität Potsdam - und hier vertreten zunächst durch den Geschäftsführenden Direktor des Historischen Instituts, Prof. Schoeps, danach durch Prof. Hahn und dann schließlich durch mich - das Projekt unterstützten. Und zwar deshalb, weil wir der Meinung waren, daß dieses Forschungspotential, was mit dem MGFA in Potsdam besteht, für die Universität nutzbar gemacht werden sollte; nicht nur die große Zahl von sehr qualifizierten wissenschaftlichen Mitarbeitern des MGFA, sondern auch die vorzügliche Bibliothek mit über 500 000 Bänden und der Villa Ingenheim als einem möglichen Tagungs- und Konferenzort, den wir natürlich jetzt auch nutzen können. Deswegen habe ich von Anfang an diese Idee unterstützt, weil ich die Gesamtkonstruktion für ideal hielt und fand, daß wir einfach "vom Affen gebissen" gewesen wären, diese einmalige Chance zu vergeben. Das Problem war nur die Finanzierung; denn wir hatten dafür keine Stelle und deswegen konnte das Projekt nur über eine Stiftungsprofessur des Bundesministers für Verteidigung angeschoben werden.

PUTZ: Nun kam es ja am Rande der Veranstaltung zu Protesten von seiten einiger Studierender, an denen sich auch Vertreter des Stura beteiligten. Wogegen wandten Sie sich denn mit Ihren Protesten?

Müller: Also, das waren einzelne Studenten. Das war keine Aktion des Studierendenrates. Daß sich dabei auch Mitglieder des Sturas befanden, das war, sage ich mal, dumm gelaufen. Aber es war keine geplante Aktion des Studierendenrates. Wir haben uns auch distanziert von dieser Aktion in einer Pressemitteilung. Die Aktion war eine freie Meinungsäußerung von Individuen gegenüber der Professur, gegenüber der Bundeswehr.

PUTZ: Aber der Stura hatte am Tag der Veranstaltung in bezug auf die Stiftungsprofessur doch noch einige offene Fragen formuliert, mit denen er auch an die Öffentlichkeit ging. Könnten Sie darauf vielleicht noch einmal eingehen?

Müller: Was uns am meisten gestört hat, das war, daß wir fünf Tage vorher erst erfahren haben von dieser Stiftungsprofessur. Das Projekt geisterte zwar immer herum und war vage im Gespräch, aber auf einem niederen Level, so daß man das gar nicht sehr ernst genommen hat. Und plötzlich lag vor uns am Mittwoch eine persönliche Einladung für den Montag, für den Festakt. Aus dem Hause selber war dann auch nicht viel mehr zu erfahren. Was uns also in erster Linie störte, war der mangelnde Informationsfluß im Vorfeld.

Görtemaker: Die Frage ist jetzt, welcher Informationsfluß hat nicht funktioniert? Der Studierendenrat ist zwar das offizielle Organ der Studentenschaft und eine rechtsfähige Teil-Körperschaft der Universität, aber kein Gremium der Universität. Und was wir natürlich gemacht haben, und das halte ich auch für völlig korrekt,

ist, daß wir die Gremien frühzeitig informiert haben. Ich selber habe mehrfach - allerdings damals noch sehr vage, das will ich gerne zugeben - als Prorektor den Senat informiert. Ich habe dann, als es aktuell wurde, und das war im Oktober vergangenen Jahres, zunächst die Zustimmung des Institutsrates des Historischen Instituts einholen müssen. In diesem Institutsrat sind Studenten vertreten. Dort hat es eine lange Diskussion darüber gegeben und einen Beschluß des Institutsrates. Dann, zweitens, ist die Stiftungsprofessur ausführlich von der Fakultät im Fakultätsrat behandelt worden. Auch da sind zwei Studentenvertreter Mitglied, die über diese Dinge hätten informieren müssen. Und insofern ist meines Erachtens hier kein Fehler passiert, oder kein Mangel aufgetreten im Informationsfluß von mir bzw. denjenigen, also etwa dem Kanzler, die die Angelegenheit mit dem MGFA und dem Bundesverteidigungsministerium verhandelt haben. Der Informationsfluß hat meines Erachtens nicht funktioniert zwischen den Gremienvertretern und dem Studentenrat. Das ist das Problem, nur das können Sie uns nicht anlasten.

Müller: Für uns geschah das Ganze so nach dem Motto: "Zack, hier ist die Professur und nun macht was damit!" Und da standen wir natürlich erst einmal vor einem Riesenberg. Bisher erhielt der Stura Informationen über Rufangelegenheiten z. B. immer aus erster Hand, also ziemlich schnell, auch von Instituten und Fakultäten. Nur bei der Militärgeschichte lag "ohne Vorwarnung" plötzlich eine Einladung bei uns in der Schublade, und wir wußten damit nichts anzufangen. Das ist uns natürlich sauer aufgestoßen.

Görtemaker: Wenn in der Fakultät z. B. die Strukturänderung nicht beschlossen worden wäre, hätte die Professur für Militärgeschichte nicht eingerichtet werden können. Was nun die Zeitplanung anbetrifft, muß man natürlich auch noch einmal hinzufügen, daß ich selber auch erst am 8. Januar 1996 durch einen Anruf aus dem Verteidigungsministerium davon erfahren habe, daß Ruhe am 22. Januar kommen und die Stiftungsprofessur feierlich übergeben würde, weil er danach nicht mehr könnte.

Müller: Ein weiteres Problem von uns war, daß außer den eingeladenen Stura-Vertretern keine Studenten an der Veranstaltung teilnehmen durften. Wir hätten uns Aushänge und breite Einladungen gewünscht. Sonst gibt es doch auch immer größere Aushänge, für Antrittsvorlesungen zum Beispiel. Aber es hieß einfach: Ruhe kommt am 22. Januar, fertig. Aber weshalb und welche Hintergründe es gab, das blieb den Studenten verborgen.

Görtemaker: Ich verstehe natürlich das Bedürfnis der Studenten nach umfassender Information, und ich wäre auch der letzte, der diesem Informationsbedürfnis nicht nachkommen wollte. Wir haben beispielsweise im Historischen Institut im Sommersemester 1993 vorbereitend eine ganze Ringvorlesung gemacht über Fragen zur Militärgeschichte; auch dort wurde über die Frage einer Stiftungspro-

fessur diskutiert. Ich habe selber vor ein paar Wochen im Rahmen einer Ringvorlesung ausführlich zu dieser Frage der Militärgeschichte Stellung genommen. Daß dies dann bei den Juristen oder Germanisten oder anderen, die etwas weiter weg sind, nicht direkt ankommt, weil es auch niemanden von ihnen direkt betrifft, das bedauere ich zwar, halte es aber auch für normal. Ich glaube, daß dieses Problem nur deshalb hier aufgetreten ist, weil es sich um eine ganz besondere Professur handelt. Und das halte ich eher für ein Kompliment; denn das zeigt, daß die Professur profilbildend ist, daß sie irgendwo spektakulär ist und daß sie daher an dieser Universität möglicherweise einen guten Platz hat, weil sie auch für Furore sorgen wird. Eines jedoch möchte ich noch hinzufügen: die Diskussion über die Stellenbesetzung und die Frage der Antrittsvorlesung, das beginnt jetzt erst alles. Wir fangen im Grunde jetzt erst an, über Einzelheiten nachzudenken. Bisher ging es nur darum, die Professur in die Struktur dieser Universität überhaupt hineinzubekommen. Und jetzt geht es darum, diese Stelle zu besetzen und auszugestalten. Und da ist es wiederum selbstverständlich, daß die Gremien beteiligt werden. Es hat mittlerweile wiederum im Fakultätsrat eine ausführliche Diskussion über die Zusammensetzung der Berufungskommission gegeben, über die Stellendefinition, über den Ausschreibungstext. Das Ganze geht jetzt in den Senat, d.h. der übliche Weg wird eingehalten. Es ist bisher nichts anderes geschehen, als daß uns eine Stelle gestiftet worden ist, daß wir sie in die Struktur aufgenommen haben und jetzt beginnt die Diskussion über die Ausgestaltung. Insofern ist nichts verloren.

Müller: Wir sind ja auch nicht gegen die Professur. Wir unterstützen sie im Prinzip auch. Von der Sache her ist es eine sehr interessante Angelegenheit, die gerade für Potsdam im Geschichtsbereich eine Bereicherung sein wird, auch für die Studenten. Aber weil die Militärgeschichte ein sehr sensibler Bereich in Deutschland ist, wäre es doch auch meiner Meinung nach angebracht gewesen, etwas früher und breiter zu informieren, den Studierendenrat z.B. direkt zu informieren und durch unsere Möglichkeiten an andere Fachschaften weiterleiten zu lassen, um was es überhaupt geht und was vorgesehen ist.

PUTZ: Was erwarten Sie sich denn jetzt von seiten des Studierendenrates von dieser Professur?

Müller: Wir erwarten nicht nur reine Militärgeschichte, sondern auch eine Berücksichtigung des Bereiches Friedensforschung. Dieser Aspekt sollte nicht unter den Tisch fallen. Es sollte über die Vergangenheit diskutiert und geforscht werden, wozu die Armee in der Zukunft da ist. Blauhelm-Aktionen, Friedenstruppen, das sind nur einige Stichpunkte dafür.

PUTZ: Und was erwarten sich die Historiker von ihr, Herr Görtemaker?

Görtemaker: Für Potsdam liegt in dieser Professur eine große Chance. Einen

Lehrstuhl, der sich ausschließlich dieses Themas annimmt, gibt es bisher nicht. Nun ist natürlich Militärgeschichte in der heutigen Zeit etwas völlig anderes als das, was man sich so traditionell darunter vorstellt. Es geht zwar einerseits um das Phänomen der Gewalt in der Geschichte, aber das ist natürlich keine Angelegenheit, bei der Schlachten nachgespielt werden sollen. Es geht wirklich darum, eine auch sozial und ökonomisch fundierte Analyse des Phänomens von Krieg, Gewalt und Militär in der Geschichte darzustellen, wobei die Geschichte umfassend zu verstehen ist. Methodisch betrachtet wird es also eine Professur sein, die nicht nur mit diplomatiegeschichtlichen Akzenten oder Zugängen arbeitet, sondern auch mit Methoden der sozialen Wirtschaftsgeschichte, der Ideengeschichte, so daß ein breiter Ansatz gewährleistet ist. Und dieser Ansatz wird sicherlich auch auf ganz aktuelle Fragen und sicherheitspolitische Diskussionen eingehen. Das heißt, ich verspreche mir von dieser Professur eben auch wirklich Akzente für die aktuellen Zusammenhänge von Militär und Sicherheitspolitik. Insofern sind genau die Themen, die Sie genannt haben, Herr Müller, angesprochen. Wie die Rolle der Bundeswehr bei friedenserhaltenden Einsätzen der UNO aussehen könnte, oder wie beispielsweise Konversion, die Umwandlung von Rüstungs- in Zivilproduktion, gestaltet werden könnte.

(Potsdamer Universitäts-Zeitung 2/96)

Weiterer Diskussionsbedarf?

Am 22. Januar dieses Jahres hat der Bundesminister der Verteidigung, Volker Rühle, an der Universität Potsdam eine Stiftungsprofessur für Militärgeschichte eingerichtet. Obwohl in der Ausgabe 2/96 der PUTZ ein ausführliches Gespräch mit Ralf-Norbert Müller vom Studierendenrat (Stura) der Uni und Prof. Dr. Manfred Görtemaker aus dem Historischen Institut über Proteste am Rande des Festaktes sowie die Entstehungsgeschichte und die Ausrichtung der Stiftungsprofessur abgedruckt wurde, scheint es im Vorstand des Sturas noch weiteren Diskussionsbedarf zu geben. Wir wollen deshalb im folgenden die Anmerkungen von Martin Weiß aus dem Vorstand des Sturas und eine sich darauf beziehende Stellungnahme von Prof. Dr. Manfred Görtemaker wiedergeben:

“Wesentliche Punkte nicht ausreichend beleuchtet”

1. Prof. Görtemaker hat in seinen Ausführungen nicht darauf hingewiesen, daß die Bundeswehr ursprünglich plante, für diesen Lehrstuhl einen Bundeswehr-

Wissenschaftler nach Potsdam zu kommandieren. Er hat nicht erwähnt, daß der Lehrstuhl nach fünf Jahren wegfallen, bzw., was wahrscheinlicher ist, einen anderen Lehrstuhl am Historischen Institut ersetzen wird. Spätestens an dieser Stelle hätte man die Angelegenheit im Akademischen Senat behandeln müssen und nicht auf diese Weise über den Tisch zocken dürfen. Die Diskussion ist nämlich gerade deshalb über drei Jahre hinweg praktisch eingeschlafen, da man dafür keinen akuten Bedarf an der Universität sah.

2. Es ist nicht abzusehen, wie bis zum Sommersemester gewährleistet werden soll, daß die Lehrstuhlvertretung auch dem Anspruch eines kritischen und interdisziplinären Forschungsansatzes genügt. Auf die Auswahl dieser Vertretung haben die Studierenden keinerlei Einfluß, jedoch hat eine Person, die den Lehrstuhl bereits zwei Semester geführt hat, einen enormen Vorteil hinsichtlich dessen endgültiger Besetzung.

3. Die Veranstaltung, gegen deren Ablauf sich unsere Kritik im besonderen richtet, hat gezeigt, daß Studenten in ihrem Bedürfnis nach Berücksichtigung ihrer Interessen nicht ernst genommen werden und die Universität ihre akademische Freiheit für einen Befehl aus dem Bundesverteidigungsministerium verkauft, indem sie eine Veranstaltung in ihrem Auditorium maximum von der Bundeswehr durchführen läßt und diese überdies noch personell bei der Diskriminierung von Studentenvertretern, die als einzige anhand einer Liste am Einlaß überprüft wurden, unterstützt.

4. Wenn die Basis für die Arbeit eines solchen Lehrstuhls in der Verlegung des MGFA nach Potsdam gesehen wird, so stellt dies die Objektivität der Forschung grundsätzlich in Frage. Das Archiv des MGFA, dessen Sitz nach wie vor Konstanz ist, beschäftigt darüber hinaus einige Wissenschaftler in leitenden Funktionen, deren Bereitschaft zur Geschichtsfälschung und Verharmlosung der Nazidiktatur erst in jüngster Zeit wieder offen ans Licht der Öffentlichkeit getreten ist.

Fazit: Von einer "Normalität" der Vorgehensweise der Einrichtung dieses Lehrstuhls kann vor dem Hintergrund der oben angeführten Umstände wohl keinesfalls die Rede sein. Vielmehr hätte es einer breiten und offenen Auseinandersetzung mit dieser Problematik bedurft, gerade weil es um das Profil unserer Universität geht. Potsdam ist ein zu sensibles Pflaster, um sich mal eben von einer deutschen Armee einen Lehrstuhl schenken zu lassen.

Martin Weiß
Vorstand Studierendenrat

"Thematisieren unhaltbarer, längst ausgeräumter Vorwürfe"

Mit seinen Anmerkungen verstößt Martin Weiß nicht nur gegen die vom Presseferat, dem Stura und mir getroffene Vereinbarung, die Vorgänge um die Einrichtung einer Professur für Militärgeschichte in einem gemeinsamen Gespräch zu klären, das wie verabredet stattgefunden hat und in Heft 2/96 der PUTZ dokumentiert ist, sondern er stellt auch die vom Stura in dem Interview vertretene Position wieder in Frage. Außerdem wiederholt er völlig unhaltbare Vorwürfe, die in dem Gespräch längst ausgeräumt waren. Ich möchte deshalb noch einmal ausdrücklich folgende Punkte festhalten:

1. Niemand ist "über den Tisch gezockt" worden. Die Angelegenheit wurde seit 1991 in allem Gremien der Universität immer wieder beraten: im Gründungssenat, im Rektorat und auch im jetzigen Akademischen Senat. Die notwendige Strukturänderung wurde vom Institutsrat des Historischen Instituts beschlossen und von der Philosophischen Fakultät I ausdrücklich gebilligt.

2. Eine Lehrstuhlvertretung kann es erst geben, wenn der Ruf ausgesprochen ist. Da die Kommissionsberatungen - wie inzwischen feststeht - erst im April 1996 beginnen werden, ist es in der Tat faktisch ausgeschlossen, daß es bereits zum Sommersemester 1996 eine Vertretung gibt. An dem Berufungsverfahren sind studentische Vertreter, mit denen ich bereits ausführliche Gespräche geführt habe, selbstverständlich von Anfang an beteiligt.

3. Die Kritik am Ablauf der Veranstaltung zur Einrichtung der Professur kann ich teilweise nachvollziehen. Ich hätte mir ebenfalls eine weit stärkere Beteiligung von Studierenden gewünscht. Allerdings muß auch festgestellt werden, daß die Vorbereitung und die Durchführung des Festaktes in allen Einzelheiten von der Universität und dem Bundesministerium der Verteidigung gemeinsam erfolgt ist. Sicherheitsvorkehrungen sind bei hochrangigen Regierungsvertretern allgemein üblich und unterliegen der Verantwortung der zuständigen Sicherheitsorgane. Die Universität hätte diese Verantwortung wohl kaum übernehmen können.

4. Völlig abwegig ist dagegen der Vorwurf, durch die Kooperation mit dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt und dem Lehrstuhl für Militärgeschichte in Potsdam werde die "Objektivität der Forschung grundsätzlich in Frage" gestellt. Die Arbeit am Lehrstuhl für Militärgeschichte in Potsdam wird sich in völliger akademischer Freiheit vollziehen. Die Verbindung zum MGFA besteht nur in der Form von Kooperationsbeziehungen, wie sie für Einrichtungen dieser Art allgemein üblich sind und ohne die - wie auch Martin Weiß wissen sollte - ein wissenschaftlicher Disput nicht geführt werden kann. Im übrigen genießt die MGFA im In- und Ausland einen exzellenten Ruf, der durch die große Anzahl sowie die thematische und methodische Breite seiner Veröffentlichungen bestätigt wird. Die Bibliothek des MGFA steht auch jedem Studierenden offen.

5. Geradezu skandalös finde ich die Behauptung, das Archiv des MGFA beschäftige "einige Wissenschaftler in leitenden Funktionen, deren Bereitschaft zur Geschichtsfälschung und Verharmlosung der Nazidiktatur erst in jüngster Zeit wieder offen ans Licht der Öffentlichkeit getreten ist". Abgesehen davon, daß das Bundesarchiv-Militärarchiv - wie jedes andere zentrale deutsche Archiv - nicht dem MGFA, sondern dem Bundesinnenministerium untersteht und sich auch nicht in Konstanz, wie Martin Weiß meint, sondern in Freiburg i. Br. befindet, würden sich die dort tätigen Archivare sicherlich gegen die von Martin Weiß vortragene verantwortungslose und haltlose Unterstellung zu wehren wissen, wenn sie öffentlich erhoben würde.

Manfred Görtemaker
Historisches Institut

(Potsdamer Universitäts-Zeitung 3/96)

PUBLIKATIONEN

1. DDR-Wissenschafts- & -Hochschulgeschichte

Haritonow, Alexandr: **Sowjetische Hochschulpolitik in Sachsen (1945- 1949)** (Dresdener Historische Studien Bd. 2). Böhlau Verlag, Weimar/ Köln/ Wien 1995. 288 S. DM 68,-. Im Buchhandel.

Analysiert wird in der auf einer 1994 fertiggestellten Dissertation beruhenden Studie die Hochschulpolitik der Sowjetischen Militäradministration in Sachsen, dabei zunächst der Entnazifizierungsprozeß an den Hochschulen (mit dem Ergebnis, daß sich dieser von dem im Westen nicht wesentlich unterschied) und sodann die sowjetische Studentenpolitik, für die drei zu unterscheidende Hauptphasen identifiziert werden.

Straube, Peter-Paul: **Katholische Studentengemeinde in der SBZ/DDR als Ort eines außeruniversitären Studium Generale 1945 - 1989** (Erfurter theologische Studien Bd. 70). St. Benno-Verlag, Leipzig 1996. 397 S. DM 48,-. Im Buchhandel.

Die Arbeit, 1994 als Dissertation vom FB Pädagogik der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg angenommen, geht davon aus, daß die katholischen Studentengemeinden in der DDR „einen - sowohl an den... Hochschulen wie in der Gesellschaft insgesamt bewußt und zielgerichtet vorenthaltenen - Raum der Freiheit und des Geborgenseins, in dem der Einzelne als Person gefragt war“ geboten hätten. Neben dem Gemeinschaftsleben habe insbesondere philosophische, historische und kulturelle Bildung im Mittelpunkt ihrer Arbeit gestanden - unabhängig vom ansonsten üblichen ideologisch normierten Rahmen. Die Untersuchung widmet sich den universitären, gesellschaftlichen und kirchlichen Rahmenbedingungen für die Arbeit der Studentengemeinden in der Zeit von 1945 bis 1989 sowie deren Auswirkungen auf die inhaltliche und organisatorische Entwicklung der Bildungsarbeit in den Studentengemeinden. Ein umfangreicher Dokumentenanhang ergänzt die Darstellung.

Gläser, Jochen/ Meske, Werner: **Anwendungsorientierung von Grundlagenforschung? Erfahrungen der Akademie der Wissenschaften der DDR** (Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Köln Bd. 25). Campus Verlag, Frankfurt a.M./New York 1996. 424 S. DM 88,-. Im Buchhandel.

Die retrospektive empirische Analyse rekonstruiert die Integration von Grundlagen- und Anwendungsforschung in der Akademie der Wissenschaften der DDR. Zugleich werden die institutionellen, sozialen und kognitiven Voraussetzungen dieser Integration sowie deren Rückwirkungen in den industrierelevanten wissenschaftlichen Disziplinen diskutiert.

Voigt, Dieter/ Mertens, Lothar (Hg.): **DDR-Wissenschaft im Zwiespalt zwischen Forschung und Staatssicherheit** (Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung Bd. 45). Duncker & Humblot, Berlin 1995. 186 S. DM 78,-. Im Buchhandel. Mit folgenden Beiträgen: „Die Wiedereröffnung der Friedrich-Schiller-Universität Jena im Jahre 1945“ (Manfred Heinemann), „Zum wissenschaftlichen Standard von Doktorarbeiten und Habilitationsschriften in der DDR“ (D. Voigt), „Wissenschaft als Dienstgeheimnis: Die

geheimen DDR-Dissertationen" (L. Mertens), „Berichte der Reisekader aus der DDR" (Paul Gerhard Klussmann), „Die Pflichtberichte der wissenschaftlichen Reisekader der DDR" (Sabine Gries), „Die Humboldt-Universität im Netz des MfS" (Rainer Eckert).

Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft (Hg.): **Universität im Zwiespalt von Geist und Macht. Zu Ergebnissen und Erfahrungen der hochschulpolitischen Umbrüche in Deutschland von 1945 und 1989/90.** Jena 1996. 180 S. Bezug bei: Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V., Thomas-Mann-Str. 25, 07743 Jena. Dokumentation einer Tagung anlässlich des 50. Jahrestages der Wiedereröffnung der Friedrich-Schiller-Universität Jena am 24./25. 11. 1995. Mit u.a. folgenden Beiträgen: „Deutsche Universitäten nach der Befreiung vom Faschismus und im Zusammenbruch der DDR. Zu den Möglichkeiten und Grenzen eines Vergleichs" (Ludwig Elm), „Die Gründung der Sozial-Pädagogischen Fakultät 1945 - ein Novum in der deutschen Universitätsgeschichte" (Paul Mitzenheim), „Der Ausschuss für Hochschulfragen der SED 1947/48 - Fortsetzung und Ende sozialdemokratischer Traditionen" (Siegfried Prokop), „Die bürgerlichen Professoren und die Eingriffe der SED ins Leben der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1948 bis 1950" (Eberhart Schulz), „Zu einigen historischen Ausgangsbedingungen der Wiedereröffnung der Friedrich-Schiller-Universität Jena im Oktober 1945" (Eberhard Wörfel), „Das sog. 'Jenaer Experiment' am Institut Marxismus Leninismus der Friedrich-Schiller-Universität" (Hans-Günter Eschke), „Chancen hochschulpolitischer Veränderungen in der DDR im Jahre 1956" (Werner Fritsch), „Wechselverhältnis von Industrie und Universität. Zeiss und die dritte Hochschulreform" (Helmut Metzler), „Zu den gemeinsamen hochschulpolitischen Seminaren der DDR, der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland in den 80er Jahren" (Werner Riebel), „Die gescheiterte Modernisierung. Anmerkungen zur III. Hochschulreform in der DDR" (Michael Wegner), „'Hochschulreueuerung' an ostdeutschen Hochschulen aus dem Blick heutiger Verantwortungsträger" (Siegfried Kiel), „Die Utopie einer pluralistischen Universität. Zum Rektorat Heinrich Finks" (Kurt Pätzold).

Niemann, Heinz: **Hinterm Zaun. Politische Kultur und Meinungsforschung in der DDR - die geheimen Bericht an das Politbüro der SED.** edition ost, Berlin 1995. 255 S. DM 24,80. Im Buchhandel.

Seit 1965 existierte in der DDR ein Institut für Meinungsforschung, das auf Anweisung E. Honeckers 1979 geschlossen wurde, bei gleichzeitiger Vernichtung aller Unterlagen. Der Autor hat zahlreiche Kopien der Berichte im SED-Parteiarchiv ausgegraben, führt sie hier zusammen und hat sie analysiert und kommentiert.

Deutscher Historikertag 1994: **Bericht über die 40. Versammlung Deutscher Historiker in Leipzig, 28. September bis 1. Oktober 1994.** Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 1995. 309 S. DM 40,-. Im Buchhandel.

Der Band dokumentiert u.a. gekürzte Fassungen der Referate, die in der Sektion „Die Wissenschaft in der DDR" gehalten worden waren: „Wissenschafts- und Universitätspolitik der KPD/SED 1945 bis 1951" (Ilko-Sascha Kowalczyk), „Der Forschungsrat: Ein Beispiel zentralistisch gesteuerten Wissenschaft" (M. Wagner), „Die '3. Sozialistische Hochschulreform' von 1968 und die Akademiereform von 1969 als Zäsuren der Wissenschaftsentwicklung der DDR" (Stefan Wolle), „Die Philosophie in der DDR: Ein Fallbeispiel für den Einfluß der SED und des MfS auf die Wissenschaft" (Guntolf Herzberg), „Der Runde Tisch der Akademie und die Reform der AdW nach der Herbstrevolution 1989: Ein gescheiterter Versuch der Selbsterneuerung" (Isolde Stark).

Herzberg, Guntolf: **Abhängigkeit und Verstrickung. Studien zur DDR-Philosophie** (Forschungen zur DDR-Geschichte Bd. 8). Christoph Links Verlag, Berlin 1996. 265 S. DM 38,-. Im Buchhandel.

Sammlung von z. T. zuvor bereits andernorts veröffentlichten Texten zur „DDR-Philosophie zwischen SED und Staatssicherheit", zu „Ernst Bloch in Leipzig. Der operative Vorgang 'Wild'", zum „Modellfall G.H.", zur Praxis-Debatte in der DDR-Philosophie Ende der 60er Jahre, zur Entstehung der Wissenschaftsethik in der DDR, zu Robert Havemann, zur „Dialogfähigkeit in der Philosophie - vor kurzem und jetzt" und zu „Nietzsche in der DDR".

Institut für Ästhetik am FB Kulturwissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin (Hg.): **Künstler über einen Philosophen. Eine Hommage an Wolfgang Heise.** Berlin 1995. 64 S. Bezug bei: Institut für Ästhetik, Humboldt-Universität zu Berlin, Sophienstr. 22a, 10178 Berlin.

Heise (†1987), den Heiner Müller den wahrscheinlich einzigen DDR-Philosophen genannt hatte, der es nicht verdient hätte, in der aktuellen Inszenierung des Vergessens zu versinken, verband eine besonders intensive Beziehung zu Kunst und Künstlern. Das herausgebende Institut hat deshalb anlässlich des 70. Geburtstages von Heise Künstler zu Erinnerungen und Würdigungen gebeten. AutorInnen, neben der verantwortlich zeichnenden Renate Reschke („Wolfgang Heise und die Kunst"), sind Ruth Tesmar, Steffen Mensching, Volker Braun, Roland Paris, Friedrich Dieckmann, Karl Mickel, Rolf Xago Schröder, Karl Lemke, Michael Franz, Christa Wolf, Heiner Müller, Wolfgang Herzberg, Hans-Eckhardt Wenzel, Steffen Schult und Gerd Kroske.

Institut für Ästhetik am FB Kulturwissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin (Hg.): **angebote. organ für ästhetik H. 8.** Berlin 1995. 200 S. DM 15,-. Bezug bei: Institut für Ästhetik, Humboldt-Universität zu Berlin, Sophienstr. 22a, 10178 Berlin.

Das Heft dokumentiert die Materialien des 2. Wolfgang-Heise-Kolloquiums am 25./26. 11. 1994. Unter Bezugnahme auf Heise wie ihn als Ausgangspunkt nutzend werden zahlreiche Themen von VertreterInnen der Philosophie, Kultur- und Literaturwissenschaft entfaltet, darunter ein Text zu „Theater und Spiel bei Wolfgang Heise" (Claudia Salchow). Desweiteren sind Nachträge zur Heise-Bibliographie (in *angebote* 6) veröffentlicht.

Mende, Hans-Jürgen/ Mocek, Reinhard (Hg.): **Gestörte Vernunft? Gedanken zu einer Standortbestimmung der DDR-Philosophie.** Edition Luisenstadt, Berlin 1996. 179 S.

Bezug bei: Luisenstädtischer Bildungsverein e.V., Märkisches Ufer 54, 10179 Berlin. Dokumentation eines am 25. Januar 1995 stattgefundenen Kolloquiums, auf dem vornehmlich ostdeutsche PhilosophInnen eine Selbstverständigung zur DDR-Geschichte ihres Faches unternahmen. Hauptbeiträge von Friedrich Tomberg („Politische Konditionen der Philosophie in der DDR"), R. Mocek („Zerstörung der Vernunft oder gestörte Vernunft?" und „Philosophie und Naturwissenschaft in der DDR"), Norbert Kapferer („Die kritische Auseinandersetzung mit dem Marxismus-Leninismus muß fortgesetzt werden"), Heinz Malorny („Probleme bei dem Versuch, über Philosophiegeschichte zu schreiben"), Peter Ruben („Resultate der Philosophie in der DDR"), Rolf Löther („Zum Verhältnis von Philosophie und Naturwissenschaft in der DDR"), Heinrich Opitz („Philosophische Schulen in der DDR? Die Leipziger erkenntnistheoretische Schule"), Eva Kellner („Zur Ethik in der DDR"), Hans-Christoph Rauh („Anmerkungen zur DDR-Philosophie nach der Wende"). Diskussionsbeiträge von Ruben, Wolfgang Eichhorn, Erich Hahn, Norbert Krenzlin, Walter Jopke, Hans-Martin Gerlach, Helmut Seidel, Rudolf Jürschik, Kapferer, Mocek.

Gerhardt, Volker (Hg.): **Eine angeschlagene These. Die 11. Feuerbachthese von Karl Marx als Leitspruch für eine erneuerte Humboldt-Universität zu Berlin?** Akademie-Verlag, Berlin 1996. 313 S. DM 48,-. Im Buchhandel.

Dokumentiert ein ost-west-deutsches Philosophengespräch, geführt in der Form einer Ringvorlesung 1994/95, mit dem die bis dahin hochemotionale aufgeladene Debatte um die 11. Feuerbach-These im Foyer der Humboldt-Universität auf die gegenstandsangemessene

Ebene gebracht worden war. Die AutorInnen und ihre Beiträge: Volker Gerhard: „Eine politische These, kein philosophischer Satz“ und „Es kommt darauf an“, Gerd Irlitz: „Karl Marx - Aufhebung der Subjektphilosophie und der idealistischen Handlungstheorie“, Christian Möckel: „Die 11. Feuerbach-These und das 'Ende des utopischen Zeitalters'“, Herfried Münkler: „Machtdynamik als Konfliktverschärfung“, Herbert Schnädelbach: „Wittgenstein über die Philosophie: 'Sie läßt alles, wie es ist'“, Richard Schröder: „Zur 11. Feuerbach-These von Karl Marx“, Oswald Schwemmer: „Philosophie als Weltveränderung?“, Bernd Henningsen: „Die Welt verändern? Die Antwort des Søren Kierkegaard“, Hans Wagner: „Menschliche Praxis und menschliche Selbstveränderung“, Hans-Christoph Rauh: „Schreibschwierigkeiten mit der 'Elften' oder: Das kleine Wörtchen 'aber'“, Jaqueline Karl: „Eine angeschlagene These“ (vgl. auch *hso* 4/95).

Neuhaus, Manfred/ Seidel, Helmut (Hg.): „**Wenn jemand seinen Kopf bewußt hinlegt... Beiträge zu Werk und Wirken von Walter Markov.**“ Hrsg. in Verb. m. Gerald Diesener und Matthias Middell. Rosa-Luxemburg-Verein, Leipzig 1995. 262 S. 20,- DM. Bezug bei: R.-Luxemburg-Verein, Sternwartenstr. 31, 04103 Leipzig.

Dokumentation des Walter-Markov-Colloquiums am 16.4.1994 in Leipzig. Beiträge zu „Weg und Werk Markovs. Erinnerungen von Freunden und Schülern“ (Walter Grab, Hannes Schmidt, Herbert Bartholmes, Eberhard Wächtler, Veit Didczuneit, Peter Sebald, Bärbel Plötner, Werner Bramke, Volker Külow, Jean Suret-Canale, Fernand L'Huillier), zu „Studien zur Geschichte der süd- und osteuropäischen Länder“ (Ernstgert Kalbe, Werner Bahner, Erhard Hexelschneider), zu „Geschichtswissenschaft in Deutschland und Universalgeschichte“ (Georg G. Iggers, Werner Berthold, Matthias Middell, Wolfgang Küttler, Michail N. Maschkin, Rigobert Günther), zu „Walter Markovs Stellung in der Geschichtsschreibung über die 'Große Revolution der Franzosen'“ (Katharina Middell, Waltraud Seidel-Höppner/Joachim Höppner, Walter Schmidt), zur „Durchbrechung der eurozentristischen Geschichtsschreibung“ (Hans Jürgen Friederici, Luthar Rathmann, Hans Piazza, Sarkis Latchinian) und zu „Geschichtsphilosophie und Politik“ (Dieter Wittich, Hermann Klenner, Uwe-Jens Heuer, Wolfgang Eichhorn, Klaus-Dieter Eichler, Volker Caysa).

Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik GSFP (Hg.): **DDR-Geschichtswissenschaft** (H. 3/1996 der Zs. *Berliner Debatte Initial*). Berlin 1996. 127 S. DM 15,-. Bezug bei: GSFP, PF 158, 10412 Berlin.

Das Heft publiziert u.a. vier Beiträge einer Konferenz am Potsdamer Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien „Die DDR-Geschichtswissenschaft im internationalen Kontext“, stattgefunden am 2.12.1995. Eckhardt Fuchs beschreibt die Mittel und Bemühungen marxistischer Historiographie aus der DDR, von der scientific community im globalen Rahmen anerkannt zu werden. Gerald Diesener fragt „DDR-Historiker oder 'Historiker in der DDR'?“ Matthias Middell beleuchtet das Verhältnis der DDR-Historiker zu Frankreich. Martin Sabrow schließlich analysiert die Westkontakte von DDR-Historikern im Spiegel ihrer Reiseberichte.

Golz, Jochen (Hg.): **Das Goethe- und Schiller-Archiv 1896 - 1996. Beiträge aus dem ältesten deutschen Literaturarchiv.** Böhlau Verlag, Weimar/Köln/Wien 1996. 484 S. DM 68,-. Im Buchhandel.

Der Band enthält u.a. Beiträge zur Geschichte des Archivs in der DDR und seiner Entwicklung seit 1989: „Das Goethe- und Schiller-Archiv in Geschichte und Gegenwart“ (J. Golz), „Die Überwindung des Labyrinths. Der Beginn der Reorganisation des Goethe- und Schiller-Archivs unter Willy Flach und die Vorgeschichte seines Direktorats (1954-1958)“ (Volker Wahl), „Vergangenheit und Zukunft der professionellen Archivarbeit im Goethe- und Schiller-Archiv“ (Gerhard Schmid), „Die 'Wiedervereinigung' von Archivalien und Teilnachlässen im Goethe- und Schiller-Archiv“ (Roswitha Wollkopf).

Dreier, Ralf/ Eckert, Jörn/ Mollnau, Karl A./ Rottleuthner, Hubert (Hg.): **Rechtswissenschaft in der DDR 1949 - 1971. Dokumente zur politischen Steuerung im Grundla-**

genbereich. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1996. 618 S. DM 98,-. Im Buchhandel.

Vornehmlich anhand von Unterlagen aus dem zentralen Parteiarchiv der SED wird für den Zeitraum von der Staatsgründung bis zum Ende der Ulbricht-Ära gezeigt, welchen Einfluß Partei und Staat auf die Rechtswissenschaft nahmen und welche - geringen - Freiräume blieben. Die Dokumente werden jeweils durch Kommentare der Hg. eingeleitet und begleitet. In einer Einleitung finden sich die Phasen der Entwicklung der DDR-Rechtswissenschaft, die Gegenstände der Kontroversen im Grundlagenbereich und die Struktur der Steuerung der Rechtswissenschaft bestimmt und diskutiert. Mit Zeittafel und Personenregister.

Becker, Cornelia: **Ärzte der Leipziger Medizinischen Fakultät. 22 Kurzporträts in Wort und Bild. Mit einem Überblick über die Geschichte der Fakultät seit ihrer Gründung 1415.** Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 1995. 124 S. Im Buchhandel. Vier der porträtierten Wissenschaftler prägten die Fakultät(auch) in der DDR-Zeit: Max Bürger, Albrecht Peiper, Henry Ernest Sigerist und Martin Herbst.

2. Ostdeutsche Wissenschaftsentwicklung & -politik

Bahro, Rudolf: **Bleibt mir der Erde treu! Apokalypse oder Geist einer neuen Zeit. Essays, Vorlesungen, Skizzen.** Mit Texten von Johan Galtung, Kurt Biedenkopf, Ulrich von Weizsäcker u.a. edition ost, Berlin 1995. 266 S. DM 24,80. Im Buchhandel.

Bahro, Autor der „Alternative“ und seit 1990 Professor für Sozialökologie an der Humboldt-Universität, hat an und von seiner Berliner Wirkungsstätte aus kontrovers diskutierte Aktivitäten im Zusammenhang seines Konzepts einer „Kommunitären Subsistenzwirtschaft“ entfaltet. Die zahlreichen Autoren des Bandes kommentieren und diskutieren Konzept und Umsetzungsmöglichkeiten, Bahro steuert eine Reihe eigener Texte bei. Die Kompilation ist von Wohlwollen gekennzeichnet (Bahros Verbindungen zu Vereinigungen, die sich sonst eher in den Berichten der Sektenbeauftragten finden, etwa kommen nicht vor), was daran liegt, daß der Band zugleich eine Gratulation zum 60. Geburtstag Bahros ist.

Erpenbeck, John: **Aufschwung. Roman.** Eulenspiegel Verlag, Berlin 1996. 223 S. DM 29,80. Im Buchhandel.

Beschrieben wird der Weg eines einst international angesehenen, nunmehr abgewickelten ostdeutschen Philosophie-Professors zum Gründer und Leiter eines kommerziellen „Instituts für wissenschaftliches Handlinienlesen“ mit atemberaubendem Geschäftserfolg, der ihm schließlich als erfolgreichstem Existenzgründer in Ostdeutschland das Bundesverdienstkreuz einträgt: ein durch und durch satirischer Plot, der nahezu alle realsatirischen Momente des deutsch-deutschen Vorgangs der letzten sechs Jahre fokussiert, bis hin zu veränderten Schwerpunkten aufklärerischen Wirkens: Für die durch die Lektüre neu Interessierten ist auch ein „Brevier der Chiromantie“ eingehftet (und für die standhaft Bleibenden dies auf andersfarbigem Papier, des einfacheren Überblätterns wegen).

Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (Hg.): **Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien 6/April 1996.** Potsdam 1996. 52 S. Bezug bei: ZFF, Am Kanal 4/4a, 14467 Potsdam.

Das Heft dokumentiert die Eröffnungsveranstaltung des ZFF, zuvor Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien. Neben der Begrüßung durch den Vorstand Christoph Kleßmann und einem Grußwort des brandenburgischen Wissenschaftsministers Steffen Reiche sind die gehaltenen Vorträge von Jürgen Kocka: „Schwierige Anfänge: Der Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien 1992 - 1995“, Dieter Simon: „Wem gehört die DDR-

Geschichte?" und Jens Reich: „Die deterministische Deutungsfigur im Diskurs über Blütezeit und Niedergang der DDR“ abgedruckt.

Theologische Hochschule Friedensau, der Rektor (Hg.): *Theologische Hochschule Friedensau. Bericht des Rektors Oktober 1994 - September 1995*. Friedensau o.J. (1996), 24 S. Bezug bei: ThHF, An der Ihle 5a, 39291 Friedensau.

Darstellungen der Entwicklung, Projekte und Veröffentlichungen der Fachbereiche Theologie und Christliches Sozialwesen sowie der Institute für Kirchenmusik und für Sprachen im Berichtszeitraum. Im weiteren auch der Bericht der Bibliothek und des Kanzlers.

Stiftung Archiv der Akademie der Künste Berlin (Hg.): *Die Stiftung Archiv der Akademie der Künste. Eine Bestandsaufnahme (Archiv-Blätter H. 2)*. Berlin 1995. 71 S. DM 7,-. Bezug über: Stiftung Archiv der Akademie der Künste, Pariser Platz 4, 10117 Berlin.

Die Stiftung, 1993 im Zuge der Zusammenführung der zwei Berliner Akademien gegründet und beider Archive vereinend, verwaltet das bedeutendste interdisziplinäre Archiv zur Kunst des 20. Jahrhunderts. Die Publikation erläutert den geschichtlichen Zusammenhang und die interdisziplinären Sammelschwerpunkte. Sodann werden die einzelnen Archivabteilungen vorgestellt (Literatur, Darstellende Kunst und Film, Kunstsammlung, Bildende Kunst, Musik, Baukunst, Historisches und Verwaltungsarchiv, Bibliothek), deren Bestände zugleich Grundlage der an der Akademie der Künste betriebenen Forschungs- und Editionsprojekte sind.

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Hg.): *Deutsche Studenten im Ausland. Ein statistischer Überblick*. Bonn 1995. 18 S. Kostenlos bei: BMBF, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, 53170 Bonn.

Die Angaben für 1991 bis 1993 beziehen sich auf Studenten aus der Bundesrepublik nach dem Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990.

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Hg.): *Studenten an Hochschulen 1975 bis 1994*. Bonn 1995. 128 S. Kostenlos bei: BMBF, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, 53170 Bonn.

Die Angaben werden durchgehend differenziert nach Früherem Bundesgebiet (1975-1994), Neuen Ländern (1989-1994) sowie Deutschland (1989-1994).

Wissenschaftsrat (Hg.): *Personalstellen an Hochschulen 1994. Bestand 1992 bis 1994. Ansätze 1995*. Köln 1995. 231 S. Kostenlos bei: Wissenschaftsrat, Brohler Str. 11, 50968 Köln.

Für Ostdeutschland kommt die Erhebung zum Ergebnis eines Personalstellenabbaus auf 54 % im Vergleich zu 1990.

Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie (Hg.): *„Mit Wissenschaft und Forschung die Zukunft gewinnen“. Wissenschaftsforum in Halle a.d. Saale* (H. 10/Juni 1996 der Zs. *Wissenschaftsnotizen*). 51 S. Kostenlos bei: Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstr. 141, 10963 Berlin.

Neben anderen behandelten Themen dokumentiert das Heft die im Titel genannte Tagung mit Beiträgen von Klaus-Dieter Krüger („Innovationsanstöße aus dem Osten“), Karl-Heinz Reck („Wirtschafts- und Wissenschaftslandschaft Sachsen-Anhalt“) und Klaus Faber („Wissenschaftseinrichtungen in Ostdeutschland und Sachsen-Anhalt: eine Zwischenbilanz“). Im weiteren wird die Erklärung einer von Edelbert Richter organisierten Tagung ostdeutscher SozialwissenschaftlerInnen zu Notwendigkeiten sozialwissenschaftlicher Forschung in

Ostdeutschland und der Reaktivierung des entsprechenden personellen Potentials dokumentiert.

Bramke, Werner (Hg.): *4. Alternativer Hochschultag (11. März 1995)* (Texte zur Hochschulpolitik Bd. 1). Rosa-Luxemburg-Verein, Leipzig 1995. 124 S. Bezug bei: Rosa-Luxemburg-Verein, Sternwartenstr. 31, 04103 Leipzig.

Dokumentation der Beiträge, u.a. „Frauen in der Wissenschaft“ (Barbara Höll), „Frauen unter Hochschulgesetzen“ (Astrid Franzke), „Die Zusammenführung der Defizite. Zu Risiken und Nebenwirkungen des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus“ (Peer Pasternack), „Zu dominierenden Wertungen der konservativen Hochschulerneuerung“ (Siegfried Kiel), „Aufarbeitung von Vergangenen als Zukunftsaufgabe der Hohen Schulen“ (Ludwig Elm), „Landeshochschulpolitik zwischen Vision und mittelfristigem Ansatz“ (W. Bramke), „Politikwissenschaft an ostdeutschen Fachbereichen und Hochschulen für Sozialarbeit. Vertane Chancen, Stand und mögliche Perspektiven“ (Uwe Hirschfeld), „Hochschulen und Staat in Thüringen“ (Werner Grahn), „Brandenburgische Hochschulreformen in der Krise“ (Andreas Trunschke).

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW (Hg.): *Projekte und Leistungen des Wissenschaftler-Integrationsprogramms. Vorgestellt anlässlich der wissenschaftspolitischen Tagung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und des WiP-Rates „WiP - Leistungen und Perspektiven“ am 5. Dezember 1995 im Audimax der Humboldt-Universität zu Berlin*. Frankfurt a.M. 1995. o.S. Kostenlos bei: GEW, VB Hochschule & Forschung, Reifenberger Str. 21, 60489 Frankfurt a.M. Geordnet nach Bundesländern, werden die Arbeitsergebnisse, die in den letzten Jahren von WiP-geförderten WissenschaftlerInnen erzielt worden sind, vorgestellt.

Köhler, Gerd/Klinzing, Larissa/Jähne, Matthias (Hg.): *Wissenschaftler-Integrationsprogramm (WiP) Leistungen und Perspektiven. Tagung der GEW und des WiP-Rates 5. Dezember 1995, Humboldt-Universität Berlin*. o.O. (Frankfurt a.M.) o.J. (1996). 78 S. Kostenlos bei: GEW, VB Hochschule & Forschung, Reifenberger Str. 21, 60489 Frankfurt a.M.

Dokumentation der Tagung, u.a. ein aktueller Problemaufriß von Larissa Klinzing, Ulrich Klemm und Gerd Uhlmann sprachen zu spezifisch sächsischen WiP-Problemen sowie Heinz Tiersch zu brandenburgischen, Jürgen Schlegel über Chancen und Grenzen des neuen Hochschulsonderprogramms, Josef Lange zu den Hochschulen und der Umsetzung des WiP, Winfried Benz zu den Wissenschaftsratsempfehlungen zum WiP und deren Umsetzung, Friedrich Buttler zu Lösungskonzepten der brandenburgischen Regierung, Klaus Faber zu solchen der sachsen-anhaltinischen, Christoph Ehmann über das WiP in Mecklenburg-Vorpommern und Werner von Trützschler zu den Perspektiven der WiP-Geförderten nach 1996 in Thüringen.

Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (Hg.): *Akademienvorhaben*. Berlin 1995. 72 S. Kostenlos bei: BBAW, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, Jägerstr. 22/23, 10117 Berlin.

Vorstellung aller bei der BBAW angesiedelten Akademienvorhaben.

Parthier, Benno (Hg.): *Leopoldina Jahrbuch 1995* (Leopoldina R. 3, Jg. 41). Halle/S. 1996. 576 S. DM 20,-. Bezug bei: Leopoldina, August-Bebel-Str. 50a, 06108 Halle/S.

Reinecke, Andreas/ Strenge, Barbara (Bearb.): *Quellen zur Geschichte der Juden in den Archiven der neuen Bundesländer. Teil 1: Eine Bestandsübersicht*. K.G. Saur Verlag, München 1995. 602 S. DM 248,-. Im Buchhandel.

Verzeichnis der Archivbestände zur deutsch-jüdischen Geschichte vom Mittelalter bis in die Gegenwart aus ca. 300 ostdeutschen Archiven, geordnet nach Bundesländern und dort nach Archiven untergliedert. Mit Sach-, Orts- und Personenregister.

Renger, Christian/ Speck, Dieter: *Die Archive der Hochschulen und wissenschaftlichen Institutionen. Ein Kurzführer*. Verlag Hermann Böhlau Nachf., Weimar 1996. 119 S. DM 24,-. Im Buchhandel.

Erstmals vorliegender Archivführer, der die seit 1989 eingetretenen Veränderungen der deutschen Archivlandschaft berücksichtigt.

Humboldt-Universität zu Berlin, die Präsidentin (Hg.): *Rechenschaftsbericht der Präsidentin der Humboldt-Universität zu Berlin 1992 bis 1995, vorgelegt dem Konzil im Januar 1996*. Berlin 1996. 191 S. Kostenlos bei: Humboldt-Universität zu Berlin, Pressestelle, Unter der Linden 6, 10099 Berlin.

Klinzing, Klaus (Hg.): *Der universitäre Akademische Mittelbau. Arbeitsaufgaben - Beschäftigungsverhältnisse - Arbeitsbedingungen. Zur Situation an Berliner Universitäten* (Schriftenreihe des Wissenschaftssoziologie und -statistik e.V. Berlin H. 9). Berlin 1996. 137 S. Bezug bei: Wissenschaftssoziologie und -statistik e.V., Siegfriedstr. 185/0031, 10365 Berlin.
Beiträge unter anderem zu „Der halbierte Mittelbau. Bilanz fünf Jahre nach der Vereinigung“ (Doris Scherer), „Personalkapazitäten an deutschen Universitäten im Vergleich West - Ost. Bemerkungen zu den Strukturwandlungen im Erneuerungsprozess“ (Hansgünther Meyer), „Der Akademische Mittelbau an der Humboldt-Universität Berlin im Transformationsprozess. Ergebnisse einer Fallstudie 1994“ (K. Klinzing, Petra Böhme, Frank Richter).

Döge, Peter/ Fenner, Brigitte: *Ansatzpunkte zu einer sozial-ökologischen Umgestaltung der Forschungs- und Technologiepolitik in Brandenburg. Studie im Auftrag der PDS-Landtagsfraktion (Brandenburgische wissenschaftspolitische Hefte H. 3/1995)*. Hrsg. vom Brandenburger Verein für politische Bildung „Rosa Luxemburg“, Potsdam 1996. 52 S. Kostenlos bei: Brandenburger Verein für politische Bildung „Rosa Luxemburg“, Benzstr. 18/19, 14482 Potsdam.
Neben der (Kurzfassung der) Studie enthält das Heft umfangreiche bibliographische Notizen.

Reiche, Steffen: *Chancen und Risiken der Fusion für die Hochschul- und Forschungslandschaft des Landes Brandenburg*. o.O. (Potsdam) o.J. 1996. 18 S. Kostenlos bei: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, Friedrich-Ebert-Str. 4, 14467 Potsdam.
Kurz vor der (ablehnend ausgegangenen) Volksabstimmung über die Fusion von Berlin und Brandenburg hatte der Brandenburgische Wissenschaftsminister für sein Ressort die wahrscheinlichen Konsequenzen einer positiven Entscheidung prognostiziert. Die Chancen überwiegen in dieser Darstellung gegenüber den Risiken.

Brandenburger Verein für politische Bildung „Rosa Luxemburg“ (Hg.): *Fusion Berlin-Brandenburg? Wissenschaftler, Gewerkschafter, Politiker (Brandenburgische wissenschaftspolitische Hefte H. 1/1996)*. Potsdam 1996. 44 S. Kostenlos bei: Brandenburger Verein für politische Bildung „Rosa Luxemburg“, Benzstr. 18/19, 14482 Potsdam.

Das Heft dokumentiert einen Fragenkatalog der brandenburgischen PDS-Landtagsfraktion zu „Chancen und Risiken auf dem Gebiet 'Wissenschaft und Forschung' einer Fusion Berlin-Brandenburg“, Antworten darauf von der FH Brandenburg, dem GKSS-Forschungszentrum, dem Betriebsrat der Forstlichen Forschungsanstalt Eberswalde, dem Dekan der WISO-Fak. der Universität Potsdam, dem Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, aus dem Alfred Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung, dem Geoforschungszentrum Potsdam, dem Institut für Halbleiterphysik Frankfurt/O., der GEW-Landesfachgruppe 'Hochschule und Forschung' und der FH Potsdam. Daneben sind Positionspapiere der GEW-Landesdelegiertenkonferenz Berlin und von Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg dokumentiert.

Landesrektorenkonferenz Sachsen-Anhalt (Hg.): *Studium & Forschung in Sachsen-Anhalt*. o.O. 1995. 176 S. Kostenlos bei: Landesrektorenkonferenz Sachsen-Anhalt, c/o Rektorat der MLU Halle-Wittenberg, PF 8, 06099 Halle/S.

Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst (Hg.): *Forschung in Sachsen*. Dresden 1996. 141 S. Kostenlos bei: SMWK, Pressestelle, Wigardstr. 17, 01097 Dresden.

Technische Universität Dresden, Referat Gleichstellung von Frau und Mann (Hg.): *Studienführer für Frauen Mathematik, Naturwissenschaften, Technik, Wirtschaftswissenschaften 1995/96*. Dresden 1995. 172 S. Bezug bei: TU Dresden, Referat Gleichstellung, Mommsenstr. 13, 01062 Dresden.
Vorstellung bislang männerdominierter Studiengänge und Fachrichtungen, um weibliche Studienberechtigte stärker für ein Studium in diesen Bereichen zu interessieren.

Thüringer Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (Hg.): *Thüringer Landeshochschulplan*. Erfurt 1996. 164+63 S. Kostenlos bei: TMWFK, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, Juri-Gagarin-Ring 158, 99084 Erfurt.
Für das Jahr 2005 werden 30.750 Studienplätze angestrebt, für 2010 42.000. Davon soll ein Drittel (2005) auf Fachhochschulen entfallen. Eine „rasche Gründung“ einer FH in Nordthüringen soll erfolgen, für eine FH in Ostthüringen sollen die Planungen aufgenommen werden.

3. Wissenschaft & Hochschulen in Mittel- und Osteuropa

Ackermann, Arne/ Raiser, Harry/ Uffelmann, Dirk (Hg.): *Orte des Denkens. Neue russische Philosophie*. Passagen Verlag, Wien 1995. 271 S. DM 56,-. Im Buchhandel.
Zehn sorgfältig kommentierte, repräsentative Texte zeitgenössischer Philosophen (unter bewußter Aussparung der Vertreter des Nachdenkens über die „Russische Idee“), u.a. Merab Mamardashwili, Alexander Pjatigorski, Michail Ryklin und Igor Smirnow.

Aktuelle Publikationen des Instituts für vergleichende Bildungs- und Hochschulforschung Wien, Porzellangasse 2/2/41, A-1090 Wien:

Bessenyei, István: *Die materielle Situation der ungarischen Hochschullehrer*. Wien 1996. 37 S. öS 70.

Kump, Sonja: *Renewal of Higher Education in Slovenia with Special Attention to Quality*. Wien 1996. 15 S. öS 30.

Birzea, Cesar: *Educational Reform and Educational Research in Central-Eastern Europe: The Case of Romania*. Wien 1996. 22 S. öS 40.

Strencevic, Lubica/Gligorov, Vladimir: *The System of Education in the State of Bosnia and Herzegovina*. Wien 1996. 60 S. öS 100.

Bessenyei, Istvan: *Das ungarische Bildungssystem*. Diskettenedition. Wien 1996.

Majtan, Michal: *Das slowakische Bildungssystem*. Diskettenedition. Wien 1996.

Budway, Vera: *A Directory of Central and East European Education Research Institutions*. (Im Druck)

The Concise CEE Syllabus of Central and East European Higher Education Institutions. (Im Druck)

Auflistung aller Hochschuleinrichtungen in Bulgarien, Kroatien, Österreich, Polen, Slowakei, Slowenien und Ungarn.

Peer Pasternack

ZUM SCHLUSS



LEBT UND LEST RADIKAL?

Diese Worte – allerdings ohne Fragezeichen – schmücken seit Dezember 1995 das Gebäude der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät. Monate zuvor war an gleicher Stelle zu lesen: »Widerstand gegen die Staatsgewalt ist Notwehr«. An der Ostseite des Hauses und in der Domstraße genau vor diesem Gebäude sammelten sich im Herbst 89 mittwochs die Demonstranten. Ich glaube, aus eigenem Erleben sagen zu können, daß kaum einer der Demonstranten für Rechts- oder Linksradikalismus auf die Straße gegangen ist, daß es vielmehr jedem verdammt ernst war, demokratische Verhältnisse zu schaffen. Schließlich waren zu diesem Zeitpunkt der Ausgang der Ereignisse noch völlig offen und persönliches Risiko unvermeidlich. Das, was erreicht worden ist, hat damals mancher Demonstrant nicht für möglich gehalten, aber am al-

lerwenigsten hätte er erwartet, daß heute offen zum Mißbrauch, zur Untergrabung der Demokratie aufgerufen wird. Ich kann den Hausherrn des Gebäudes der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät die Peinlichkeit nicht ersparen, daran erinnert zu werden, daß sie ohne die Demonstranten von 89 keinen Fuß in dieses Haus hätten setzen können und daß diese Demonstranten solche Aufschriften und die Gleichgültigkeit, mit der sie geduldet werden, als Schlag in's Gesicht empfinden. Vielleicht nimmt man sich dann allmorgendlich zehn Minuten Zeit, Pinsel und Farbe und überstreicht dieses Werk von Schmierfinken. Die anderen, von denen ich rede, haben auf jeden Fall mehr Unannehmlichkeiten auf sich genommen. Aber noch etwas muß gesagt werden. Aus berufenem Mund habe ich erfahren, daß der Verdacht besteht,

daß diese Schmierfinken unter den Studenten der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät zu suchen sind. Und ich glaube, daß der Verdacht etwas für sich hat. Wir Ostdeutschen erleben täglich auf's Neue, wie kompliziert Gesetze sein können, so daß der Normalbürger ohne juristischen Beistand hilflos ist. Wenn aber unter denen, die berufsmäßig diesen Beistand leisten sollen, Leute sind, die bewußt die Demokratie lahmlegen und ad absurdum führen wollen, dann erhebt sich die Frage: »Quo vadis, deutsche Justiz?« Und steht damit etwa im Zusammenhang, daß man sich des öfteren des Eindrucks nicht erwehren kann, daß die deutsche Justiz sich dem Wohl des Gesetzesuntreuen, des Kriminellen, mehr verpflichtet fühlt als dem Wohl des gesetzestreuen normalen Bürgers?

■ PROF. DR. CHRISTOF TRÖLTZSCH ■
LEHRSTUHL FÜR ANALYTISCHE CHEMIE

(aus: *Journal der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald 2/96*)

1. Jahrgang 1991/92

Themenschwerpunkte: Die ostdeutschen Hochschulgesetze * Lage der Sozialwissenschaften in (Ost-)Deutschland * Die Erneuerung und ihre Kriterien * DDR-Wissenschaftsgeschichte * Hochschulstruktur in Sachsen. Rundtischgespräch * Heinrich Fink und der Umgang mit unserer Vergangenheit * Anhörung des Bundestagsausschusses Bildung und Wissenschaft: Perspektiven der Hochschulentwicklung * Ostdeutsche Geschichtswissenschaft zwischen Gestern und Morgen * Jürgen Teller Honorarprofessor * Hochschulrahmenrecht nach der deutschen Neuvereinigung. Eine Anhörung * Ehrenpromotion Hans Mayer in Leipzig * HRG - Genesis im Westen und Wirkung im Osten * Kirchliche Hochschulen zwischen Nische und Fusion * BdWi-Frühjahrsakademie: Kritische Geistes- und Sozialwissenschaften nach dem Ende des Sozialismus * Wissenschaft Ost 1989/90 * Europäische Universität Erfurt * Die Studierenden 1989/90 * Streitsache Latinum

AutorInnen: Hans Jürgen Block, Torsten Bultmann, Christian Dahme, Marlis Dürkop, Wolfgang Ernst, Hans-Uwe Feige, Alfred Förster, Christian Füller, Frank Geißler, Monika Gibas, Christoph Kähler, Dietmar Keller, Fritz Klein, Hermann Klenner, Horst Klinkmann, Larissa Klinzing, Ilko-Sascha Kowalczyk, Wolfgang Küttler, Gotthard Lerchner, Rudolf Mau, Hans Mayer, Hans Joachim Meyer, Matthias Middell, Wolfgang Nitsch, Erhard Noack, Georg Nolte, Kurt Nowak, Doris Odendahl, Bernd Okun, Martin Onnasch, Peer Pasternack, Peter Porsch, Helmut Richter, Matthias Rösler, Hilde Schramm, Uta Starke, Jürgen Teller, Rudolf v. Thadden, Achim Thom, Michael Tolksdorf, Günther Wartenberg, Rosemarie Will u.a.

2. Jahrgang 1992/93

Themenschwerpunkte: Drei Jahre Wissenschaftsumbau in Berlin-Ost * Wissenschaft Ost 1989/90 * 2. Deutschlandkongress habilitierter Wissenschaftler * Frauen in der Ostwissenschaft * Tagung des SPD-Wissenschaftsforums * Sächsische Hochschuleerneuerung aus Oppositionsperspektive * Ostdeutsche Studentengemeinden - Geschichte und Funktionswandel * Hochschulen und MfS - der Umgang mit einem unbequemen Erbe * Vorschläge zur Hochschulreform * Methodologische Wende? * Institution Hochschule und Landeshochschulrecht * Verbände(-Schicksale) im Osten * Ostdeutsche Entwicklungsländerforschung in der DDR und danach * Positionen zum Sächsischen Hochschulgesetz * Aspekte der Personalstruktur-Neugestaltung in der ostdeutschen Wissenschaft * Die ostdeutschen Archive * Forschung und Technologie in Osteuropa - ausgewählte Länderbeispiele * Sozial- und Geisteswissenschaften Ost: Zwischenbilanzen des Umbaus * Aktivitäten politischer Stiftungen an ostdeutschen Hochschulen

AutorInnen: Günther Barthel, Burchard Brentjes, Sonja Brentjes, Birgit Bütow, Michael Daxner, Karin Döbbeling, Günther Eiselt, Hartmut Elsenhans, Hans-Heinz Emons, Hans-Uwe Erichsen, Alfred Förster, Ulrich Geyer, Karl-Heinz Heinemann, Erich Hödl, Marion Höppner, Gisela Jähnert, Volker Kahl, Klaus-Dieter Kaiser, Ilko-Sascha Kowalczyk, Wolf-Hagen Kraut, Jürgen Kuczynski, Elke Mehnert, Hansgünther Meyer, Hans Joachim Meyer, Matthias Middell, Bernhard Muszynski, Wolfgang Nitsche, Bernd Okun, Inge Pardon, Peer Pasternack, Peter Porsch, Karin Reiche, Edelbert Richter, Martin Robbe, Hans Jörg Sandkühler, Roland Schneider, Wolfgang Schluchter, Hans-Jürgen Schulz, Pirmin Stekeler-Weithofer, Eberhard Tiefensee, Günther Wartenberg, Cornelius Weiss u.a.

3. Jahrgang 1993/94

Themenschwerpunkte: Erneuerungsgruppen bilanzieren * Institution Hochschule und Landeshochschulrecht * Politische Kündigungen in der ostdeutschen Hochschulmedizin - eine Debatte * Gleichstellungsmanagement Ost * Bundestagsdebatte: Industrieforschung in den neuen Bundesländern * Habilitiertentagung in Leipzig * Streitfall Multiple Choice * Studierende 1994 * Berufungsverfahren West und Ost * Singularitäten

AutorInnen: Ernst Badstübner, Tino Bargel, Winfried Beck, Sonja Brentjes, André Debüser, Rainer Eckert, Wolfgang Fach, Marion Höppner, Heidrun Jahn, Matthias Jähne, Dietrich Jorke, Hans-Dieter Klein, Siegfried Kiel, Ilko-Sascha Kowalczyk, Marianne Kriszio, Günther Landgraf, Irene Lischka, Thomas de Maizièere, Werner Meske, Hans Joachim Meyer, thomas molck, Thomas Neie, Bernd Rabehl, Karin Reiche, Hans-Jürgen Schulz, Jutta & Eberhard Seidel, Peer Pasternack, Gisela Petruschka u.a.

4. Jahrgang 1994/95

Themenschwerpunkte: Forschung über Wissenschaft Ost * Dissertationen in der DDR * Singularitäten * Fernstudieren in Ostdeutschland * Archive in Ostdeutschland II * Mittel- und Osteuropa: Wissenschaft im Transit * Sozialistische Intelligenz * Kirche & Hochschule, Theologie & Politik * Synopse Hochschulrecht Ost

AutorInnen: Gertraude Buck-Bechler, Anke Burkhardt, Ludwig Elm, Konrad Feiereis, Ulrich Geyer, Jochen Golz, Sabine Gries, Christoph Kähler, Sabine Kebir, Gerd Köhler, Wolfgang Knobloch, Rainer Land, Irene Lischka, Sabine Manning, Lothar Mertens, Eduard Mühle, Alexander Nadiraschwili, Thomas Neie, Peer Pasternack, Ralf Possekel, Siegfried Prokop, Edelbert Richter, Uwe Schimank, Georg Schuppener, Dieter Voigt, Peter Wicke u.a.

Insgesamt 39 Hefte, 3.664 Seiten. Nachbestellungen nur komplett: DM 500,- zzgl. Versandkosten

Kopiervorlage:

Bestellung	
Ich bestelle:	
1. ein kostenloses Probeexemplar zum Kennenlernen	DM 0,-
2. Nachbestellung 1. - 4. Jahrgang (39 Hefte)	DM 500,-
	zzgl. Versandkosten
3.mal <i>hochschule ost</i> im Jahresabonnement (4 Hefte incl. DM 10,- Versandkosten)	DM 98,-
4.mal <i>hochschule ost</i> im PrivatabonnentInnen-Abo (4 Hefte incl. DM 10,- Versandkosten)	DM 42,-
5.mal <i>hochschule ost</i> im Abo für Nichtverdienende (4 Hefte incl. DM 10,- Versandkosten) (Begründung der Anspruchsberechtigung bitte unterstreichen: Studierende/r - Erwerbslose/r - Vorruheständler/in - Pensionär/in -	DM 31,-
Sonstiges:.....)	
Die Bezahlung erfolgt nach Rechnungslegung mit dem ersten Heft.	
Habe ich mich für 3., 4. oder 5. entschieden, so erkläre ich mich damit einverstanden, daß sich mein Abonnement jeweils um ein Jahr verlängert, wenn ich es nicht bis vier Wochen (Poststempel) vor Ablauf der Bestellfrist künde.	
.....	
Name	
.....	
Adresse	
.....	
.....	
Datum	Unterschrift
Es ist mir bekannt, daß meine Bestellung erst wirksam wird, wenn ich sie gegenüber dem Anbieter nicht innerhalb von zehn Tagen (Poststempel) widerrufe.	
.....	
2. Unterschrift	

Einzusenden an:
Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit, StuRa Universität Leipzig,
PSF 920, 04009 Leipzig